
ARCHITEKTUR
DER DDR
3'75
Preis 5,— Mark

Die Zeitschrift „Architektur der DDR"
erscheint monatlich
Heftpreis 5,– M, Bezugspreis vierteljährlich 15,– M

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:
Für Buchhandlungen:
Buchexport, Volkseigener Außenhandelsbetrieb der Deutschen Demokratischen Republik
DDR, 701 Leipzig
Leninstraße 16

Für Endbezieher:
Internationale Buchhandlungen in den jeweiligen Ländern bzw. Zentralantiquariat der DDR
DDR 701 Leipzig
Talstraße 29

Redaktion
Zeitschrift „Architektur der DDR"
VEB Verlag für Bauwesen
108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Telefon: 204 12 67 · 204 12 68
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
P 79/75 und P 3/15/75 bis P 3/18/75

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 204 10
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin (Bauwesenverlag)

Gesamtherstellung:
Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)
Printed in GDR

Im nächsten Heft:

Wohnungsbaureihe 70 – Gemeinschaftsprojekt von Forschung und Produktion für die Intensivierung des Wohnungsbaus
Zur architektonischen Gestaltung des Metalleichtbaus in der DDR
Stadthalle und Hotel in Karl-Marx-Stadt
Stahlbetonskelettbauserie SKBS 75

Redaktionsschluß:
Kunstdruckteil: 7. Januar 1975
Illusdruckteil: 15. Januar 1975

Titelbild:
Blick in das Wohngebiet Potsdam-West
Foto: Bauinformation/Hartmetz

Fotonachweis:
Bauinformation/Steuerlein (1); Bauinformation, Baufoto 73/Meißner (1); Heidemarie Milkert, Brandenburg (19); Heinz Rothe, VE WBK Erfurt (1); Heinz Lange, Gotha (10); Lutz Humann, Karl-Marx-Stadt (8); Lothar Willmann, Berlin (1); Ulrich Hugk, Berlin (3); Sommerfeld/Ziebarth, Berlin (1); Henning Salzbrenner, Cottbus (1)
ZLB 203 766

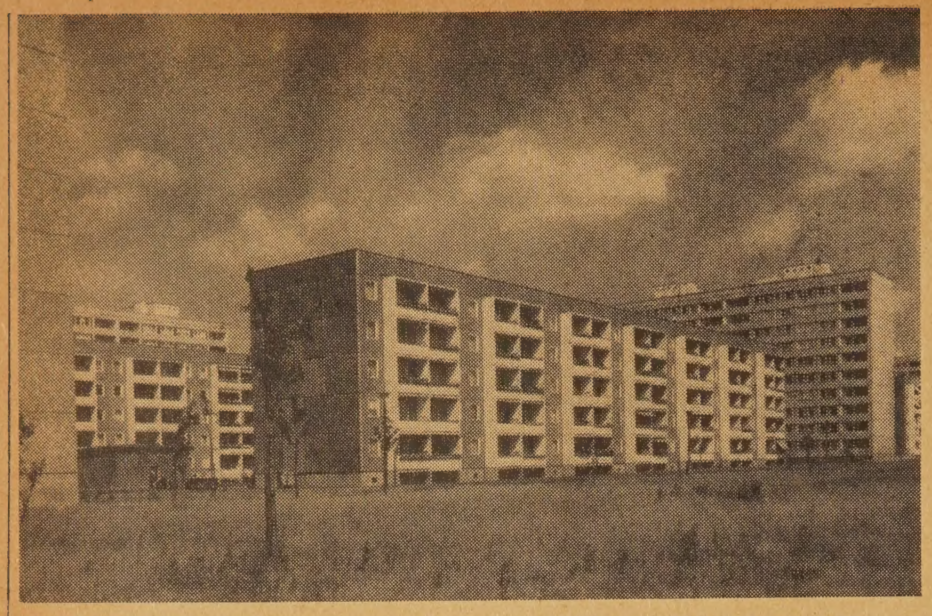


ARCHITEKTUR DER DDR
3'75 XXIV. JAHRGANG · BERLIN · MÄRZ 1975

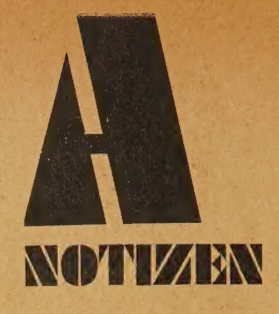
Herausgeber: Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Prof. Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Bauingenieur Ingrid Korölus, Redakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionssekretärin

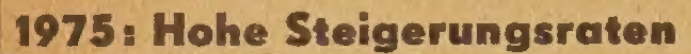
Gestaltung: Erich Blocksdorf



Dresden ist einer der Schwerpunkte des Wohnungsbaus in der DDR. Unser Bild: Wohnungsneubauten im Wohngebiet Dresden-Johannstadt-Nord



NOTIZEN



1975: Hohe Steigerungsraten

Der Volkswirtschaftsplan der DDR für 1975 sieht vor, daß die Produktion des Bauwesens auf 106,7 Prozent steigt und damit schneller wächst als die industrielle Warenproduktion (106,3 Prozent). Schwerpunkte des Volkswirtschaftsplanes sind für das Bauwesen die weitere Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms sowie die Baumaßnahmen zur Intensivierung der Produktion und zur Kapazitätserweiterung in der Industrie, besonders der Energiewirtschaft und der chemischen Industrie.
1975 sollen 94 200 Wohnungen neu gebaut und weitere 31 400 Wohnungen modernisiert oder ausgebaut werden. Damit steigt der Wohnungsneubau gegenüber dem Vorjahr um 7,1 Prozent.

Schulbauprogramm

Im Jahre 1975 wird das Schulbauprogramm in der DDR kontinuierlich fortgeführt. Für den Bereich der Volksbildung werden dazu in diesem Jahr 3687 Unterrichtsräume, 29 900 Plätze in Schulhorten, 135 Turnhallen und 19 300 Kindergartenplätze neu gebaut.
Gleichzeitig sollen 10 210 neue Krippenplätze geschaffen werden.

Plzeň: Wohnung in 250 Stunden

Besser und schneller will der Bezirksbaubetrieb in Plzeň Wohnungen bauen. In den letzten zwei Jahren gelang es, die durchschnittliche Bauzeit für eine Wohnung von 500 auf 400 Stunden zu senken. Durch weitere Rationalisierungsmaßnahmen will der Betrieb die Durchschnittsbauzeit je Wohnung bis 1980 auf 250 Stunden senken.

U-Bahn für Bukarest

Die Hauptstadt der SR Rumänien soll im kommenden Fünfjahrplan eine U-Bahn erhalten. Das Liniennetz wird die wichtigsten Wohn- und Industriegebiete und das Stadtzentrum miteinander verbinden. Die erste Linie, mit deren Bau in Kürze begonnen werden soll, wird 13 Stationen umfassen und in der Lage sein, bei einem Zugabstand von 2 bis 3 Minuten stündlich über 50 000 Fahrgäste zu befördern.

Neue Stahlbeton-Skelettbauweise

Ein System für den sogenannten allgemeinen Skelettbau (SBO) wurde im polnischen zentralen Forschungs- und Entwicklungszentrum des Bauwesens erarbeitet. Die Konstruktion besteht aus einem Stahlbetonskelett aus vorgefertigten Trägern und Riegeln. Die Anwendung vorgespannter Decken mit Spannweiten bis zu 12 Metern ergibt praktisch unbegrenzte Möglichkeiten für verschiedene architektonische Lösungen. Leichte Trennwände bestehen aus Aluminiumblechen mit einer Dämmschicht aus Mineralwolle, die mit Polyurethan verstärkt ist. Moderne Baustoffe ermöglichen eine beliebige Innengestaltung. Das SBO-System eignet sich vor allem für Einrichtungen des Gesundheits- und Bildungswesens. Es läßt sich für den Bau von Schulen, Hotels, Internaten und Wohnhäusern einsetzen. Die größten Anwendungsmöglichkeiten sieht man jedoch beim Bau von Handels- und Dienstleistungseinrichtungen. Die Anzahl der Elemente beträgt 442 Stück.

Schulkomplex in dem neuen Budapester Wohngebiet Ujpalota, das künftig 30 000 Einwohner haben wird



Bauakademie der DDR: Forschung und Entwicklung für tempobestimmende Baumethoden

Effektivere Arbeitsverfahren für den Tiefbau, rationellere Industriebaumethoden und städtebauliche Lösungen für die Gestaltung von Wohngebieten gehörten zu den Ergebnissen der Arbeit von Wissenschaftlern und Angestellten der Bauakademie der DDR im Jahr 1974.

Die Industrialisierung des Tiefbaus wurde durch die von der Bauforschung nach sowjetischen Erfahrungen entwickelten Lösungen für den Bau von Sammelkanälen für Versorgungsleitungen wesentlich gefördert. Schwere körperliche Arbeit ist künftig in weit geringerem Maße als bisher notwendig, und Wartung wie Reparatur der Versorgungsleitungen wird wesentlich einfacher. Weitere Reserven im Tiefbau sollen durch eine bessere technologische Arbeitsvorbereitung erschlossen werden. Die erweiterte 30. Plenartagung der Bauakademie der DDR im Mai 1974 hatte Forschungs- und Produktionskollektiven empfohlen, gemeinsam Prinzipien der Fließfertigung im Tiefbau einzuführen. Gute Ergebnisse gibt es bereits im Straßen-, Brücken- und Tiefbaukombinat Halle, wo die bisher vorwiegend im Wohnungsbau angewendete Slobin-Methode zu guten Ergebnissen geführt hat. Die breite Anwendung der Methode des sowjetischen Neuerers mit Unterstützung der Bauwissenschaft auch im Tiefbau ist eine der Voraussetzungen dafür, in den Jahren 1976 bis 1980 eine Steigerung der Tiefbauleistungen in der Republik auf 150 Prozent gegenüber dem derzeitigen Fünfjahrplanzeitraum zu erreichen.

Ebenso wichtig ist die wissenschaftliche Arbeitsorganisation, bei deren Durchsetzung Bauwissenschaftler der Akademie und Praktiker des Tiefbaukombinats Cottbus gute Erfahrungen sammelten. Gemeinsam mit einem Kollektiv der Bauakademie war im Januar 1974 begonnen worden, den gesamten Komplex aller Maßnahmen und Methoden der technologischen Vorbereitung und Produktionsorganisation zu untersuchen und schrittweise den Forderungen der Fließfertigung anzupassen.

Während der 31. Plenartagung der Bauakademie der DDR im November des vergangenen Jahres orientierte Präsident Prof. Werner Heynisch die Mitglieder des Plenums sowie Gäste aus Lehre und Praxis darauf, daß sich die Intensivierung keineswegs allein auf die Produktion zu beschränken habe, sondern auch ein Kernproblem des Städtebaus und damit der Städtebauforschung darstelle. Es gehe darum, die sozialistische Umgestaltung der Städte als umfassenden Reproduktionsprozeß der Bausubstanz und ökonomisch immer komplexer und effektiver zu beherrschen. Die praxisbezogene Forschung sowie hohe Leistungen in Wissenschaft und Technik werden als maßgebliche Voraussetzungen für den erfolgreichen Kampf der Bauarbeiter um die Erfüllung der Planziele, um eine hohe Materialökonomie und die Steigerung der Arbeitsproduktivität betrachtet.

Als Aufgaben für die nächste Zukunft stellten sich die Bauwissenschaftler zum Ziel, die Stadtplanung auf der Grundlage des langfristigen Wohnungsbauprogramms zu verbessern, die funktionelle und gestalterische Qualität der Neubaugebiete zu erhöhen und wirkungsvolle städtebauliche Lösungen zu schaffen.

Moskau wächst auch unter der Erde

Die sowjetische Hauptstadt wächst nicht nur in die Breite und Höhe, sondern auch in die Tiefe.

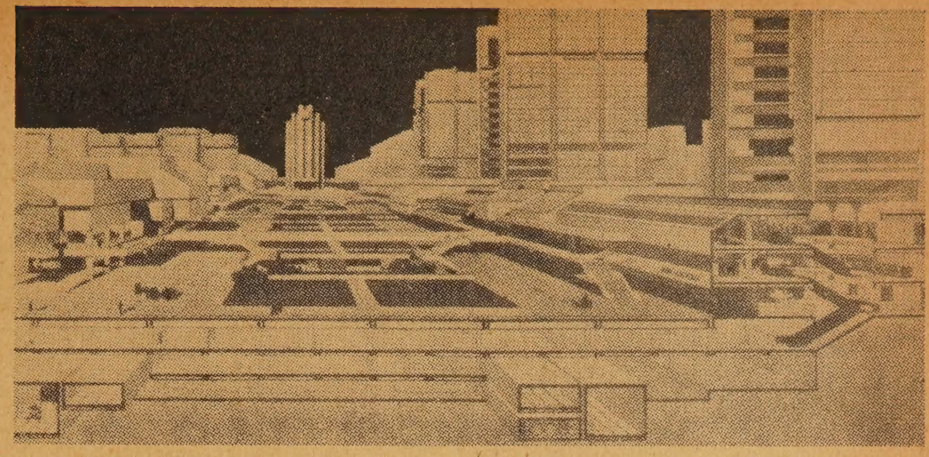
Wie die Zeitung „Trud" berichtete, wird im Institut für den Generalplan von Moskau gegenwärtig auch daran gearbeitet, Pläne für eine intensive Nutzung des unterirdischen Raumes unter der Stadt zu entwickeln.

Vor allem unter den Bereichen des Stadtzentrums ist der Bau von Straßen, Parkplätzen sowie von Passagen mit Läden und Cafés vorgesehen. Die unterirdischen Bereiche sollen in mehreren Ebenen angelegt werden. In der obersten Ebene sieht man z. B. auch Lager und Kühlhäuser, Archive, Magazine der Museen und Ausstellungen vor.

In einer weiteren Ebene sieht man die wartungsgerechte Zusammenfassung von Ver- und Entsorgungsleitungen vor. Dafür soll sich künftig ein Verteilersystem von über 500 km Länge unter der Stadt erstrecken.

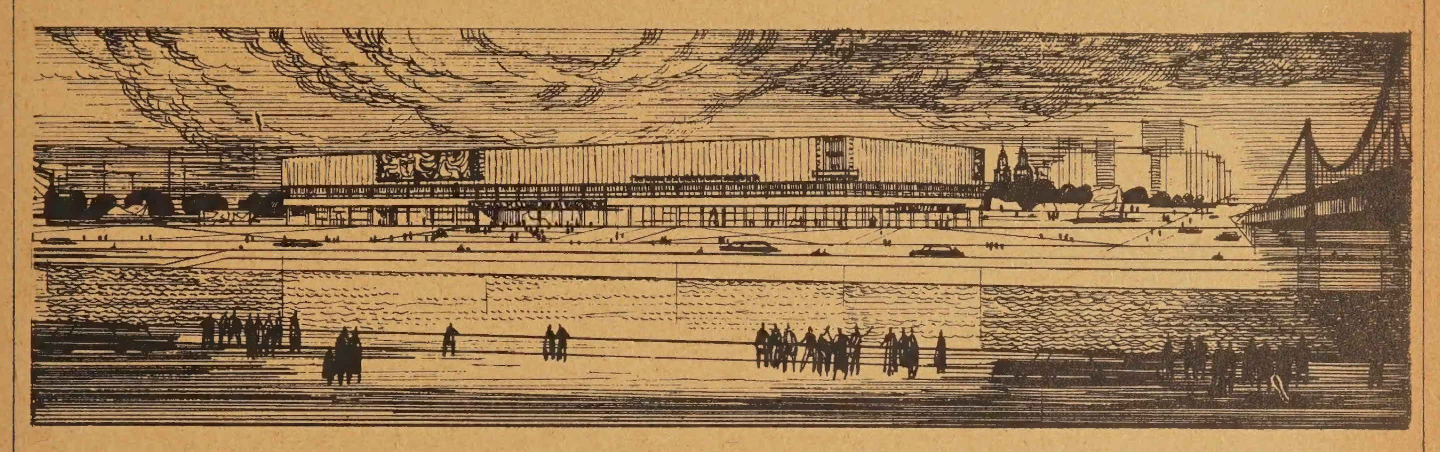
Die unterste Ebene wird dem Liniennetz der Metro vorbehalten sein. Neben den vorhandenen Strecken soll es künftig auch eine Express-Metro mit längeren Streckenabschnitten ohne Haltestellen geben, durch die kürzere Fahrzeiten möglich werden.

Durch die Nutzung des unterirdischen Raumes soll vor allem auch der Schutz des alten Moskauer Zentrumsbereichs mit seinen wertvollen Baudenkmälern und die Anlage weiterer, vom Verkehr abgeschirmter Fußgängerbereiche gesichert werden.



Oben: Auf einer Leistungsschau junger sowjetischer Architekten erhielt B. Sherabjatew für sein Projekt für das Stadtzentrum von Nowosibirsk einen 1. Preis.

Unten: Projekt für die neue Staatliche Gemäldegalerie der UdSSR, die im Zentrum von Moskau am Ufer der Moskwa errichtet werden soll (Autorenkollektiv J. Schewerdjajew, N. Sukojan, M. Kruglow, W. Wasiljewa, G. Michailowskaja, W. Gutorkin u. a.)



Versuche mit sonnenbeheizten Häusern

In diesem Jahr werden in der südschwedischen Stadt Lund die ersten Versuchsbauten errichtet, die ausschließlich durch Sonnenenergie beheizt werden sollen.
Bei den Versuchsbauten handelt es sich nach Angaben der Zeitschrift „Byggnadsindustrin" um einen aus vier Sektionen bestehenden Wohnblock, den der Architekt C. H. Olson von der Technischen Hochschule in Lund entworfen hat. Die Wände werden unterschiedlich dick (an der Nordseite 1,20 m) sein und aus mehreren Schichten (Ziegel, Dämmschicht, ungebrannter Ton) bestehen. Sie sollen nicht nur eine hohe Wärmedämmung aufweisen, sondern vor allem in der Lage sein, als Wärmespeicher zu dienen. Die Dachhaut, bestehend aus Mineralwolle, die mit geschwärzter Aluminiumfolie beschichtet ist, soll vor allem Sonnenenergie aufnehmen und über ein Warmwasserleitungsnetz in alle Teile des Gebäude leiten. Überschüssige Sonnenenergie soll während des Sommers durch eine nicht näher erläuterte Einrichtung gespeichert werden.
Alle einströmende Luft durchläuft zuerst ein Gewächshaus, in dem sie erwärmt und mit Sauerstoff angereichert wird. Dadurch sollen bereits 80 Prozent der Heizungsenergie eingespart werden.

Plattenbauweise mit Modul 4,50 m

In Askerod (Dänemark) wurde eine Wohnsiedlung mit 600 Wohnungen mit einem neuen Bausystem errichtet. Die dreigeschossigen Häuser werden aus vorgefertigten Elementen mit einem quadratischen Modul von 4,50 m Seitenlänge montiert. An den Ecken der Quadrate sind Stützen angeordnet, die eine weitgehend freie Anordnung der Grundrisse ermöglichen



Auswirkungen der Baukrise

Fürs erste ausgeträumt

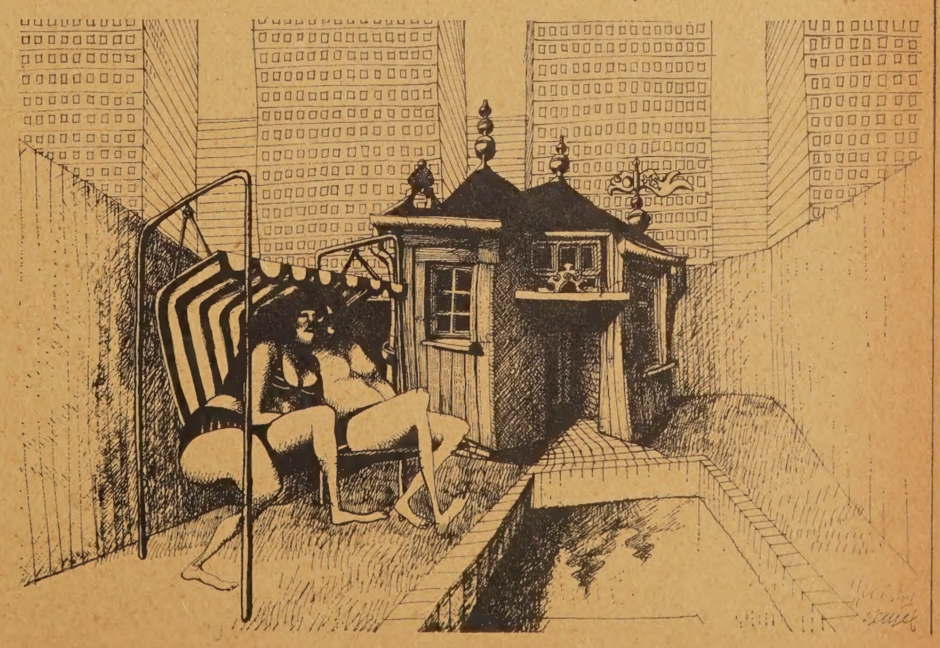
Vom Traumberuf Architekt ist der Lack abgeblättert. Rund die Hälfte aller Architektur-Büros ist existenzgefährdet.

Mancher frisch gebackene Architekt, der in seiner Diplom-Arbeit riesige Universitäten oder ganze Millionenstädte in Südamerika plante, suchte inzwischen vergebens einen Job in ganz anderen, bescheidenen Dimensionen.

Mehr als ein Drittel der Angestellten dieser Berufsgruppe hat seit Anfang 1973 den Arbeitsplatz verloren, jedes zweite der 24 000 bundesdeutschen Architekturbüros ist in seiner Existenz bedroht. Eingespielte Planungsteams brechen auseinander. Die genaue Zahl der Arbeitslosen kennen nicht einmal die Arbeitsämter.

(Aus einem Nachrichtenmagazin der BRD)

Ich weiß nicht, was die Leute immer von Monotonie reden . . . (Zeichnung: R. Reinel)



Gedanken zur 6. Baukonferenz
Intensivierung – eine gemeinsame Aufgabe aller Architekten

Prof. Dr. Gerhard Krenz

Mit den hier dargelegten Gedanken möchten wir in Vorbereitung auf die 6. Baukonferenz eine Diskussion und einen Erfahrungsaustausch anregen. Wir wenden uns daher an alle unsere Leser mit der Bitte, uns dazu ihre Gedanken und Vorschläge zu übermitteln. Red.

Im gesamten Bauwesen unserer Republik, in den Werken der Baumaterialienindustrie, in den Vorfertigungswerken und auf den Baustellen, in der Projektierung, der städtebaulichen Planung und der Forschung werden in diesen Monaten große Anstrengungen unternommen, um die anspruchsvollen Ziele des Volkswirtschaftsplanes 1975 zu erfüllen. So wie im Wohnungsbaukombinat Neubrandenburg ist die Initiative vieler Kollektive darauf gerichtet, bis zum 30. Jahrestag der Befreiung unseres Volkes vom Faschismus mehr als ein Drittel des Jahresplanes zu bewältigen.

Das ist, wie wir alle wissen, bei den hohen Wachstumsraten, die der Plan vorsieht, leichter gesagt als getan. Gerade deshalb ist die Frage, wie die Aufgaben von heute und morgen zu lösen sind, von entscheidender Bedeutung. Die 13. Tagung des Zentralkomitees der SED hat darauf eine grundsätzliche Antwort gegeben: Im Mittelpunkt steht die sozialistische Intensivierung in allen Bereichen der Volkswirtschaft.

Das Kernproblem

Die Intensivierung geht, wie Karl Marx schrieb, mit „der Entwicklung der Produktivkraft und der Ökonomisierung der Produktionsbedingungen" (1) einher. Sie erhöht die Wirksamkeit der Produktionsmittel und läuft darauf hinaus, mit weniger Aufwand quantitativ mehr und qualitativ bessere Produkte zu erzeugen.

Bekanntlich wurde der Intensivierung bereits auf dem VIII. Parteitag der SED große Bedeutung beigemessen, weil die Grenzen einer extensiven Entwicklung der Volkswirtschaft, die sich aus dem Arbeitskräftepotential und der Rohstoffsituation der DDR ergehen, klar erkannt wurden. Aber heute steht, wie der Erste Sekretär des ZK der SED, Genosse Erich Honecker, auf dem 13. Plenum begründete, „die Frage der Intensivierung und der Erhöhung der Effektivität in unserer Volkswirtschaft mit völlig neuer Schärfe" (2).

Die zielstrebige Verwirklichung der Hauptaufgabe erfordert unausweichlich, den Intensivierungsprozeß in allen Ebenen und Bereichen unserer Volkswirtschaft zu vertiefen und auf diese Weise volkswirtschaftliche Reserven in neuen Dimensionen zu erschließen. Wenn auch die Einsparung an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit, von Arbeitszeit und Material ein generelles Prinzip der Ökonomie ist, so erhält diese Forderung jedoch für ein dynamisches Wirtschaftswachstum unter unseren heutigen Bedingungen zunehmendes Gewicht.

„Das Kernproblem", betonte Erich Honecker, „besteht nach wie vor darin, mit Hilfe von Wissenschaft und Technik hohe Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität zu erreichen, die Arbeitsproduktivität schließlich schneller als die Warenproduktion zu erhöhen und das Verhältnis von Aufwand und Leistung in unserer gesamten Volkswirtschaft entschieden zu verbessern" (3).

Diese Orientierung hat auch für das gesamte Bauwesen grundlegende Konsequenzen.

Das Bauwesen und die Intensivierung

Die Entwicklung des Bauwesens ist durch viele Wechselbeziehungen eng mit dem Intensivierungsprozeß in der gesamten Volkswirtschaft verbunden.

Einerseits trägt das Bauwesen eine große Verantwortung für die Erhöhung des Nutzeffektes der Investitionen und damit für die Intensivierung in anderen Bereichen der Volkswirtschaft. Daraus leiten sich zum Beispiel ständig im Umfang wachsende Anforderungen an den Industriebau, aber mit dem steigenden Anteil von Rationalisierungsvorhaben auch Veränderungen in der Struktur des Baubedarfs ab.

Andererseits gilt es, die Intensivierung auch in allen Zweigen des Bauwesens selbst durchzusetzen, um die höheren Bauaufgaben erfüllen zu können. Auch hier ist das von Erich Honecker genannte Kernproblem zu lösen. Grundsätzlich kann dies nur als eine Gemeinschaftsarbeit aller Bauschaffenden geschehen. Im folgenden soll jedoch vor allem auf die Aufgabe der Architekten eingegangen werden, die mit ihrer Arbeit einen entscheidenden Beitrag zur Intensivierung leisten können.

Die Intensivierung der Bauprozesse beginnt bei der städtebaulichen Planung und der Projektierung

Noch immer ist die falsche Vorstellung nicht völlig überwunden, daß die Intensivierung der Bauprozesse vor allem eine Aufgabe der Technologen und Ökonomen, der Bauleiter und der Baustellenkollektive ist. Das spiegelt sich teilweise sogar in der Struktur von Baukombinaten, aber auch in einer verschiedentlich noch anzutreffenden Unterschätzung der Projektierung wider. Ohne die spezifische Verantwortung einzelner Bereiche in den Kombinaten zu verwischen, gilt es gerade bei der Intensivierung, die gemeinsame Verantwortung in den Vordergrund zu stellen, wie das in solchen erfolgreichen Kombinaten wie dem WBK Erfurt geschieht. Hier wurde erkannt, daß grundlegende Fragen der Intensivierung bereits lange vor Baubeginn entschieden werden.

Schon bei der Erzeugnisentwicklung werden die Weichen für die Materialökonomie gestellt. Was hier versäumt wird, ist auch bei sorgsamstem Umgang mit dem Material auf der Baustelle nicht einzuholen.

Einen wesentlichen Beitrag zur Intensivierung können die Architekten bereits bei der städtebaulichen Planung leisten, wenn dabei von vornherein die Anforderungen der Fließfertigung berücksichtigt werden. Daß dies nicht zu einem „Sieg der Kranbahn über den Städtebau" führen muß, beweisen die Planungen für neue Wohngebiete in Rostock, an denen sich eine vorbildliche Gemeinschaftsarbeit zwischen Städtebauern, Architekten, Ingenieuren und Technologen entwickelt hat. Bewährt hat sich dabei auch die Funktion des Hauptarchitekten, der für die komplexe Vorbereitung eines Wohngebietes verantwortlich ist.

Das wichtigste Schlüsselproblem der Intensivierung, die Aufgabe Nummer 1, ist die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Das wird im Bauwesen an der Entwicklung der Wohnungsbauserie 70 deutlich.

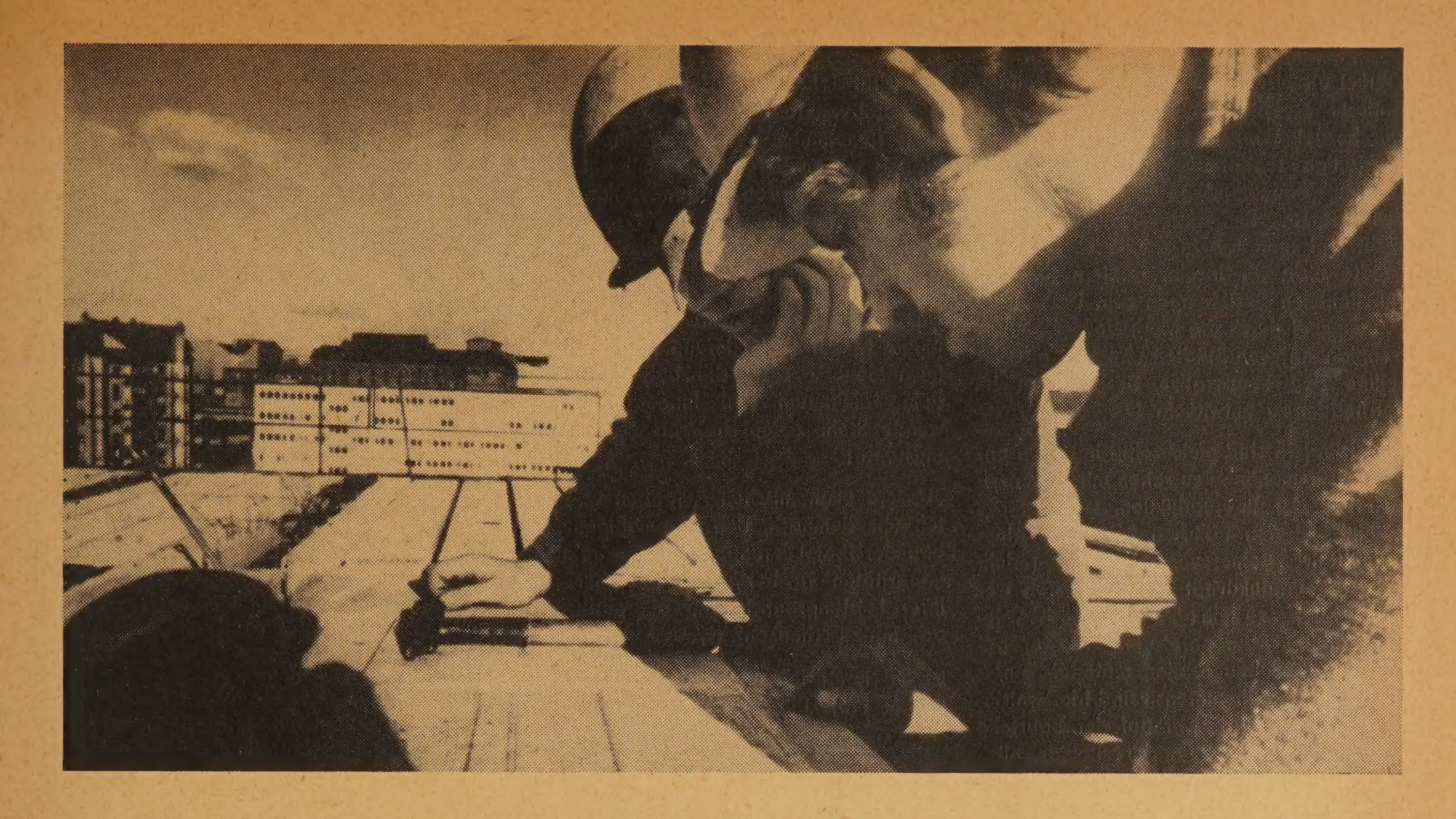
Die Erfolge, die das Wohnungsbaukombinat Neubrandenburg mit der konzentrierten Unterstützung der Bauakademie der DDR bei der Einführung der WBS 70 erreichen konnte, sind beachtlich: Es werden rund 10 Prozent Stahl und Zement sowie 25 Prozent Wärmeenergie eingespart. Bei wesentlich höherer Arbeitsproduktivität werden kontinuierlich 40 Wohnungseinheiten in nur 38 Tagen fertiggestellt. Die hier erschlossenen Reserven gilt es, jetzt möglichst schnell in volkswirtschaftlichen Größenordnungen zu erschließen.

Der Bundesvorstand des BdA der DDR hat deshalb seine Mitglieder und vor allem seine Betriebsgruppen in den Wohnungsbaukombinaten zu einer aktiven Mitwirkung bei der weiteren Vorbereitung und Einführung der WBS 70 aufgerufen.

Architekten arbeiten auch an der Entwicklung anderer rationeller Bauweisen wie der Skelettbauweise 75 mit. Zahlreiche Mitglieder des BdA/DDR unterstützen so aktiv die Durchsetzung einer einheitlichen technischen Politik im Bauwesen, die eine wesentliche Grundlage für die Intensivierung der Bauprozesse darstellt.

In diesem Zusammenhang muß jedoch auch gesagt werden, daß Vorstellungen, die – mögen sie auch noch so gut gemeint sein – darauf hinauslaufen, die verbindlich festgelegte einheitliche technische Entwicklung zu verwässern oder zu unterlaufen, keineswegs eine Hilfe bedeuten.

Wertvoll sind dagegen zum Beispiel Vorschläge, die mit Initiative von Architekten



im Metalleichtbaukombinat entwickelt wurden und zum Ziel haben, auf der Grundlage des vorhandenen Elementesortiments ein breiteres Angebot an vielseitig verwendbaren Projekten zu schaffen.

Den Nutzeffekt der Investitionen erhöhen

Erich Honecker hob auf dem 13. Plenum hervor, „daß in der gewissenhaften und gründlichen Vorbereitung einer Investition der wirtschaftliche Erfolg begründet liegt" (4). Diese Feststellung deckt sich völlig mit den Erfahrungen der im Industriebau und im Landwirtschaftsbau tätigen Architekten. Hier sind im Sinne der Intensivierung noch erhebliche Reserven zu erschließen.

Dennoch gibt es immer noch Investitionsträger, die sich – auch entgegen den gesetzlichen Regelungen – zu spät oder zu ungenau überlegen, was sie brauchen. Das bedeutet nicht nur häufige Änderungen an den Projekten und Schwierigkeiten in der bautechnologischen Vorbereitung, sondern oft auch Effektivitätsverluste bei der Inbetriebnahme der Objekte.

Verschiedentlich wurde die sogenannte „gleitende Projektierung", die meist als ein Rettungsanker für verspätete Investitionsvorbereitung dient, gewissermaßen als die effektivste Form der Projektierung angesehen. Das kann sie im Ausnahmefall auch sein. Dem Vorteil einer Verkürzung der Zeit zwischen Investitionsvorbereitung und Inbetriebnahme stehen jedoch entscheidende Nachteile gegenüber, die sich nicht vermeiden lassen: nichtausgereifte Lösungen, die ohne Variantenvergleiche angenommen werden, höhere Kosten und ein wesentlich höherer Materialverbrauch, da zum Beispiel Fundamente und Tragkonstruktionen überdimensioniert gebaut werden, ehe die tatsächlichen Belastungen exakt zu berechnen sind. Reserven der Materialökonomie, die durch moderne Berechnungsmethoden und Anwendung der EDV erschlossen werden können, gehen bei gleitender Projektierung meist unwiederbringlich verloren.

Wesentliche Reserven für die Erhöhung des Nutzeffektes der Investitionen liegen, wie besonders auch Erfahrungen im sowjetischen Industriebau bestätigen, in der sorgfältigen Koordinierung verschiedener Investitionsvorhaben an einem Standort. Von Architekten des Industriebaus wurden dazu bereits zahlreiche Vorschläge für die Entwicklung einer Industriebauplanung unterbreitet (5).

Durch gemeinsame technische Erschließungsmaßnahmen, die Mehrfach- und Mehrzwecknutzung sind wesentliche Kombinationseffekte zu erzielen, die heute oft noch nicht wirksam werden, weil sich manche Investträger offensichtlich schwer von der Vorstellung „lieber klein, aber mein" trennen können. Es scheint aber auch erforderlich zu sein, bestimmte Hindernisse in der Planmethodik zu überprüfen, die eine effektive Durchführung gemeinsamer Investitionen erschweren.

Die Architekten im Industriebau sind bei der Suche nach effektivsten Lösungen nicht selten in einer gewissen Zwickmühle: Ihr Kombinat fordert im Interesse der Intensivierung der Bauprozesse die konsequente Anwendung vorhandener Angebotsprojekte und Technologien, während der Investträger ein im Sinne der Intensivierung seiner Produktion optimales Projekt fordert. Sicher sind dabei Kompromisse nicht zu umgehen. Aber hier ist eine grundsätzliche Frage der Intensivierung aufgeworfen, die auf dem 13. Plenum eine ebenso grundsätzliche Beantwortung gefunden hat: Ausschlaggebend ist stets „die volkswirtschaftliche Sicht und nicht etwa die enge Betrachtung aus dem Blickwinkel eines einzelnen Betriebes oder Zweiges".

Schließlich ist ein entscheidendes Tätigkeitsfeld gerade der Architekten im Industriebau und Landwirtschaftsbau ihr Beitrag zur Gestaltung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Werktätigen. Da jeder Fortschritt, der auf diesem Gebiet erreicht wird, über die Menschen als Hauptproduktivkraft unmittelbar fördernd auf die Intensivierung zurückwirkt, sollte der Erfahrungsaustausch über die besten Ergebnisse in der Arbeitsumweltgestaltung verstärkt werden.

Intensivierung des Reproduktionsprozesses der Bausubstanz

Die gesamte Bausubstanz der DDR verkörpert einen Wert von Hunderten von Milliarden Mark. Allein die vorhandene Wohnungsbausubstanz umfaßt Werte in Höhe von über 140 Milliarden Mark. Als Städtebauer und Architekten haben wir großen Einfluß auf die intensivste Gestaltung des Reproduktionsprozesses dieser Bausubstanz.

Es geht volkswirtschaftlich gesehen darum, die erweiterte Reproduktion der Bausubstanz in den Städten und Gemeinden mit dem höchsten Nutzeffekt durchzuführen, das heißt Aufwand und Nutzen in ein gut abgewogenes Verhältnis zu bringen.

Auch heute wird teilweise noch der Wert der Altbausubstanz unterschätzt. Vor allem in Planungen ist man oft zu schnell geneigt, Flächenabrisse vorzusehen, auch wo eine partielle Rekonstruktion möglich wäre. Generell aber auch für jede einzelne Stadt steht die Frage, welche Relationen zwischen Neubau, Instandhaltung, Modernisierung und Abriß am günstigsten sind. Das heißt, Fragen der Intensivierung betreffen, wie Prof. Heynisch in seinen Schlußbemerkungen auf der 31. Plenartagung der Bauakademie der DDR hervorhob, keineswegs nur Produktionsprozesse, sondern auch den Städtebau und die Stadtentwicklung (6). Das beginnt mit der Intensivierung der Nutzung städtischer Flächen, der verkehrsgünstigen Zuordnung und Verflechtung städtischer Funktionen und reicht bis zu Fragen einer energiesparenden Gestaltung der Städte und der Ausnutzung städtischer Abprodukte als Sekundärrohstoffe.

Dazu ist es erforderlich, die Generalbebau-

ungsplanung der Städte ökonomisch viel stärker als bisher zu fundieren. Erfahrungen anderer sozialistischer Länder, besonders der Sowjetunion, besagen, daß durch eine sorgfältige territoriale und städtebauliche Planung bedeutende ökonomische Reserven zu erschließen sind. Zunehmendes Gewicht legt man z. B. in der UdSSR darauf, Städte nicht als Inseln, sondern in ihren funktionellen Beziehungen zum Umland zu planen und durch die Methode der „Gruppenplanung" von Städten effektive, arbeitsteilige und kooperative Beziehungen im Territorium zu entwickeln (7).

Diese Fragen sind gleichzeitig in einem engen Zusammenhang zu sehen mit der Intensivierung der Bauproduktion. Gegenwärtig scheint bei den üblichen Methoden einer quantitativen Bemessung der Arbeitsproduktivität die Produktivität im Neubau stets wesentlich höher zu sein als bei der Modernisierung und bei Baureparaturen, und zwar gerade, weil Neubauarbeiten material-, energie- und maschinenintensiv sind. Modernisierungsarbeiten sind zwar auf der Baustelle sehr arbeitsintensiv, aber der anteilige volkswirtschaftliche Aufwand je Wohnungseinheit an Material, Transport, Energie, an Investitionen im Bauwesen und an Vorleistungen in anderen Volkswirtschaftsbereichen ist in vielen Fällen erheblich geringer. Dieses aktuelle Problem soll jetzt in den Plan Wissenschaft und Technik aufgenommen werden.

Ein weiteres wichtiges Problem, das auch die Architekten stark beschäftigt, sind die Kosten eines Bauwerkes über den gesamten Reproduktionszyklus. Die Bewertung von Projekten allein am Maßstab niedriger Baukosten reicht im Sinne einer volkswirtschaftlichen Intensivierung nicht aus. Jeder weiß zum Beispiel, daß scheinbar billige Provisorien meist sehr teuer werden, weil der Erhaltungsaufwand hoch und die Nutzungsdauer kurz ist. Auch die hohen Aufwendungen, die in einigen Bezirken schon jetzt für die Instandhaltung von Wohnungsneubauten, die kaum zehn Jahre alt sind, erforderlich sind, müssen zu denken geben. Die Qualität der Erzeugnisse, Wartungsarmut, niedrige Aufwendungen für Pflege, Heizung usw., also geringe Nutzungskosten bei langer Lebensdauer, sollten deshalb wichtige Kriterien für die Leistungen der Baukombinate werden. Das entspräche auch der Anregung des 13. Plenums zu überlegen, „wie in der Planung und Abrechnung der Leistungen die qualitativen Kriterien ein größere Gewicht erlangen können" (8).

Intensivierung der Projektierung

Alle diese Aufgaben zur Intensivierung sind jedoch letzten Endes nur über rationelle städtebauliche Planungen und gut durchdachte Projekte realisierbar. Aber hier besteht trotz großer Anstrengungen aller Mitarbeiter in der bautechnischen Projektierung die Gefahr, daß sich die Projektierungskapazität immer mehr zu einem die Intensivierung hemmenden Engpaß entwickelt.

Allein aus Mangel an Projektierungskapazität werden mitunter Investträgern Wiederverwendungsprojekte angeboten, die größer sind als der eigentliche Bedarf. Das heißt, weil für 10 000 Mark Projektierungskapazität fehlt, muß vielleicht ein Mehraufwand von 100 000 Mark Baukapazität in Kauf genommen werden. Wenn wir also nicht – wie man so sagt – mit der Wurst nach dem Schinken werfen wollen, dann muß die Intensivierung der Projektierung schon in nächster Zeit einen ganz hohen Stellenwert erhalten.

Unsere Kollegen Architekten und Ingenieure in der Projektierung sind Genossen Erich Honecker sehr dankbar, daß er auf dem 13. Plenum den Finger auf diese wunde Stelle gelegt hat, als er folgendes ausführte:

„Unsere ökonomischen Aufgaben verpflichten uns demnach, den planmäßigen Ausbau der Projektierungs- und Konstruktionskapazitäten zu beschleunigen, aber auch ihrer Leistungsentwicklung allergrößte Beachtung zu schenken" (9).

Bereits heute liegen dafür von seiten zahlreicher Projektierungskollektive, Neuerer in der Projektierung und der Zentralen Kommission Projektierung des BdA/DDR eine Reihe von Vorschlägen vor, die geeignet sind, einen bedeutenden Schritt in Richtung Intensivierung zu tun (10). In allen Projektierungsbereichen der Baukombinate gibt es wertvolle Erfahrungen, die jedoch einer systematischen Verallgemeinerung bedürfen.

Zu einer wesentlichen Leistungssteigerung können z. B. die im WBK Erfurt entwickelte Methode der Angebotsprojektierung sowie die dort ebenfalls angewendeten Rechenprogramme und Vervielfältigungsmethoden beitragen. Einen weiteren Schritt nach vorn wird die für die WBS 70 entwickelte Projektierungsmethode mit Katalogen und Projektteilen darstellen (11).

Wichtig ist vor allem, daß es durch eine einheitliche technische Politik schrittweise gelingt, Kataloge und Angebotsprojekte über die ganze DDR anwendbar zu machen und gleichzeitig eine höhere gestalterische Variabilität zu gewährleisten. Das wird auch den Effekt der Erzeugnisgruppenarbeit wesentlich erhöhen.

Notwendig ist jedoch auch eine bessere Ausstattung der Projektierungseinrichtungen mit moderner Technik. Das müssen nicht gleich große EDV-Anlagen sein. Große Effekte ließen sich sicher auch durch eine „Kleinmechanisierung" auf diesem Gebiet (wie z. B. durch elektronische Tischrechner) erreichen. Es sollte auch bald geklärt werden, wer künftig für die Herstellung von Rationierungsmitteln für die Projektierung verantwortlich gemacht werden kann.

Gleichzeitig müßte jedoch gemeinsam mit Baustellenkollektiven und Investträgern noch einmal geprüft werden, wie der wachsende Umfang an Projektdokumentationen radikal reduziert und vereinfacht werden kann.

Von in der Praxis tätigen Kollegen wird die Arbeitsintensität in der Projektierung sehr unterschiedlich eingeschätzt. Teilweise sieht man auch hier noch erhebliche Reserven, die durch eine Verbesserung der Arbeitsorganisation zu erschließen wären.

Eine für das Niveau der Projekte ganz entscheidende Reserve ist jedoch zweifellos darin zu sehen, die qualifizierten Architekten und Ingenieure von einer Vielzahl von organisatorischen Aufgaben zu entlasten, um den Anteil echter schöpferischer Arbeit, der jetzt nach Angaben leitender Architekten oft nur 10 bis 20 Prozent ihres Zeitfonds beträgt, entscheidend zu erhöhen.

Die Intensivierung in der Projektierung erfordert vor allem eine Intensivierung aller geistigen Prozesse, eine gute ideologische Arbeit, die Förderung einer schöpferischen Arbeitsatmosphäre, in der neue Ideen entwickelt und entfaltet werden.

Mit der Orientierung der 13. Tagung des ZK der SED sind alle Architekten aufgerufen, die Erfüllung des Planes Wissenschaft und Technik, den Kampf um eine hohe Materialökonomie und um eine allseitige Erhöhung der Qualität der Projekte aktiv zu unterstützen.

In unserem Architektenverband werden die Fragen der Intensivierung ein wichtiger Gegenstand der Vorbereitung auf die 6. Baukonferenz des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates der DDR und auf den 7. Bundeskongreß des BdA/DDR sein.

Dabei sollten wir uns jedoch immer eines bewußt sein: Unsere Vorschläge werden um so wirksamer sein, je mehr wir uns von jeder einseitigen Betrachtungsweise lösen und uns immer enger mit der großen Kraft des schöpferischen Kollektivs aller Bauschaffenden verbinden.

Literatur

(1) K. Marx, Das Kapital, Erster Band, S. 429 ff. Dietz Verlag Berlin 1966

(2) E. Honecker, Aus dem Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des Zentralkomitees der SED. Neues Deutschland vom 13. 12. 1974, S. 4

(3) Ebenda

(4) Ebenda, S. 5

(5) W. Häuptner; P. Hartmann, Industriebauplanung als Voraussetzung effektiver Objektlösungen. Architektur der DDR, Heft 9/1974, S. 548 ff.

(6) W. Heynisch, Für eine höhere Qualität und Praxiswirksamkeit der Forschungsergebnisse im Städtebau. Architektur der DDR, Heft 3/1975, S. 143

(7) P. Wladimirow; A. Kotschetkow, Probleme der Besiedlung in der Perspektive. Architektura SSSR, Heft 5/1974, S. 2 ff.

(8) E. Honecker, ebenda

(9) Ebenda

(10) Vgl.: Beiträge von E. Buchholz und H. Wieland in: deutsche architektur, Heft 2/1974, S. 68 ff.

(11) H. Donner, I. Kohl, Die einheitliche Gestaltung von Angebotsprojekten für Gebäude und Gebäudeteile nach dem Prinzip der Katalogprojektierung. deutsche architektur, Heft 1/1974, S. 52 ff.

Aufgaben des Städtebaus zur Erfüllung des langfristigen Wohnungsbauprogramms bis 1990 als Beitrag zur Lösung der Hauptaufgabe des VIII. Parteitages

**Aus dem Referat auf der 31. Plenartagung der Bauakademie der DDR von
Prof. Dr. Ule Lammert
Vizepräsident der Bauakademie der DDR**

Von der 31. Tagung der Bauakademie der DDR veröffentlichen wir in diesem Heft das Referat und die Schlußbemerkungen und im Heft 4/75 die Thesen.
Red.

Die 31. Plenartagung der Bauakademie der DDR setzt folgerichtig die Reihe der Plenartagungen fort, die der Erfüllung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED dienen. Standen auf unseren vorhergehenden Tagungen Fragen des Tiefbaues, des Ausbaues sowie der technischen und funktionellen Entwicklung des Wohnungsbaues zur Beratung, so haben uns heute Fragen des Städtebaues, die sich aus der Erfüllung des Wohnungsbauprogrammes ergeben, zusammengeführt.

In unserer täglichen Arbeit zeichnet sich immer klarer ab, daß die Lösung der Hauptaufgabe alle Bereiche der gesellschaftlichen Praxis durchdringt. Indem sie auf die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der Produktion, der breiten Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität orientiert, werden Ziel und Weg unseres sozialistischen Aufbaus für einen langen Zeitabschnitt klar bestimmt.

„Mit dem sozialpolitischen Programm des VIII. Parteitages der SED", sagte Genosse Honecker auf der Festveranstaltung zum 25. Jahrestag der DDR, „gestalten wir die sozialistische Lebensweise weiter aus. Es konzentriert sich auf die wichtigsten Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen. Gerade deshalb nimmt die stete Verbesserung der Wohnbedingungen der Bürger und die Lösung des Wohnungsproblems bis 1990 den zentralen Platz in unserem Sozialprogramm ein."

Damit sind auch die Ziele und Bedingungen, unter denen sich die städtebauliche Umgestaltung unseres Landes in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vollzieht, präzise fixiert. Richtung und Tempo des Städtebaues werden eindeutig vom langfristigen Wohnungsbauprogramm und seiner klar definierten sozialen Zielstellung – Lösung des Wohnungsproblems – bestimmt.

Die Verwirklichung dieser Zielstellung bedeutet für viele Familien die Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse, die Erfüllung des Wunsches nach einer eigenen Wohnung. Dabei geht es nicht schlechthin darum, das Wohnungsdefizit zu beseitigen und den Bürgern ein Dach über dem Kopf zu garantieren. Das Wohnungsbauprogramm ist in einer anspruchsvollen, den Möglichkeiten angemessenen architektonisch-städtebaulichen Qualität zu realisieren. Mit den Baumaßnahmen der nächsten Fünfjahrpläne sind die Städte und Dörfer schrittweise weiter so umzugestalten, daß Bedingungen für die Arbeit, das Wohnen und die Erholung geschaffen werden, die die allseitige harmonische Entwicklung der Persönlichkeit, der sozialistischen Gemeinschaftsbeziehungen, die Erziehung zu einem hohen Bewußtsein und die Steigerung der Arbeitsproduktivität günstig beeinflussen.

Genauso klar muß aber auch gesagt werden: Unser Staat setzt für die Realisierung des Wohnungsbauprogramms einen sehr hohen Anteil des Nationaleinkommens ein. Damit sparsam und rationell zu wirtschaften, ist oberstes Gebot auch im Städtebau. Ein Überschreiten der Kennzahlen – sei es durch höheren Material- oder Zeitaufwand, durch Überschreiten der geplanten Kosten oder des Aufwandes an gesellschaftlichen Einrichtungen, an Verkehrsanlagen – bedeutet, den volkswirtschaftlich bilanzierten Rahmen zu sprengen und die Erfüllung des gesamten Programms zu gefährden.

Zweifellos erfordert diese uns von der Partei der Arbeiterklasse übertragene komplexe Aufgabe von allen ein Höchstmaß an Konzentration, an Disziplin, an Gemeinschaftsarbeit und Ideenreichtum. Zu erfüllen ist sie nur, wenn sie nicht einseitig als technische, ökonomische oder baukünstlerische Aufgabe, sondern als ein entscheidender Teil des sozialpolitischen Programms gesehen wird.

Von großem Vorteil ist dabei, daß die Perspektive des Bauwesens durch das Wohnungsbauprogramm bereits jetzt abgesteckt wurde. Das schafft die Möglichkeit, die Durchführung dieses Programms gründlich vorzubereiten, um eine hohe Effektivität zu gewährleisten. Gründlich vorbereiten heißt, die materielle Basis für das Wohnungsbauprogramm zu schaffen. Es heißt aber auch, den notwendigen städtebaulichen Vorlauf zu sichern.

Unsere Praxis zeigt, daß hohe Effektivität die immer bessere Zusammenarbeit aller an der Realisierung des Wohnungsbauprogramms und der Umgestaltung der Städte beteiligten Zweige der Volkswirtschaft, der zuständigen örtlichen Organe, aber auch der zentralen Institutionen bedeutet.

Bei der Lösung unserer Aufgaben werden wir wie bisher Hand in Hand mit unseren sowjetischen Freunden arbeiten, von ihnen lernen und ihre Erfahrungen nutzen.

Wir Städtebauer und Architekten der DDR werten deshalb die Berufung der Genossen Rubanenko und Beloussow, die wir als erfahrene Städtebauer und Architekten schätzen, zu Korrespondierenden Mitgliedern unserer Akademie nicht nur als eine gebührende Ehrung ihrer großen Verdienste, sondern als eine Demonstration unserer herzlichen und freundschaftlichen Verbundenheit mit der Sowjetunion.

Zum erreichten Stand nach dem VIII. Parteitag und zu weiteren gesellschaftspolitischen Anforderungen an den Städtebau

Unlängst haben wir den 25. Jahrestag unserer Republik gefeiert. Das war für uns alle Anlaß, Bilanz insbesondere der Zeit nach dem VIII. Parteitag zu ziehen. Die neue Phase der Entwicklung des Sozialismus tritt überall, auch im Bauwesen, deutlich zutage. Ein überzeugendes Beispiel dafür ist der Elan, mit dem die Bauschaffenden an die Erfüllung des Wohnungsbauprogramms gehen. In den letzten dreieinhalb Jahren wurden die Wohnverhältnisse für fast 1,2 Millionen Bürger entscheidend verbessert. Die Mittel und Möglichkeiten zur Realisierung des Wohnungsbauprogramms wurden weiter vervollkommnet. Heute kämpfen überall in der Republik die Bauarbeiter gemeinsam mit den Ingenieuren, Architekten und Städtebauern für die allseitige Erfüllung des Planes und für eine gute Vorbereitung der kommenden Aufgaben.

Für den Städtebau war die entscheidende Aufgabe dieser Jahre die Erhöhung der funktionellen und gestalterischen Qualität unserer Wohngebiete bei Einhaltung der volkswirtschaftlichen Normative. Ohne die Entwicklung überbewerten zu wollen, kann man sagen, daß im Vergleich zum Städtebau früherer Jahre ein beachtlicher Fortschritt erzielt wurde. Angesichts solcher neuen Wohngebiete, wie wir sie in Rostock, Erfurt, Magdeburg und anderen Städten finden, kann man feststellen, daß sie nicht nur interessanter und für die Entwicklung städtischen Gemeinschaftslebens zweckmäßiger, sondern in ihrer architektonisch-räumlichen Erscheinung auch schöner geworden sind.

Erhebliche Fortschritte wurden, ausgehend von den Beschlüssen der Partei bei der wissenschaftlichen Vorbereitung und bei der Durchsetzung einer einheitlichen wissenschaftlichen Politik im Wohnungs- und Städtebau erreicht. Diese einheitliche, klare Orientierung ermöglichte es, bei schnell wachsendem Umfang effektiver zu arbeiten. Die Verbindung zwischen Wissenschaft und Praxis ist dabei wesentlich enger geworden. Davon zeugen sowohl die Ausarbeitung und Ersteinführung der WBS 70 als auch die unterschiedlichen Formen der Zusammenarbeit im Städtebau wie Beispielplanungen, Begutachtungen usw. Ein Beispiel für die enge Zusammenarbeit zwischen Praxis und Forschung ist auch die Vorbereitung dieser Plenartagung. Durch umfangreiche Aussprachen und Diskussionen mit Vertretern der verschiedensten Bereiche, mit Bürgermeistern, Genossen der Bezirksleitungen, mit den Direktoren, Ingenieuren und Architekten der Kombinate, Stadt- und Bezirksarchitekten, bildenden Künstlern, Gartengestaltern, Vertretern des Bundes der Architekten, der Hochschulen und anderer wissenschaftlicher Bereiche konnten viele Probleme bereits in Vorbereitung des Plenums klarer herausgearbeitet oder auch einer Lösung zugeführt werden.

Eine besondere Rolle bei der Entwicklung des Städtebaues spielt die schnelle Entwicklung der Hauptstadt Berlin als sozialistische Metropole unseres Landes. Bedeutende neue Wohngebiete wurden hier in den letzten Jahren fertiggestellt oder befinden sich in der Phase des Aufbaus. Die Bedeutung, die unsere Städtebauer und Architekten der Entwicklung unserer Hauptstadt beimessen, zeigt sich in der Zusammenarbeit zwischen den Berliner Kollegen und erfahrenen Kollektiven aus Rostock, Leipzig, Erfurt und der Bauakademie für das größte bisher vorgesehene Wohngebiet in unserer Republik, Berlin-Biesdorf. Die dabei gewonnenen Ideen und Erkenntnisse ermöglichen dem Chefarchitekten, Genossen Roland Korn, kurzfristig einen Bebauungsplan auszuarbeiten.

Bei voller Konzentration auf den Wohnungsbau wurde Schritt für Schritt die Umgestaltung in unseren Stadtzentren weitergeführt. In Berlin entsteht der Palast der Republik. Nicht nur die Berliner, auch die Gäste aus dem In- und Ausland beobachten mit viel Interesse, wie dieses Gebäude wächst. In Karl-Marx-Stadt, Magdeburg und Suhl wurden wichtige Objekte übergeben.

Große Verdienste bei der komplexen Fertigstellung der neuen Wohngebiete haben unsere Baukombinate, die sich gemeinsam mit den Betrieben des Tiefbaus, der Energieversorgung, des Grünanlagenbaus und anderen immer stärker für das ganze Wohngebiet und seine Qualität verantwortlich fühlen. Für uns Städtebauer ist von unschätzbarem Wert, daß sich die Direktoren der Wohnungsbaukombinate immer intensiver mit den Problemen des Städtebaues und der Architektur auseinandersetzen und diesen Prozeß, der sicher für manchen auch ein

Umdenken bedeutet, in ihren Kombinaten organisieren.
Wir wissen aber auch den Anteil zu schätzen, den die Büros für Städtebau in diesem Prozeß leisten. Es erfüllt uns mit Stolz und Freude, daß unsere Partei und Regierung für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet von Städtebau und Architektur in den letzten zwei Jahren 20 Kollegen mit dem Nationalpreis ausgezeichnet hat. Unter ihnen befinden sich so bekannte Architekten wie Professor Urbanski, Ewald Henn, Kurt Tauscher, Professor Stahr, Walter Nitsch, Erich Kaufmann, Dr. Lasch, Gerhard Guder, Peter Baumbach, Wolfgang Hänsch, Peter Sniegon und andere. Nicht zuletzt verdanken wir den Fortschritt im Städtebau aber auch unseren leitenden Genossen der Partei, der zentralen und örtlichen Organe. Ausgehend von der Aufgabe haben sie hier die Maßstäbe gesetzt.
Es gehört zur Praxis unseres sozialistischen Aufbaus, daß, wenn wir über Erfolge sprechen, unsere Gedanken immer schon bei den nächsten, bei den neuen Aufgaben sind. Wo, wenn nicht für den Städtebau, sollte dies besonders zutreffen. Greifen doch die Entscheidungen, die heute getroffen werden, weit in die Zukunft hinein.
„Unser Ziel ist es", so hob auf der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED Genosse Junker hervor, „die historisch entstandenen sozialen und territorialen Unterschiede in den Wohnverhältnissen Schritt um Schritt abzubauen. Das entspricht dem grundlegenden sozialen Prozeß bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Wir streben in den Städten und Dörfern Wohnverhältnisse an, die den Stolz der Werktätigen auf ihre sozialistische Heimat festigen und die Entwicklung ihrer sozialistischen Lebensweise fördern."
Bezogen auf unsere Bedingungen bedeutet das, daß, wenn in den letzten 15 Jahren von 1956 bis 1970 in der DDR 1,1 Millionen Wohnungen neu gebaut bzw. modernisiert wurden, es dagegen in den nächsten 15 Jahren von 1976 bis 1990 etwa 2,8 bis 3,0 Millionen sein werden. Das bedeutet gleichzeitig, daß in diesem Zeitraum annähernd die Hälfte des von uns insgesamt benötigten Wohnungsfonds neu entstehen bzw. grundlegend modernisiert werden wird. 1990 werden 70 % der Wohnungssubstanz unter sozialistischen Bedingungen entstanden bzw. modernisiert worden sein. Dadurch werden sich Bedingungen herausbilden, die vor allem durch einen höheren Ausstattungsgrad der Wohnungen in bezug auf moderne Sanitär- und Heizsysteme und die weitere Vervollkommnung mit gesellschaftlichen Einrichtungen gekennzeichnet sind. Die soziale Qualität, bezogen auf ein familiengerechtes Wohnen, nimmt weiter zu. Da der Wohnungsbau zwei Drittel der Bausubstanz unserer Städte ausmacht und da er überwiegend auf dem Territorium der jetzt vorhandenen Städte realisiert wird, bedeutet das die Umgestaltung und Erneuerung unserer Städte. Mit der weitgehenden Beseitigung des Wohnungsdefizits im folgenden Fünfjahrplan gewinnt neben der Erweiterung des Wohnungsbestandes die grundlegende Verbesserung der Substanz durch Ersatz und Modernisierung an Bedeutung.
Ohne den Blick für die Realitäten zu verlieren, ohne zu übersehen, daß in den nächsten Jahren noch viele durchaus berechtigte Bedürfnisse und Wünsche noch nicht erfüllt werden können, wird die Realisierung des Wohnungsbauprogramms im Städtebau zu einer qualitativ neuen Situation führen. Nach dem Wiederaufbau vieler kriegszerstörter Städte, nach der Neugestaltung wichtiger Stadtzentren und der Errichtung komplexer neuer Wohngebiete und vieler moderner Produktionsanlagen beginnt nunmehr ein Zeitabschnitt, in dem Struktur und Erscheinungsbild einer großen Anzahl von Städten umfassend verändert werden. Ohne Übertreibung läßt sich sagen, daß in dieser Etappe das Neue, was seit der Gründung der DDR entstanden ist, das Übergewicht erlangen wird und damit auch den bestimmenden Einfluß ausüben wird.
Dieser Kurs, nicht nur komplexe neue Wohngebiete zu errichten, sondern mit dem Wohnungsbau, mit dem Neubau wie mit der Modernisierung, in zunehmendem Maße die Städte als Ganzes Schritt für Schritt umzugestalten, entspricht dem in der gesamten Volkswirtschaft gültigen Grundsatz der Intensivierung.
Die nächste Etappe des Städtebaues wird daher gekennzeichnet sein von der weiteren Differenzierung der Lösungswege. Neben die Stadterweiterungen und den Bau komplexer Wohngebiete auf bisher ungenutzten Flächen tritt immer mehr die Bebauung innerstädtischer Gebiete. Hier sind objektiv weit mehr soziale, technische, ökonomische, funktionelle und gestalterische Probleme zu meistern, die der Standort mit sich bringt, als es bisher der Fall war.
Vor der Wissenschaft, insbesondere vor der Bauakademie, steht dabei die Aufgabe, gemeinsam mit den Gesellschaftswissenschaftlern immer tiefer in die damit zusammenhängenden Prozesse der Herausbildung einer sozialistischen Lebensweise einzudringen und daraus die notwendigen baulichen Maßnahmen abzuleiten.
Schwerpunkt der Forschung in den Jahren 1976 bis 1980 wird der Beitrag zur weiteren Verbesserung der Qualität der Planung und Gestaltung der Neubauwohngebiete und zur Schaffung des wissenschaftlichen Vorlaufs für die Umgestaltung der innerstädtischen Wohngebiete sowie von Klein- und Mittelstädten sein.
Starken Einfluß auf den Städtebau hat in den kommenden Jahren die Entwicklung des Verkehrswesens und der technischen Versorgung. Nach vorliegenden Einschätzungen wird sich in der Zeitspanne von 1970 bis 1990 der individuelle Pkw-Verkehr bedeutend schneller entwickeln als bisher. Darüber zu räsonieren, hat keinen Sinn. Nur eine den Tatsachen entsprechende realistische Einstellung hilft hier weiter. Auf jeden Fall steigt der Flächenbedarf für das Straßennetz, für Verkehrsknoten und für Parkmöglichkeiten weiter an.
Im Bereich der technischen Versorgung wächst je Haushalt bis 1990 folgerichtig mit der weiteren Steigerung des Lebensstandards der Wasserbedarf um etwa die Hälfte und auch der Elektroenergiebedarf beträchtlich. Ein starkes Ansteigen tritt in der Warmwasserversorgung und bei Telefonanschlüssen ein. Das bedeutet, daß die Netze der technischen Versorgung nicht nur erweitert, sondern in vielen Fällen erneuert werden müssen, wie das im einzelnen auf unserem Tiefbauplenum nachgewiesen wurde.
Auf einem Städtebauplenum wäre es auch falsch, die Augen vor der Tatsache zu schließen, daß in nächster Zeit auch wesentliche Veränderungen in der materiellen Produktion vor sich gehen werden. Vieles wird notwendig sein, um die Arbeitsbedingungen unserer Werktätigen weiter zu verbessern, um zur Rationalisierung der Produktion auf dem Wege der Intensivierung beizutragen. Wenn wir heute, wo wir uns auf Probleme des Wohnungsbaues konzentrieren, nicht näher auf diese Fragen eingehen, so heißt es nicht, daß wir sie unterschätzen.
Ein wesentlicher Teil der sich jetzt ergebenden städtebaulichen Anliegen wird mit dem Wohnungsbauprogramm erfüllt. Es bleiben daneben aber noch wesentliche Aufgaben, die im Zuge der Stadtentwicklung mit zu lösen sind und die vom Standpunkt der Planung und Vorbereitung zu berücksichtigen sind, wie Industriebau, Maßnahmen des Umweltschutzes und des Verkehrswesens. Die Vielzahl der Prozesse, die sich in der Stadt vollziehen, verlangt, unter voller Nutzung der Vorzüge des Sozialismus, die Stadt als Ganzes, in allen ihren Bereichen — Arbeiten, Wohnen, Bildung, Kultur, Erholung, Versorgung, Dienstleistungen, Verkehr — komplex zu sehen, zu planen und entsprechend den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten weiterzuentwickeln.
Ein solches Herangehen sichert auch, daß wir im Rahmen der Jahres- und Fünfjahrpläne jeweils das Mögliche tun, uns dabei aber die Zukunft nicht verbauen.

Die wichtigsten Aufgaben im Städtebau

Auch wenn wir in den Thesen zur Plenartagung den Problemkreis weiter gefaßt haben, so möchte ich mich in meinen Ausführungen, ausgehend von der sozialpolitischen Zielstellung unseres Wohnungsbauprogramms, auf drei Schwerpunkte konzentrieren:

1. Der Beitrag der Stadtplanung zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen und zur Effektivität der Investitionen
2. Die Erhöhung der funktionellen und gestalterischen Qualität der Wohngebiete
3. Die Schaffung des wissenschaftlichen Vorlaufes zur Umgestaltung innerstädtischer Wohn- und Mischgebiete sowie von Klein- und Mittelstädten

Diese Aufgaben, die als Einheit von sozialen, technischen, funktionellen, ökonomischen und kulturellen Prozessen aufzufassen sind, stehen im Mittelpunkt der Tätigkeit unserer Architekten und Ingenieure. Sie verlangen den vollen Einsatz jedes einzelnen und sein ganzes Können. Zu diesen Aufgaben ist eine klare parteiliche Position zu beziehen, denn ohne sie läßt sich nichts Großes vollbringen.

Der Beitrag der Stadtplanung zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und zur Effektivität der Investitionen

Die weitere Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft erfordert zunehmend eine komplexe langfristige Planung. Die Stadtplanung nimmt in diesem Prozeß eine bedeutende Funktion ein. Unsere sowjetischen Kollegen sehen in ihr ein wichtiges Mittel zur ständigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, zur Beseitigung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land, zum Ausgleich des Entwicklungsstandes der verschiedenen Gebiete sowie zur rationellen Standortverteilung der Industrie. Die Planbarkeit der Entwicklung unserer Städte ist im Gegensatz zum unkontrollierten Wachstum der kapitalistischen Städte und dem sich daraus ergebenden Chaos eine große Errungenschaft der sozialistischen Gesellschaft.
In den letzten Jahren wurde in vielen unserer Städte an der Generalbebauungsplanung gearbeitet. Das Wohnungsbauprogramm und seine Vorbereitung waren dabei eine entscheidende Triebkraft. Galt es doch, in Übereinstimmung mit den territorialen Entwicklungsmöglichkeiten der Städte effektive Standorte in weit größerem Umfang für den Wohnungsbau auszuweisen und die Qualität der städtebaulichen Planungen weiter zu erhöhen.
Zur Intensivierung der Arbeit an der Generalbebauungsplanung trugen besonders der Beschluß des Ministerrates zur langfristigen Planung vom Mai 1972 und die Direktive des Ministers für Bauwesen zum Volkswirtschaftsplan 1974 bei. Die Direktive legt fest:

- die Erarbeitung bzw. Präzisierung der Generalbebauungspläne der wichtigsten Städte abzuschließen und
- für die Städte und Siedlungszentren, die in den nächsten Jahren Bauschwerpunkte darstellen, verstärkt Generalbebauungspläne in einfacher Form auszuarbeiten.

Gleichzeitig wurde die Begutachtung der Generalbebauungsplanung durch das Ministerium für Bauwesen eingeführt und die Bauakademie mit der Ausarbeitung der entsprechenden Gutachten beauftragt.
Zur Zeit liegen für die meisten der Bezirksstädte aktuelle Generalbebauungsplanungen vor, in den anderen wird an ihnen gearbeitet. Für etwa zwei Drittel der Kreis-

städte sowie für 50 weitere Mittel- und Kleinstädte entstanden in den letzten Jahren generelle städtebauliche Planungen. Die Hälfte der Generalbebauungsplanungen der Bezirksstädte und ein Viertel der Planungen für Kreisstädte sind durch die örtlichen Räte bestätigt worden. Insgesamt gibt es für rund 70 von insgesamt 222 Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern verbindliche Planungen.

Ausgehend von den vorliegenden Begutachtungen und einer Einschätzung der Bezirksarchitekten können wir feststellen, daß die Qualität und Aussagekraft dieser Planungen unterschiedlich ist. Vielerorts gibt es gute Ansätze und Lösungen zu einzelnen Fragen, deren Übertragung in andere Bezirke wesentlich zur Erhöhung der gesamten Qualität der Generalbebauungsplanung beitragen kann. So sind beispielsweise in Cottbus, Halle und Dresden gute Ergebnisse bei der Planung der Freiflächensysteme und des Umweltschutzes erreicht worden. In Halle, Suhl, Rostock und Leipzig stand eine langfristige Flächenpolitik – einschließlich der Beziehungen zum Umland und die Koordinierung mit der Verkehrsplanung – im Mittelpunkt der Planung. Dresden und Cottbus widmen besondere Aufmerksamkeit den Fragen der Stadtkomposition. Mit den vorliegenden Generalbebauungsplanungen wurden vor allem Fortschritte erzielt hinsichtlich

- der langfristigen Standortpolitik für den komplexen Wohnungsbau;
- der Aufdeckung territorialer Entwicklungsmöglichkeiten der Städte und der Entwicklung ihrer technischen Infrastruktur;
- der Sicherung von Flächen und Trassen für die zukünftige Entwicklung und
- der Planung von Grünflächen und Nutzung der Landschaftsräume einschließlich der Uferzonen. Die Gestaltung des Elbufers in Magdeburg ist dafür ein überzeugendes Beispiel.

Die Ausarbeitung der Generalbebauungspläne hat gezeigt, und der in Vorbereitung dieser Plenartagung in Rostock und Erfurt durchgeführte Erfahrungsaustausch bestätigte, daß dort gute Ergebnisse erzielt wurden, wo sich von Anfang an alle an der Lösung der Aufgaben Beteiligten verständigt und gemeinsame Auffassungen erarbeitet haben. Hierbei leisten vor allem die Genossen der Bezirksplankommissionen durch ihre aktive Mitarbeit einen entscheidenden Beitrag. Wird doch der Erfolg der Stadtplanung wesentlich davon bestimmt, wie es unter Nutzung der Vorzüge des Sozialismus gelingt, die unterschiedlichen Absichten, Erfordernisse und Bedingungen der verschiedenen Zweige und Bereiche zu lokalisieren und im Interesse der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der gesamten Stadt eine geordnete, proportionale städtebauliche Entwicklung zu sichern.

Der intensiven Arbeit solcher Bezirksbaudirektoren wie Genossen Loui und Roth, unserer Bezirks- und Stadtarchitekten, wie der Kollegen Henn, Radner, Ungewitter, Dr. Michalk, Prof. Siegel, Dr. Lasch und Dr. Kirsch ist es zu verdanken, daß vielerorts die Generalbebauungsplanung immer mehr zum Instrument wird, um die Städte sowohl zweckmäßig und rationell als auch mit hohem baukünstlerischem Anspruch zu planen und zu gestalten.

Neben den positiven Ergebnissen in der Generalbebauungsplanung gibt es jedoch auch ernsthafte Mängel. Sie resultieren vor allem aus der ungenügenden Komplexität und Verbindlichkeit. Nur die Hälfte der vorliegenden Planungen kann sich auf eine ausreichende gesellschaftspolitische Zielstellung stützen. Hinzu kommt, daß die Aussagen in den langfristigen Konzeptionen zur Entwicklung der Städte, z. B. über ihre Größenentwicklung, Bedeutung und Funktion im Territorium, Wechselwirkung zu anderen Städten und über die Standortverteilung der Produktivkräfte, teilweise ungenügend sind. Infolge des sich schnell vollziehenden wissenschaftlich-technischen Fortschritts werden für viele Städte auch künftig Veränderungen vor sich gehen. Deshalb ist die Generalbebauungsplanung immer stärker als ein Instrument zu handhaben, mit dem unter Nutzung der territorialen Reserven Alternativen und Varianten für die langfristige Entwicklung der Städte untersucht und den Zweigen entsprechende Angebote gemacht werden. Generalbebauungsplanungen für die Städte sind deshalb keine einmaligen Aktionen, deren Aussagen unverändert fortbestehen und in allen Teilen gleich verbindlich sind, sondern sie beinhalten einen Prozeß, der kontinuierlich fortzuführen ist und in dem eine wiederholte Rückkopplung der Ergebnisse mit den sich verändernden Bedingungen und Anforderungen erfolgt. Dadurch ist es möglich, das heute Notwendige und Mögliche mit dem wissenschaftlich begründeten Erfordernis der langfristigen Stadtentwicklung immer wieder in Übereinstimmung zu bringen.

Die besten Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, daß die größte Sicherheit und Exaktheit bei der Generalbebauungsplanung dort erreicht wurde, wo auf der Grundlage einer langfristigen Strategie, das heißt einer klaren gesellschaftlichen Zielstellung, die ständige Zusammenarbeit der Organe der Plankommission, des Bauwesens, des Verkehrswesens sowie der verschiedenen Zweige und Bereiche im Territorium gesichert war, wo auf dieser Basis auch entsprechende Vorgaben erarbeitet wurden. Gleichzeitig müssen wir einschätzen, daß durch die generelle Orientierung auf die intensive Entwicklung in der Industrie und durch das Wohnungsbauprogramm entscheidende Größenordnungen gegeben sind.

Welche Bedeutung die Zusammenarbeit hat, ist anschaulich bei der Planung der Infrastruktur ersichtlich, kommt es hierbei doch besonders darauf an, das arbeits- und materialaufwendige Neben- und Nacheinander bei den Investitionsmaßnahmen, die räumlich in einem Komplex durchgeführt werden können, zu vermeiden. Die Größenordnungen die hier im Investitionsbereich mit mehr oder weniger hohem Effekt zu koordinieren sind, zeigen deutlich die allein durch das Wohnungsbauprogramm für den Zeitraum von 1976 bis 1980 ausgelösten Maßnahmen in der Primärerschließung. Sie umfassen in den Bereichen der Wasserwirtschaft und Energie einen Wert von etwa 5 Milliarden Mark. Das bedeutet, daß unsere Volkswirtschaft außerhalb des komplexen Wohnungsbaus für jede Neubauwohnung zusätzlich einen Betrag von rund 8000 Mark für die stadttechnische Primärerschließung – ohne Verkehr – zur Verfügung stellen muß, um die Wohngebiete überhaupt funktionsfähig zu machen. Die über die Maßnahmen zur Primärerschließung neuer Wohnungsbaustandorte hinaus zur Aufrechterhaltung und notwendigen Verbesserung der stadttechnischen Versorgung der Städte insgesamt nötigen Aufwendungen liegen noch weit höher, da einerseits ein Nachholebedarf zu verzeichnen ist und andererseits mit fortschreitender Entwicklung und steigenden Anforderungen viele Leistungsschwellen überschritten und damit neue Anlagen und Netze erforderlich werden.

Die Begutachtungen der Generalbebauungsplanungen haben gezeigt, daß die Planungen für die Netze der Elektroenergie-, Fernwärme-, Wasser- und Gasversorgung und die Abwasserableitung oft noch unzureichend koordiniert werden, so daß für eine spätere Bebauung vorgesehene Gebiete mehrfach von einzelnen Leitungsnetzen durchschnitten werden. Dies geschieht vor allem, wenn eine einheitliche Koordinierung fehlt. Es fehlen oftmals hierfür aber auch die entsprechenden ökonomischen, planerischen und finanziellen Mittel und Stimuli. Ebenso kompliziert ist es mit dem Verkehr. Allein der schnell wachsende individuelle Verkehr stellt uns vor Probleme, die nur durch gemeinsame städtebauliche und verkehrstechnische Maßnahmen gelöst werden können.

Es ist deshalb zu begrüßen, daß in vielen Städten der Generalverkehrsplan und der Plan der stadttechnischen Versorgung als integrierte Bestandteile der Generalbebauungsplanung gesehen werden. Positiv wirkt sich auch aus, daß wir dank der Vereinbarung zwischen den Ministerien heute eine sehr intensive Zusammenarbeit zwischen Bauwesen und Verkehrswesen in Forschung und Planung verzeichnen können.

Nicht weniger wichtig ist, daß mit der Stadtplanung der Effekt, der in einer Kombination und Konzentration liegt, verwirklicht wird. Die Palette der Möglichkeiten ist hier äußerst breit. Es geht um die gemeinsame Nutzung von technischen und gesellschaftlichen Einrichtungen der Betriebe durch die Bevölkerung des anliegenden Territoriums. Weiterhin geht es um die Koordinierung der Baumaßnahmen verschiedener Planträger, z. B. bei der Errichtung gesellschaftlicher Zentren. Es gibt hierfür in unserer Republik eine Reihe positiver Beispiele wie im Wohngebiet Hans-Beimler-Straße in Karl-Marx-Stadt. Die Möglichkeiten sind aber noch lange nicht ausgeschöpft. Die zeitliche Koordinierung kann hierbei immer nur von der langfristigen Volkswirtschaftsplanung ausgehen. Der Anstoß hierfür muß aber durch die Stadtplanung erfolgen, die die Möglichkeiten für eine räumliche Kombination, für eine höhere gesellschaftliche Wirkungsweise und volkswirtschaftliche Effektivität aufdeckt und nachweist.

Eine weitere wichtige Aufgabe für die Generalbebauungsplanung ist die Herstellung der Übereinstimmung der heutigen Maßnahmen mit der zukünftigen Entwicklung. So sind beispielsweise die für die Stadtentwicklung benötigten Vorbehaltsflächen und Trassen auszuweisen für einen Zeitraum, der weit über die langfristige Planung hinausgeht, also für mindestens 30 Jahre. Geschieht dies nicht, dann erweisen sich durchgeführte städtebauliche Maßnahmen oftmals als Hemmnis für die weitere Stadtentwicklung, die zu erhöhten Aufwand führen, wenn sie einseitig nur auf der Grundlage kurzfristiger Bauaufgaben realisiert werden. Ein oft angeführtes Beispiel dafür ist die in Hoyerswerda in den 50er Jahren errichtete Kläranlage, mit der die notwendige Erweiterung der Stadt bereits jetzt behindert wird. Damals wurden – sicher auch aus ernsthaften, zeitbedingten ökonomischen Überlegungen – durch den Bau der Kläranlage unmittelbar an der Stadt, entgegen der ursprünglichen Planung, vielleicht ein bis zwei Millionen Mark eingespart, heute kostet uns die Verlagerung etwa 15 Millionen Mark. Ungenügende Klarheit über den notwendigen langfristigen zeitlichen Ablauf von Baumaßnahmen sind auch die Ursache für viele kostspielige Heizwerksprovisorien. Wie die Praxis zeigt, brauchen wir für ein Heizkraftwerk oder für eine Kläranlage von der Planung bis zur Inbetriebnahme oft mehr Zeit als für die Errichtung eines Wohngebietes. Dies muß man bei entsprechenden Vorlaufmaßnahmen berücksichtigen.

Die bisher dargelegten Fakten zeigen, wie unzureichend noch die ökonomische Durchdringung der Fragen des Städtebaues ist und wie notwendig es wird, gemeinsam mit den Forschungseinrichtungen der Staatlichen Plankommission, den entsprechenden Instituten der Akademie der Wissenschaften und anderer Bereiche hier die wissenschaftliche Arbeit zu vertiefen. Die Sektion Städtebau und Architektur hat sich auch in Zusammenarbeit mit der Sektion Ökonomie des Plenums bereits intensiver mit diesen Fragen befaßt.

Zur unmittelbaren Realisierung des Wohnungsbauprogramms stehen vor der Generalbebauungsplanung vor allem zwei Aufgaben:

E r s t e n s die Ermittlung der effektivsten Standorte für neu zu bauende Wohngebiete, die dem künftigen Bewohner erlauben, die Arbeitsstätten und das Stadtzentrum in möglichst geringer Zeit zu erreichen und die ihm gute Möglichkeiten für Erholung und Freizeit bieten. Die Lösung dieser sozialen Fragen ist zugleich ein bedeuten-

des ökonomisches Problem. So beträgt zur Zeit der standortabhängige Aufwand 3000 bis 17 000 Mark je Wohnung. Das bedeutet, daß bei gleicher Qualität, Quantität und gleichem Produktionsniveau der Gesamtaufwand für eine Wohnung sehr verschieden sein wird. Sicher spielen dabei sehr unterschiedliche Faktoren eine Rolle, über deren Abhängigkeit und Wechselwirkung jedoch nur aus dem Gesamtzusammenhang, also von der Stadtplanung her, entschieden werden kann. Gerade zu diesen Fragen wurden in den letzten Jahren umfassende wissenschaftliche Arbeiten durchgeführt und in der Praxis erprobt. Ich denke an die Arbeit zur Wirtschaftlichkeit von städtischen Wohnungsbaustandorten, die auch in der Planungsmappe enthalten ist. Mit der Standortentscheidung kann durch die Nutzung aller Ressourcen – auch der in den angrenzenden Altbaugebieten – die Effektivität des komplexen Wohnungsbaues, das Verhältnis von Wohnqualität zu Gesamtaufwand, wesentlich verbessert werden.

Die zweite Aufgabe zur Realisierung des Wohnungsbauprogramms ist der Beitrag der Generalbebauungsplanung zur Vorbereitung der Umgestaltung der Altbaugebiete, insbesondere in den Klein- und Mittelstädten. Wenn es heute im großen und ganzen über die Standorte für die Neubaugebiete feste Vorstellungen gibt, so läßt sich gleiches nicht von den Konzeptionen zur Umgestaltung der Altbaugebiete, vor allem ab 1980, sagen. In den meisten Fällen gibt es für die Modernisierung und den Ersatzneubau in den Städten gegenwärtig noch keinen Vorlauf sowohl hinsichtlich der gesellschaftspolitischen Zielstellung als auch im Hinblick auf die Einschätzung des materiellen Aufwandes, des Baubedarfes, des Aufwandes für Verlagerungen usw.

Sicher wird die Erarbeitung von gemeinsamen Beispielplanungen durch die Städte und die Forschung hier wesentlich zur Gewinnung des notwendigen Vorlaufes beitragen. Sie wird die Stadtplaner aber nicht von der dringenden Aufgabe befreien, für die ganz spezielle Situation in der Stadt im Rahmen der Generalbebauungsplanung Analysen durchzuführen, um den örtlichen Organen Entscheidungsgrundlagen mit Varianten für die Rang- und Reihenfolge der Umgestaltungsmaßnahmen zu unterbreiten. Heute ist dabei schon zu sehen, daß mit diesen Analysen eine ganze Reihe plantechnischer und finanzieller Fragen neu durchdacht werden müssen. Zum Teil führen solche Probleme heute bereits zu einer zeitlichen Verschiebung der Umgestaltung innerstädtischer Gebiete einerseits und zur weiteren nicht erwünschten extensiven Stadtentwicklung andererseits. Zu überprüfen ist auch, ob diese Aufgabe mit der derzeitigen Kadersituation gelöst werden kann.

Uns, die wir im Bauwesen arbeiten, zeigt die Praxis immer wieder, daß eine gute Generalbebauungsplanung neben allem anderen gleichzeitig eine Gewähr für die Stabilität der Bauproduktion im Rahmen der Jahres- und Fünfjahrpläne sowie eine kontinuierliche technische Politik in der jeweiligen Stadt ist.

Welche Schlußfolgerungen können, vor allem für die Forschung in der Akademie, zur weiteren Arbeit an den Generalbebauungsplanungen gezogen werden, welche Maßnahmen sind einzuleiten bzw. durchzusetzen?

1. **Bedeutend mehr Aufmerksamkeit ist den Grundfragen der Funktion, Struktur und Gestaltung der Städte entsprechend den sich aus der sozialistischen Lebensweise ergebenden Anforderungen zuzuwenden, und dabei ist die Stadt als Ganzes in ihrer Beziehung zum Umland zu betrachten.**
2. **Konzentration der Forschungskapazität im Zusammenwirken mit den Organen der Stadtplanung auf die Schaffung des wissenschaftlichen Vorlaufs zur Umgestaltung innerstädtischer Gebiete, insbesondere von Klein- und Mittelstädten und die entsprechende Ausarbeitung von Beispielplanungen.**
3. **Ausarbeitung einer Richtlinie für die Generalbebauungsplanung gemeinsam mit der Territorialplanung als verbindliche Grundlage für zentrale und örtliche Organe. Dazu ist insbesondere zu klären**
   – die weitere Einbindung der Generalbebauungsplanung in den Prozeß der langfristigen Planung der Volkswirtschaft,
   – die Verbindlichkeit der Generalbebauungsplanung in zentraler und örtlicher Ebene,
   – die Wechselwirkung der Generalbebauungsplanung zur Territorialplanung, zur Generalverkehrsplanung, den Plänen der stadttechnischen Versorgung, des Umweltschutzes und anderen Zweigplanungen.
4. **Ausarbeitung einer Methodik für die Generalbebauungsplanung als Instrument für eine rationelle, kontinuierliche und komplexe Planungsarbeit in den Städten einschließlich einer Beispieldokumentation durch das Institut für Städtebau und Architektur.**
5. **Erarbeitung von wissenschaftlichen Materialien in Zusammenarbeit mit der Plankommission, die es ermöglichen, im Rahmen der Volkswirtschaftsplanung zu entscheiden über die Zweckmäßigkeit von Regelungen, mit denen**
   – eine räumliche und zeitliche Investitionskoordinierung zwischen dem Territorium der Stadt und ihrem Umland mit Hilfe der Generalbebauungsplanung ermöglicht wird,
   – Maßnahmen der technischen Infrastruktur zur Vorbereitung von Umgestaltungsmaßnahmen vorfinanziert werden können.

Die Erhöhung der funktionellen und gestalterischen Qualität der neuen Wohngebiete

In den Jahren 1976 bis 1980 und auch noch am Anfang der 80er Jahre wird der überwiegende Teil der Wohnungen in Neubauwohngebieten auf vorwiegend unbebauten Flächen entstehen. Hier werden die meisten Wünsche unserer Bürger nach einer Wohnung, nach einer besseren Wohnung, in Erfüllung gehen. Es ist verständlich, daß die Erhöhung der Qualität dieser Wohngebiete von besonderem Interesse ist. Im Mittelpunkt steht die Frage: Wie werden die Bürger in diesen Gebieten leben, wie können sie hier ihre Bedürfnisse und Interessen befriedigen?
Viele der in den letzten Jahren entstandenen Neubauwohngebiete zeichnen sich durch einen relativ hohen sozialen Standard aus. Sie bieten ihren Bewohnern die Möglichkeit für Erholung, Spiel, Sport, gesellschaftliche Betätigung und rationellen Einkauf.
In den Wohngebieten herrschen gute stadthygienische Bedingungen. Sie sind gut besonnt, gut durchlüftet und in den meisten Fällen auch ausreichend mit Grünanlagen ausgestattet. In ihrer architektonischen Erscheinung gibt es in vielen Städten echte Fortschritte. Die guten, oft erwähnten Beispiele, aber auch neuere Planungen mit hoher Qualität wie Altenburg-Nord, Rostock-Schmarl, Magdeburg-Neustädter Feld, Mühlhausen-Feldstraße und Zerbst-Zentrum-Nord zeugen von dem Zusammenwirken aller im Territorium Verantwortlichen.

Diese Qualität ist aber noch nicht für alle Wohngebiete typisch. Auch Gespräche mit der Bevölkerung, sei es anläßlich der Wahlen der örtlichen Volksvertretungen oder bei speziellen Befragungen, weisen darauf hin. Besonders wird bemängelt, daß nach Übergabe der Wohnungen die Flächen zwischen den Gebäuden noch oft Monate und gar Jahre wie Baustellen aussehen. Der Wege- und Straßenbau ist ungenügend. Gestaltete Freiflächen, Bäume und Sträucher fehlen, selbst der vor Baubeginn vorhandene Bestand wurde abgeholzt.
Die Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen entspricht nicht den herangereiften Bedürfnissen. Notwendige Einrichtungen folgen oft mit einem Abstand von mehreren Jahren.

Die Bürger müssen oftmals in Kauf nehmen, daß die Neubauwohngebiete ohne ausreichende Verkehrs-, funktionelle und visuelle Verbindung zu anderen Stadtgebieten, zum Stadtzentrum oder zur umgebenden Erholungslandschaft angelegt werden. Es fehlt oft noch lange Zeit an Möglichkeiten zum Spazierengehen, zur aktiven Erholung in Wohnungsnähe, zur Entspannung bei Sport und Spiel, insbesondere auch für die Altersgruppen der 10- bis 14jährigen und der 14- bis 18jährigen.

Die Unterbringung des privaten Autos bereitet Schwierigkeiten. Die Bewohner werden oft vom Lärm der ankommenden und abfahrenden Autos und in einigen Fällen vom Stadtverkehr und den Abgasen belästigt.
Sicher gibt es sehr unterschiedliche Gründe und Ursachen für diese berechtigte Kritik. Dazu gehört ein fehlender Vorlauf in Planung und Realisierung, ein zu enges Erzeugnissortiment genauso wie eine Überschreitung der vorgesehenen Normative, fehlende Kapazitäten, mangelnde Organisation, ungenügende Zusammenarbeit der Beteiligten, zu geringe Berücksichtigung der ökonomischen Stimulanz der Qualität. Oft liegt der Grund aber auch in der nicht ausreichenden Qualität der städtebaulichen Planungen, im Fehlen eines übergeordneten, auf die Gesamtstadt bezogenen Kompositionsgerüstes. Die Notwendigkeit, nicht nur Baukörper, sondern funktionell und gestalterisch klar definierte städtebauliche Räume zu schaffen, d. h. Straßen, Plätze, Höfe, Promenaden und auch Gebäudegruppen und Dominanten zu bilden, aus deren Summe sich erlebbare städtebauliche Ordnung, städtebauliche Raumfolgen ergeben, wird häufig unterschätzt. Nicht weniger bedeutsam ist die Verbindung des Wohngebietes mit der Umgebung und die Orientierung zur Landschaft. Gute Ansätze in dieser Richtung zeigen solche Wohngebiete wie Cottbus-Sandow, Senftenberg-Am See und Potsdam-Am Kiewitt.

Eine hohe Qualität in der Architektur hängt in vieler Hinsicht von dem fachlichen Können des Architekten ab, von der Fähigkeit, soziale Aufgaben der Gesellschaft und wachsende funktionelle Forderungen sowie künstlerisch-gestalterische Gesichtspunkte in Übereinstimmung zu bringen, und von der Begabung, Gebäude oder Ensembles organisch in die natürlich vorhandene Umwelt einzuordnen. Dieses Können zu entwickeln und zu vervollkommnen ist und bleibt eines der Hauptanliegen der Ausbildung an den Hochschulen und der Weiterbildung. Grundlage hierfür muß im verstärkten Maße die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Leistung sein. Wir haben deshalb begonnen, neben der Weiterführung der Begutachtung der Planungen für die Wohngebiete, gemeinsam mit unseren Kollegen in den Büros für Städtebau der Bezirke, das Gebaute zu analysieren. In diesem Prozeß der schöpferischen Auseinandersetzung wird wie bisher unsere Zeitschrift „Architektur der DDR" eine führende Rolle spielen. Mit Genossen Prof. Krenz sind wir uns einig, daß es vor allem darauf ankommt, solche Erfahrungen zu propagieren, wo mit hoher künstlerischer Qualität unter Berücksichtigung der ökonomischen Möglichkeiten aktuelle Probleme unserer Bürger einer Lösung zugeführt wurden.

Die Qualität der Architektur hängt aber genauso in starkem Maße davon ab, über welche Mittel, welche Erzeugnisse der Architekt verfügt. In den letzten Jahren haben das Institut für Städtebau und Architektur und das Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau, gemeinsam mit den Kombinaten oft darüber beraten, wie das optimale Sortiment für den Wohnungsbau aussehen sollte, das heißt, welches Minimum an Erzeugnissen notwendig ist, um ein Optimum

von funktionellen und gestalterischen Möglichkeiten zu erreichen. Um städtebaulich wirkungsvolle Lösungen zu schaffen, sind Ecklösungen, zweiseitige Erschließung, Längs- und Querverbinder, Differenzierung in der Höhe genauso wie die Möglichkeit, in gewissen Situationen in den Erdgeschossen gesellschaftliche Einrichtungen unterzubringen, unumgänglich. Ohne Punkthäuser und Verbinder wird es z. B. kaum möglich sein, die immer häufiger werdenden Hangsituationen interessant zu bebauen. Das gleiche betrifft die Möglichkeit zur Gestaltung der Fassaden, Erdgeschoßzonen, Eingänge usw. bis hin zum Angebot an wirkungsvollen Verkleidungsmaterialien. Selbstverständlich muß der Architekt mit allen diesen Mitteln sparsam umgehen. Das bestätigen uns auch immer wieder Bauten von Bruno Taut und anderen Architekten aus den 20er Jahren.

Wenn wir anstelle der Eintönigkeit das willkürliche Durcheinander von Formen und Farben setzen, so haben wir nichts erreicht. Architektur heißt logisch aufzubauen. Architekturakzente wirken nur, wenn sie Akzente bleiben.

Die herausgearbeiteten städtebaulichen Anforderungen an die Erzeugnisentwicklung für die Gestaltung von Neubauwohngebieten wurden der Entwicklung der WBS 70 so, wie sie als Sektionssystem konzipiert wurde, zugrunde gelegt.

Wir kennen die Situation in den Bezirken und wir wissen, wie hart oft die Auseinandersetzungen sind, die die Architekten führen, wie viele gemeinsame Arbeit noch erforderlich ist, um bei der Einführung der WBS 70 zu sichern, daß ihre Vorteile hinsichtlich Variabilität und Vielseitigkeit des Angebotes realisiert werden, daß nicht anstelle des Sektionssystems wieder Gebäudetypen mit einer einzigen festgelegten Länge treten, daß die erreichten besten Ergebnisse, daß das Niveau der besten Wohngebiete zum allgemeinen Niveau wird.

Wir alle wissen doch, daß heute sowohl zwischen den Bezirken als auch zwischen einzelnen Wohngebieten innerhalb eines Bezirkes vom Erzeugnisangebot her noch sehr große Unterschiede bestehen, wenn auch insgesamt zu verzeichnen ist, daß das Angebot der Bezirke für die Jahre von 1976 bis 1980 im Verhältnis zum derzeitigen wesentlich größere Möglichkeiten bietet.

Ein entscheidender Schritt zur schnellen und umfassenden Einführung der WBS 70 ist, daß im arbeitsteiligen Prozeß die Bauakademie mit allen Wohnungsbaukombinaten das ganze Sortiment der neuen Wohnungsbauserie als katalogisierte Angebotsprojekte ausarbeitet. Mit dieser Arbeit wurde begonnen, die ersten Angebotsprojekte liegen Ende dieses Jahres vor.

Ein ganz besonderes Problem stellt die Verbindung von vielgeschossigen, mehrgeschossigen und Einfamilienhäusern dar. Zur Herausbildung interessanter Kompositionen, Silhouetten und erlebnisreicher Räume braucht der Städtebauer die Staffelung der Gebäude. Höhere Gebäude kommen aber nur zur Wirkung, wenn sie Akzente in der Gesamtkomposition setzen und wenn die Bewohner die Vorteile der höheren Wohnlage auch genießen können. Gegen eine überwiegend vielgeschossige Bebauung spricht sich heute die Mehrzahl der Architekten aus Sorge um das Wohlbefinden der Bürger, aus soziologischen Aspekten, Verschattung der Freiflächen, Konzentration des ruhenden Verkehrs u. ä. aus. Hinzu kommt die ökonomische Seite. Der Aufwand für vielgeschossige Bauten und für Hochhäuser ist höher als bei mehrgeschossiger Bebauung, auch bei Berücksichtigung eventueller Effekte durch größere Dichte. Aus einer Vielzahl von Gründen, die der Verbesserung der Wohnbedingungen dienen, ist in der Sowjetunion vorgesehen, im Verhältnis zu 1970 in der Zeit bis 1990 die Anzahl der 5geschossigen Gebäude auf mehr als ein Drittel zu reduzieren, zugunsten einer Steigerung der 3- bis 4geschossigen. Vor allem mit der Umgestaltung der Klein- und Mittelstädte wird dieses Problem auch auf uns verstärkt zukommen.

Eine Überschreitung des Gesamtaufwandes im komplexen Wohnungsbau hat zur Folge, daß die Mittel, die für die gesellschaftlichen Bauten vorgesehen sind, dann fehlen. Gerade die Frage der Ausstattung des Wohngebietes mit den notwendigen gesellschaftlichen Einrichtungen macht uns aber heute in Forschung und Praxis besondere Sorge. Wir sehen hierbei vor allem drei Momente:

Erstens: Den Kampf um die Einhaltung der Kennziffern des Wohnungsbauprogramms für die Wohnung und die Erschließung, damit die für den Gesellschaftsbau vorgesehenen Mittel auch voll für diesen genutzt werden. Analysen haben gezeigt, daß mit diesen Mitteln außer der Ausstattung mit Schulen, Kindergärten, Kinderkrippen und Kaufhallen auch Einrichtungen für Dienstleistungen, gesundheitliche Betreuung und Freizeitgestaltung errichtet werden können. Dieses Ziel zu erreichen, erfordert jedoch eine hohe Effektivität des Investitionseinsatzes. Betrachten wir allein die Abweichungen der erreichten Kosten von den Richtwerten in einzelnen Bezirken, so schwanken sie z. B. bei Schulen von −10 bis +12 Prozent, Kindergärten von −14 bis +20 Prozent. Wir sehen also, daß es hier auch noch Reserven gibt.

Zweitens: Verbesserung des Erzeugnisangebotes. Ungeachtet vieler guter Einzelbeispiele, die es in Erfurt, Karl-Marx-Stadt, Halle oder in den Planungen für Berlin und Greifswald gibt, müssen wir feststellen, daß in den meisten Fällen die Gebäude für die einzelnen Funktionen aus sich heraus konzipiert sind. Das Zusammenwirken mit anderen Funktionen wird nicht gesucht. Dem derzeitigen Angebot fehlt die notwendige Kombinationsfähigkeit, bedingt durch unterschiedliche Bausysteme und durch mangelhafte Anpassungsfähigkeit an örtliche Situationen. Das führt zur additiven Reihung einzelner Bauten bzw. zu ihrer Isolierung. Für den Städtebau brauchen wir im gesellschaftlichen Bereich Lösungen für Gaststätten, Läden usw. die miteinander und mit den Wohngebäuden kombinierbar sind.

Am Beispiel des gesellschaftlichen Zentrums in Berlin-Weißenseer Weg wurde m. E. in den letzten Monaten sehr gut demonstriert, daß es möglich ist, wenn man beharrlich an einer konstruktiven städtebaulichen Idee festhält, diese in Gemeinschaftsarbeit mit den Baukombinaten zu verwirklichen. Die dabei notwendige Anpassung an Typen verlangt sicher manche Einschränkung, erhöht aber auch die Möglichkeit einer schnellen Ausführung. Wir erhoffen uns hier sehr viel von der Durchsetzung einer einheitlichen technischen Politik, von der Neuentwicklung bestimmter Gebäudekategorien im Rahmen der WBS 70 und von der Einführung der SKB-M 72, die auf der in Berlin entwickelten Skelettbauweise aufbaut und deren Modularsystem mit der Plattenbauweise koordiniert ist.

Drittens: Bei der Planung und Realisierung sind unabhängig von den jeweiligen Möglichkeiten der Jahrespläne in den Wohngebieten die Flächen für die unter den örtlichen Bedingungen notwendigen gesellschaftlichen Einrichtungen vorzusehen und freizuhalten. Ein solches Herangehen ist eines der Grundprinzipien, von denen die vom Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR im Auftrag des Ministeriums für Bauwesen erarbeitete Richtlinie für die städtebauliche Planung von Neubauwohngebieten ausgeht.

Aber nicht nur die Gebäude bestimmen die Qualität der Wohngebiete, nicht weniger entscheidend ist die Gestaltung der Frei- und Grünräume. Sie beginnt bei interessanten Bereichen für Fußgänger, also speziellen Hauptkommunikationszonen, die städtebaulich und architektonisch betont sind, setzt sich fort in den zusammenhängenden verkehrsfreien Räumen mit Kinderspiel-, Tobe- und Tummelplätzen und reicht bis zu den Naherholungsgebieten mit Parks, Alleen usw. Mit Rasenflächen, Blumen, Sträuchern und Bäumen, mit Wegen und Plätzen, Spiel- und Sportanlagen, Wasserflächen und kleinen Formen der Architektur und der bildenden Kunst prägen sie in erheblichem Maße das äußere Bild eines Wohngebietes und tragen in oftmals ausschlaggebender Weise zum Wohlbefinden der Bewohner in ihrer Wohnumwelt bei. In den letzten Jahren, auch in Vorbereitung des 25. Jahrestages unserer Republik, sind viele gute Beispiele für eine phantasievolle Garten- und Landschaftsgestaltung entstanden. Hier hat auch die Initiative unserer Bürger in der „Mach-mit"!-Bewegung reiche Früchte getragen. Ob in Erfurt, Halle-Neustadt oder bei den großen zusammenhängenden Grünanlagen im Friedrichshain in Berlin, die Erkenntnis setzt sich immer mehr durch, daß es bei der Garten- und Landschaftsgestaltung um eine komplexe Umweltgestaltung geht. Wir freuen uns sehr, daß diese Fragen auf dem VII. Kongreß des Verbandes der Bildenden Künstler eine so große Rolle spielten und daß die Künstler bereit sind, sich dafür einzusetzen, daß nicht nur Plastik und Malerei zur Geltung kommen, sondern auch weitere Elemente wirksam werden, wie Farbe, Kleinarchitektur, wie Bänke, Kioske, Brunnen, Spielgeräte usw.

Das noch vorhandene unterschiedliche Niveau bei der Freiflächengestaltung zeigt, wie wichtig es ist, die guten Erfahrungen von einem Wohngebiet auf das andere, von einem Bezirk auf den anderen zu übertragen. Deshalb ist vorgesehen, durch das Weiterbildungsinstitut in Weimar, die Bauakademie, das Ministerium für Bauwesen und den Erzeugnisverband die Möglichkeit zu schaffen, aus den Bezirken die entsprechenden Kollegen für eine Woche zusammenzuholen, mit ihnen die besten Anlagen zu besichtigen und dann gemeinsam zu beraten, wie diese Qualität überall erreicht werden kann. Wir versprechen uns hier sehr viel von der aktiven Mitarbeit solcher erfahrenen Kollegen wie Prof. Linke, Dr. Lichey, Kollegen Buchmann und Kollegen Kleinschmidt. Andererseits muß in den Bezirken noch viel getan werden, um die Organisation, die Ausrüstung, den Einsatz der Gartenbaukapazitäten und die Bereitstellung der notwendigen Materialien zu verbessern.

Im Zusammenhang mit der Planung und Gestaltung der Wohngebiete erhitzt zur Zeit wie kein zweites Problem die Frage des ruhenden Verkehrs die Gemüter. Die einen verlangen, das Auto aus dem Wohngebiet zu entfernen. Die anderen fordern, in den Wohngebieten mehr Parkplätze und Garagen zu schaffen. Nach den Materialien der Begutachtung liegt der Anteil des Verkehrs heute an der Gesamtfläche des Wohngebietes bei 22 bis 24 Prozent, das heißt, fast jeder vierte Quadratmeter im Wohngebiet gehört dem Auto. Meines Erachtens ist damit die Grenze erreicht, wenn nicht bereits überschritten: Wir können sonst gleich Parkplätze mit Häusern bauen.

Wenn wir auch feststellen müssen, daß das Problem insgesamt noch nicht befriedigend gelöst wird, so zeichnet sich doch deutlich eine Reihe von bestimmten Tendenzen ab. Die Unterteilung des Wohngebietes in verkehrsfreie Räume und Räume, die dem Verkehr vorbehalten sind, setzt sich durch. Es gibt Orientierungen über den unbedingt notwendigen Anteil des ruhenden Verkehrs innerhalb der Wohngebiete. Es gibt Überlegungen und Berechnungen, von welcher Geschoßzahl der Wohngebiete ab die ebenerdige Aufstellung unwirtschaftlich ist, und es gibt erste Projekte für zweigeschossige Parkpaletten im Bezirk Erfurt und für viergeschossige Hochgaragen in Berlin. Sicher sind auch all diese Möglichkeiten mit Widersprüchen behaftet. Auch ein riesiger Parkplatzring um ein Wohngebiet herum wird ernste Probleme des Umweltschutzes für die Randbewohner und einen unbefriedigenden Anblick hervorrufen. In Frage zu stellen ist auch, ob wir überhaupt zur Zeit die Baukapazität und die Mittel haben, um für die großen Wohngebiete in größerem Umfang viergeschossige Hochgaragen mit jeweils

etwa 600 Stellplätzen zu errichten, ohne dabei das Wohnungsbauprogramm ernsthaft zu gefährden. Auch bei der Parkpalette kostet ein Stellplatz noch etwa 4000 Mark, ein einfacher ebenerdiger Stellplatz dagegen nur 1500 bis 2000 Mark.

Der einzige Weg besteht m. E. darin, günstige Proportionen zwischen öffentlichen und individuellen Verkehrsmitteln zu schaffen. Für den ruhenden Verkehr ist – einige Büros für Stadtplanung praktizieren dies bereits – von einem stufenweisen Ansteigen des Bedarfs an Stellplätzen auszugehen. Es ist deshalb eine ausbaufähige Aufstellungsform vorzusehen. Das bedeutet, zunächst die Autos auf großen Parkplätzen aufzustellen, die später auf zwei oder drei Geschosse aufgestockt werden können. Dies ist auch eine Entwicklung, die unseren von Jahr zu Jahr allmählich anwachsenden materiellen Möglichkeiten entspricht. Wichtig ist dabei, daß die Endstufe planerisch von Anfang an sowohl in der funktionellen als auch in der gestalterischen Konzeption berücksichtigt wird. Nur wenn wir diesem Problem sowohl von seiten der Stadtplanung, der Verkehrsplanung, aber auch mit entsprechenden erzieherischen Maßnahmen entgegentreten, ist diese Frage zu lösen. Hier ergibt sich auch für die Zukunft ein breites Feld für die Zusammenarbeit der Stadt- und Verkehrsplaner.

Bei der Planung von Neubauwohngebieten werden wir heute immer stärker mit einem neuen Problem konfrontiert. Mit der Realisierung des Wohnungsbauprogramms verteilt sich der konzentrierte Wohnungsbau auf immer mehr Städte und Standorte, somit wächst die Zahl kleiner Standorte. Sicher wird es auch in Zukunft noch große Gebiete geben wie Biesdorf-Marzahn und Leipzig-Grünau. Aus der Analyse der Begutachtungen geht aber hervor, daß z. B. Wohngebiete mit über 5000 Wohnungen im Zeitraum von 1976 bis 1980 im Vergleich zur Periode von 1973 bis 1975 von fast 33 Prozent auf 22 Prozent zurückgehen. Gebiete von 1000 bis 3000 Wohnungen machen 45 Prozent der Gesamtzahl aus. Am häufigsten werden Wohngebiete mit 2000 bis 3000 Wohnungen sein. Aus den Zahlen wird deutlich, daß in Zukunft bei der Bemessung der Kapazitäten, vor allem für gesellschaftliche Einrichtungen für kleinere Neubauwohngebiete, eine stärkere Staffelung notwendig wird. Gleichzeitig wird es notwendig, diese Gebiete mit dem benachbarten Altbaugebiet als eine Einheit zu sehen. Dies verlangt von den örtlichen Organen und Planern ein sehr differenziertes Herangehen. Auch im Bereich der Forschung werden wir uns immer mehr auf diese Tatsache ausrichten müssen.

Zur Erhöhung der Qualität bei der Planung und Gestaltung der Neubaugebiete sind – ausgehend von dem Dargelegten – folgende Schlußfolgerungen für die Forschung zu ziehen:

1. **Die Abstimmung der Richtlinie zur städtebaulichen Planung und Gestaltung der Neubauwohngebiete ist kurzfristig abzuschließen und die Richtlinie in die Praxis einzuführen.**
2. **Die guten Erfahrungen für die Entwicklung von Wohngebäuden bei der Ausarbeitung der WBS 70 sind verstärkt auf den Bereich gesellschaftlicher Bauten auszudehnen unter Berücksichtigung der städtebaulichen Anforderungen.**
3. **Die Zusammenarbeit zwischen Verkehrs- und Stadtplanern ist im Rahmen des Planes Wissenschaft und Technik zu verstärken. Beispiele für mögliche langfristige Lösungen für den ruhenden Verkehr sind zu schaffen. Auf diesem Gebiet muß mehr experimentiert werden, z. B. mit abgesenkten Straßen und anderen Lösungen, die aus Ländern mit hohem Motorisierungsgrad bekannt sind.**
4. **Besondere Aufmerksamkeit ist in der Forschung der Planung von kleineren Neubauwohngebieten unter Einbeziehung angrenzender Altbaugebiete zu widmen.**
5. **Zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Stadtplanern, Wohnungsbau- und Tiefbaukombinaten sowie Betrieben des Grünanlagenbaus sind unter Einbeziehung der gesellschaftlichen Auftraggeber und der Gesellschaftswissenschaftler Formen des Erfahrungsaustausches, wie sie in Rostock und Erfurt begonnen wurden, weiterzuführen.**

Die Schaffung des wissenschaftlichen Vorlaufes zur Umgestaltung innerstädtischer Gebiete sowie von Klein- und Mittelstädten

Auf der 10. Tagung des ZK der SED wurde im Referat zum Wohnungsbauprogramm der DDR für die Jahre von 1976 bis 1990 begründet, warum wir das Wohnungsbauprogramm als Einheit von Neubau, Modernisierung und Werterhaltung verstehen. Es wurde betont, daß dieser Prozeß der sozialistischen Rekonstruktion und Umgestaltung unserer Städte, besonders nach 1980 für eine große Zahl von Mittel- und Kleinstädten an Bedeutung gewinnt. Wichtig erscheint uns darauf hinzuweisen, daß es dabei nicht um eine einmalige, zeitlich begrenzte Aufgabe geht. Es ist kein Geheimnis, sondern eine tiefe Erkenntnis der marxistischen Dialektik, daß die Bedürfnisse der Gesellschaft eine entscheidende Triebkraft der Entwicklung sind. Das, was vor 20 Jahren neu und gut war, entspricht nach einer gewissen Zeit nicht mehr den gewachsenen Bedürfnissen und muß diesen angepaßt werden. Die Modernisierung von Wohnungen ist darum keine Verlegenheitslösung. Sie hat ihren berechtigten Platz im Reproduktionsprozeß der Wohnsubstanz auch über das Jahr 1990 hinaus.

Seit dem VIII. Parteitag gehört es in verstärktem Maße zu den Prinzipien unserer wirtschaftlichen Tätigkeit, mit dem Vorhandenen gut zu wirtschaften, es zu pflegen und weiterzuentwickeln. Je umfangreicher und wertvoller das Eigentum unseres Volkes wird, desto mehr hängen alle weiteren Fortschritte von einem solchen Herangehen ab. Das trifft auch sinngemäß für die Wohngebäude und gesellschaftlichen Einrichtungen in unseren Städten und Dörfern zu.

In den Jahren bis 1990, wo es darum geht, im wesentlichen das Erbe der kapitalistischen Vergangenheit – die sozialen und territorialen Unterschiede in den Wohnbedingungen – abzubauen, wird dieser Prozeß besonders kompliziert sein. Auf diese Phase gilt es heute die Kräfte zu konzentrieren, um den notwendigen Vorlauf in Praxis und Forschung zu sichern.

In den letzten Jahren wurden von der Bauakademie in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit den örtlichen Organen mehrere Beispielplanungen für typische Umgestaltungsgebiete, z. B. in Zwickau, Greifswald, Bernau und Wittstock, vorbereitet. Mit Freude können wir sagen, daß dabei die Zusammenarbeit mit unserer Gastgeberstadt, mit dem Rat der Stadt Magdeburg und ihrem Oberbürgermeister, Genossen Herzig, zweifellos zu den Höhepunkten zählt. Diese unter Leitung der Kollegen Dr. Felz, Kabus und Streitparth gemeinsam mit den örtlichen Organen durchgeführten Beispielplanungen haben sehr deutlich gezeigt, daß die Umgestaltungsmaßnahmen der 80er Jahre, seien es die von größeren Wohngebieten oder von Mittel- und Kleinstädten, stets ein Komplex von Maßnahmen der Erhaltung der Substanz, ihrer Modernisierung und des Neubaus sind. Gebiete, wo ein totaler Abriß vorzusehen ist und ausschließlich neu gebaut wird, werden Einzelfälle bleiben. Die Proportionen zwischen Modernisierung, einschließlich Instandsetzung und Ersatzneubau sind von Gebiet zu Gebiet unterschiedlich. Sie betragen z. B. in der Altstadt von Greifswald 36 zu 64 Prozent und in Magdeburg Neue Neustadt 11 Prozent zu 55 Prozent. Weitere 34 Prozent der Gebäude können in diesem Gebiet bleiben wie sie sind. Interessant ist auch: Ungeachtet der Veränderung der Bebauungsstruktur werden 90 Prozent der stadttechnischen Anlagen weiter genutzt.

Ein solches differenziertes Herangehen ist objektiv begründet durch unterschiedliche Ausgangsbedingungen wie Perspektiven der Stadt, Zustand der Substanz, Tempo der Umgestaltung usw. Erhalten, was möglich ist, modernisieren, was nötig ist, und ersetzen, was unbrauchbar ist, muß deshalb zur Grundlinie unseres Handelns gemacht werden. Es entspricht den sozialen Erfordernissen, schöpft die vorhandenen ökonomischen Potenzen aus und sichert Kontinuität in der städtebaulichen Entwicklung.

Wir müssen erkennen, daß das Verhältnis von neu zu bauenden und zu modernisierenden Wohnungen nicht allein von zentralen wohnungspolitischen Bilanzüberlegungen her bestimmt werden kann. Auch unter diesem Gesichtspunkt messen wir der Erarbeitung von Umgestaltungskonzeptionen für konkrete Gebiete unter Berücksichtigung der notwendigen und möglichen Rang- und Reihenfolge sehr große Bedeutung bei. Diese Konzeptionen sind bei der Bestimmung des Verhältnisses von Neubau und Modernisierung mit heranzuziehen. Dabei sind selbstverständlich die denkmalpflegerischen Aspekte, der kulturhistorische Wert der Substanz sowohl als stadtbildender Faktor als auch als Element des humanistischen Geschichtsbewußtseins und der Heimatverbundenheit ihrer Bürger zu berücksichtigen. Ebenso sind die ökonomischen Gesichtspunkte, die Rentabilität der Betriebe und die Effektivität der Umgestaltungsmaßnahmen zu beachten.

Die Beispielplanungen haben uns auch bestätigt, daß es stets um eine äußerst komplexe soziale, ökonomische, bautechnische und gestalterische Aufgabe geht. Dabei muß es immer das Ziel sein, mit den Rekonstruktions- und Umgestaltungsmaßnahmen eine höhere soziale und städtebauliche Qualität des gesamten Gebietes zu erreichen. In den Beispielplanungen haben wir auch ein unterschiedliches Herangehen experimentiert. Einerseits wurden ausgehend von einer exakten Analyse des Zustandes und den erforderlichen Maßnahmen für jedes Gebäude die Konsequenzen für die Entwicklung und Gestaltung des gesamten Gebietes abgeleitet. In dem anderen Fall stand die städtebauliche Entwicklungskonzeption für das Umgestaltungsgebiet als Teil der Gesamtstadt am Anfang der Überlegungen. Daraus wurden die Maßnahmen für das Einzelgebäude unter Beachtung seines Zustandes abgeleitet. Es hat sich gezeigt, daß dort, wo die gebietliche Umgestaltung nur als eine Addition der Maßnahmen an Einzelgebäuden aufgefaßt wird, die wachsenden Anforderungen der Bürger nicht in ausreichendem Maße erfüllt werden können.

Sicher ist, daß wir bei zukünftigen Umgestaltungsmaßnahmen der 80er Jahre nicht ohne Sanierung auskommen werden, das heißt nicht ohne Entkernung der alten Wohngebiete, Reduzierung der Anzahl der Wohnungen, Erweiterung der Freiflächen, Ergänzung mit gesellschaftlichen Einrichtungen. Anders wird es nicht möglich sein, in diesen Gebieten die Wohnbedingungen an die Wohnbedingungen der Neubaugebiete anzugleichen. So verfügt z. B. der Bewohner der Bahnhofsvorstadt in Zwickau heute im Durchschnitt im Unterschied zu den geltenden Normativen nur über ein Sechstel der vorgesehenen Freiflächen, Parkmöglichkeiten hat er um 50 Prozent weniger. Einrichtungen der Kultur, Kinderbetreuung und des Sports fehlen fast vollständig.

Wir müssen uns auch der Tatsache bewußt sein, daß bei der Umgestaltung bestehender Wohngebiete die sozialen Fragen stärker in den Vordergrund treten als bei der Neubebauung. Im Gegensatz zum Neubau sind uns die Bürger des umzugestaltenden Gebietes bekannt. Wir kennen ihre soziale und altersmäßige Zusammensetzung, ihr Milieu und Verhalten; ja, wir haben sie vom ersten Augenblick an aktiv in die Planung und Realisierung der Umgestaltungsmaßnahmen einzubeziehen. Wir finden in die-

sen Gebieten meist fest zusammengefügte soziale Strukturen. Nur daraus ist der Wunsch der meisten Bürger zu erklären, in diesen Gebieten wohnen zu bleiben und unter Umständen nur befristet den Baumaßnahmen Platz zu machen. Man hat sich an den Nachbarn gewöhnt und seinen Bekanntenkreis geschaffen. Daraus müssen wir schlußfolgern, daß zukünftig der Beachtung und der bewußten Gestaltung der sozialen Prozesse im Sinne der Sozialplanung mehr Aufmerksamkeit zu widmen ist. Wenn es uns gelingt, durch Modernisierung unsere alte Substanz so umzugestalten, daß wir in den alten Gebäuden moderne Wohnungen schaffen, die unseren heutigen Ansprüchen entsprechen, so bereichern wir in Ergänzung des industriellen Wohnungsbaues das Angebot an unterschiedlichen Wohnungen für die immer differenzierter werdenden Bedürfnisse. Gespräche mit Bewohnern von modernisierten Wohnungen im Umgestaltungsgebiet Arnimplatz an der Schönhauser Allee in Berlin machen dies sehr deutlich. Obwohl die Wege der Modernisierung bei ein- und zweigeschossigen Einfamilienhäusern andere sind, so trifft diese Feststellung für diese Gebäudekategorie, die fast 40 Prozent unserer Substanz ausmacht, ebenfalls zu.

Spricht man zu Problemen der Umgestaltung, so entzündet sich die Diskussion in der Regel sofort an den ökonomischen Fragen, z. B. an der Kernfrage, ob die Modernisierung eines Wohngebäudes oder sein Abriß und Ersatz durch Neubau kostengünstiger sei. Wir sind der Auffassung, daß man die Frage im Blick auf die 80er Jahre so nicht stellen kann. Wir haben es bei einem solchen Vergleich nicht allein mit den Kosten, sondern mit einem ganzen Komplex volkswirtschaftlicher Zielstellungen zu tun. Solche Faktoren wie Materialökonomie, Arbeitskräfte- und Bauzeiteinsparung, verfügbare Baukapazität, erreichbare Qualität und Restnutzungsdauer der Gebäude können die Entscheidung, ob Modernisierung oder Neubau, wesentlich beeinflussen. Ein solches komplexes Herangehen ist unerläßlich.

Nehmen wir ein einziges Problem, die Materialökonomie. Wir sind heute sehr stolz, daß es dank der Rationalisierung, dank vieler kluger Ideen möglich war, mit Ausarbeitung der WBS 70 den Zementverbrauch auf 12,6 t und den Stahlverbrauch auf 1,38 t pro Wohnungseinheit bei 5 Geschossen zu senken. Aber 90 bis 95 Prozent dieser Materialien gehen in den Rohbau. Mir ist bewußt, wie problematisch es ist, mit solchen Zahlen zu operieren. Trotzdem sollte diese Betrachtungsweise Anlaß sein, die Frage der Erhaltung der Substanz auch aus der Sicht des Materialeinsatzes exakt zu untersuchen.

Ausgehend von der Zielstellung, jeder Familie eine gute Wohnung zu schaffen, gilt es auch, bei der Gewinnung des wissenschaftlichen Vorlaufes zu überlegen, wie die Normative in den 80er Jahren am effektivsten gestaltet werden müssen. Dabei kommt es bei der Modernisierung auf eine solche Erhöhung des Gebrauchswertes alter Wohnungen an, die in einem richtigen Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln unter Beachtung aller anderen Faktoren steht. Es muß exakt untersucht werden, ob zu diesem Zeitpunkt nicht für einen Teil der etwa 60 000 Mark, die wir für den Abriß und Neubau einer Wohnung aufwenden müssen, also für einen Teil, der durchaus über dem geltenden Normativ für die Modernisierung liegen kann, in vielen alten Gebäuden ausgezeichnete Wohnungen mit annähernder Neubauqualität geschaffen werden können. Wir glauben, daß bei Anwendung rationeller Verfahren hier ein höherer Gebrauchswertzuwachs pro aufgewendete Mark erzielt werden kann als im Neubau.

Ein weiteres ernstes Problem, mit dem wir laufend bei unseren Beispielplanungen konfrontiert werden, ist die Tatsache, daß sich in den dicht bebauten innerstädtischen Gebieten meist eine große Zahl von kleineren Industrie-, Handwerksbetrieben und Dienstleistungseinrichtungen befindet. So kommen z. B. in Halle-Glaucha auf 12 000 Einwohner 2800 Arbeitsplätze, in Zwickau-Bahnhofvorstadt auf 4600 Einwohner 2100 Arbeitsplätze, in der Altstadt von Greifswald auf 10 000 Einwohner 6300 Arbeitsplätze. Das Vorhandensein dieser Arbeitsplätze gibt einerseits für die Bewohner gute Beziehungen zwischen Wohn- und Arbeitsstätten, andererseits wird in ihnen oft mit niedriger Produktivität gearbeitet. Außerdem haben sie oft einen störenden Einfluß auf das Wohnmilieu. Es gibt internationale Erfahrungen für die Verlagerung und Konzentration solcher Arbeitsstätten. Auch in unseren Beispielplanungen bieten wir Lösungen dafür an. Das sind flexibel nutzbare Gebäude oder Gebäudekomplexe, in denen eine Vielzahl solcher unterschiedlicher Arbeitsstätten innerhalb des Wohngebietes untergebracht werden kann. Das komplexe Gewerbestättengebiet in der Storkower Straße ist ein in größerem Ausmaß bereits realisiertes anderes Beispiel. Meist beginnen jedoch die Probleme, wenn die Planungen in die Realisierung gehen. Hier werden staatliche Regelungen erforderlich, wie diese Verlagerung von störenden Arbeitsstätten aus umzugestaltenden Wohngebieten zukünftig zu organisieren und zu finanzieren ist. Daran zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß die Umgestaltung bestehender Wohngebiete nicht allein eine städtebauliche Aufgabe ist; wenn auch festgestellt werden muß, daß die Aktivitäten des Städtebaues in der Vergangenheit zur Erarbeitung gemeinsamer Vorstellungen mit den betreffenden Bereichen nicht zielgerichtet genug waren.

Das entscheidende Hemmnis bei der Modernisierung und Umgestaltung ist die gegenwärtig noch zu geringe Arbeitsproduktivität. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt im Bauwesen hat auf dem Gebiet der Modernisierung einen entscheidenden Tempoverlust aufzuweisen. Wenn man davon ausgeht, daß jährlich nicht nur hundert, sondern tausende und zehntausende Wohnungen komplex instandgesetzt oder modernisiert werden müssen, ist dieser Zustand sehr unbefriedigend. Diese Anforderungen können nur erfüllt werden, wenn grundlegende technologische Veränderungen, eine umfassende Mechanisierung und Industrialisierung der Arbeitsprozesse sowie eine breite Entwicklung der Zulieferund Vorfertigungsindustrie erreicht werden. Das muß verstärkt zu Planaufgaben der Jahre 1975 und 1976 gemacht werden. Wer denkt, mit der heute praktizierten Handwerkelei die neuen Dimensionen bewältigen zu können, muß sich durch die Erfahrungen der bekannten Beispiele eines besseren belehren lassen.

Blicken wir zurück in die Zeit vor 20 Jahren, als wir mit der Industrialisierung begannen, so können wir dieser Entwicklung zuversichtlich entgegensehen. Auch damals waren Arbeitsproduktivität und Kosten bei den ersten industriellen Bauten höher als im traditionellen Bauen. Heute, dank der hervorragenden Leistungen der Bauarbeiter und unserer Ingenieure, von denen viele hier im Saal sitzen, haben wir Bauzeiten und Kosten erreicht, mit denen wir uns international sehen lassen können.

Sicher werden auch Vorfertigung, Bautechnologie, Transport den Bedingungen der Umgestaltung, vor allem in unseren alten, schönen Städten, angepaßt werden müssen. Wir haben darüber auf der 28. Plenartagung gesprochen. Aber eine entscheidende Frage wird sein, wie es uns gelingt, die Ausbaukonstruktionen und -technologien weiterzuentwickeln. Wir meinen, daß ein echter Tempogewinn bei der Modernisierung der Wohnungen, aber auch im Neubau, von der Lösung dieses Problems bestimmt wird. Nicht zu unterschätzen ist die aktive Rolle der Bürger im Umgestaltungsprozeß. Wie die Erfahrungen im Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!" beweisen, kann die Bevölkerung besonders in den städtischen Randgebieten, in den Dörfern und Eigenheimen sehr viel zur Verbesserung der Wohnbedingungen tun. Dazu ist notwendig, in ausreichendem Maße Material, vorgefertigte Bauelemente, vereinfachte Technologien zum Selbsteinbau u. ä. anzubieten.

Wenn heute zur Umgestaltung gesprochen wird, so werden mehr Fragen aufgeworfen als Antworten gegeben. Ich glaube, dies ist verständlich. Hier fehlt oft noch der ausreichende wissenschaftliche Vorlauf.

Die in den vergangenen Jahren durchgeführten Beispiele in Berlin-Weißensee Smetanastraße, in Halle Schmied-/Schlosserstraße, in Potsdam, in Berlin-Arnimplatz oder andere sind noch Einzelfälle. Aus ihnen lassen sich verallgemeinerungswürdige Erkenntnisse und repräsentative Kennwerte heute kaum ableiten. Ebenso verhält es sich mit den Beispielplanungen. Sie haben uns eine Fülle von Anregungen und, wie der Wettbewerb zur Altstadtumgestaltung von Greifswald, auch konkrete Lösungsmöglichkeiten unter Anwendung der Plattenbauweise gebracht. Mit Sicherheit können wir nur sagen, daß eine Vielzahl von Fakten zu beachten ist und keine allgemeingültigen Rezepte gegeben werden können, da jedes Umgestaltungsgebiet seine Besonderheiten aufweist. Der entscheidende Schwerpunkt der Forschung in den Jahren von 1976 bis 1980 wird darum die Problematik der Umgestaltung unserer Städte, insbesondere auch der Mittel- und Kleinstädte sein. Damit leisten wir unseren Beitrag zur Realisierung des Wohnungsbauprogramms, in dem auch die Präzisierung der Relationen von Wohnungsneubau als Erweiterungs- oder Ersatzneubau sowie der Modernisierung einen wichtigen Platz einnimmt. Zur Vorbereitung der Lösung dieser Aufgabe wird die Akademie konsequent den Weg, den uns die 10. Plenartagung des ZK der SED gewiesen hat, weiter gehen, durch Beispielplanungen den wissenschaftlichen Vorlauf zu sichern.

Um ausgehend von der Komplexität und der Größe der Aufgabe zu einem positiven Ergebnis zu kommen, ist die Einbeziehung von Ökonomen, Ingenieuren, Technologen, Verkehrsplanern, Gesellschaftswissenschaftlern, aber auch – zur Klärung der finanziellen Planung und rechtlichen Fragen – von Vertretern der Staatlichen Plankommission und anderer staatlicher Organe erforderlich. Wir versprechen uns daher sehr viel von der Beispielplanung, die wir zur Zeit für die Wilhelm-Pieck-Straße in Berlin vorbereiten, sowie von Arbeiten, die in Greifswald, Bernau und Magdeburg anlaufen. Wenn es hier gelingt, von der städtebaulichen Planung bis zur baulichen Realisierung die Aufgaben forschungsmäßig in den Griff zu bekommen, so ist damit ein entscheidender Beitrag zur Verringerung des fehlenden wissenschaftlichen Vorlaufes getan.

Zusammenfassend und abschließend kann man zu den Fragen der sozialistischen Umgestaltung bereits heute sagen:

1. **Es ist notwendig, schrittweise moderne, leistungsfähige hochmechanisierte Baukapazitäten für die Werterhaltung, Instandsetzung und Modernisierung einschließlich komplexer Umgestaltungsmaßnahmen im Bauwesen zu schaffen.**
2. **Es wird erforderlich, ausgehend von den bereits vorliegenden Erfahrungen und Erkenntnissen, eine komplexe wissenschaftliche Forschungsarbeit auf diesem Gebiet zu entwickeln sowie verstärkt Beispielplanungen und Experimente durchzuführen.**
3. **Von den örtlichen Organen sind in verstärktem Maße, unter Beachtung der Entwicklungsschwerpunkte im Territorium, städtebauliche Konzeptionen für die Umgestaltungsgebiete auszuarbeiten.**
4. **Zur Sicherung der notwendigen Verlagerungsmaßnahmen sollte die Möglichkeit des Einsatzes kommunaler Fonds, die nicht oder nur teilweise durch Fachplanträger finanziert werden, untersucht werden.**
5. **Schließlich sind im breiten Umfang**

Möglichkeiten und Voraussetzungen zu schaffen, um die Initiative der Bevölkerung besser zu nutzen und zu fördern.

Die Städtebauforschung bei der Realisierung des Wohnungsbauprogramms

Wissenschaft und Technik genießen in unserem Staate eine hohe Wertschätzung. Die von der Arbeiterklasse geführte Gesellschaft sieht in ihnen eine mächtige Potenz, die es gilt, zum Wohl des Menschen und für die Lösung der Aufgaben seines gesellschaftlichen Lebens zu nutzen. Messen wir an den Erwartungen unsere Leistungen im Städtebau, so wissen wir, daß noch viele aktuelle, herangereifte Probleme und solche der langfristigen Entwicklung zu lösen sind. Gleichzeitig können wir feststellen, daß wir ausgehend von den Beschlüssen unserer Partei – nicht zuletzt vom Beschluß des Politbüros über die Bauforschung – unsere Arbeit richtig ausgerichtet haben. Die Ziele, die wir uns 1971 in gemeinsamer Arbeit mit unseren Genossen des Ministeriums für Bauwesen, der Praxis, der Hochschulen, der Sektion Städtebau und Architektur und der Sektion Wohn- und Gesellschaftsbau für den Plan Wissenschaft und Technik gestellt haben und die wir 1973 nach dem Wohnungsbauprogramm präzisierten, wurden zielstrebig erfüllt. Hierfür gibt es vor allem vier entscheidende Voraussetzungen:

E r s t e n s : Verstärkte Kontinuität in der Forschung. Wir müssen einschätzen, daß die nach dem VIII. Parteitag in allen Bereichen eingezogene Stabilität und Kontinuität sich auch sehr positiv auf die Städtebauforschung ausgewirkt hat. Der gesamten wissenschaftlichen Arbeit, aber auch allen Teilaufgaben liegen heute langfristige Zielstellungen und entsprechende Programme zugrunde. Dies schließt nicht aus – im Gegenteil beinhaltet –, daß im Rahmen dieser generellen Zielstellung periodisch der Praxis Einzelergebnisse übergeben werden. Sie stehen aber nicht isoliert da, sondern sind eingebunden und ausgerichtet auf größere zusammenhängende Aufgaben.

Ein solches Herangehen führt gleichzeitig zur Konzentration der vorhandenen Forschungskräfte auf die entscheidenden Schwerpunkte. Im Endergebnis dient dies der ständigen Qualifizierung und Spezialisierung der Mitarbeiter. Als Beispiel für eine solche Kontinuität sind vor allem zu nennen: die Arbeiten an Inhalt und Methode der Generalbebauungsplanung, zur Planung, Gestaltung und Umgestaltung von Wohngebieten und städtischen Industriegebieten, aber auch Arbeiten zur Baugeschichte und Architekturtheorie.

Die z w e i t e Voraussetzung für eine positive Entwicklung besteht darin, daß heute die Kopplung von Forschungsaufgaben und praktischen Aufgaben selbstverständlich ist. Die Praxis ist Quelle und Prüfstein unserer Forschung. Unsere Wissenschaftler sind sich darüber klar: nur bei Berücksichtigung der reichen Erfahrungen, die in unseren Bezirken und Städten vorliegen, nur in Konfrontation mit der Städtebaupraxis sind lebensnahe Ergebnisse schnell zu gewinnen und umzusetzen. Die Bezirks- und Stadtarchitekten sehen in der Zusammenarbeit mit der Forschung die Voraussetzung zur Erhöhung der Qualität ihrer Arbeiten durch Verarbeitung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Ein besonders anschauliches Beispiel für die enge Zusammenarbeit zwischen den Städtebauern in den Bezirken und Städten, den Kollegen der Wohnungsbaukombinate, den Mitarbeitern der zentralen Staatsorgane mit den Wissenschaftlern ist die nun seit fast vier Jahren laufende Begutachtung der Planungen für mehr als 100 Wohngebiete. Der intensiven Arbeit der Genossen der Abteilung Städtebau des Ministeriums für Bauwesen unter Leitung von Hans-Jürgen Kluge und solcher Wissenschaftler der Akademie wie Manfred Hultsch ist es zu verdanken, daß die Begutachtungen nicht nur der Verbesserung der konkreten Planungen dienen, sondern auch zu einem Fundus für die Forschung wurden. Der Chefarchitekt von Magdeburg, Dr. Kirsch, hat in einer Veröffentlichung sehr richtig eingeschätzt, daß sich die Begutachtung – ursprünglich vorrangig auf die langfristige Kontrolle der Einhaltung staatlicher Aufwandsnormative orientiert – zu einer wirksamen Form des Erfahrungsaustausches zwischen den Bezirken und Städten der Republik und zwischen Praxis und Forschung entwickelt hat.

Genau so positiv wird – vor allem von den Oberbürgermeistern unserer Städte – die unter Leitung von Dr. Schattel durchgeführte Begutachtung von bisher 9 Generalbebauungsplanungen der Städte gewertet.

Die Arbeit der Akademie, sei es an wissenschaftlichen Grundlagen für die Stadtplanung oder die Planung der Wohngebiete, ist heute nicht mehr zu trennen von der Analyse des Gebauten, von Begutachtungen und Beispielplanungen für Berlin – dem wichtigsten Partner der Forschung für die Akademie –, für Neubrandenburg, Halle und andere Städte. Die Aufgaben der Umgestaltung gehen Hand in Hand mit konkreten Planungen für Zwickau, Greifswald, Bernau, Rostock, Magdeburg, Wittstock, Hildburghausen, Waren und andere Städte. Kennzeichnend für alle diese Arbeiten ist die kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den Genossen der örtlichen Organe. Besonders zu danken haben wir für die ständige Unterstützung den Genossen der Bezirks- und Kreisleitungen der Partei.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Teilnahme an städtebaulichen Wettbewerben. Ein weiteres entscheidendes Feld der Praxiswirksamkeit der Forschung, der schnellen Umsetzung der Ergebnisse, sehen wir im Beitrag der Forschung zur Öffentlichkeitsarbeit und Qualifizierung. Hierzu gehört die Vermittlung und die Diskussion von neuen Forschungsergebnissen am Weiterbildungsinstitut in Weimar genauso wie die Durchführung gemeinsamer Seminare mit dem Bund der Architekten. Durch die gute Zusammenarbeit mit dem BdA der DDR und seinem Sekretär, Genossen Wachtel, wurden in diesem Jahr Seminare zu Fragen der Architekturtheorie, der gesellschaftlichen Einrichtungen in den Wohngebieten, der Umgestaltung der Klein- und Mittelstädte, zu Fragen der Erzeugnisentwicklung und zum Zusammenwirken von Architektur und bildender Kunst durchgeführt. Dem gleichen Ziel dienen auch solche Erfahrungsaustausche wie in Rostock und Erfurt, die wir weiterführen werden. Große Verdienste bei der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Städtebaupraxis und Forschung hat auch die Sektion Städtebau und Architektur. Sie entwickelt sich immer besser zu einem Gremium, in dem um die aktuellen Probleme gestritten und gerungen wird.

Die d r i t t e entscheidende Voraussetzung für die positive Entwicklung ist die enge Zusammenarbeit mit unserem Partnerinstitut in der UdSSR, dem ZNIIP Gradostroitelstwo in Moskau. Es ist heute ganz normal, die wichtigsten Ergebnisse des eigenen Forschungskollektivs vor dem entsprechenden Kollektiv des Partners zu verteidigen. So wurde z. B. die Richtlinie zur Gestaltung der Wohngebiete mit unseren Freunden in Moskau beraten. Die wichtigsten Gedanken dieses Materials sind heute eingegangen in eine entsprechende Empfehlung des RGW. Der Weg zu einer solchen Zusammenarbeit war nicht einfach. Er ging über gegenseitige Informationen, gemeinsame Veröffentlichungen. Auch hier half die Kontinuität des Zusammenwirkens der Spezialisten.

Das eindrucksvollste Beispiel für die enge Zusammenarbeit sind die im Gegenplan 1974 entstandenen „Grundsätze, Methoden und Richtwerte für die städtebauliche Planung". Eine so komplizierte Aufgabe kurzfristig zu lösen, war nur möglich, weil wir hier auf sowjetisches Material, auf sowjetische Erfahrungen zurückgreifen konnten. Wir haben unserer Arbeit den Aufbau eines analogen sowjetischen Materials zugrunde gelegt. Daß sich im Verlauf der Arbeit, entsprechend der speziellen Situation bei uns, wesentliche Veränderungen ergeben haben, ist in diesem Zusammenhang sekundär.

Den jetzigen Aufenthalt unserer sowjetischen Genossen werden wir nutzen, um weitere Wege der Zusammenarbeit für das Jahr 1975 und für die Jahre 1976 bis 1980 abzustimmen.

Als v i e r t e s möchte ich die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Forschungseinrichtungen und Instituten und der interdisziplinären Zusammenarbeit nennen. In den letzten Jahren ist es über den Plan Wissenschaft und Technik gelungen, die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Instituten der Akademie wesentlich zu verbessern. In unserem Fall geht es besonders um das Zusammenwirken mit dem Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau. Außerdem wurden auf Grund von Schwerpunkten der Forschung feste vertragliche Beziehungen zu anderen Instituten außerhalb der Akademie hergestellt. Auf ihrer Basis arbeiten wir heute eng zusammen mit der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, den Hochschulen, besonders mit den Professoren Schädlich, Milde, Bach, Dutschke und Glißmeyer, mit dem Zentralen Forschungsinstitut des Verkehrswesens, mit der Forschungsleitstelle für Territorialplanung der Staatlichen Plankommission, dem Institut für Kommunalwirtschaft und den Instituten der anderen Planträger. Ganz besonders schätzen wir die Zusammenarbeit mit dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED unter Leitung von Genossen Professor Reinhold und dem Bereich der Akademie der Wissenschaften, der unter Leitung von Professor Kallweit steht.

Je tiefer wir in die sozialistische Umgestaltung der Städte eindringen, desto vielseitiger und enger verflochten werden die Probleme. Für diese Aufgabe gilt es, alle guten Erfahrungen der Vergangenheit, ganz besonders die Verbindung mit der Praxis, mit dem Experiment, und die Möglichkeiten der interdisziplinären Zusammenarbeit zu nutzen.

Die vierjährigen Erfahrungen der Zusammenfassung und Koordinierung der wichtigsten Forschungsarbeiten der Institute für Städtebau und Architektur, für Industriebau, für Landwirtschaftliche Bauten und für Wohnungs- und Gesellschaftsbau der Bauakademie im Forschungskomplex zur „sozialistischen Umgestaltung der Städte" haben gezeigt, daß hiermit ein weiterer Fortschritt bei der Erhöhung der Effektivität der Forschung erreicht wurde. Ganz besonders wertvoll war die Einbeziehung des Forschungspotentials der Büros für Städtebau der Bezirke in diesen Komplex und die langfristige Koordinierung der Aufgaben mit den Partnern außerhalb der Akademie.

Ausgehend von den vor uns stehenden Aufgaben und der exakten Auswertung der vorliegenden Erkenntnisse und den Ergebnissen unserer heutigen Tagung wird in der nächsten Zeit der vorliegende Entwurf der Forschungskonzeption für den Perspektivplan Wissenschaft und Technik der Jahre 1976 bis 1980 präzisiert. In den Ausführungen zu den einzelnen Schwerpunkten, vor allem in dem Diskussionsmaterial zu „Aufgaben der Forschung" haben wir in Weiterführung der Aufgaben der Jahre 1974 und 1975 die wichtigsten Ziele der Forschung zusammengefaßt.

Unsere heutige Tagung wird auch, dank ihrer interdisziplinären Zusammensetzung, helfen, diese Ziele noch konkreter zu fassen und Methoden für eine weitere effektive Zusammenarbeit zwischen Forschung, Praxis und Lehre zu finden.

Die Lösung der Hauptaufgabe ist die komplexeste und schönste Aufgabe, die eine Gesellschaft stellen kann. Sie und das Wollen, für das Glück unserer Menschen alles zu tun, vereint uns und wird uns auch in der Wissenschaft zu neuen Erfolgen führen.

Für eine höhere Qualität und Praxiswirksamkeit der Forschungsergebnisse im Städtebau

Aus den Schlußbemerkungen des Präsidenten der Bauakademie der DDR Prof. Dipl.-Ing. Werner Heynisch

In diesen zwei arbeitsreichen Tagen des Plenums haben wir den Stand von Forschung und Praxis des sozialistischen Städtebaus zur Erfüllung des langfristigen Wohnungsbauprogramms und unsere weiteren Aufgaben herausgearbeitet.

In seiner Ansprache zum Richtfest am Palast der Republik betonte der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Genosse Honecker, nochmals, daß unser Wohnungsbauprogramm das Kernstück der Sozialpolitik unserer Partei in Erfüllung der vom VIII. Parteitag beschlossenen Hauptaufgabe ist.

Für uns Bauwissenschaftler ist es daher hohe Verpflichtung, unser ganzes Wissen und Können in enger Zusammenarbeit mit den Planungs- und Produktionskollektiven für die weitere Umgestaltung unserer Städte, aber besonders für die Entwicklung der Hauptstadt Berlin als sozialistische Metropole unseres Landes einzusetzen.

Das entscheidende Ergebnis unserer Plenartagung sehe ich darin, daß wir einen einheitlichen Standpunkt zu den weiteren Aufgaben des Städtebaus für die Verwirklichung des langfristigen Wohnungsbauprogramms erzielt haben.

Es hat sich bestätigt, daß die breite und langfristige Vorbereitung unserer 31. Plenartagung in Form des Erfahrungsaustausches zwischen Wissenschaft und Praxis richtig und notwendig war.

Wenn wir heute eine weitgehend einheitliche Auffassung zu vielen komplizierten Fragen der Weiterentwicklung des Städtebaus erzielt haben, so ist das nicht zuletzt das Ergebnis der vielfältigen Seminare, Beratungen und wissenschaftlichen Tagungen mit Hunderten von Wissenschaftlern und Praktikern. Eine wesentliche Hilfe in diesem Prozeß waren und sind die reichen praktischen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse unserer sowjetischen Fachkollegen.

All das fand seinen Niederschlag im Referat, in den Thesen und in dem zur Diskussion vorgelegten Material über die weiteren Aufgaben der Forschung für den Städtebau in unserer Republik.

Die Diskussion zeigte, daß die Thesen eine wichtige Arbeitsgrundlage für die Weiterentwicklung unseres Städtebaus sind. Entsprechend den in der Diskussion gegebenen wertvollen Hinweisen werden sie von der Bauakademie kurzfristig überarbeitet. Es ist vorgesehen, sie nach Zustimmung durch den Minister für Bauwesen, insbesondere den örtlichen Organen – und selbstverständlich auch den Teilnehmern unserer Plenartagung – zu übermitteln. (Die Thesen werden auch in Heft 4/1975 der „Architektur der DDR" veröffentlicht. Red.)

Die Berichte der Arbeitsgruppenleiter, Prof. Urbanski, Prof. Wagner und Prof. Gericke, zeigen, daß die wichtigsten Probleme sachlich erörtert, neue Erkenntnisse gewonnen und Lösungsvorschläge erarbeitet wurden. Sie sind Grundlage für die Präzisierung und Ergänzung der Forschungsaufgaben der Bauakademie und – davon bin ich überzeugt – auch unserer Partnerinstitutionen außerhalb des Bauwesens.

Mit dem schöpferischen Meinungsaustausch in Arbeitsgruppen haben wir zweifellos eine höhere Effektivität in der Arbeit des Plenums der Bauakademie erreicht.

In unserer Beratung hat die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer ihre reifen wissenschaftlichen und praktischen Erfahrungen darlegen können.

Sie helfen uns damit – gleichwohl ob in zentralen oder örtlichen Staatsorganen, in der Wissenschaft und Produktion –, einen weiteren Schritt bei der Bewältigung der großen Probleme des sozialistischen Städtebaus in unserer Republik voranzukommen.

In der geschlossenen Sitzung des 31. Plenums anläßlich der Zuwahl neuer Akademiemitglieder hat unser Minister, Genosse Junker, unterstrichen, daß ohne klare parteiliche Positionen auch im Städtebau nichts Großes geleistet werden kann. Er betonte nochmals die Notwendigkeit, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln des komplexen Wohnungsbaus unsere Wohngebiete und Städte so zu gestalten, daß sie den wachsenden Anforderungen der sozialistischen Lebensweise immer besser entsprechen.

Gerade dazu muß die Städtebauforschung gemeinsam mit gesellschaftswissenschaftlichen und technischen Disziplinen einen großen Beitrag leisten. Denn wir sind uns sicherlich alle darüber einig, daß der erfolgreiche Kampf der Bauarbeiter um die Erfüllung der Planziele, um eine hohe Materialökonomie und die Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht zu trennen ist von einer gleichzeitig wachsenden Qualität unseres sozialistischen Städtebaus und damit von der praxisbezogenen Forschung auf diesem Gebiet.

Das bedeutet für die Kollektive der Bauakademie, daß auf der Grundlage des sozialistischen Wettbewerbs ständig um eine höhere Qualität unserer Forschungsergebnisse und ihre Praxiswirksamkeit gerungen werden muß.

Bei allen Überlegungen und Verbesserungen unserer Arbeit in Erfüllung des Wohnungsbauprogramms haben sich in der Diskussion – wie ein roter Faden – folgende wichtige Prinzipien bestätigt, die zur Grundlage unserer Arbeit geworden sind:

Erstens, daß die in den Volkswirtschaftsplänen beschlossene Anzahl der Wohnungen und die gesellschaftlichen Einrichtungen termingemäß und in guter Qualität errichtet werden.

Zweitens, daß im Rahmen dieses gesellschaftlichen Auftrages eine hohe städtebauliche Qualität der sozialistischen Wohnumwelt gesichert wird und

drittens, daß die geplanten materiellen und finanziellen Fonds unbedingt eingehalten und rationell genutzt werden.

Ich möchte auf einige Probleme des Referats und unserer Diskussion kurz eingehen, und zwar auf

- die Intensivierung im Städtebau,
- die Gestaltung der Wohngebiete und
- die Umgestaltung der innerstädtischen Gebiete sowie der Klein- und Mittelstädte.

Intensivierung im Städtebau

Große Bedeutung wird der Intensivierung im Prozeß der sozialistischen Reproduktion, insbesondere seit dem VIII. Parteitag beigemessen. Die Intensivierung beschränkt sich keineswegs allein auf die Produktion. Sie ist auch ein Kernproblem des Städtebaus.

Es geht doch heute darum, die sozialistische Umgestaltung der Städte als umfassenden Reproduktionsprozeß der Bausubstanz auch ökonomisch immer komplexer und effektiver zu beherrschen. Vor allem geht es uns um die Bestimmung der optimalen Relation zwischen Neubau, Modernisierung und Ersatz. Wir sehen hierin eine Frage von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Zu ihrer Lösung bedarf es sorgfältiger Untersuchungen. Das betrifft z. B. die Qualität und Nutzungsdauer modernisierter Wohnungen, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität bei der Modernisierung, Veränderung der Struktur der Investitionen und des Materialbedarfs sowie die Ausbildung der entsprechenden Kader.

Die Bauakademie hat hierzu in ständiger Konsultation mit den zuständigen staatlichen Organen durch eine konzentrierte Grundlagenforschung und unter Auswertung der Erfahrungen der sowjetischen Bauwissenschaft den notwendigen Vorlauf zu sichern.

Eine wertvolle Hilfe bildet hierbei das sowjetische Vorschriftenwerk SNIP. Darauf aufbauend wurde der mit dem Tagungsmaterial übergebene Entwurf der „Grundsätze, Methoden und Richtwerte für die städtebauliche Planung" erarbeitet.

Jetzt gilt es, diese Grundsätze durch das Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie zu einer solchen Reife zu führen – auch hier unter Ausnutzung der laufenden Beispielplanungen –, daß damit allen Städteplanern und Architekten kurzfristig ein geeignetes Arbeitsmittel zur Verfügung gestellt wird.

Gleichzeitig gilt es, die Generalbebauungsplanung zu jenem staatlichen Führungsinstrument zu entwickeln, das es ermöglicht, den gesamten Prozeß der erweiterten sozialistischen Reproduktion der baulichen Grundfonds auf ein höheres Niveau zu heben. Hinsichtlich der hierzu notwendigen Schritte besteht volle Übereinstimmung mit den Genossen der Staatlichen Plankommission.

Wenn ich hier die Bedeutung der Generalbebauungsplanung noch einmal unterstreiche, so deshalb, weil die verschiedenen Möglichkeiten der Intensivierung von der konkreten Situation jeder Stadt abhängen. Hierbei gilt es z. B., solche Fragen zu untersuchen wie

– die Erschließung aller territorialen Ressourcen;
– die rationelle Nutzung der baulichen Grundfonds oder
– die Erschließung ökonomischer Reserven durch die langfristige Verbesserung der Stadtstruktur.

Als ein kompliziertes Problem – sowohl der Vorlaufforschung als auch der Generalbebauungsplanung – wurde in der Diskussion auch die städtebauliche Lösung der Verkehrsfragen sichtbar. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der Realisierung des langfristigen Wohnungsbauprogramms werden diese Aufgaben besonders akut.

In den letzten Jahren sind in mehreren Städten der DDR gute Einzellösungen entstanden. Unsere Diskussion hat aber gezeigt, daß seitens der Forschung des Verkehrswesens und des Bauwesens gemeinsam mit den örtlichen Organen verstärkt an der Entwicklung neuer Verkehrsnetze und Einrichtungen gearbeitet werden muß.

Natürlich kann es dafür keine Patentlösungen geben, vielmehr gilt es, schrittweise den ökonomischen Möglichkeiten und den konkreten Bedingungen jeder einzelnen Stadt entsprechende Lösungen zu finden. Dabei darf uns das richtige Bestreben, weitsichtig zu planen, nicht dazu verleiten, unreale Modellvorstellungen der Städteplanung zu entwickeln. Wir dürfen den Bürgern keine Versprechungen machen, die nicht gehalten werden können.

Allerdings müssen die Städtebauer immer die langfristige Entwicklung der Stadt als Ganzes im Auge haben. Dazu brauchen wir viele kluge Ideen, ja sogar ein Stück revolutionäre Phantasie, aber auch eine Position, die frei von Illusionen ist. Die Stärke des sozialistischen Städtebaus besteht doch gerade darin, daß durch seine enge Verbindung mit der Volkswirtschaftsplanung Plan und Realisierung eine Einheit darstellen.

Gestaltung der Wohngebiete

Von vielen Diskussionsrednern wurde richtig herausgearbeitet, daß die Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms auch mit einer schrittweise zu erreichenden neuen Qualität der Wohngebiete verbunden ist.

Eine wichtige Reserve für die Erhöhung der Qualität der Wohngebiete im Rahmen der Normative sehen wir in der Herstellung günstiger Relationen zwischen Hochhäusern, viel- und mehrgeschossiger Bebauung.

Aus vielen Bebauungskonzeptionen ist ersichtlich, daß die Städtebauer und Architekten dieses Problem erkannt haben, weil sie wissen, daß Hochhäuser und Vielgeschosser allein noch nicht gut gestaltete Wohngebiete ausmachen.

Die Palette der Gestaltungsmöglichkeiten ist viel reicher, als daß sie sich auf die massierte Anordnung von Hochhäusern und vielgeschossigen Wohngebäuden beschränken müßte.

Das bestätigen – von Ausnahmen abgesehen – auch die auf der Ausstellung des Plenums gezeigten Konzeptionen für neue Wohngebiete.

Wir alle wissen, daß die Wohnungen in Hochhäusern und vielgeschossigen Gebäuden wesentlich kostenaufwendiger sind. In der Diskussion wurde vorgeschlagen, durch eine ökonomisch und städtebaulich ausgewogene Bebauungshöhe mehr Mittel für Gemeinschaftseinrichtungen und die Freiflächengestaltung im Rahmen der Normative einzusetzen.

Diesen Weg halten wir für richtig. Das muß allerdings noch sorgfältig untersucht werden, natürlich gemeinsam mit den erzeugnisverantwortlichen Wohnungsbaukombinaten.

Aber eines steht nach dem Meinungsaustausch in den Arbeitsgruppen – so denke ich – schon heute fest: Wir sollten im wahrsten Sinne des Wortes nicht um jeden Preis „hoch" bauen.

In unmittelbarem Zusammenhang mit dem vorgenannten Problem ist auch die Frage der Bebauungsdichte zu sehen.

Schon während der Vorbereitung unserer Plenartagung hat sich im Erfahrungsaustausch mit Kommunalpolitikern, Planern, Architekten und Städtebauern herausgestellt, daß die Orientierung auf „Rekordwerte" der Bebauungsdichte einer gesunden Lebensweise in den Wohngebieten abträglich ist.

Vor allem unsere sowjetischen Kollegen betonen in ihren Arbeiten – um nur einen Fakt zu nennen – die wichtige Rolle eines gesunden Mikroklimas für die Entspannung und Erholung der Werktätigen nach der Arbeit im Wohngebiet. Mit Grünzügen und Freiflächen Licht, Luft und Sonne in die neuen und umzugestaltenden Wohngebiete hineinzubringen, fördert nicht nur das Wohlbefinden der Bewohner, sondern auch ihre Beziehung zur sozialistischen Wohnumwelt. Gleichzeitig müssen Freiflächen in gewissem Umfang auch als Reserveflächen für künftige Bedürfnisse gelassen werden. Dabei sollten wir jedoch nicht in das andere Extrem – eine zu geringe Bebauungsdichte – verfallen.

Die Weiterentwicklung der sozialistischen Lebensweise erfordert auch eine zweckmäßige Ausstattung der Wohngebiete mit Einrichtungen für Versorgung und Dienstleistungen, für die Betreuung der Kinder und die gesundheitliche Fürsorge, für Bildung, Kultur und Sport, vor allem für die Jugend.

Die für den Zeitraum von 1976 bis 1980 vorgesehene Erhöhung der staatlichen Normative bietet dafür günstige Voraussetzungen.

Mehr und bessere gesellschaftliche Bauten zu errichten, setzt aber die Entwicklung von Erzeugnissen voraus, die eine wesentliche Steigerung der Arbeitsproduktivität der Baukombinate ermöglichen und die sich durch einen höheren Kombinationsgrad auszeichnen, um abwechslungsreiche und vielgestaltige Ensembles zu schaffen.

Dabei ist uns bewußt, daß die Verwirklichung der einheitlichen wissenschaftlich-technischen Politik im Gesellschaftsbau ein langfristiger Prozeß sein wird. Wesentlich ist jedoch, daß alle heutigen Maßnahmen zur Rationalisierung der vorhandenen Grundfonds auf die beschlossene Zielstellung gerichtet sind.

Zur Umgestaltung der innerstädtischen Wohngebiete sowie der Klein- und Mittelstädte

Auf der 10. Tagung des ZK der SED wurde die Forderung gestellt, den wissenschaftlichen Vorlauf auf diesem Gebiet, besonders für den Zeitraum nach 1980, zielstrebig zu schaffen.

Heute liegen durch die städtebaulichen Planungen, durch Wettbewerbe in den Bezirken und durch Beispielplanungen in Berlin, Greifswald, Zwickau und Bernau bereits erste wertvolle Erkenntnisse vor.

Mit unseren Forschungsarbeiten haben wir Planungs- und Projektierungsgrundlagen, Bewertungskriterien und Richtlinien zu erarbeiten. Sie sollen den örtlichen Organen helfen, die Umgestaltungsmaßnahmen unter Beachtung der Rang- und Reihenfolge gut zu planen und ökonomisch durchzuführen.

Konsequenzen zeichnen sich auch für die Weiterentwicklung der Erzeugnisse sowie der Bausysteme für die Umgestaltung ab. Unter Nutzung der vorhandenen Grundfonds geht es um die weitere Rationalisierung des Block- und Streifenbaus sowie des Plattenbaus mit kurzen Spannweiten. Dazu gehört, daß unsere Arbeit an der WBS 70 in der Richtung weitergeführt wird, ein ökonomisch, funktionell und technisch fundiertes Angebot von zwei- und fünfgeschossigen Wohnungsbauten zu entwickeln.

Der Wettbewerb des WBK Rostock für Umgestaltungsmaßnahmen in Greifswald hat die Möglichkeit aufgezeigt, die Plattenbauweise auch hierfür anzuwenden. Ich meine, das Herangehen der Rostocker Kollegen ist richtig. Sie stellen sich schon heute auf diese neuen Aufgaben vorausschauend ein.

Die Diskussionen zeigten, daß in den meisten Umgestaltungsgebieten die Verflechtung von Wohnfunktionen mit zahlreichen kleinen Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben ein vielschichtiges Problem ist. Eine völlige Verlagerung dieser Betriebe ist nicht nur sehr kostenaufwendig, sondern würde auch wichtige Standortverbindungen zerstören.

Für die Forschung ergibt sich daraus die Aufgabe, hierfür gemeinsam mit den Organen in den Bezirken und Städten neue, rationelle Lösungen, z. B. mehrgeschossige Mehrzweckgebäude, zu entwickeln.

Mit dem Umgestaltungsprozeß sind eine Vielfalt weiterer wichtiger Fragen verbunden, so z. B. die Frage, welche Position wir zur alten Bausubstanz beziehen.

Wir haben uns dazu auf unserem Plenum einen klaren Standpunkt gebildet. **Wir treten für eine Erhaltung und Aufwertung der geeigneten alten Substanz ein. Das ist nicht nur ein Gebot der ökonomischen Vernunft, sondern entspricht auch dem Grundsatz des sozialistischen Städtebaus, Neues und Altes in unseren Städten harmonisch zu verbinden und eine hohe Wohnqualität zu schaffen.**

Die Vorbereitung und Durchführung der 31. Plenartagung zeigt, daß die Bewältigung der anspruchsvollen Aufgaben des sozialistischen Städtebaus nur in interdisziplinärer Gemeinschaftsarbeit durchgeführt werden kann. Voraussetzungen dazu sind die gemeinsam erarbeiteten einheitlichen Auffassungen.

Von der Bauakademie werden in Auswertung der in der Diskussion gegebenen Vorschläge die vorliegenden Empfehlungen zu den Aufgaben der Städtebauforschung noch in diesem Jahr überarbeitet.

Vor allem gilt es – ausgehend von den gemeinsam erarbeiteten Zielen – die Forschungsprogramme für den Plan Wissenschaft und Technik 1976 bis 1980 vorzubereiten. Bei voller Wahrnehmung der Eigenverantwortung der beteiligten Einrichtungen und Disziplinen ist eine aufeinander abgestimmte Überleitung in die Praxis zu gewährleisten.

Eine wesentlich höhere Qualität in den Aussagen unserer Forschungsergebnisse ist mit der gemeinsamen Durchführung von städtebaulichen Experimenten und Beispielplanungen zu erreichen.

Dazu sollten geeignete städtebauliche Vorhaben durch die Staatliche Plankommission im Zusammenwirken mit dem Ministerium für Bauwesen und den betreffenden örtlichen Organen gewählt, im Rahmen des Staatsplanes Wissenschaft und Technik festgelegt und die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.

Aus den Erfahrungen der Sowjetunion ist uns bekannt, daß derartige Experimente zu einer einheitlichen wissenschaftlich-technischen Politik und damit zu einer hohen volkswirtschaftlichen Effektivität im Städtebau führen.

Die Ergebnisse unserer Plenartagung werden sicherlich zielgerichtet für die Aus- und Weiterbildung junger befähigter Architekten und Städteplaner an Universitäten und Hochschulen genutzt.

In diesem Zusammenhang sei mir auch eine Empfehlung gestattet: Mit der Verlängerung des Architekturstudiums sollten die Studenten verstärkt in die konkrete Planungsarbeit „vor Ort" einbezogen werden, um sie besser auf die Lösung der unmittelbaren Praxisaufgaben vorzubereiten.

Nicht zuletzt ist unsere Plenartagung – so hoffen wir – auch ein Beitrag zur Qualifizierung der Architekten, Ingenieure und Ökonomen, die in Forschung und Praxis des Wohnungs- und Städtebaus tätig sind.

Eine wesentliche Voraussetzung zur Verallgemeinerung neuer Erkenntnisse der Städtebauforschung und -praxis, wie aller Forschungsergebnisse überhaupt, ist der Informations- und Erfahrungsaustausch. Wir werden deshalb in Durchführung der Beschlüsse der 10. Tagung des ZK der SED gemeinsam mit dem Ministerium für Bauwesen die Erfahrungsaustausche wie in Rostock und Erfurt fortsetzen.

In unserer Zeitschrift „Architektur der DDR" sollten wir außer guten Lösungen von Einzelbauwerken, umfassender als bisher vor allem breitenwirksame Erzeugnisentwicklungen sowie gelungene städtebauliche Lösungen zur Diskussion stellen. Wichtig ist dabei die Darlegung von Erfahrungen über den Weg der Intensivierung im Städtebau, vor allem über die Einhaltung der staatlichen Normative und Kennziffern.

Geleitet von den Beschlüssen von Partei und Regierung sind auf unserer 31. Plenartagung die Aufgaben des Städtebaus zur Realisierung des Wohnungsbauprogramms beraten und herausgearbeitet worden.

Es gilt, unter Nutzung der Vorzüge unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung und in enger Gemeinschaftsarbeit mit der Sowjetunion zielstrebig an die großen und zukunftsweisenden Aufgaben heranzugehen. Ich bin überzeugt, daß die Akademiemitglieder und die Genossen und Kollegen aus den Planungsbüros und den Kombinaten, aus wissenschaftlichen Einrichtungen, Hochschulen und aus anderen Bereichen ihre ganze Kraft dafür einsetzen, dieser bedeutenden gesellschaftlichen Aufgabenstellung gerecht zu werden.

Kombinierte Vorschuleinrichtung mit Elementen der WBS 70

Bauingenieur Gerhard Baum, Architekt BdA/DDR

Projektierung: VEB (B) WBK Potsdam, Betriebsteil Projektierung, Sitz Brandenburg, Brigade Angebotsprojektierung, Brigadeleiter Dipl.-Ing. Horst Kops, Architekt BdA/DDR

Entwurf und Projektleitung: Bauingenieur Gerhard Baum, Architekt BdA/DDR

Teilbearbeitung:

Entwurf: Dipl.-Ing. Hanni Grantner, Architekt BdA/DDR; Dipl.-Ing. Hans-Joachim Engmann, Architekt BdA/DDR; Dipl.-Ing. Hannelore Palm, Architekt BdA/DDR; Bauingenieur Gisela Wilke, Architekt BdA/DDR

Außenraumgestaltung: Gartenbauingenieur Hans-Joachim Hamann, Architekt BdA/DDR

Bautechnologie: Dipl.-Ing. Reinhard Fischer

Statik und Konstruktion: Dipl.-Ing. Bernd Hage

Elementebearbeitung: Dipl.-Ing. Günter Ahrendts, Bauingenieur Gerhard Möhrke, Bauingenieur Joachim Haß

Bauwirtschaft: Bauingenieur Joachim Linder, Bauingenieur Detlef Hammer, Bauingenieur Elisabeth Kaufmann, Bauingenieur Johannes Rynkowski

Heizung und Lüftung: Ingenieur Karl-Werner Blank

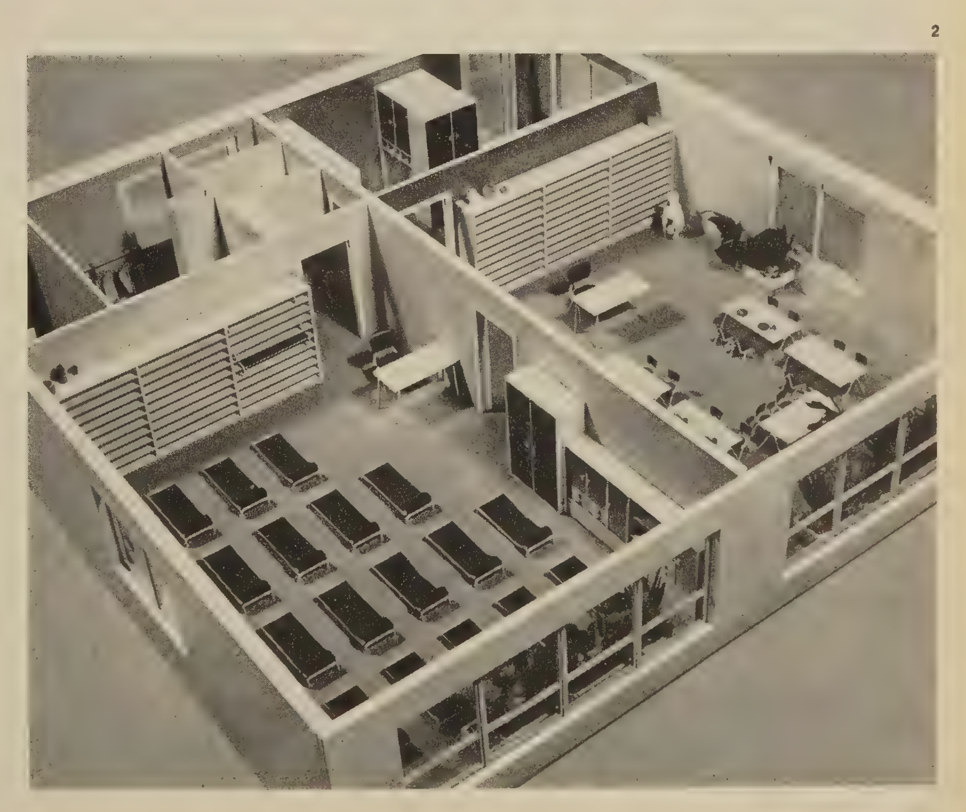
Sanitäranlagen: Ingenieur Klaus Meisel

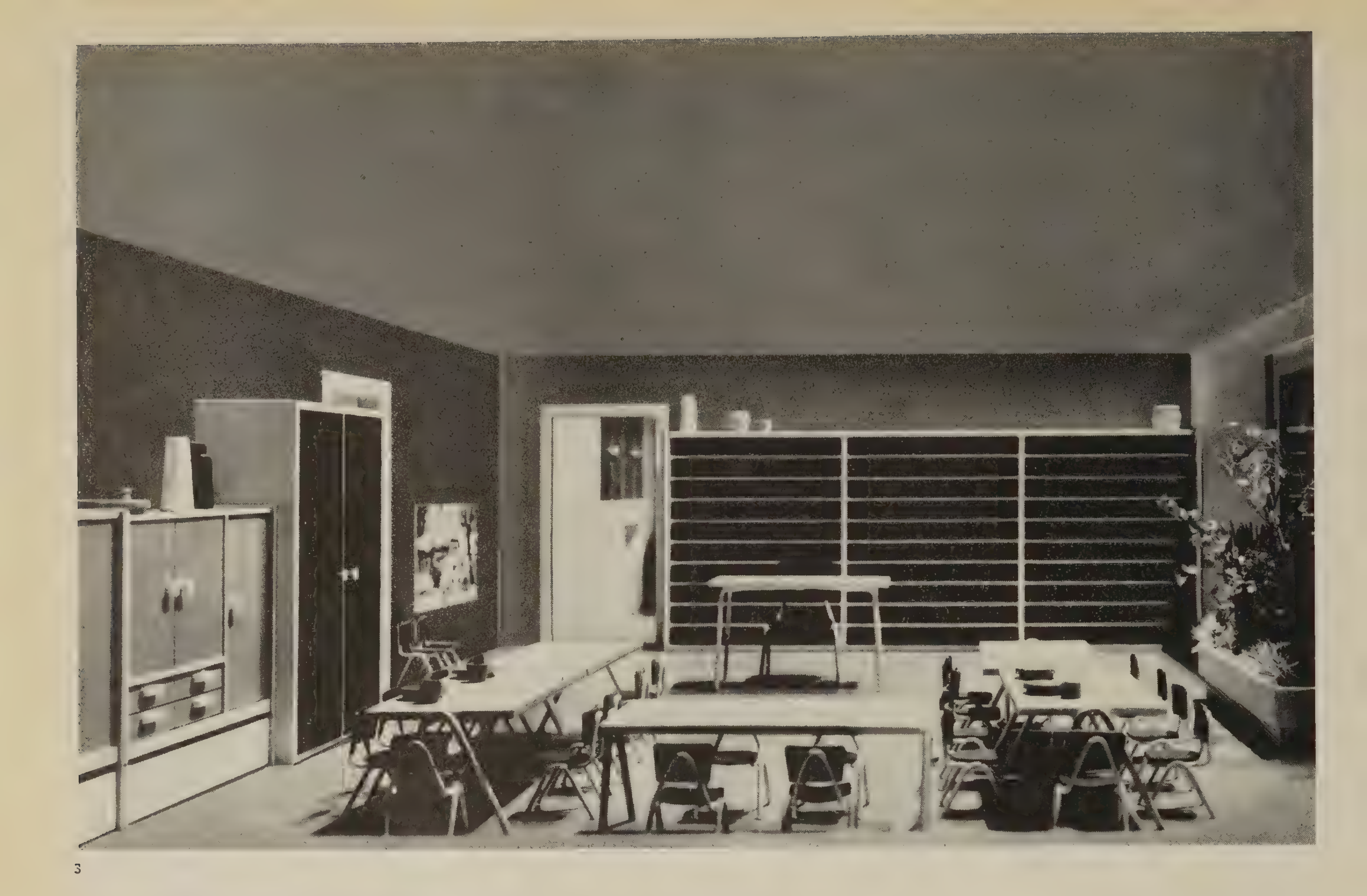
Elektrotechnik: Elektromeister Fritz Lowisch, Elektromeister Dieter Lucas, Elt.-Ing. Günter Gehrhardt

Küchentechnologie: VEB Kombinat ASCOBLOC

1
Gesamtmodell der kombinierten Vorschuleinrichtung

2
Funktionseinheit Kindergarten





3

Aufgabenstellung

Mit der Erarbeitung einer neuen Generation von Vorschuleinrichtungen unter Verwendung der Elemente der Wohnungsbauserie 70 war als Bestandteil des Forschungsvorhabens „Wohnungs- und Gesellschaftsbau" das Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau der Bauakademie der DDR beauftragt worden.

Arbeitsgrundlage für diese Aufgabe war die „Studie zur Entwicklung von Funktionslösungen für gesellschaftliche Einrichtungen in den Wohngebieten" vom Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR (30. 4. 1970). Funktionslösungen und Aufgabenstellung wurden von Dipl.-Ing. Gertraude Lehmann, Bauakademie der DDR, Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau, Direktor Prof. Dipl.-Ing. G. Herholdt, unter Mitwirkung der Fachplanträger und ihrer Institute erarbeitet und bestätigt und dem WBK Potsdam zur weiteren Bearbeitung übergeben.

Arbeitsabschnitte

Aus betriebsorganisatorischen und ökonomischen Gründen stellt die kombinierte Einrichtung Kinderkrippe Kindergarten 90/180 Plätze eine Vorzugslösung dar. Ihre bautechnische und technologische Durcharbeitung in konzeptioneller Form (K 2) war die erste Projektierungsphase, die am 30. 11. 1972 verteidigt wurde.

Die zweite Arbeitsstufe (K 5), die Bearbeitung eines standortlosen Erstprojektes, wurde am 30. 12. 1973 abgeschlossen und verteidigt. Die Projektteile Bauwirtschaft und Technologie stehen ab 30. 10. 1974 zur Verfügung.

Die dritte Arbeitsstufe umfaßt den Experimentalbau und seine Auswertung (1975/76). Nach den erforderlichen Veränderungen und Ergänzungen bildet das Angebotsprojekt die letzte Arbeitsstufe.

Die Bearbeitung weiterer Vorzugsgrößen ist geplant:

Kinderkrippe 54 Plätze
(3 Gruppeneinheiten)
Kinderkrippe 90 Plätze
(5 Gruppeneinheiten)
Kindergarten 108 Plätze
(3 Doppelgruppen)
Kindergarten 144 Plätze
(4 Doppelgruppen)
Kindergarten 180 Plätze
(5 Doppelgruppen)
Kombinierte Einrichtung KK/KG
54/108 Plätze

Funktionen

Für die Vorschuleinrichtungen wurden Funktionseinheiten mit gleichem Grundraster entwickelt, deren Kombinationsmöglichkeit die Zusammenstellung zu den einzelnen Vorzugsgrößen ermöglicht.

■ Funktionseinheit KK 18 Plätze

Säuglinge 0 bis 1 Jahr
1. Kleinkindergruppe 1 bis 2 Jahre
2. Kleinkindergruppe 2 bis 3 Jahre

■ Funktionseinheit KG 36 Plätze

Die Gruppeneinheiten bilden das Kernstück aller Einrichtungen. Die pädagogische Arbeit erstreckt sich auf alle Räume. Die gesamte Funktionseinheit wird Hauptfunktionsfläche. Die Raumzuordnung innerhalb der Funktionseinheit bleibt gleich, lediglich bei der Möblierung und Sanitärausstattung werden die unterschiedlichen Belange der einzelnen Altersgruppen berücksichtigt.

■ Zentrale Funktionseinheit

Sie beinhaltet Leitung, Isolierstation, Kinderwagenraum oder Mehrzweckraum und Zentraldusche sowie das Lager für Spielgeräte.

■ Ergänzungseinheit

Sie beinhaltet die Einrichtungen, die lt. Raumprogramm zur Gesamtfunktion erfor-

Kapazität

Kinderkrippe 90 Plätze
Kindergarten 180 Plätze

Kennziffern

	insgesamt	KE
Hauptfunktionsfläche	1 388,0 m²	5,14 m²
Nebenfunktionsfläche	170,0 m²	0,63 m²
Hauptfläche	1 558,0 m²	5,77 m²
Nebenfläche	772,0 m²	2,86 m²
Nutzfläche	2 330,0 m²	8,63 m²
Verkehrsfläche	341,0 m²	1,26 m²
Nettofläche	2 671,0 m²	9,89 m²
Konstruktionsfläche	308,0 m²	1,14 m²
Bruttofläche	2 979,0 m²	11,03 m²
Bebaute Fläche	1 211,0 m²	4,49 m²
Umbauter Raum	9 105,0 m³	33,89 m³
Bauabgabepreis	1 088 770 M	4 032 M
Preis der Ausrüstung	497 510 M	1 843 M
(davon Ausstattung)	(355 000 M)	(1 135 M)
Objektpreis	1 586 280 M	5 875 M

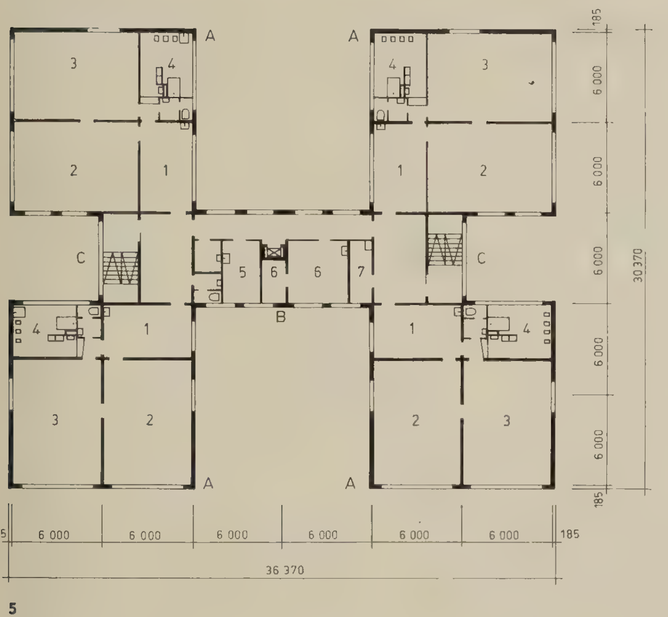
Verbrauchsangaben

Wärmebedarf	Heizungsanlage	201 000 kcal/h
	Warmwasserbereitung	81 000 kcal/h
	Lüftungsanlage	54 000 kcal/h
Frischwasser	Qm	27,0 m³/d
	qmax	5,1 m³/h
Warmwasser	Qm	8,1 m³/d
	qmax	1,6 m³/h
	(bez. auf 60 °C)	
Schmutzwasser	Qm	27 m³/d
Leistungsbedarf Elt	Pmax	131 kW

3
Blick in einen Gruppenraum des Kindergartens

4
Eine funktionelle zweckmäßige Möblierung bestimmt die Innenraumgestaltung.

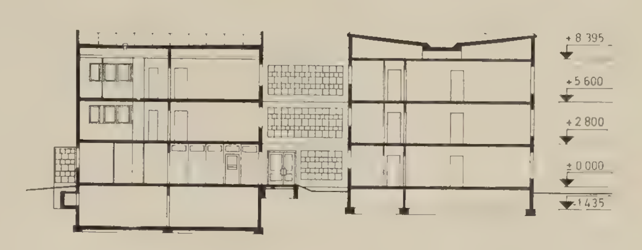
4



5



6



7

5
2. Geschoß 1 : 500

A Gruppeneinheit Kleinkindstufe I und II
B Ergänzungseinheit
C Verkehrseinheit

1 Übergaberaum
2 Gruppenraum
3 Schlafraum
4 Waschraum mit WC-Bereich

6
1. Geschoß 1 : 500

A Gruppeneinheit Säuglinge
B Gruppeneinheit Kindergarten
C Zentraler Funktionsbereich Kinderkrippe
D Zentraler Funktionsbereich Kindergarten
E Ergänzungseinheit
F Verkehrseinheit
G Versorgungseinheit

1 Übergaberaum
2 Isolierung mit Schleuse
3 Gruppenraum
4 Schlafraum
5 Waschraum, WC
6 Kinderwagenraum
7 Spielgeräte
8 Leiterin
9 Mehrzweckraum
10 zentrale Dusche
11 Schmutzwäsche
12 Wirtschaftsleiter
13 Personal
14 Schmutzwäsche
15 Annahme
16 Vorbereitung
17 Warme Küche
18 Schwarz-Weiß-Spüle
19 Milchküche
20 Vorräte
21 Gemüse
22 Personal

7
Schnitt 1 : 500



8

Eine Raumgliederung erfolgt durch Sitz- und Spielgruppen.
Blick in einen Gruppenraum der Kinderkrippe

derlich werden, jedoch in den einzelnen Einheiten nicht mehr untergebracht werden können.

■ Verkehrseinheit

■ Versorgungseinheit

Sie ist mit allen Räumlichkeiten und Einrichtungen ausgestattet, die bei einer Teilvollküche für 270 Portionen erforderlich sind. Sie wird mit einer Be- und Entlüftungsanlage ausgerüstet. Der Speisetransport erfolgt mittels Essenwagen „Kiga I" und Kleinlastenaufzug.

■ Das Gebäude hat eine Teilunterkellerung zur Unterbringung der Hausanschlußstation.

■ Gebäude und Freiflächen bilden eine untrennbare funktionelle und gestalterische Einheit.

Konstruktionen

Das Konstruktionsprinzip entspricht der Wohnungsbauserie 70.

Grundraster	6000 mm
Laststufe	6,3 Mp
Geschoßhöhe	2800 mm (Verteilergeschoß Keller 1400 mm)
Gründung	Streifenfundamente
Außenwand	Mehrschichtenplatte (150 + 50 + 60) 260 mm
Kelleraußenwand	Einschichtenplatte 200 mm
Innenwände	d = 150 mm B 160
Trennwände	d = 60 mm B 160
Decken	d = 140 mm B 300 (Spannbeton)
Dach	Kaltdach für Hauptbaukörper Warmdach für Zwischenbau und Küche
Fußboden	35 mm für Normalräume 100 mm für Naßräume

Stadttechnische Versorgung und technische Gebäudeausrüstung

Die technische Gebäudeausrüstung ist unter Annahme folgenden Regelfalls bearbeitet worden:

– Wasserversorgung durch Anschluß an ein vorhandenes Trinkwassernetz
– Abwasserbeseitigung durch Anschluß an eine vorhandene Kanalisation
– Warmwasserversorgung über vorgefertigte TGA-Hausanschlußstation HA 3
– Wärmeversorgung durch Anschluß an ein permanent gefahrenes Heiznetz

Besondere Hinweise:

– Getrennte Führung für Schmutz-, Regen- und Küchenabwasser, Anschluß der Abwasserleitung bei Mindestfrostdeckung
– Erfolgt der Anschluß an ein periodisch gefahrenes Heiznetz (Winterbetrieb), kann die Zusatzheizung mit Elektroenergie betrieben werden, und zwar über einen Doppelmantelwarmwasserbereiter.

Primärversorgung: Gebrauchswasser
Sekundärversorgung: Zusatzheizung mit Einspeisung in das vorhandene Heiznetz.
Abgabe des Warmwassers für Kinder über zentrale Mischbatterien
Pumpenwarmwasserheizung — Zweirohrsystem mit unterer Verteilung — Temperaturspreizung 105/70 — Plattenheizkörper

Probleme

■ Zur Erreichung des geforderten Tageslichtquotienten von 1,5 Prozent wird bei einer Systembreite von 6000 mm eine zweiseitige Belichtung der Gruppen- und Schlafräume erforderlich.

Diese Forderung bestimmt im wesentlichen die Gebäudeform.

■ Zur Orientierung der Hauptfensterfronten der Gruppen- und Schlafräume wurde durch die Fachplanträger eine Ausnahmegenehmigung zur TGL 24 890 Absatz 4.2.6. gegeben, wobei einem Schwenken der Nord-Süd-Achse des Baukörpers bis zu 45° zugestimmt wird.

■ Die erforderliche Durchsichthöhe von 600 mm bei den Hauptfenstern der Gruppen- und Schlafräume wird bei Verwendung von Radiatoren nicht erreicht. Im Projekt wurden Plattenheizkörper mit einer Bauhöhe von 390 mm verwendet.

■ Mit der Systemhöhe der WBS 70 von 2 800 mm ergibt sich für die Küche nur eine lichte Raumhöhe von 2560 mm und die Notwendigkeit einer Be- und Entlüftungsanlage. Die Zustimmung zur Abweichung von der TGL 10 724, Absatz 4.3.1., wurde durch das Ministerium für Gesundheitswesen gegeben.

■ Auf Grund der hohen Belastung der Spannbetondecken in den Feuchträumen durch den Fußbodenaufbau und wegen der erforderlichen Aussparungen können für Trennwände nur leichte Konstruktionen verwendet werden. Im Küchenbereich wurden schlaffbewehrte Deckenplatten eingesetzt.

■ Die für Kinderkrippen geforderte Fläche von 24,0 m² im Sanitärbereich wird nicht erreicht (19,67 m²).



1
Blick auf die Vorschuleinrichtung im Erfurter Wohngebiet Nordhäuser Straße

Kombination Kinderkrippe/ Kindergarten in der 5-Mp-Bauweise

Dipl.-Ing. Karl-Heinz Wegener,
Architekt BdA DDR
VE Wohnungsbaukombinat Erfurt
Betriebsteil Projektierung
Bereich Angebotsprojektierung

Projektant:	VE Wohnungsbaukombinat Erfurt Bereich Angebotsprojektierung
Entwurf:	Dr.-Ing. Günter Andres, Architekt BdA DDR
Projektleiter:	Dipl.-Ing. Karl-Heinz Wegener, Architekt BdA DDR
Ausstattung und Möblierung:	Bauingenieur Dieter Hammer, Architekt BdA DDR
Statik:	Bauingenieur Walter Thon
Sanitär:	Ingenieur Karl Weber
Heizung und Lüftung:	Ingenieur Eckart Kentzler
Elektro:	Ingenieur Werner Graetz
Bauwirtschaft:	Bauingenieur Heinz Motter
Technologie:	Dipl.-Ing. Helmut Gündel
Plan-selbstkosten:	Bauingenieur Edgar Hanke

Zielstellung

Die bisher im Bezirk Erfurt gebaute Vorschuleinrichtung gleicher Kapazität in der 2-Mp-Laststufe sollte abgelöst werden durch eine neue Einrichtung, deren konstruktive Lösung optimal aus dem Elementesortiment der Wohnungsbaureihe Erfurt in 5-Mp-Laststufe abgedeckt werden sollte. Um die bebaute Fläche des Grundstückes zu verringern und somit eine größere Freifläche zu gewinnen, entstand ein kompakter Baukörper, bei dem das Kellergeschoß zum vollen Funktionsgeschoß ausgenutzt wurde. Bauzeit- und Materialeinsparungen würden sich aus der Laststufenerhöhung und der Senkung des Ausbaugrades sowie der Gebäudekompaktheit ergeben.

Funktion und Konstruktion des Gebäudes

Das 72 570 mm lange Gebäude aus zwölf 6000-mm-Achsen ist im Lichten 10 820 mm tief und besteht aus einem vollen Kellergeschoß sowie zwei Hauptfunktionsgeschossen, deren Höhe jeweils 2800 mm beträgt. Im Kellergeschoß, dem eingangsseitig ein Lichtgraben vorgelagert ist, befindet sich im mittleren Teil die Küche mit den entsprechenden Nebenräumen. Zu beiden Seiten des Küchenbereiches sind die Sozialräume für die Mitarbeiterinnen der Kinderkrippe und des Kindergartens sowie die Turnräume und der Kinderwagenraum angeordnet.
20 Gruppenräume mit zugehörigen Nebenräumen bilden Erd- und Obergeschoß.
Die Kapazität der Vorschuleinrichtung umfaßt 180 Plätze für den Kindergarten und 90 Plätze für die Kinderkrippe.
Eine Gliederung erfährt das Gebäude durch die im Bereich der innenliegenden Treppenhäuser herausgezogenen Windfänge und den auf der gegenüberliegenden Seite angeordneten Gebäudevorsprung, deren Achsmaße 1800 mm in der Tiefe und 6000 in der Breite sind. Durchlaufende Fensterbänder bringen eine große Lichtmenge in die Räume, vor allem in die Gruppenräume, zumal bei der angewandten Querwandbauweise der Fenstersturz optimal hoch angeordnet werden konnte.
Den Gruppenräumen im Erdgeschoß ist eine Terrasse vorgelagert, die von diesen aus direkt zugänglich ist.
Von den Gruppenräumen des Obergeschosses ist sie über die Innentreppe und den eigens dafür vorgesehenen Ausgängen erreichbar.
Die Verwendung von vorhandenen (53,1 %) und veränderten Wohnungsbauelementen der WBR Erfurt in 5 Mp sowie einer für diese Vorschuleinrichtung entwickelten Außenwand – bestehend aus Schäften und Brüstungselementen – reduziert gegenüber der 2-Mp-Vorschuleinrichtung wesentlich den Ausbaugrad, denn die Elemente sind oberflächenfertig. Es entfällt für sie der Putz.
Eine Materialeinsparung bringt die geringe Verkehrsfläche im Gebäude und die Anwendung eines Fußbodens mit 45 mm Dicke außer dem der Naßräume von 75 mm Dicke. Gleichfalls spart die verringerte Dachfläche Arbeitszeit und Material.
Für alle Trennwände kommen 40 mm dicke oberflächenfertige Betonplatten zum Einsatz.
Als Konstruktionssystem wurde entsprechend dem Wohnungsbau die Querwandbauweise angeordnet, welche sich auf Streifenfundamente gründet. 140 mm dicke, 1800 mm breite Spannbetondeckenplatten überdecken die 6000 mm weiten Konstruktionsachsen. Die selbsttragende Außenwand hat geschoßhohe Schäfte, die an die Verbindungspunkte für die Wohnungsbauaußenwand der Innenwände befestigt werden können. Zwischen den Schäften sind die Brüstungselemente, bestehend aus 60 mm Wetterschale, 50 mm Wärmedämmung (Kamilit) und 150 mm Schwerbeton gehängt, die die Schäfte mit Wärmedämmung und Wetterschale überdecken.
Alle Teile, die des Rohbaues und Ausbaues, sind bis zum Höchstmaß vorgefertigt und somit montagefähig.

Gebäudetechnische Anlagen

Der Anschluß an das öffentliche Wasserversorgungsnetz erfolgt über den Wasserzähler, wobei ein mittlerer Versorgungsdruck von 30,0 m WS am Gebäudeanschluß zugrunde gelegt wurde. Die Warmwasserversorgung erfolgt durch den am Heizsystem befindlichen Warmwasserbereiter.
Als Trennsystem ist die Entwässerung projektiert, wobei die Küchenabwässer getrennt über einen Fettabscheider abgeleitet werden.
Durch die vorhandene Querlüftung werden die Gruppen- und Aufenthaltsräume ausreichend be- und entlüftet.
Die Küche erhielt eine Zwangslüftung.

2



2
Gruppenraum im Kindergarten

3 Obergeschoß 1 : 500

1 Spielraum
2 Gruppenraum
3 Schlafraum
4 Waschraum
5 Spielgeräte
6 Übergaberaum
7 Nährraum
8 Kinderkrippenleiter
9 Isolierraum
10 Garderobe
11 Kindergartenleiter

4 Erdgeschoß 1 : 500

1 Säuglingsraum
2 Spielraum
3 Waschraum
4 Arzt
5 Übergaberaum
6 Milchküche
7 Abstellraum/Durchgang
8 Isolierraum
9 Gruppenraum
10 Garderobe

5 Kellergeschoß 1 : 500

1 Turnraum
2 Schmutzwäsche, Trockenraum
3 Kinderwagenraum
4 Personalraum
5 Umkleide- und Duschanlagen
6 Hausanschlußraum
7 Spüle
8 Küche
9 Vorbereitung
10 Leergut
11 Anlieferung
12 Essenwagen
13 Vorräte
14 Lager
15 Hausmeister
16 Wirtschaftsleiterin
17 Mehrzweckraum
18 Außenspielgeräte
19 Kinderwagenraum

3

4

5

Mittels Plattenheizkörper, die durch ein Zweirohrsystem (110 °C/70 °C) mit der Heizzentrale verbunden sind, erfolgt die Beheizung. Die Wärmeversorgung über ein ständig betriebenes Fernheiznetz wurde als Normalfall vorausgesetzt.
Für die elektrische Anlage ist eine Hauptverteilung mit Nebenverteilungen in den Geschossen vorgesehen. Die horizontale Leitungsführung erfolgt im Fußboden. Eine Schwachstromsteuerung bedient die Beleuchtungsanlage.
Gegen die Sonneneinwirkung sind außen an der Gruppenraumseite elektromotorisch getriebene Jalousien angebracht.

Gebrauchswert

Der Gebrauchswert der vorliegenden gesellschaftlichen Einrichtung verbesserte sich gegenüber der bisher angewendeten Vorschuleinrichtung dadurch, daß die Sozialbereiche für die Mitarbeiterinnen großzügiger angeboten wurden, die Verringerung der Verkehrswege kurze Verbindungen der einzelnen Räume untereinander bringt und der geräumigere Küchenbereich mit seinem ausreichenden Lager- und Vorbereitungsbereich bessere Arbeits- und Lebensbedingungen bietet. Eine zusätzliche Bereicherung kommt durch die Anordnung eines Turnraumes für die Kinderkrippe, die bisher keinen aufweisen konnte.

6
WC- und Waschraum im Kindergarten

7
Schlafraum in der Kinderkrippe



6

7

1

Kinderdorf in Brandenburg

Gartenarchitekt BdA/DDR Hansjoachim Hamann
VE WBK Potsdam, Betriebsteil Projektierung

1
Spielgeräteplatz
2
Spielflächen am Kindergartentrakt
3
Blick in den Indianerspielplatz
4
Eingangssituation mit Plastik „Spielende Kinder"

5
Lageplan
1 Gruppenspielplatz
2 Gemeinschaftsspielplatz
3 Spielgeräteplatz
4 Wasserspielplatz
5 Wirtschaftshof

Das Kinderdorf in Brandenburg ist das städtebauliche Bindeglied zwischen den Bauvorhaben Wohnungsbau Brandenburg-Nord und Wohnungsbau August-Bebel-Straße. Es befindet sich am Fuße des Marienberges, unweit des Volksbades. In dieser gliedernden Grünzone wurden zwei Kinderkombinationen mit je 80/180 Plätzen und eine mit 54/108 Plätzen angeordnet. Grundlagen für die Bearbeitung waren die Forderungen aus dem neuen sozialistischen Erziehungsprogramm, die Vorstellungen und Wünsche der späteren Nutzer und die zur Zeit gültige Typengrundlage KB 365, Empfehlung für die städtebauliche Einordnung von Vorschuleinrichtungen und Schule im Stadtzentrum, in den Wohngebieten mit hoher Einwohnerdichte und städtischen Umgestaltungsgebieten, und TGL 24 890.

Voraussetzung für einen reibungslosen, geordneten Betrieb des Kinderdorfes war eine klare Trennung folgender Funktionsbereiche:

- Eingangslösung einschließlich Anlieferung
- Wirtschaftshof
- Spielflächen
- Pausenerholung für das Personal

Alle vier Funktionen bilden selbständige Einheiten und sind durch entsprechende Baulichkeiten voneinander getrennt. Sie

2



Entwurf:

Gartenarchitekt BdA/DDR Hansjoachim Hamann
VE WBK Potsdam, Betriebsteil Projektierung,
Sitz Brandenburg

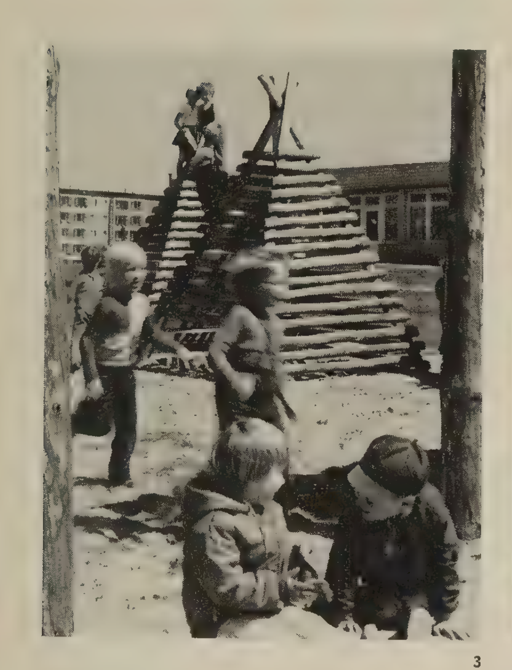
Bauzeit:
1972 bis 1973

Generalauftragnehmer:
VE Wohnungsbaukombinat Potsdam

Hauptauftragnehmer:
VE Kombinat Tiefbau Potsdam

Nachauftragnehmer:
Gärtnerische Produktionsgenossenschaft Nauen

Kapazität:
Freifläche (einschließlich der Rand- und Restbegrünung, für 214 Kinderkrippenplätze und 468 Kindergartenplätze) 40 780 m²



3



4

5

NEUE ASKANIERSTR

A.-BEBEL-STR

SPRENGELSTR

W.-SANGER STR



6

7

8

dürfen für Außenstehende nur mit Erlaubnis des Personals betreten werden.

Kernstück der gesamten Anlage ist der Spielbereich. Entgegen der sonst üblichen Trennung zwischen Kinderkrippe und Kindergarten wurde eine optisch zusammenhängende Spielfläche geschaffen. Zur Gewährleistung der unterschiedlichen Anforderungen aus dem Tagesablauf, der vom Alter der Kinder abhängig ist, wurde eine zweckentsprechende Aufteilung für die Flächennutzung vorgenommen.

Die Spielfläche ist auf Grund der von ihr zu erfüllenden Aufgaben in Gruppen- und Gemeinschaftsspielplätze eingeteilt.

Die Gruppenspielplätze sind übersichtlich angeordnet. Sie sind mit einer Standardausrüstung, bestehend aus:

einem Sandkasten, einer Sitzecke mit Tischen und Bänken für die Kinder, einer Kritzelwand und einem Sonnensegel, ausgestattet.

Hier können bei günstiger Witterung Frühstück und Kaffee eingenommen sowie alle Aufgaben der Beschäftigung und des Lernens erfüllt werden. Die Größe des Sandkastens gewährleistet die Aufstellung von transportablen Kleinspielgeräten.

Die Gruppenspielplätze haben von drei Seiten einen optischen und im begrenzten Maße einen akustischen Schutz. Ohne diese Voraussetzung könnten die erzieherischen Aufgaben der Gruppenspielplätze nicht erfüllt werden.

Zur besseren Orientierung der Kinder haben die Gruppenspielplätze eine individuelle Bepflanzung.

Zu den Gemeinschaftsspieleinrichtungen zählen Terrasse, Wasserspielplatz, Spielgeräteplatz, Rasen und das verbindende Wegesystem. Die geordnete und übersichtliche Nutzung dieser Einrichtungen verlangt eine Abstimmung des Personals der einzelnen Kinderkombinationen.

Mittelpunkt dieser Einrichtungen ist der Spielgeräteplatz. Auf Grund mangelhafter Angebote wurden die Spielgeräte hierfür vorwiegend individuell entworfen und angefertigt. Ein sich anschließender Indianerspielplatz findet regen Zuspruch.

Besonderen Anklang findet bei entsprechender Witterung der Wasserspielplatz. Das angewärmte Wasser kann bis 550 mm angestaut werden. Ein Sprühring am Beckenrand komplettiert die Anlage. Bei der Nutzung des an sich ausschließlich für Kindergartenkinder konzipierten Beckens durch Krippenkinder mußte festgestellt werden, daß Beckengröße und -tiefe für diese Gruppe auch unproblematisch sind.

Aus pflegetechnischen Gründen wurden unter Berücksichtigung der verschieden nutzbaren Höhenunterschiede zusammenhängende Rasenflächen geschaffen.

Alle genannten Funktionen der Spielfläche wurden durch ein übersichtliches Wegesystem miteinander verbunden. Durch entsprechende technische Ausbildung entstanden in diesem Zusammenhang Roller-, Dreirad- und Rollschuhbahnen.

Im Rahmen der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen wurden die drei Innenhöfe für die Pausenerholung reserviert. Während zwei Innenhöfe der passiven Erholung dienen, wurde der dritte Hof mit einer Minigolfanlage versehen.

Das Kinderdorf Brandenburg in seiner Gesamtanlage war im Rahmen der Projekterarbeitung ein Versuch, die bisher üblichen Freiflächennutzung zu verändern.

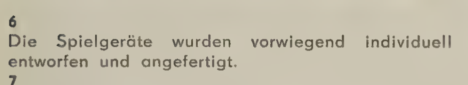
Nach Fertigstellung des Bauvorhabens fanden die Vorstellungen und Gedanken des Entwurfsverfassers ihre Bestätigung.



9



10



6
Die Spielgeräte wurden vorwiegend individuell entworfen und angefertigt.

7
Kindergarten. Eingangssituation

8
Blick auf einen Gruppenspielplatz. Im Vordergrund eine kindgemäß gestaltete Plastik

9
Bepflanzte Grünflächen vor den Kinderkrippen mit Sitz- und Durchbruchwänden

10
Indianerspielplatz im westlichen Teil des Kinderdorfes

11
Gruppenspielplatz am Kindergarten

11

1
2

Neues Wohngebiet in Bautzen

General-auftragnehmer	VEB (K) Wohnungsbau Bautzen
Projekt:	veb (k) kreisprojekt bautzen
Autor und Komplex-architekt:	Dipl.-Ing. Axel Magdeburg, Architekt BdA/DDR
Mitarbeit:	Bauingenieur Rainer Ancke
Freiflächen-gestaltung:	Diplomgärtner Ralf Herfort

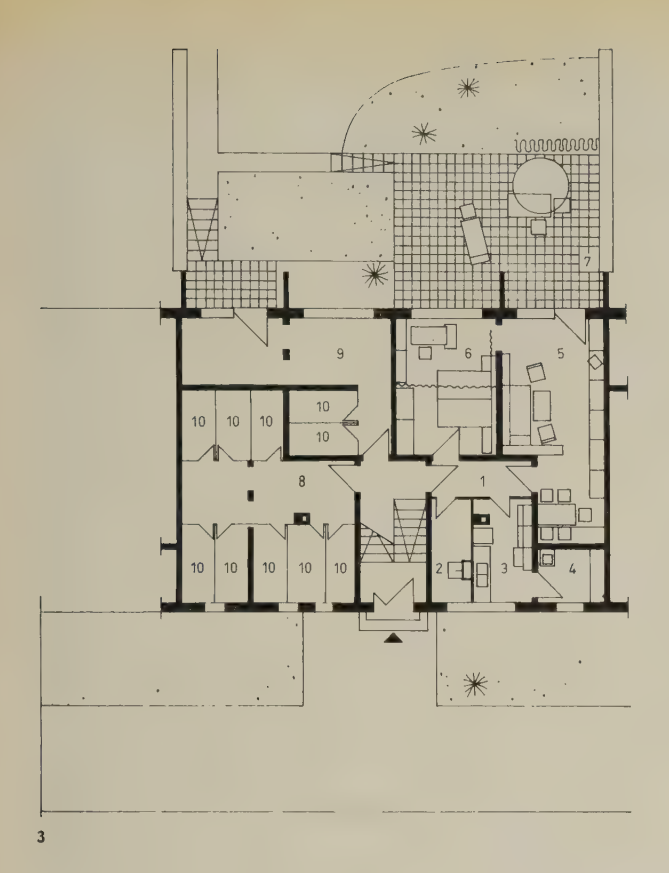
In den Jahren 1973 bis 1975 entstanden in der Kreisstadt Bautzen auf dem Standort der Dr.-Salvador-Allende-Straße insgesamt 1081 Wohnungen für 3450 Einwohner in vorwiegend fünfgeschossigen Neubauten.

Auf der Basis der IW 64 Brandenburg, Variante Görlitz, entwickelte ein Kollektiv des VEB (K) Kreisprojekt Bautzen unter Leitung von Dipl.-Ing. Axel Magdeburg die Wohnungsbauserie IW 64 Bautzen 74, die folgende Hauptmerkmale aufweist:

- einschaliges, innen entwässertes Warmdach
- vorgehängte Loggiaelemente
- Glattputz mit Silikatfarbanstrich
- differenzierte Giebelausbildungen
- hohe Bebauungsdichte durch den Einsatz von Loggia-Zwischenbauten als Eckverbindungen und die Verwendung von T-Verbindungen.

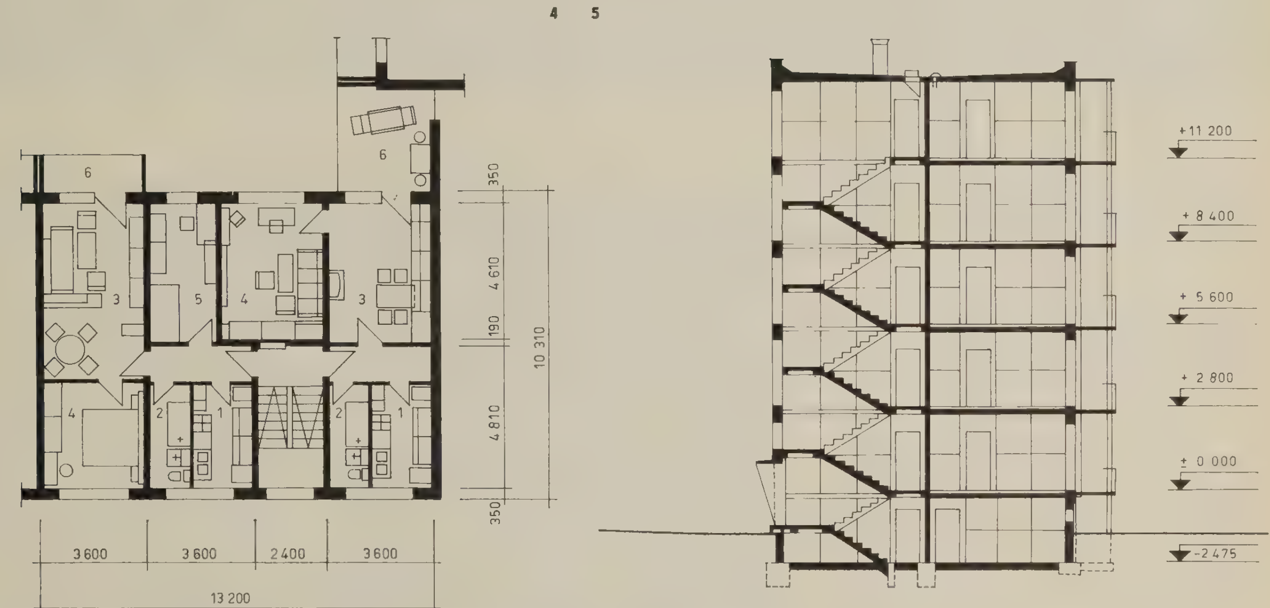
Durch diese Entwicklungen entstanden Möglichkeiten für eine vielfältige Differenzierung der Gebäude und damit auch für interessante räumliche Lösungen.

Durch geschickte Anpassung an das Gelän-



3

4 5



6



1 Blick auf neue Wohngebäude in der Dr.-Salvador-Allende-Straße

2 Für die Gestaltung des Wohngebietes wurde das Geländeprofil optimal genutzt.

3 Terraingeschoß 1 : 250

1 Garderobe/Flur
2 Bad/WC
3 Küche
4 Vorratskammer
5 Wohnzimmer
6 Schlafzimmer (Variante mit Arbeitsplatz)
7 Terrasse
8 Fahrradabstellraum
9 Gemeinschaftsraum
10 Vorratsboxen

4 Normalgeschoß 1 : 250

1 Küche
2 Bad
3 Wohnzimmer
4 Schlafzimmer
5 Kinderzimmer
6 Loggia

5 Schnitt 1 : 250

6 Einordnung des Wohngebietes in die Stadtlandschaft

7

7
Unter Ausnutzung des Geländes war der Einbau von Terrainwohnungen möglich.

8
Blick auf die Wohnbebauung mit dem Terraingeschoß

deprofil und die Differenzierung der Baukörper wurde mit dem neuen Wohngebiet in Bautzen eine unverwechselbare städtebauliche Situation geschaffen. Die Gebäude wurden in das Gelände eingegliedert und bilden mit der umgebenden Berglandschaft eine harmonische optische Einheit.

Unter Ausnutzung des hängigen Baugeländes war es auch möglich, die Kellergeschoßzone für den Einbau von Terassenwohnungen zu nutzen und damit nicht nur mehr Wohnraumfläche als üblich zur Verfügung zu stellen, sondern gleichzeitig Kosten je Wohneinheit einzusparen.

Die Durchschnittskosten für eine Wohneinheit liegen beträchtlich unter den für den Bezirk vorgegebenen Richtwerten. Die Gesamtinvestitionen je Wohneinheit belaufen sich auf 25 800 Mark und liegen damit um 2500 Mark unter der Vorgabe.

8



1

Wohnungsbaureihe Brandenburg

Projektant: VE WBK Potsdam
Betriebsteil Projektierung
Sitz Brandenburg
Brigade Angebotsprojektierung

Brigadeleiter: Dipl.-Ing. Kops,
Architekt BdA/DDR

Verantwortlicher
Projektleiter: Bauingenieur G. Baum,
Architekt BdA/DDR

Mitarbeit: Bauingenieur G. Wilke,
Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. H. Palm,
Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. M. Pfeil,
Architekt BdA/DDR
Architekt Mangelsdorf

Statik und
Konstruktion: Dipl.-Ing. Hage
Dipl.-Ing. Ahrendts

Sanitärtechnik: Ingenieur Meisel

Heizung,
Lüftung: Ingenieur Ansorge
VEB TGA Potsdam

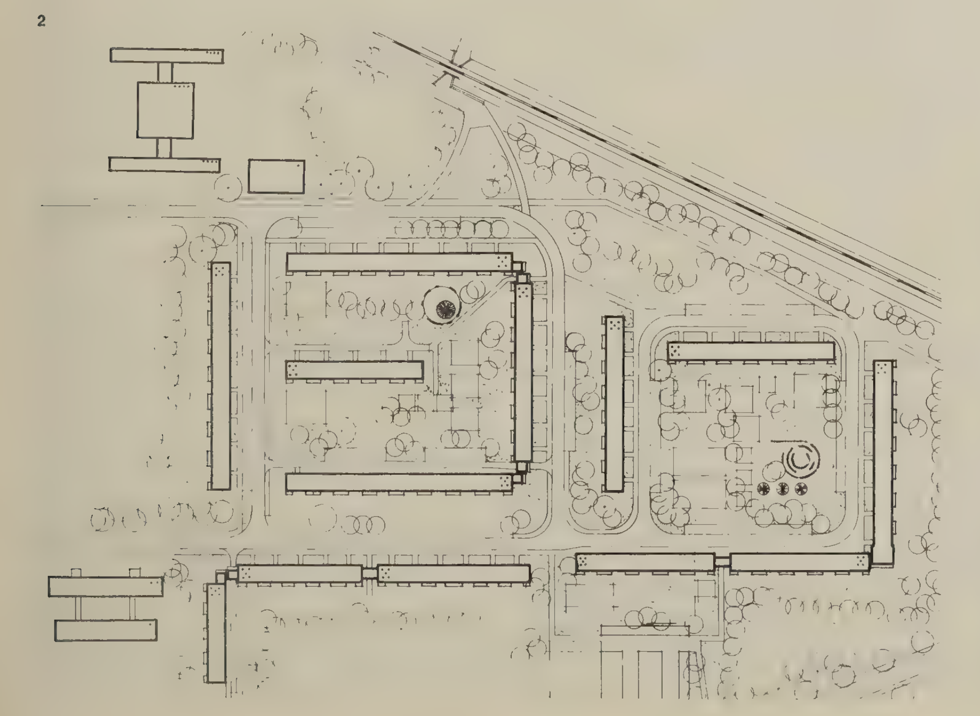
Elektrotechnik: H. Gildemeister †

1
Blick in das Wohngebiet G.-Dimitroff-Allee in Brandenburg

2
Wohngebiet Rathenow-Ost. Teillageplan

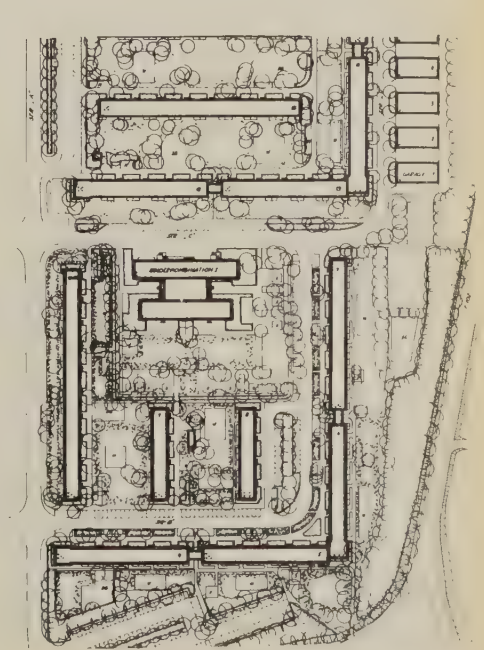
3
Wohngebiet Brandenburg, G.-Dimitroff-Allee. Teillageplan

2





3

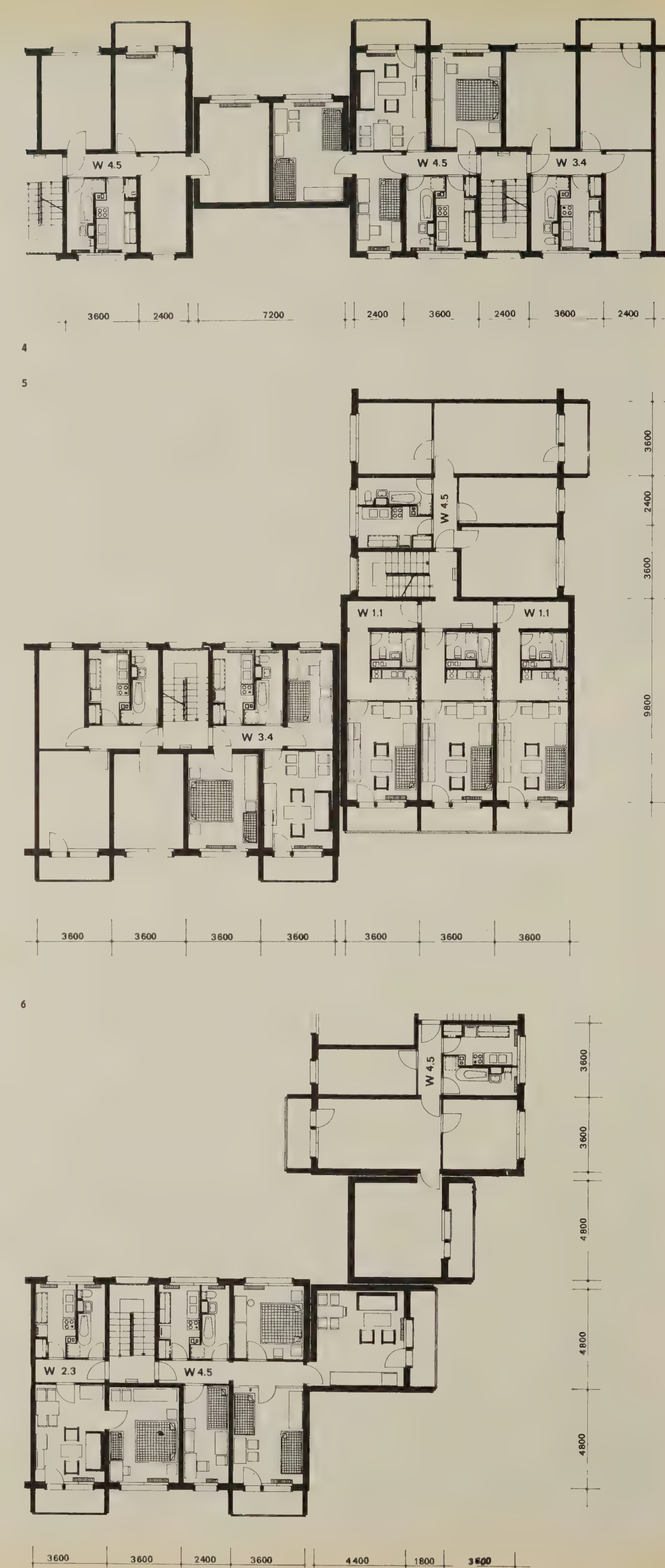


IW 70 Reihe Brandenburg,
Grundriß 1 : 250 mit Möblierung

4
Sektion III mit Zwischenbau

5
Sektion III mit Eckbildung durch Giebelsektion

6
Sektion II mit Eckbildung und Durchfahrt



Die Angebotsreihe für den fünfgeschossigen Wohnungsbau IW 70, 0,8 Mp wurde auf der Grundlage der bau- und vorfertigungstechnologischen Bedingungen als Rationalisierung der ehemaligen Typenreihe „Brandenburg", 0,8 Mp entwickelt. Die Angebotsreihe wurde so gestaltet, daß sie den veränderten Forderungen an die Wohnfunktion hinsichtlich Ausstattungsstandard und Wohnungsverteilerschlüssel gerecht wird und zugleich differenzierte Möglichkeiten für die städtebauliche Gestaltung bietet.

Bisher wurde die rationalisierte Wohnungsbaureihe für das Wohngebiet G.-Dimitroff-Allee in Brandenburg und für das Wohngebiet Rathenow-Ost angewendet. Das Angebot für diese Wohngebiete umfaßt zwei Grundsegmente

- Sektion II (Zweispänner mit Zwei- und Dreiraumwohnungen)
- Sektion III (Zweispänner mit Dreiraumwohnungen)

und zwei Giebelsegmente in spiegelbildlicher Anordnung (Vierspänner mit drei Einraumwohnungen und einer Vierraumwohnung).

Die Giebelsegmente können frei stehen, aber auch für Eckbildungen und ergänzungsfähige Ecklösungen mit Durchfahrt sowie für Verbindungsbauten mit Durchfahrt angewendet werden.

Die Einraumwohnungen haben eine innenliegende Kochnische und ein Innenbad, alle anderen Wohnungen sind mit Außenküche und Außenbad ausgestattet. Alle Wohnungen haben eine Loggia. Im Kellergeschoß befinden sich Abstellräume, Wasch- und Trockenräume.

Die Gebäude wurden in 0,8-Mp-Blockbauweise errichtet. Die Dicke der Außenwände beträgt 290 mm, die der Innenwände 190 Millimeter. Die Gründung erfolgte mittels bewehrter Plattenstreifen- oder Streifenfundamente. Das Hamad-Dach hat eine Innenentwässerung und ist als Kaltdach ausgebildet. Die Außenwände werden mit den Fenstereinbauten montagefähig geliefert. Nach der Montage erhalten die Gebäude einen Innen- und Außenputz.

Beide Wohngebiete sind an das Fernheiznetz angeschlossen und die Gebäude mit einer Einrohrheizung mit oberer Verteilung ausgestattet. Für die Warmwasserversorgung wurden Gasdurchlauferhitzer installiert.

Unterstützt durch die Lösung des Treppenhausbereiches und des Hauseingangs und die Gestaltungsmöglichkeiten der Loggien, ergeben die Varianten des Gebäudeanschlusses durch die Giebelsektionen gute



7

Baukosten
(bezogen auf einen Wohnblock mit 5 Segmenten)

- Sektion II 23,63 TM/WE
(IAP, ohne Standortaufwand)
- Sektion III 25,58 TM/WE
(IAP, ohne Standortaufwand)

Kapazitätsangaben

- Sektion II
5 Zweiraumwohnungen mit je 47,39 m² Wohnfläche
5 Dreiraumwohnungen mit je 58,53 m² Wohnfläche
- Sektion III
10 Dreiraumwohnungen mit je 58,02 m² Wohnfläche
- Giebelsektion
15 Einraumwohnungen mit je 26,48 m² Wohnfläche
5 Vierraumwohnungen mit je 74,30 m² Wohnfläche

Voraussetzungen für eine differenzierte städtebauliche Gestaltung.

Mit der Angebotsreihe einschließlich der in den genannten Wohngebieten angewendeten Ergänzungslösungen ist es möglich, weitgehend den Richtwert des Wohnungsverteilerschlüssels bei einer Wohnfläche von durchschnittlich 56 m² je WE einzuhalten und gleichzeitig ein ausreichend differenziertes Wohnungsangebot zur Verfügung zu stellen. red.

8



7
Zwischenbau mit Durchfahrt

8
Detail

9
Wohngruppe

9



Neue Vorschläge zur Umgestaltung

Wettbewerb für die Erarbeitung von Angebotslösungen zur Umgestaltung eines Altstadtgebietes in Greifswald

Links: Innenstadt Greifswald mit Bebauungsgebiet

Von oben nach unten:
Blick vom Ryckfluß in die Brüggstraße
Blick in die Knopfstraße
Denkmalgeschützte Bauten in der Brüggstraße
Blick in die Löfflerstraße

Rechts: Luftbild mit Bebauungsgebiet

Aus der Ausschreibung

Die Zielstellung des Wettbewerbs besteht darin, städtebaulich und architektonisch gestalterische Lösungen zu erarbeiten und daraus Bedingungen und Möglichkeiten für die Großtafelbauweise abzuleiten.

Anhand der vier vorgegebenen Wohnquartiere sind Beispiellösungen zu entwickeln, die den technologischen Bedingungen des WBK entsprechen und die Grundlage für eine Weiterentwicklung zu Angebotsprojekten des Bezirkes darstellen.

Der Wettbewerb erstreckt sich auf den Raum Bachstraße, Straße der Freundschaft, Brügg-Straße, Hafenstraße. Für die Umgestaltung dieses Raumes werden folgende Bedingungen vorgegeben:

- Die spezifischen Bedingungen des historisch gewachsenen Stadtbildes sind bei der Gestaltung der Gebäude zu beachten.
- Der Wettbewerb beinhaltet nur den Wohnungsbau innerhalb des vorgegebenen Raumes.
- Es sind addierbare und stapelbare Funktionseinheiten zu schaffen, die durch Ecklösungen ergänzt werden müssen, um eine geschlossene Quartierbebauung zu ermöglichen.
- Die Bebauung ist zwei- bis viergeschossig vorzusehen, wobei die gegenwärtig vorhandene (durchschnittliche) Bebauungshöhe von 2,12 auf durchschnittlich 3,0 Geschosse gesteigert werden soll.
- Zu beachten ist eine beidseitige Erschließungsmöglichkeit und damit freie Orientierbarkeit.
- Um ein geringes Elementesortiment zu erreichen, ist es den Wettbewerbsteilnehmern gestattet, mit einem eingeschränkten WE-Schlüssel zu arbeiten und die daraus resultierenden Bedingungen begründet darzulegen. Die Elementegeometrie und Randbedingungen der WBS 70 sind dabei zu beachten.
- Für die aus den erarbeiteten Bausteinen resultierenden Gebäude ist ein Kellergeschoß vorzusehen. Für dieses Kellergeschoß ist nur die Systemlösung vorzuschlagen, jedoch unter Beachtung der stadttechnischen Versorgung. Das daraus resultierende Sortiment ist nicht Bestandteil des Wettbewerbs.
- Die städtebauliche Studie der Bauakademie der DDR vom November 1973 einschließlich der Erläuterung zur Rahmenplanung des Altstadtzentrums von Greifswald dient als eine wichtige Grundlage für die Ausarbeitung des Wettbewerbs.
- Die heizungstechnische Versorgung ist grundsätzlich in Gasblockheizung mit Warmwasseraufbereitung vorzusehen (Wärmeerzeugungsanlage: Elbe-heizkessel GK 100 des VEB Heizkesselwerk Schönebeck/Elbe). Hieraus resultiert eine Zweischienenversorgung.
- Grundlage für das Sortiment ist der verbindliche Elementekatalog WBS 70 (Anpassung Rostock). Eine Minimierung des zu konzipierenden Elementesortiments ist dabei anzustreben. Eine Teilung des großen Innenwandelementes und damit Reduzierung der Laststufe ist im Interesse der Transport- und Montagebedingungen zulässig.
- Für die Gestaltung der Grundrisse (Gebäudetiefe) und die Bebauungsfolge unter den gegebenen Bedingungen in Greifswald ist als Hebezeug der Turmdrehkran ZB 80 W zugrunde zu legen.
- Der Transport der Elemente kann als gebrochener Transport vorgesehen werden, das heißt Antransport der Elemente vom Plattenwerk zum zentralen Umschlagplatz am Rykufer (Stadthafen), von dort Gleisversorgung des Montagekranes.
- Es ist eine Jahreskapazität von rund 200 WE zugrunde zu legen.

Auszüge aus der Studie der Bauakademie der DDR Forschungsprojekt Greifswald Institut für Städtebau und Architektur

Die 10. Tagung des Zentralkomitees der SED legte die Entwicklungsrichtung des Wohnungsbaus in der DDR bis 1990 fest und stellte als Aufgabe für die ab 1980 verstärkt einsetzende Umgestaltung der Städte die Schaffung des dafür erforderlichen wissenschaftlich-technischen Vorlaufes durch Beispielplanungen und Experimente.

Die Zielstellung dieser Untersuchungen wird neben der konkreten Umgestaltung darin bestehen, verallgemeinerungsfähige städtebauliche und architektonische Gestaltungsgrundsätze zu erarbeiten und daraus Schlußfolgerungen für die weitere Entwicklung der industriellen Bauproduktion und des Bereiches der Baureparaturen abzuleiten.

Eine dieser Untersuchungen befaßt sich mit der Umgestaltung eines Altstadtgebietes in Greifswald durch Ersatzneubau, Modernisierung, Rekonstruktion und Instandsetzung. Im Dezember 1973 wurde durch die Experimentalwerkstatt des Institutes für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR eine Studie zum Ersatzneubau in ausgewählten Quartieren vorgelegt und als Grundlage für weitere Arbeitsschritte bestätigt.

Funktionell kann das Altstadtzentrum in seiner heutigen Form den aus dem Wachstum der Stadt folgenden Veränderungen nur bedingt oder gar nicht gerecht werden.

52 Prozent der Gebäude der Altstadt sind vor 1870 gebaut, nur 17,5 Prozent mit WC in der Wohnung ausgestattet, 54 Prozent haben die Bauzustandsstufe 3. In einem baulichen Experiment, das auf den Zeitraum der großflächigen Umgestaltung von Altstadtgebieten unserer Mittelstädte orientiert ist, sind unter Anwendung der Plattenbauweise sowie Lösungswege sowohl für die Einhaltung städtebaulicher Prämissen als auch praktikabler Bautechnologien für kleinere Gebäudeeinheiten zu entwickeln.











Zu Fragen des innerbetrieblichen Wettbewerbs Innenstadt Greifswald führte die Redaktion mit dem Direktor für Technik des VEB Wohnungsbaukombinat Rostock, Genossen Gerhard Krüger, folgendes Interview:

red.: Innerbetriebliche Wettbewerbe sind in Ihrem Wohnungsbaukombinat bereits Tradition und eine bewährte Gepflogenheit. Was hat Sie bewogen, gerade ein Bebauungsgebiet in Greifswald zum Gegenstand eines solchen Wettbewerbs zu erklären?

Genosse Krüger: Einen erforderlichen Ersatzneubau unter industriellen Bedingungen im historisch gewachsenen Stadtkern von Greifswald durchzuführen, das bedarf besonders gründlicher Vorbereitungen. So gesehen, ist dieses Altbaugebiet für uns Neuland.

Zur Entscheidungsfindung über Konstruktion, Gestaltung und Technologie sollten möglichst zahlreiche Ideenvorschläge dienen. So kam es vor allem aus drei Gründen zur Aufforderung der sieben aus Architekten und Technologen bestehenden Kollektive durch den Kombinatsdirektor:

1. Der Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, hatte bekanntlich auf der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED ausgeführt, daß die besonders nach 1980 verstärkt einsetzende sozialistische Rekonstruktion und Erneuerung unserer Städte, insbesondere auch mittlerer und kleinerer Städte, schon jetzt verlangt, dafür zielstrebig den wissenschaftlichen Vorlauf zu schaffen.

2. Die Erzeugnisentwicklung ist für uns als Wohnungsbaukombinat, als Finalproduzent, eine zutiefst aktive Funktion, nicht zuletzt deshalb, da in der gezielten Erzeugnis- und Verfahrensrationalisierung entscheidende Möglichkeiten und Reserven zur Steigerung der Arbeitsproduktivität begründet liegen.

3. Beschlüsse des Rates des Bezirkes Rostock und des Rates der Stadt Greifswald sehen für den Beginn der Hochbauarbeiten das Jahr 1978 vor. Damit ist diese Aufgabe für uns als Generalauftragnehmer aus der Sicht der Vorbereitung bereits heute unmittelbare Gegenwart.

red.: Hat der Wettbewerb die Erwartungen der Kombinatsleitung erfüllt?

Genosse Krüger: Ich darf sagen, daß dem Kombinat und seinen sieben Wettbewerbsgruppen, dem auch ein Kollektiv der Bauakademie der DDR angehörte, volle Anerkennung für die vorliegenden Arbeiten durch den Oberbürgermeister der Stadt Greifswald ausgesprochen wurde.

Für uns erfüllten sich die wesentlichsten Erwartungen, die wir an den Wettbewerb stellten:

■ Es wurde der Beweis angetreten, diese qualitativ neue Aufgabe in der Plattenbauweise zu lösen, wozu örtlich eine Vorfertigungsstätte besteht.

■ Für die standortbedingten funktionellen und gestalterischen Anforderungen wurden Lösungsvorschläge unterbreitet, um diese weitgehend mit üblichen technischen Mitteln und Materialien zu erfüllen.

red.: Inwieweit hat Ihrer Meinung nach das Ergebnis des Wettbewerbes Auswirkungen auf die Arbeit Ihres Kombinates, besonders im Hinblick auf die weiteren Aufgaben, die beim Ersatzneubau unter industriellen Bedingungen besonders für Klein- und Mittelstädte entstehen werden?

Genosse Krüger: Bei allem Wert der Wettbewerbsergebnisse wissen wir, daß die Arbeit jetzt erst beginnt. Im ersten Halbjahr 1975 werden an Hand der inzwischen vom Auftraggeber vorliegenden Aufgabenstellung die Bausteine im Rahmen der Wohnungsbauserie 70 als Bestandteil des Planes Wissenschaft und Technik erarbeitet und die Dokumentation zur Investitionsentscheidung dem Rat der Stadt bis Jahresende ausgeliefert. Dabei werden wir die sozialistische Gemeinschaftsarbeit, die bereits in der Wettbewerbsphase entstand, mit unseren Partnern weiterentwickeln. Dazu zählen neben dem Rat der Stadt Greifswald und der Bauakademie der DDR vor allem die Hauptauftragnehmerbetriebe wie das Kombinat Ingenieur-, Tief- und Verkehrsbau Rostock für die Enttrümmerungs- und Erschließungsarbeiten und der VEB Bau Greifswald für die Rekonstruktions- und Erhaltungsarbeiten.

Die Anforderungen aus dem Elementesortiment werden bei der planmäßigen Rekonstruktion des Plattenwerkes Greifswald in den Jahren 1976/77 berücksichtigt.

Daraus ist ersichtlich, daß wir uns unter den gegebenen konkreten Bedingungen für die Plattenbauweise entschieden haben. Das muß natürlich nicht allgemeingültig sein. Mit Interesse werden wir deshalb auch die Erfahrungen anderer Städte und Kombinate verfolgen.

Für ein derartiges Vorhaben und für einen hohen Grad der Verallgemeinerung der Arbeitsergebnisse bietet Greifswald günstige Voraussetzungen:

■ Mit etwa 50 000 Einwohnern zählt Greifswald zu jenen Mittelstädten, in denen die Frage der Umgestaltung und besonders des Ersatzneubaus in größerem Umfange auf der Tagesordnung steht.

■ Die Stadt Greifswald bildet mit der gegebenen Stadtstruktur eine Typik, die mit zahlreichen anderen Städten, besonders in den Nordbezirken, vergleichbar ist.

■ Die vorliegende Generalbebauungsplanung sowie zahlreiche Teiluntersuchungen liefern die Voraussetzung, die Bearbeitung zügig durchzuführen.

Das ausgewählte Gebiet von zunächst sechs Altstadtquartieren, begrenzt von Brüggstraße, Bachstraße, Hafenstraße und der Straße der Freundschaft ermöglicht

■ nach Größenordnung und territorialer Lage eine relativ kurzfristige Bewältigung der Bauaufgaben, um in kurzer Zeit erste verallgemeinerungsfähige Ergebnisse zu erhalten. Die Anzahl der Wohnungen erhöht sich von 442 WE vor der Umgestaltung auf 484 WE nach der Umgestaltung

■ das Zusammenwirken von flächigem Ersatzneubau, Lückenschließung sowie Modernisierung und Instandhaltung zu erproben

■ die erforderlichen Baumaßnahmen im wesentlichen im Rahmen der Investitionen des komplexen Wohnungsbaus durchzuführen

■ Etappen der Realisierung, ohne als Baustelle die Funktionstüchtigkeit des Altstadtkerns zu beeinträchtigen. Der denkmalpflegerische Wert der historischen Anlage des Altstadtkerns Greifswald als typisches Beispiel norddeutscher mittelalterlicher Stadtgründungen und der relativ hohe Anteil an denkmalgeschützten Gebäuden und modernisierungsfähiger Substanz erfordert eine weitgehende Rücksichtnahme auf den Bestand.

Aus dieser Feststellung resultierten folgende städtebauliche Prämissen:

■ Berücksichtigung der räumlichen Ordnung von Straßen und Plätzen (das geschlossene Quartier mit zwei bis dreigeschossigen Gebäuden ist die typische Bauform)

■ Wahrung des städtebaulich-räumlichen Maßstabs, bezogen auf das Profil des Straßenraumes und die Kubatur der Gebäude

■ Beibehaltung des städtebaulich-funktionellen Orientierungssystems der Altstadt (Beziehungen der Straßen und Plätze zu dominierenden Baukörpern und stadttypischen Situationen) unter dem Aspekt der sozialistischen Umgestaltung

■ Bezugnahme auf stadttypische Erlebnisbereiche (Straße der Freundschaft und Markt mit gesellschaftlichen Einrichtungen, Ryck, Wall, Hafen).

Aus Untersuchungen der Bausubstanz nach funktionellen und gestalterischen Gesichtspunkten (Substanzanalyse und Stadtbildanalyse) lassen sich folgende Anforderungen an die Bebauung und deren Realisierung ableiten:

■ Enge Verbindungen von gesellschaftlichen Einrichtungen mit den Wohngebäuden bis zur funktionellen Verflechtung bei Überlagerungen

■ Einhaltung der Quartiergrenzen auch wegen der vorhandenen Netze der technischen Versorgung

■ teilweise Überbauung auch der Quartierhöfe bei Nutzung durch großflächige gesellschaftliche Einrichtungen oder durch Sonderwohnformen für kinderreiche Familien und ältere Menschen

■ Wohnungstyp für geringe Straßenbreiten unter Einhaltung der Besonnungsrichtwerte.

Mitglieder des Preisgerichtes:

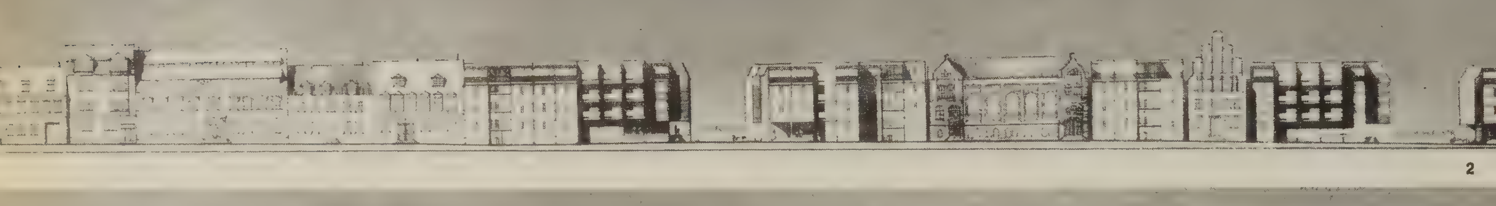
Herr Lüdeke	1. Sekretär der SED-Kreisleitung Greifswald
Herr Hagemann	Oberbürgermeister der Stadt Greifswald
Herr Kluge	Leiter der Abteilung Städtebau im Ministerium für Bauwesen
Herr Loui	Bezirksbaudirektor
Herr Radner	Bezirksarchitekt
Frau Hüller	Stadtbaudirektor Greifswald
Prof. Herholdt	Bauakademie der DDR, Direktor des Instituts für Wohnungs- und Gesellschaftsbau
Prof. Deiters	Generalkonservator der DDR
Herr Odebrecht	Kombinatsdirektor KITV Rostock
Herr Herfert	Kombinatsdirektor VEB WBK Rostock
Herr Benson	Brigadier VEB WBK Rostock, Betrieb 6

In Vorbereitung der Beratung der Jury hat die Gruppe der Vorprüfung

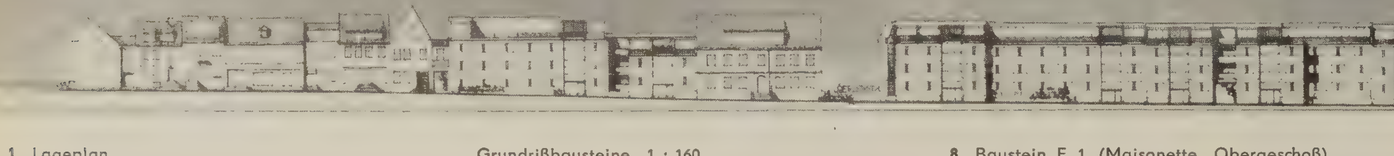
Dr.-Ing. Kunze	VEB WBK Rostock
Dr.-Ing. Mohr	Stadtarchitekt Greifswald
Oberingenieur Przygodda	Büro komplexer Wohnungsbau des Rates des Bezirkes

eine Begutachtung der einzelnen Arbeiten nach ausgewählten Kriterien durchgeführt.

1



2



3

1 Lageplan

2 Brüggstraße. Westansicht

3 Knopfstraße. Westansicht

Grundrißbausteine 1 : 160

4 Baustein A (Zweiraumwohnung)

5 Baustein C (Treppenhaus und Kombinationsraum)

6 Baustein B (Zweiraumwohnung)

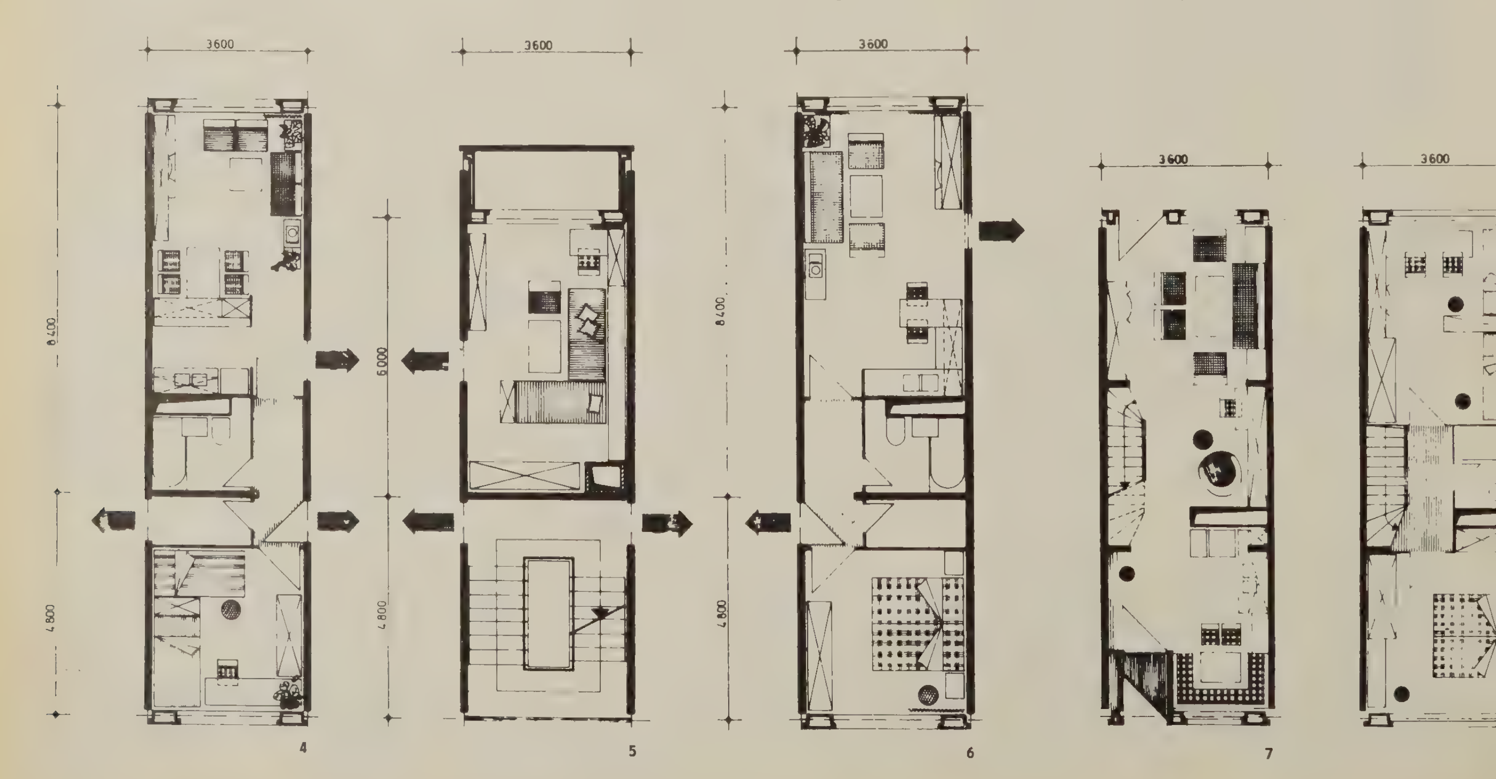
7 Baustein E 1 (Maisonette, Untergeschoß)

8 Baustein E 1 (Maisonette, Obergeschoß)

9 bis 11 Systemschnitte A, B und C

12 Beispiel einer Ecklösung 1 : 160

13 Details zu den Systemschnitten

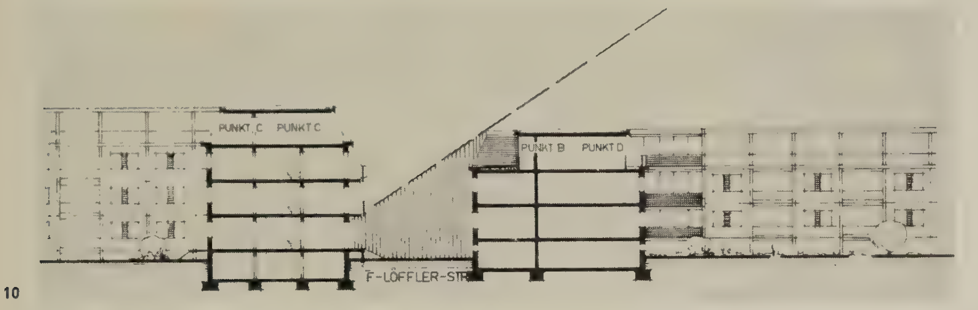


1. Preis

Kollektiv Tauscher, WBK

Architekt BdA/DDR Oberingenieur K. Tauscher
Architekt BdA/DDR Dipl.-Ing. U. Foellbach
Dipl.-Ing. R. Brumshagen
Architekt W. Kapuczinski
Dipl.-Ing. W. Göttsche, KDT

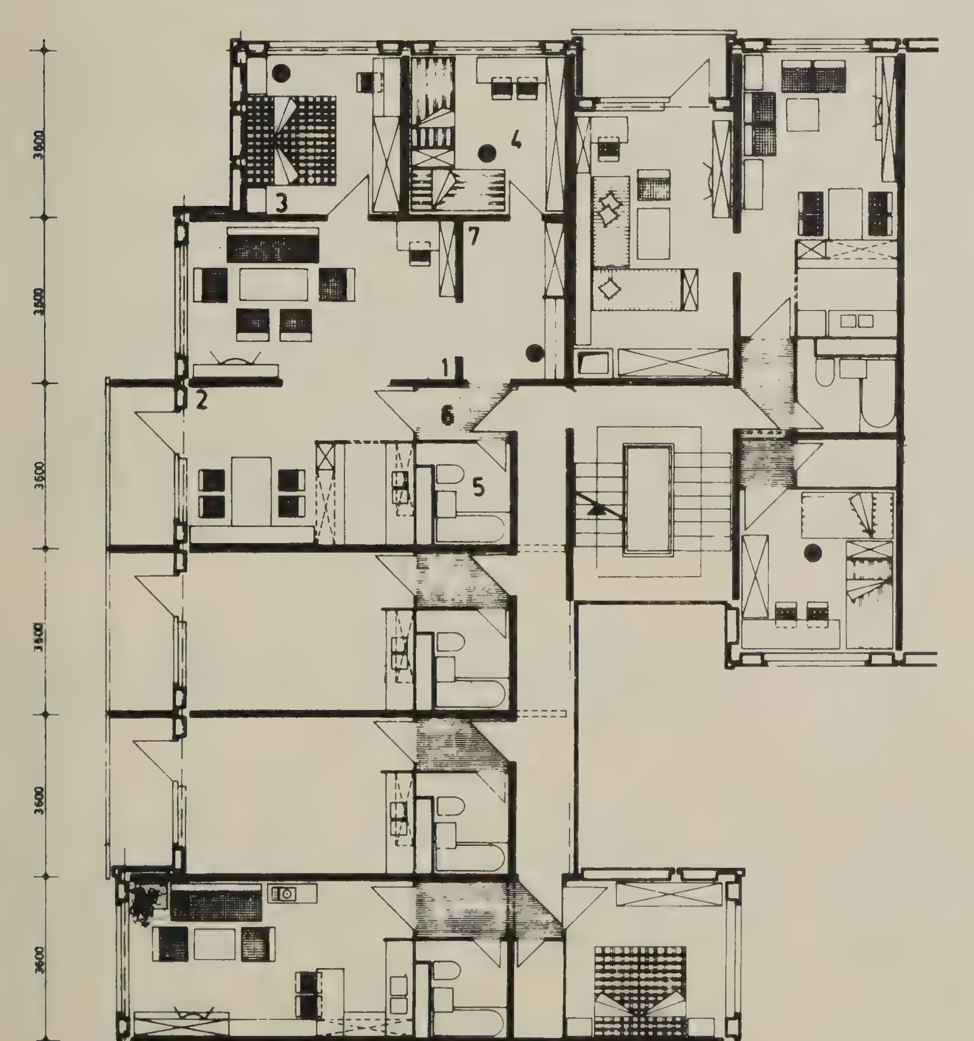
9



10



11

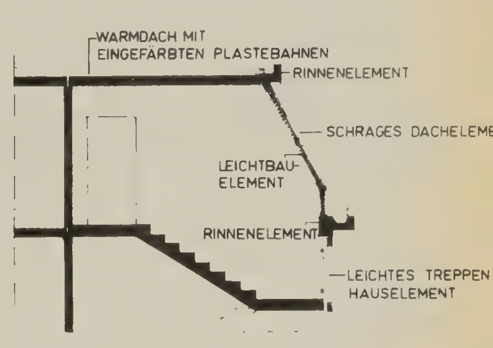


12

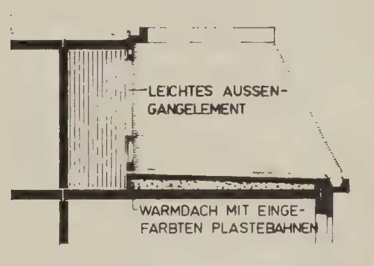
Begründung des Preisgerichtes:

Die Arbeit des 1. Preises kommt den vorgegebenen Forderungen gemäß der Ausschreibung am nächsten.

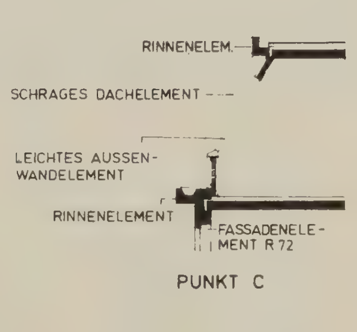
Das Problem der Bausteinbildung ist durch die vielfältigen Möglichkeiten der Addierbarkeit und durch die Bildung von variablen Sektionen gut gelöst worden. Der Gebrauchswert der Wohnungen wurde positiv eingeschätzt. Stadtstruktur, Baukörperbildung, Freiraum- und Fassadengestaltung entsprechen den Anforderungen an das Gebiet. Die vorgeschlagene Technologie ist umsetzbar, die Anforderungen an neue Sortimente sowie das Gesamtsortiment liegen relativ günstig. Das Sortiment ordnet sich dabei weitgehend in die derzeitige Produktion der WBS 70, AR, ein. Problematisch erscheint in diese Arbeit die Einführung eines sogenannten Familienraumes. Die vorgeschlagenen Treppenhauslösungen sind zu aufwendig und entsprechen nicht den Forderungen nach effektiver Flächennutzung.



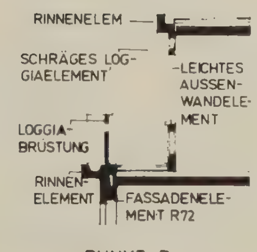
PUNKT A



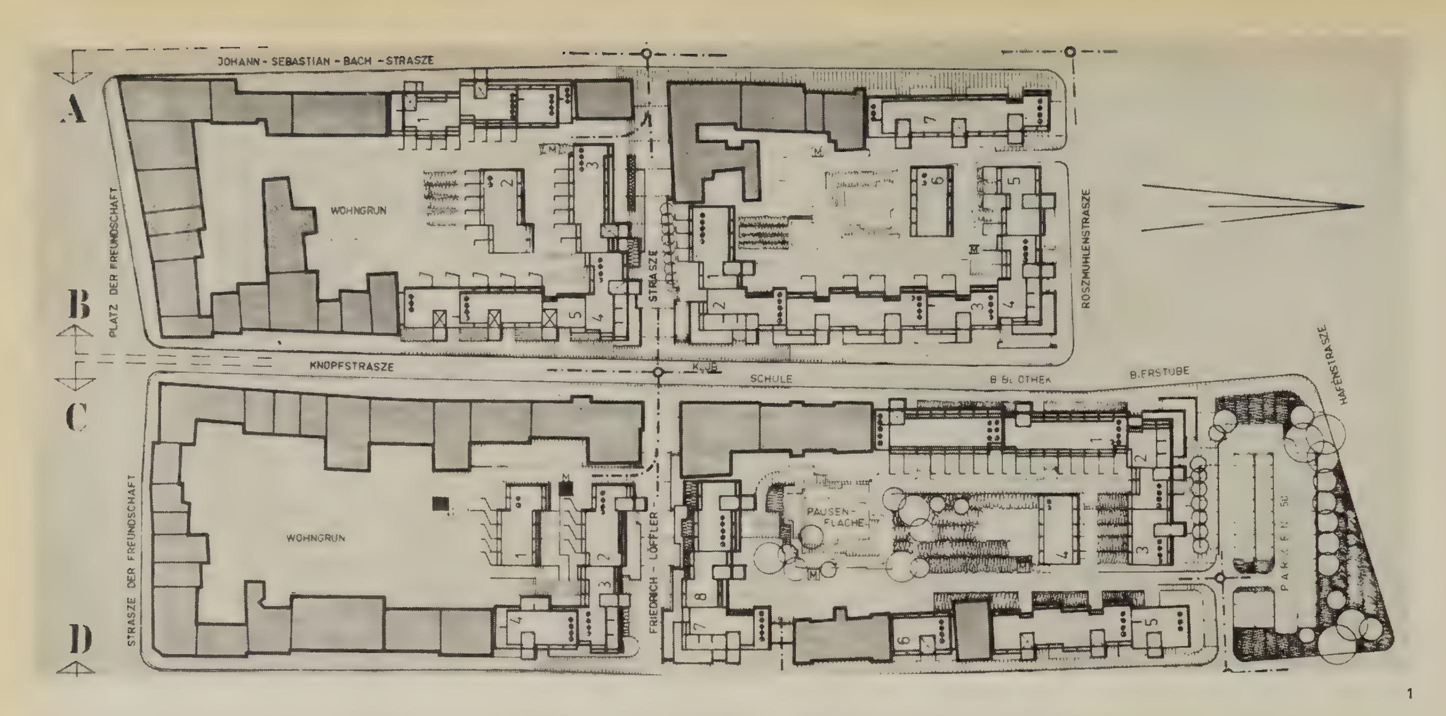
PUNKT B



PUNKT C



13 PUNKT D



1

2. Preis

Kollektiv Baumbach, WBK

Architekt BdA/DDR Dipl.-Ing. P. Baumbach
Architekt BdA/DDR W. Bichowski
Dipl.-Ing. J. Holland
Architekt B. Tauscher
Dipl.-Ing. D. Weise
Ingenieur G. Polifke, KDT,
Ingenieur H. Eggert, KDT

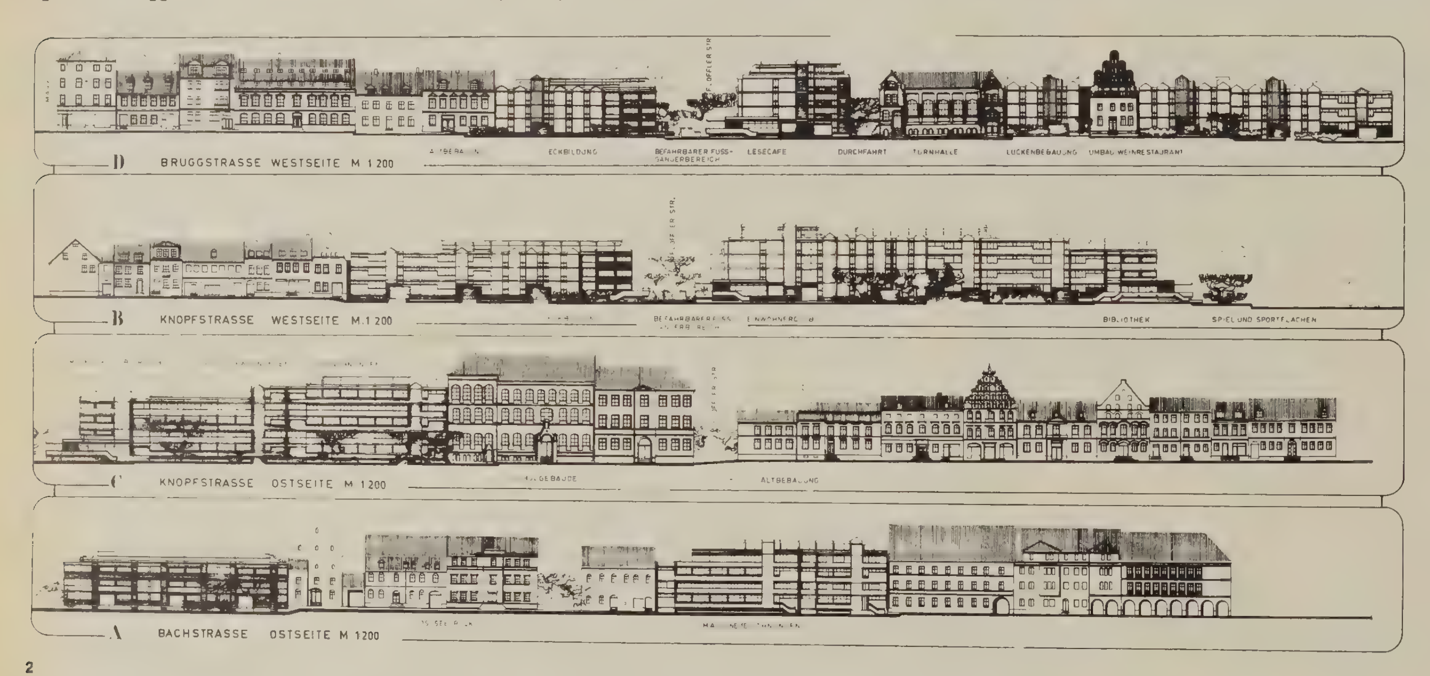
Begründung des Preisgerichtes:

Auch in dieser Arbeit wurde der Bausteinbildung besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Die Addierbarkeit ist durch die Notwendigkeit bestimmter Sektionsbildungen etwas eingeschränkt. In dieser Arbeit wird ein günstiger Wohnungsschlüssel erreicht, der Gebrauchswert ist im Verhältnis zur Arbeit des 1. Preises günstiger. Bezüglich der Stadtstruktur, der Freiraumbildung und Fassadengestaltung bleiben einige Probleme offen. So verändern die vorgestellten Eingänge und Treppenhäuser nachteilig die Stadt- und Gebäudestruktur. Die vorgeschlagenen Helmelemente sind für das Beispiel Greifswald nicht brauchbar. Die Baukörperbildung entspricht insgesamt den Anforderungen. Bei einer guten Ausnutzung des Elementesortiments der WBS 70, AR, wurden die Probleme der Technologie insgesamt unzureichend behandelt.

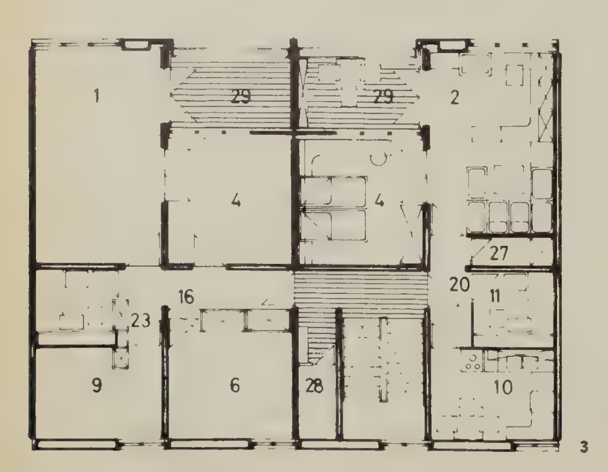
1 Lageplan
2 Ansichten der Straßenzüge
3 Grundriß Sektion A (14,40 m) 1 : 200
4 Grundriß Sektion B – Dachgeschosse (18,0 0m) 1 : 200
5 Schnitt Reihe A
6 Schnitt Reihe C
7 Perspektive. Blick auf das Eckcafé Brüggstraße

Reihe C – Maisonettewohnungen

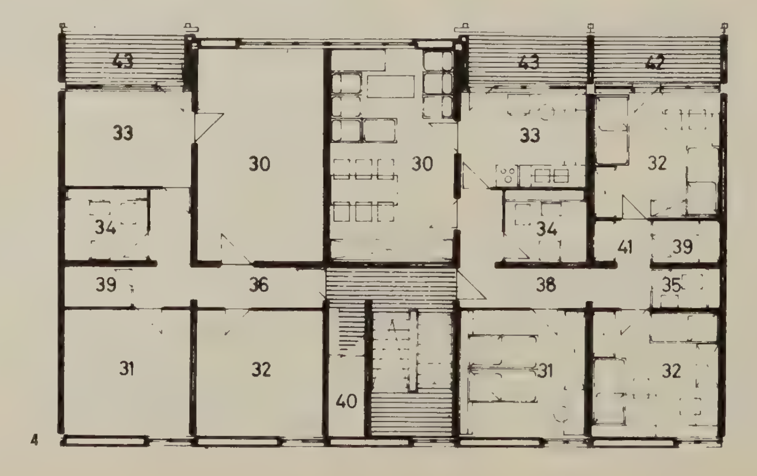
8 Grundriß Ganggeschoß 1 : 200
9 Grundriß Obergeschoß 1 : 200



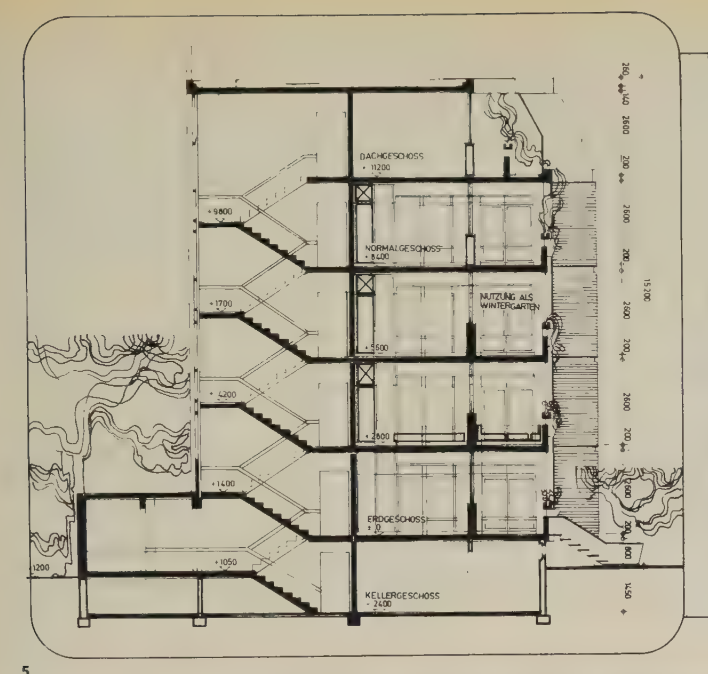
2



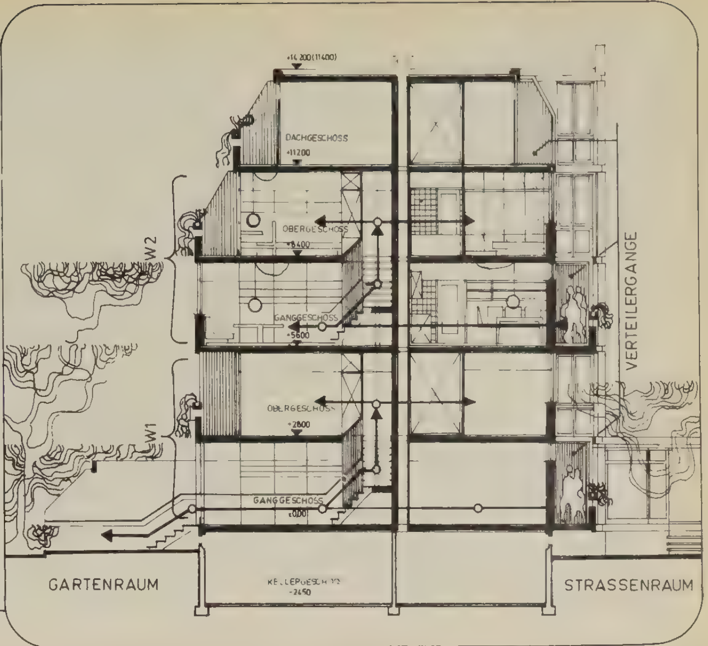
3



4

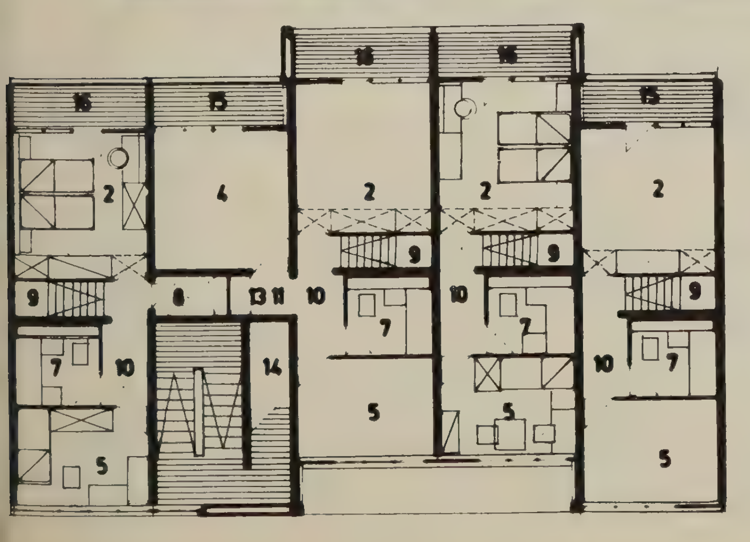

DACHGESCHOSS
+11200
NORMALGESCHOSS
+8400
NUTZUNG ALS WINTERGARTEN
ERDGESCHOSS
KELLERGESCHOSS
-2400

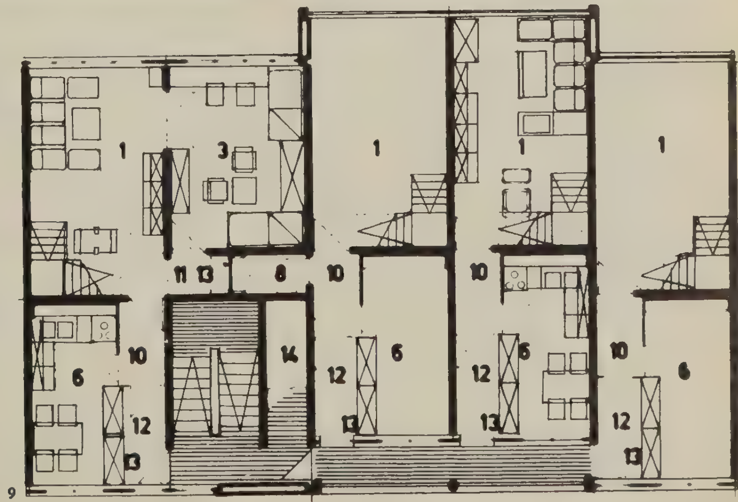
5


DACHGESCHOSS
OBERGESCHOSS
GANGGESCHOSS
W2
W1
VERTEILERGANGE
GARTENRAUM
STRASSENRAUM

6

7





9

Anerkennung

Kollektiv Hugk, Bauakademie DDR

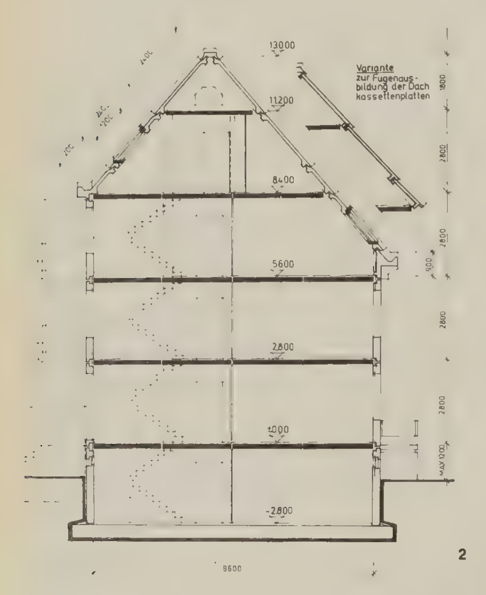
Dipl.-Ing. U. Hugk
Dipl.-Ing. R. Rauer
Architekt H. Faust
Dr.-Ing. A. Felz
Dipl.-Ing. W. Stridde
Dipl.-Arch. W. Stallknecht
Dipl.-Ing. G. Schmidt
Dipl.-Ing. D. Schulze
Dipl.-Ök. U. Bärthel
Dipl.-Ing. U. Hardtke
Dipl.-Ing. N. Schmidt

Begründung des Preisgerichtes:

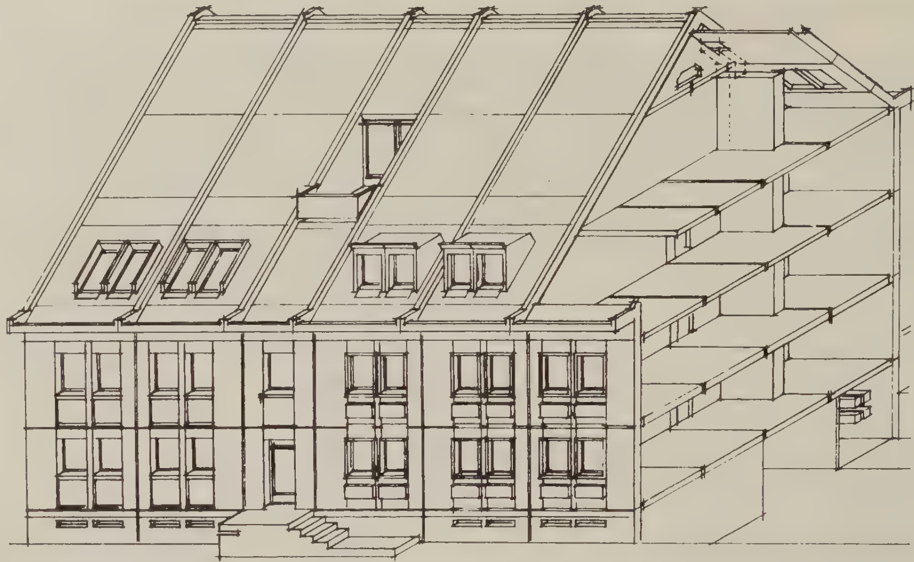
Diese Arbeit zeigt auf dem Gebiet des Städtebaus die beste Lösung für Stadtstruktur, Freiraumgestaltung und Baukörperbildung. Auch das Problem der Bausteinbildung ist noch lösbar. Unbefriedigend sind Wohnungsschlüssel und Wohnraumgröße sowie die Probleme der Technologie hier ausgearbeitet. Die Lösung der Dachentwicklung in der vorgeschlagenen Form wird zur Zeit in unserem Bezirk nicht für umsetzbar eingeschätzt.



1



2



3



4



5

1 Perspektive

2 Schnitt durch Sektion B

3 Konstruktionsisometrie

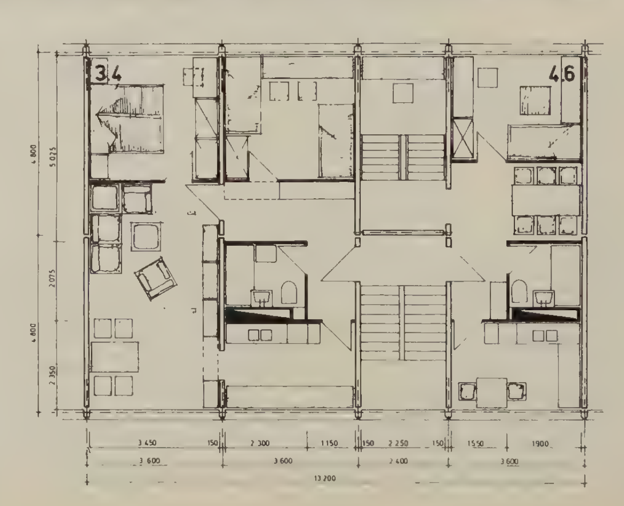
4|5 Ansichten der Straßenzüge

6 Sektion B, Grundriß Normalgeschoß 1 : 200

7 Sektion A, Grundriß Obergeschoß 1 : 200



6



7



1

2

Anerkennung

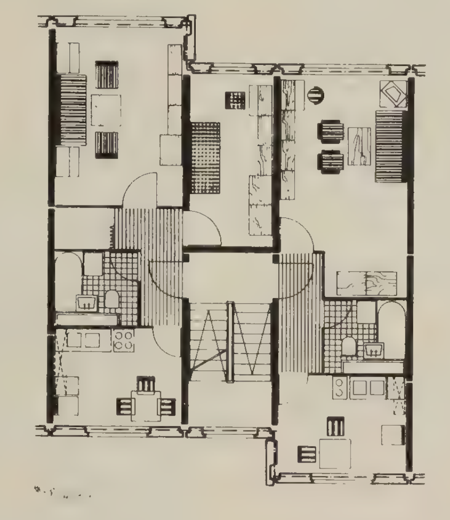
Kollektiv Kaufmann, WBK

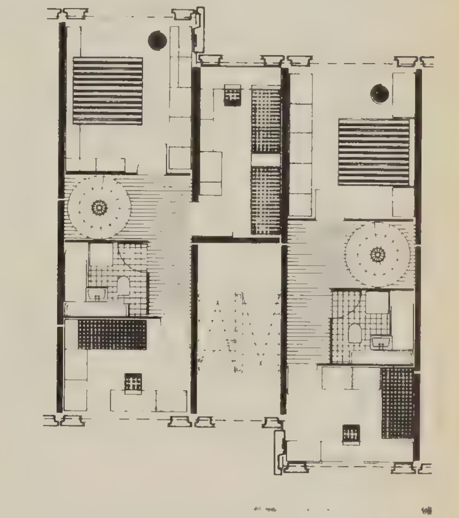
Architekt BdA/DDR E. Kaufmann
Architekt BdA/DDR C.-H. Pastor
Architekt BdA/DDR E. Thurow
Architekt BdA/DDR M. Spitzer
Architekt BdA/DDR Dipl.-Ing. U. Zwahr
Ingenieur H. Freyer, KDT

Begründung des Preisgerichtes:

Die Prinzipien dieser Arbeit, bewußt Neues neben Altes zu setzen, machen ihre Anwendung für Greifswald, besonders auf den Gebieten der Stadtstruktur und der Fassadengestaltung, problematisch. Das Preisgericht schätzt ein, daß dennoch auch auf dem Gebiet des Städtebaus Anwendungsmöglichkeiten in größeren Städten bestehen.
Die vorgeschlagene Bausteinbildung zeigt eine mögliche Umsetzbarkeit, der Gebrauchswert der vorgeschlagenen Wohnungslösungen erscheint als recht gut. Der Wohnungsschlüssel könnte günstiger gestaltet werden. Das Elementesortiment ist relativ günstig, die technologischen Prozesse sind jedoch zu wenig durchdacht worden.

1|2 Ansichten der Straßenzüge
3 Sektion g 1, Normalgeschoß 1 : 200
4 Sektion g 1, Obergeschoß – Maisonettewohnung
5 Sektion g 2, Normalgeschoß 1 : 200
6 Sektion g 3, Normalgeschoß 1 : 200
7 Perspektive. Obergeschoß – Maisonettewohnung





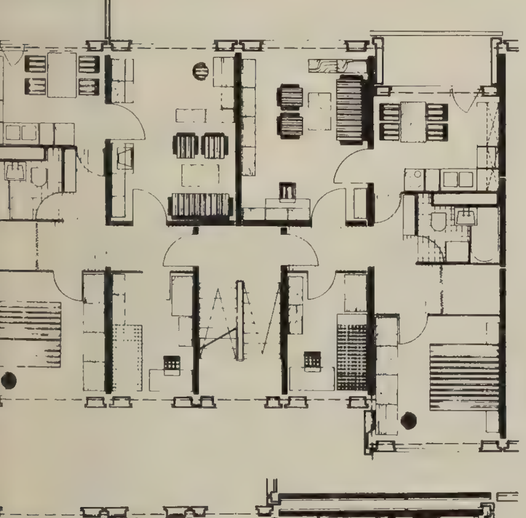


3

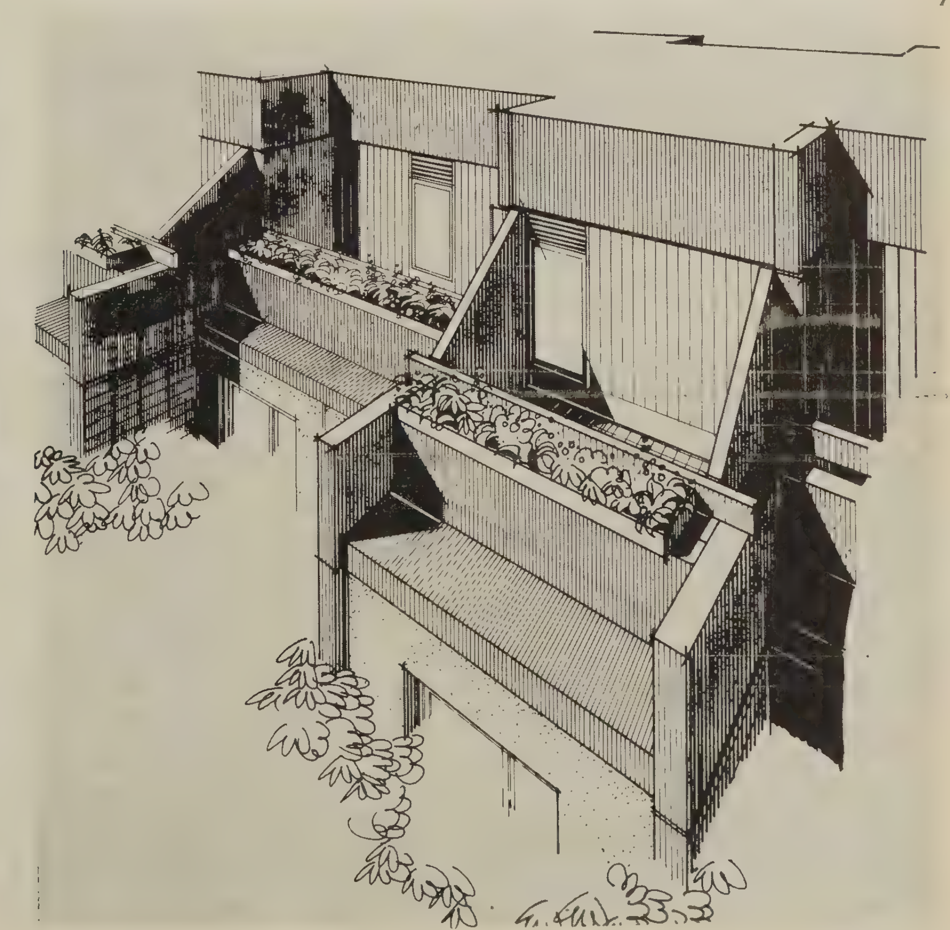
4

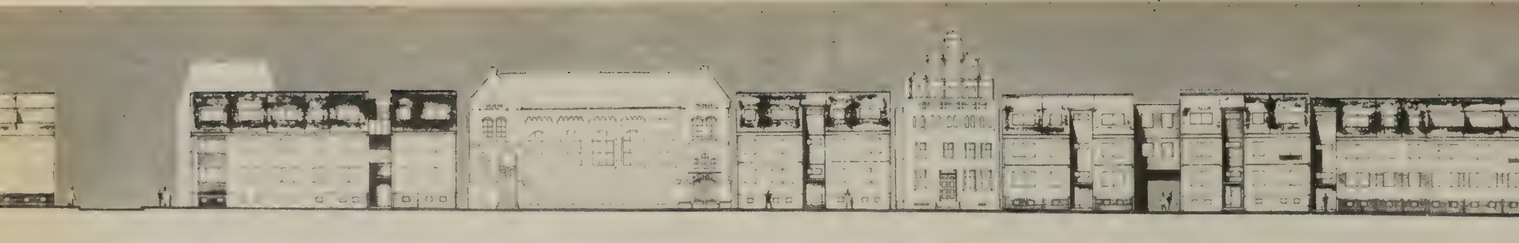


7







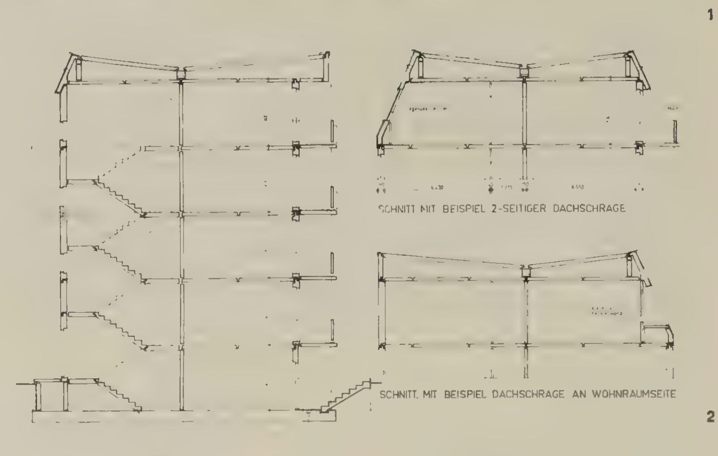


1

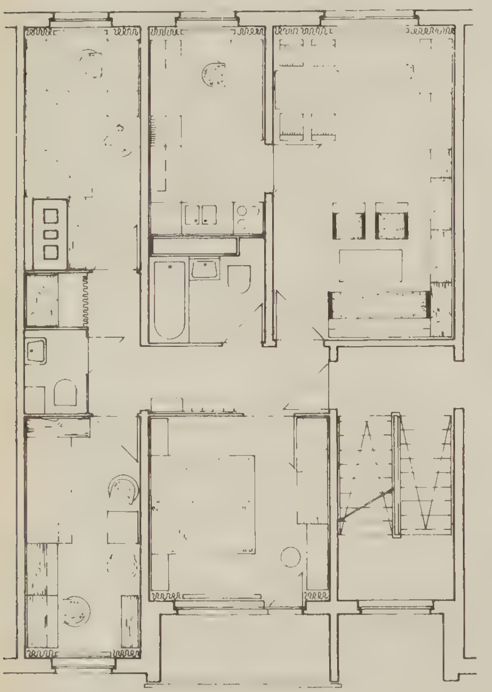
Anerkennung

Kollektiv Richardt, WBK
Architekt BdA/DDR G. Richardt
Architekt BdA/DDR E. Hoffmann
Architekt BdA/DDR K. Lingner
Architekt BdA/DDR W. Bochmann
Dipl.-Arch. C. Hofmann
Dipl.-Arch. F. Hofmann
Hochschulingenieur L. Friedrich

Begründung des Preisgerichtes:
Bei umsetzbarer Bausteinbildung, sehr günstigen Wohnungsgrößen, einem günstigen Wohnungsschlüssel ist der Gebrauchswert eingeschränkt. Stadtstruktur und Baukörperbildung entsprechen den Bedingungen der Stadt Greifswald, die Fassadengestaltung erscheint problematisch, auch die Freiraumbildung ist im Verhältnis zu den vorgenannten Arbeiten ungünstiger. Das Elementesortiment übersteigt bei weitem die technischen Möglichkeiten, die Neueinführung von Elementen ist relativ hoch. Baustellen- und Transporttechnologie wurden nur bedingt bearbeitet.



2



3

1
Ansicht Westseite Brüggstraße

2
Gebäudeteilschnitte Normalsektion

3
Erd- und Obergeschoßgrundriß (Segment Z 4 – A 1)

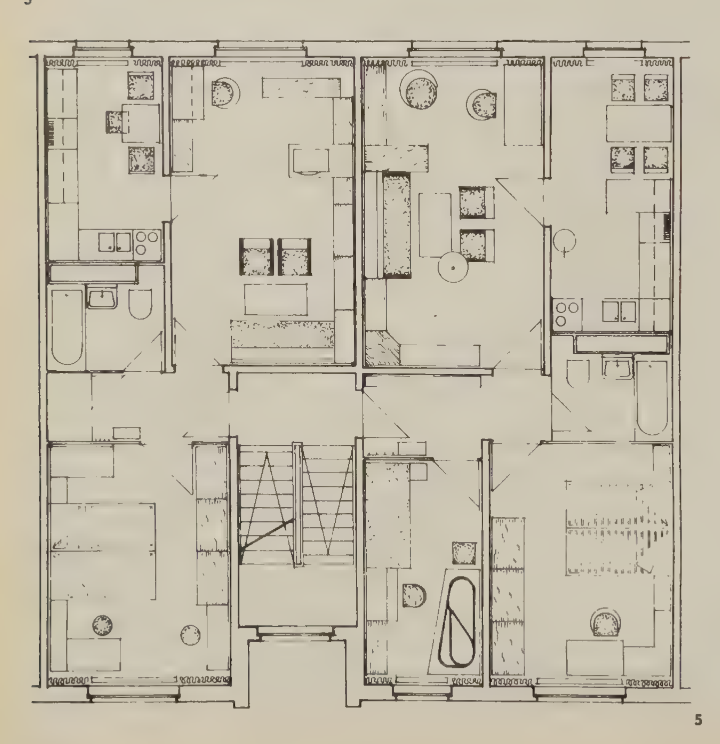
4
Perspektive

5
Erd- und Obergeschoßgrundriß (Segment B 1)

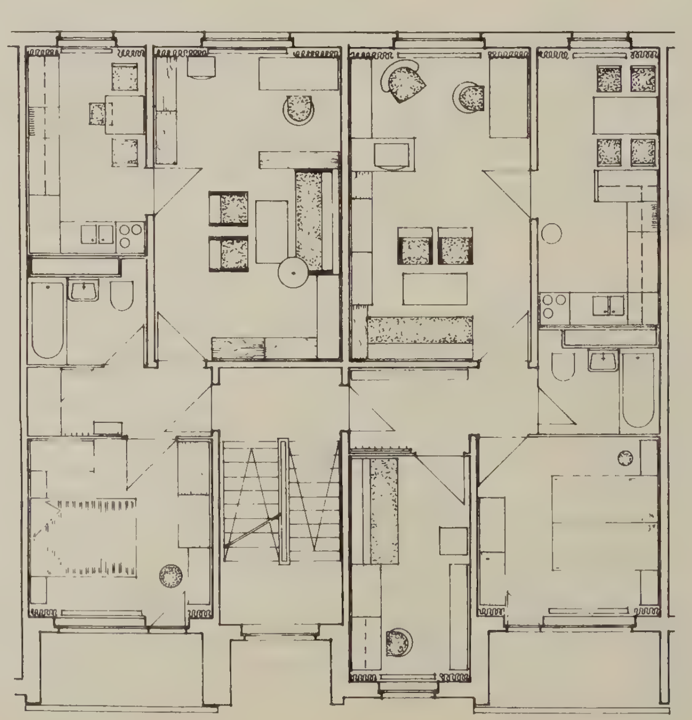
6
Erd- und Obergeschoßgrundriß (Segment A 1)



4



5



6



1

Kollektiv Waterstraat, WBK

Architekt BdA/DDR Dipl.-Ing. R. Waterstraat

Architekt BdA/DDR G. Haase

Architekt BdA/DDR H. Fleischhauer

Architekt E. Falck

Ingenieur H. Freyer, KDT

1
Ansicht
Knopfstraße

2
Gebäudeschnitt

3
Perspektive

4
Normalgeschoß
Sektion a 1 : 200

5
Normalgeschoß
Sektion b 1 : 200

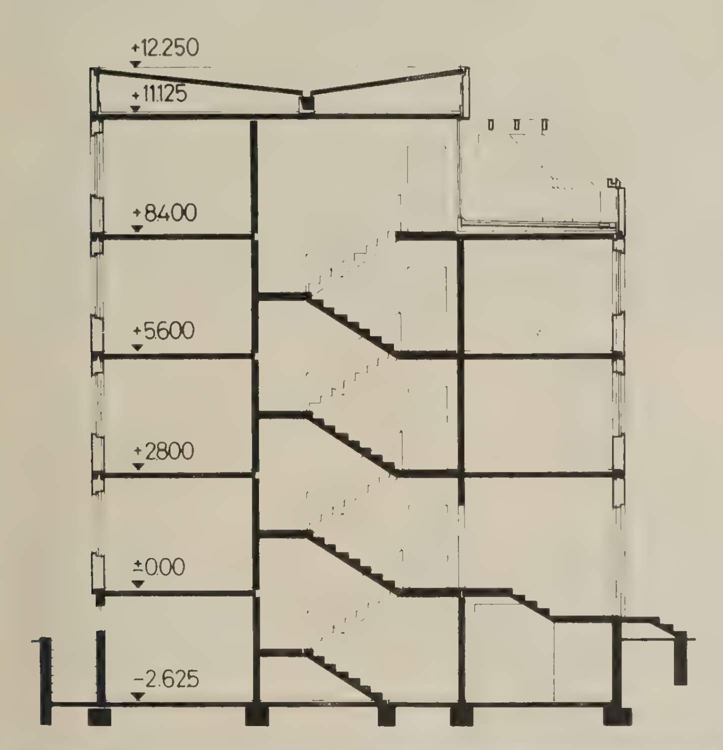
6
Normalgeschoß
Sektion c 1 : 200

7
Normalgeschoß
Sektion d 1 : 200

Begründung des Preisgerichtes:

Bei einer äußerst günstigen Gestaltung des Elementesortiments (geringste Anzahl neuer Elemente) muß eingeschätzt werden, daß die Arbeit insgesamt nicht den gestellten Anforderungen gerecht wird.

Sowohl in den Kriterien Wohnungsbau als auch Städtebau und Technologie können die Ergebnisse nicht befriedigen.



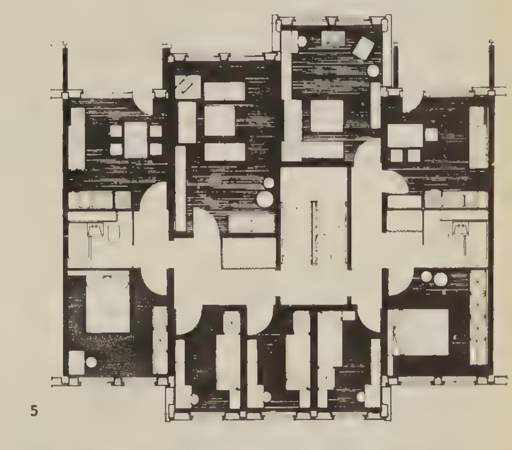
2



3



4



5



6



7

Kollektiv Jastram, WBK

Architekt BdA DDR D. Jastram
Architekt BdA DDR Ch. Brümmer
Architekt BdA DDR J. Deutler
Architekt K. Dinse
Architekt E. Fleischhauer
Ingenieur K. Mörbe

Begründung des Preisgerichtes:

Die vorgelegte Arbeit ist von der gewählten Bauweise her (Längswandsystem) im Bezirk Rostock unter den gegebenen Bedingungen nicht umsetzbar. Bei günstiger Wohnungsgröße und günstigem Wohnungsschlüssel werden die Probleme der Bausteinbildung und des Gebrauchswertes nicht gelöst. Gleich große Probleme treten auf dem Gebiet der Stadtstruktur, der Freiraumbildung und der Fassadengestaltung auf. Die Baukörperbildung ist unzureichend, das Elementesortiment entspricht nicht den gegebenen Möglichkeiten.

Baustellentechnologie und Transport sind unzureichend durchdacht.

1 Perspektive

2 Ansicht Johann-Sebastian-Bach-Straße

3|4 Systemschnitte

5 Sektion C + D, Normalgeschoß 1 : 180

6 Sektion A, Normalgeschoß 1 : 180

7 Sektion B, Normalgeschoß 1 : 180

8 Sektion E, Normalgeschoß 1 : 180



1

2

3

4

5

6

7

8

Komplexe Modernisierung in Gotha

Dipl.-Ing. Heinz Lange, Architekt BdA/DDR
Stadtarchitekt Gotha

1
Blick auf den oberen Hauptmarkt von Gotha

2
Die Achse Liebtraustraße ist die Hauptfußgängerverbindung zwischen Innenstadt und Neubaugebiet.

Im Jahre 1975 kann Gotha auf eine 1200-jährige Geschichte zurückblicken. Eine Reihe von Kulturepochen haben das heutige Stadtbild mitgeprägt. Als typische Beispiele seien hier nur die ehemalige, große Festung Grimmenstein genannt, deren Standort später noch ausreichend Platz für den Bau des bekannten Schlosses Friedenstein bot, der exakt abgegrenzte und gegliederte Altstadtkern mit seinen rechtwinkelig angelegten, sehr engen Gassen sowie die typische Stadtstruktur durch die Ausbreitung der Stadt um das als Einheit zu betrachtende Gebiet des Altstadtkerns und des Stadtparkes mit dem Schloß innerhalb der letzten 100 bis 150 Jahre.

In diesem Zusammenhang sei ebenfalls noch auf die ausgeprägte Stadtgliederung verwiesen. Der Hauptanteil der Wohngebiete ist im Westteil und der der Industriegebiete im Ostteil der Stadt untergebracht. Diese Stadtgliederung führte – bei einer vorherrschenden Windrichtung aus Westen – zu sehr umweltfreundlichen Wohnbedingungen. Diese Entwicklung bestimmt das Baugeschehen bereits seit der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg und wird auch in der weiteren Zukunft hinsichtlich der territorialen Einordnung des Wohnungsbaus und der Wohnungswerterhaltung typisch bleiben.

Die städtebaulichen Probleme bei der weiteren Entwicklung der Stadt Gotha sind im wesentlichen durch drei, sich wechselseitig bedingende Räume und deren Planung bestimmt. Dabei handelt es sich um das Stadtzentrum, das Altbaugebiet Thälmannstraße/Brunnenstraße/18.-März-Straße und um das Wohnungsneubaugebiet.

■ Die Zentrumsbebauung westlich des



Hauptmarktes bis zur Bürgeraue ist durchweg vor 1870 errichtet und hat die Bauzustandsstufe 4. Die Ausstattung mit sanitären Einrichtungen ist äußerst mangelhaft. Die kleinen Grundstücke sind mit Wohn- und Nebengebäuden in Holzfachwerk derart überbebaut, daß lediglich von den auch oft nur sehr engen Gassen etwas Sonne an die Wohngebäude gelangen kann. In diesem Gebiet ist eine Aufwertung der Wohnungen durch Modernisierung oder ähnliche Maßnahmen auf Grund der Überalterung nicht mehr möglich. Hier kommt nur noch ein Ersatzwohnungsbau in Frage.

■ Das Wohnungsneubaugebiet, das sich an den westlichen Stadtrand anschließt und etwa zu fünfzig Prozent realisiert ist, wird bis auf 20 000 Einwohner anwachsen und etwa ein Drittel der jetzigen Einwohnerzahl der Stadt Gotha ausmachen.

■ Verbunden mit der Innenstadt ist dieses Neubaugebiet durch den Altbaubereich Thälmannstraße / Brunnenstraße / 18.-März-Straße. Die Wohngebäude dieser Straßenzüge wurden in der Zeit von 1870 bis 1900 errichtet und weisen auf Grund ihrer Bauweise, die gemischt in Ziegelmauerwerk und Holzfachwerk erfolgte, die Bauzustandsstufe 2 und 3 auf.

Der Ausstattungsgrad der Wohnungen ist sehr unterschiedlich, da Bäder und WC nur teilweise und moderne Raumheizungen überhaupt nicht vorhanden sind.

Im Generalbebauungsplan wurde für dieses Stadtgebiet eine Restnutzungsdauer von 30 Jahren und mehr ausgewiesen. Entsprechend dieser Fakten wurde ein zulässiger Reparatur- und Modernisierungsaufwand von rund 13 000 Mark je Wohneinheit festgelegt, womit eine Restnutzungsdauer bis zu 50 Jahren erreicht werden kann. Bei diesen Gebäuden handelt es sich durchweg um drei- bis viergeschossige Mietwohnhäuser.

Ein wesentliches Problem bei der Erhaltung der alten Wohnsubstanz in Gotha besteht in dem hohen Anteil der Holzfachwerkbauweise gegenüber der massiven Bauweise aus Mauerziegel.

Welche Überlegungen führten dazu, die Wohnbebauung Thälmannstraße/Brunnenstraße/18.-März-Straße komplex instand zu setzen und zu modernisieren?

Die Fragestellung zeigt bereits, daß es sich hierbei nicht nur um eine Modernisierung handelt, sondern gleichzeitig um eine grundlegende Instandsetzung. Diese betrifft nicht nur die Wohnhäuser, sondern auch die Außenanlagen wie Hofflächen, Treppen, Schmuckmauern und Zäune.

Die Straßenzüge bilden keine geschlossenen Wohnquartiere mit Reihenhausbebauung. Die Wohngrundstücke sind so groß, daß größere Flächen als Kleingärten genutzt werden und eine angenehme Grünzone an den straßenabgewandten Seiten darstellen. Sonst übliche Probleme der Entkernung von Wohnquartieren standen hier nicht zur Debatte.

Mit der Durchführung dieser Maßnahmen sollte insgesamt erreicht werden, daß die Wohnbedingungen denen der Neubauwohnungen möglichst nahe gebracht werden und damit das Gefälle der Wohnqualität zwischen Alt- und Neubau so weit als möglich ausgeglichen wird. Diese Forderung galt auch für die äußere Gestaltung der Wohngebäude und Wohngrundstücke und war mit ausschlaggebend für die Auswahl dieses Gebietes, das die Verbindung zwischen Altstadtkern und Wohnungsneubaugebiet darstellt.

Die Auswahl dieses Standortes wurde auch dadurch beeinflußt, daß die vorhandenen stadttechnischen Versorgungsleitungen auch nach der Modernisierung ausreichen, daß die hier vorhandene drei- bis viergeschossige Bebauung nicht nur durch die Initiative der Bürger erhalten und modernisiert werden kann und daß diese Bebauung in ihrer Substanz erhaltungs- und modernisierungswürdig war.

Auf Grund der Unterschiede der Wohngrundstücke hinsichtlich der Bauweise, des Bauzustandes und des Ausstattungsgrades



3
Gesamtansicht des modernisierten Teiles der Thälmannstraße. Im Tal kreuzt die Brunnenstraße

4
Gebäude in der Brunnenstraße. Phase der Realisierung

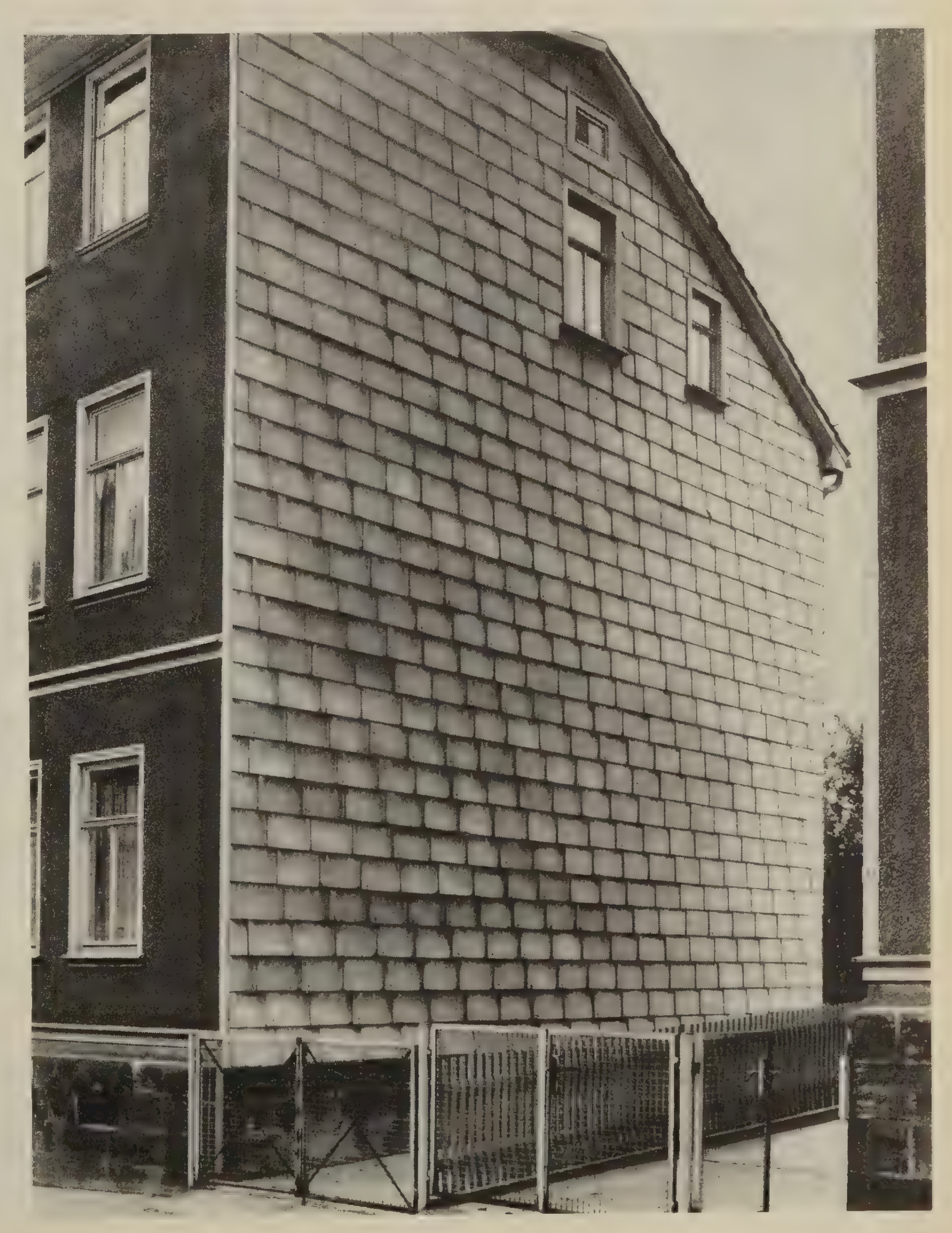


war auch die Durchführung der Modernisierungsarbeiten sehr unterschiedlich. Modernisiert wurde da, wo es nötig und möglich war. Mit WC wurden alle Gebäude ausgestattet, in denen sie fehlten. Die Ausstattung mit Bädern erfolgte jedoch nur dort, wo geeignete Räumlichkeiten verwandt oder geschaffen werden konnten.
Große Bedeutung wurde dem Einbau moderner Fenster zugemessen, die unmittelbaren Einfluß auf die Wohnraum- und Gesamtgestaltung der Straßenzüge nahmen. Anstelle der einfachen Blendrahmenfenster wurden Verbundfenster mit Drehkippbeschlag eingesetzt. Auch die äußere Gestaltung der Wohngebäude und der Nebenflächen trägt wesentlich zur Erhöhung der Wohnqualität insgesamt bei und wird von den Bewohnern positiv beurteilt.
Gebäude aus der Gründerzeit wurden architektonisch teilweise überladen, wiesen eine umfangreiche Gliederung durch Strukturelemente auf und waren obendrein noch durch typische Baukörperformen bestimmt.
Diese Faktoren waren in Vergangenheit und Gegenwart häufig Quellen für größere Bauschäden, die im Anfangsstadium nicht erkannt wurden oder aus anderen Gründen nicht beseitigt werden konnten.
Im Zuge der durchzuführenden Bauarbeiten waren Entscheidungen über die Neugestaltung der Fassaden notwendig, die ja absoluten Einfluß auf die Gestaltung des gesamten Straßenraumes hatten. Es war klar, daß konstruktive Vereinfachungen und Verbesserungen erforderlich waren, um die meist bauphysikalischen Schäden in diesem Umfang für die Folgezeit zu vermeiden, die doch allzuoft durch defekte Dachrinnen, Kehlen usw. entstanden. Viele Gestaltungselemente (Verzierungen, Verkleidungen, Simse, Architraven) konnten nicht erhalten oder erneuert werden, da sie speziell an den Fachwerkhäusern anzutreffen waren und diese ohne Ausnahme neuen Außenputz erhalten mußten. Auch die neue Form der Fenster erforderte eine Neugestaltung der Fassaden und Baukörper.
Vorgezogene Gebäudeteile endeten häufig über der Traufe des Hauptdaches. Die dahinter liegenden Satteldächer schlossen an den Rückseiten dieser Nebengiebel an, so daß Maueranschlüsse durch Winkelkehlen notwendig wurden. Diese anfälligen Stellen wurden durch die Verlängerung der Dachhaut mit Ortausbildung beseitigt. Ähnlich wurde mit den Türmchen und Erkern bei kleineren Objekten verfahren. An den massiven Gebäuden waren solche Änderungen weit weniger erforderlich; hier wurden solche Giebel teilweise erhalten und neu mit Zinkblech abgedeckt. Rück- und Giebelseiten der Fachwerkhäuser, die Wetterseiten sind, wurden größtenteils mit Asbestbetonschindeln verkleidet.
Zur neuen Gestaltung haben neben den grundlegenden konstruktiven Veränderungen in den Dachzonen die Anordnung eines Gesimsbandes in Höhe der Erdgeschoßdecken bei Fachwerkgebäuden, der Einbau neuer Fenster, die Erneuerung der Grundstückszugänge und vor allem auch eine geschmackvolle Farbgebung durch die Verwendung von naturfarbenem und eingefärbtem Putz, durch Farbanstriche und elektrostatische Beschichtung von Fassadenteilflächen mit Glaskrösel beigetragen.
Dadurch, daß nicht nur einzelne Gebäude in einer Straße modernisiert wurden, war eine so grundlegende Fassadenänderung möglich und erforderlich. Die Massivgebäude, die vor der Modernisierung eine zurückhaltendere Fassadengestaltung aufwiesen als die Fachwerkbauten, wirken jetzt effektvoller und bringen eine angenehme Abwechslung in das gesamte Straßenbild, die dem gesamten Straßenraum einen freundlichen und harmonischen Charakter verleiht.
Aus dem Neubaugebiet kommend, wird der Betrachter schrittweise auf eine Umgebung mit Altbauten vorbereitet.
Im Jahre 1970 wurde mit der Fließstreckenarbeit – Generalreparaturen mit Modernisierungen – in der Thälmannstraße begon-



5
Nordabschnitt der Thälmannstraße. Die Ostseite ist mit massiven Wohngebäuden bebaut.

6
Die Wetterseiten der Gebäude werden durch Asbestschindeln geschützt. Ein neuer Zierzaun und die Hauszugangsfläche wurden ebenfalls während der Rekonstruktionsmaßnahmen errichtet.



nen. Zugrunde lagen erste Erfahrungen bei der Umgestaltung einiger Straßen der Innenstadt zu einem Fußgänger- und Einkaufszentrum, das 1969 fertiggestellt wurde. Hier arbeiteten Gerüstbauer, Maler, Klempner und Dachdecker bei der Fassadengestaltung nach einem Taktverfahren.

Die städtebauliche Vorbereitung des Reparatur- und Modernisierungsprogramms erfolgte 1971 in Form einer städtebaulichen Konzeption, aufgegliedert nach Jahresabschnitten bis 1975. Dieses Programm basierte auf dem Ergebnis des Jahres 1970 und sieht jährliche Steigerungsraten der einzusetzenden Baukapazität vor.

Nach einer ersten Untersuchung der Wohngrundstücke, in der ein durchschnittlicher Reparaturbedarf für alle Gebäude sowie das Vorhandensein von Bädern und WC in jedem Wohnhaus ermittelt wurden, erfolgte die Zusammensetzung der Jahresprogramme. Die hier enthaltenen Angaben erstrekken sich auf Straße und Hausnummer, Ausstattungsgrad, Anzahl der Wohnungen, Kapazitätseinsatz (ermittelt nach Anzahl der WE und multipliziert mit dem durchschnittlichen Reparaturaufwand). Diese Fließstrecke ist nur ein Teil der Werterhaltungsmaßnahmen, die in Gotha durchgeführt werden.

Von 1970 bis 1973 wurden 43 Gebäude mit 184 Wohnungen modernisiert, wobei 72 WC-Anlagen und 35 Bäder eingebaut wurden. Der durchschnittliche Kostenaufwand betrug 11 600 Mark je Wohnung. Neben den Maßnahmen an Einzelstandorten wurde 1971 eine Fließstrecke „Dachzone" eingerichtet, in der Reparaturen an der Dachhaut, an Schornsteinköpfen, Dachrinnen und Fassaden durchgeführt werden. Auch hier sind bisher 60 Gebäude repariert worden, die in einem Straßenzug liegen.

Für das Jahr 1975 sind 19 Wohngrundstücke mit 81 Wohnungen für die Generalreparatur und Modernisierung geplant.

Es sei hier vermerkt, daß eine schrittweise Erhöhung der Baukapazitäten in der Fließstreckenarbeit auch für die nächsten Jahre erfolgt, wie das bereits von Beginn an seit 1970 geschehen ist. Dies ist eine weitere Voraussetzung zur Sicherung eines zügigen Arbeitsablaufes und zur Erhöhung der Effektivität in der Baudurchführung.

Positiv ist ferner einzuschätzen, daß die Nutzung der Baustelleneinrichtung über den gesamten Zeitraum von 1970 bis 1975 möglich war und die Versorgung und Betreuung der Bauarbeiter der auf jeder anderen Neubaustelle glich. Es konnten eine gute Pausenversorgung und die Einnahme eines warmen Mittagessens ermöglicht werden.

Die Durchführung der unmittelbaren Vorbereitungsarbeiten zur Baudurchführung hatte einen entscheidenden Anteil am Erfolg der Fließstreckenarbeit. Bisher begannen die ersten Vorbereitungen im zweiten Quartal des Vorjahres und konnten nicht immer rechtzeitig abgeschlossen werden. Die Vorbereitungen für 1975 begannen deshalb bereits im März 1974 und umfaßten folgende Maßnahmen:

- Besichtigung der vorgesehenen Grundstücke
- Aussprache mit den Grundstückseigentümern oder -verwaltern
- Auftragserteilung der Grundstückseigentümer zur Projektierung und Bauausführung an den Hauptauftraggeber
- Projektierung
- Zusammenstellung der Objektlisten
- Erarbeitung der Bauablaufpläne der Fließstrecken
- Durchführung der Werterhaltungskonferenz mit Übergabe der Objektlisten und Ablaufpläne an den Hauptauftragnehmer
- Durchführung einer Einwohnerversammlung und Aussprache mit allen Bewohnern der Modernisierungsobjekte.

Die Besichtigung der vorgesehenen Gebäude erfolgt durch Mitarbeiter des Stadtbauamtes sowie des Hauptauftraggebers und -nehmers Werterhaltung, um einen Überblick über die Reparaturarbeiten zu bekommen. Sie dient gleichzeitig der Vorbereitung der Aussprache mit den Grund-



7
Freundlich gestaltete Fassaden in der Brunnenstraße

8
Ein Massivgebäude nach der Modernisierung



stückseigentümern bzw. -verwaltern. Hierbei nehmen Abgeordnete, Vertreter der Wohnbezirksausschüsse der Nationalen Front, der Wohnparteiorganisation, der Kreissparkasse, des Hauptauftraggebers, des Hauptauftragnehmers, der Abteilung Wohnungswirtschaft des Rates der Stadt sowie des Stadtbauamtes teil. Inhalt dieser Beratung ist die Erläuterung des Vorhabens sowie die damit verbundenen Aufgaben aller Beteiligten.
Die Werterhaltungskonferenz, auf der viele Probleme der gesamten Werterhaltung beraten werden, wird mit allen in der Werterhaltung im gesamten Kreis eingesetzten Betrieben unter Leitung des Rates des Kreises durchgeführt.
Die früher oft eingetretenen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Räumung von Wohnungen wurden dadurch überwunden, daß ein instand gesetztes Gebäude im Stadtzentrum, in dem 10 Familien Platz finden können, als zeitweiliges Quartier genutzt wird. Dadurch konnten eine schnellere Vorbereitung und Durchführung der Reparatur und Modernisierung erreicht werden.

Nach Abschluß der Bauarbeiten werden Straßen und Fußwege instand gesetzt.
1974 erhielt ein Fußweg der Thälmannstraße einen neuen Belag, da hier die Arbeiten an den Gebäuden beendet sind.
Abschließend muß festgestellt werden, daß eine komplexe Modernisierung nicht nur eine Verbesserung der sanitären Ausstattung oder die Erneuerung einiger Fassaden bedeutet, sondern eine Vielzahl von Problemen beinhaltet.
In Gotha galt es, folgende Überlegungen zu berücksichtigen: Die Auswahl des Bereiches erfolgte auf Grund der Randlage zum Wohnungsneubaugebiet und der Hauptfußgängerverbindung von diesem zum Stadtzentrum sowie der Modernisierungswürdigkeit, der Geschoßzahl, der Anzahl an Wohnungen je Gebäude. Außerdem waren die stadttechnischen Ver- und Entsorgungsleitungen ausreichend und dadurch wurde keine Tiefbaukapazität erforderlich.
Das Ziel bestand darin, außer den Wohnungen und Wohngebäuden die gesamten Grundstücke und somit auch gesamte Straßenzüge so aufzuwerten, daß die Wohnbedingungen denen der Neubaugebiete so weit als möglich angepaßt wurden.
Die Bearbeitung der Wohngrundstücke war, bedingt durch die Bauweise, unterschiedlich und umfaßte folgende Leistungen:

- Erneuerung der Gas-, Wasser-, Abwasser- und Elektroinstallation bis zu den Hausanschlüssen, einschließlich der Sanitärobjekte
- Neuausstattung mit sanitären Anlagen
- Erneuerung von Türen, Fenstern, Dachrinnen, Dachbelägen, Schornsteinköpfen
- Verlegen von Fußbodenbelägen in Wohnungen und Treppenhäusern
- Durchführung von Umbauarbeiten, konstruktiven Veränderungen an Decken, Wänden und Dachkonstruktionen, Schwammsanierungen
- Schaffung neuen Wohnraumes
- Neugestaltung der Außenanlagen
- Renovierung vieler Wohnungen und fast aller Treppenhäuser.

Große Bedeutung bei der Baudurchführung hatte der effektive Einsatz der Baukapazität durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Gerade bei der Werterhaltung ist eine Erhöhung der Effektivität dringend nötig und kann durch folgende Maßnahmen auch erreicht werden:

- zentrale Baustelleneinrichtung für rund 90 Wohngrundstücke und eine Dauer von fünf Jahren
- Beseitigung von Warte- und sonstigen Ausfallzeiten. Es können sofort andere Arbeiten in Angriff genommen werden, da mehrere Grundstücke in Arbeit sind
- effektivste Auslastung der Maschinen und Geräte
- Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bauarbeiter
- Verbesserung in der Organisation und im Bauablauf, bei Materialtransporten und in der Lagerhaltung.



9
Renovierte Gebäude in der Brunnenstraße

10
Blick auf ein Eckgebäude in der Thälmannstraße. Die Fassaden sind dunkel gehalten und mit kräftig rotem Glaskrösel beschichtet.



1

Zweizügige polytechnische Oberschule in Karl-Marx-Stadt

Architekt BdA/DDR Heinz Voigtmann †
WBK Karl-Marx-Stadt
Kombinatsbetrieb Projektierung
Produktionsbereich Aue

Die hier vorgestellte zweizügige polytechnische Oberschule entstand im Zusammenhang mit den Arbeiten für das Neubaugebiet Kappel.
Sie ist konzipiert für den Lehrbetrieb einer allgemeinbildenden polytechnischen Schule mit 720 Schülern (20 Klassen zu je 36 Schülern).
Im Rahmen des Raumprogramms entstanden 18 Normalklassen, 8 Spezialklassen und 2 Horträume.



2 3



Bauweise

Es handelt sich hierbei um einen viergeschossigen Rechteckgebäudekörper mit Vollunterkellerung. Das Schulgebäude ist in der 2-Mp-Wandbauweise mit 3300 mm Geschoßhöhe und monolithischen Streifenfundamenten projektiert. Das Rastermaß beträgt 7200 mm und 3000 mm. Als Grundlage dient der Elementekatalog „IG 65 Reihe Karl-Marx-Stadt 3300 mm". Die Montage wird mit dem Kran „Rapid III/2" durchgeführt.

Funktionelle Lösung

Funktionsbestimmende Merkmale ergaben sich neben der Notwendigkeit, die Unterrichtsräume nach Süden und die sanitären Anlagen nach Norden zu orientieren, auch aus der Forderung nach kurzen Verbindungswegen, die die Einführung des Kabinettsystems erleichtern.
Die so entstandene zweihüftige Bauweise mit innenliegendem Verbindungsflur erfüllt diese Forderung und gewährleistet infolge

1
Blick auf den Hauptzugang der Oberschule

2
Direktorzimmer im 1. Obergeschoß

3
Konferenzzimmer im 1. Obergeschoß

4
Hoffassade

5
1. Obergeschoß 1 : 500
1 Physikraum
2 Vorbereitungsraum Physik
3 WC Mädchen
4 WC Knaben
5 Reinigungsgeräte
6 Direktor
7 Sekretärin
8 Stellvertretender Direktor
9 Lehrmittel
10 Konferenzzimmer
11 Normalklasse
12 Ruheraum
13 Pausenhalle

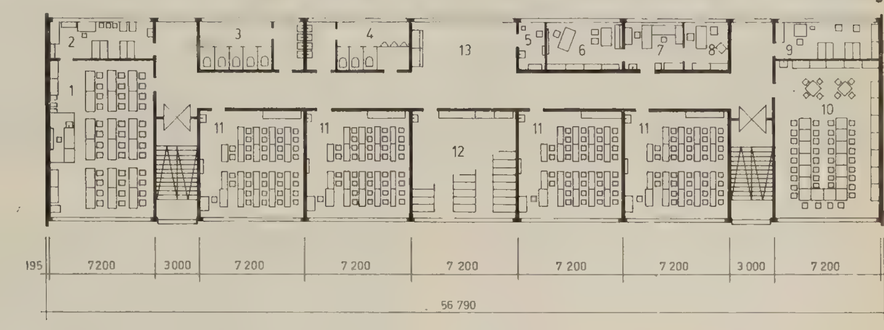
6
Erdgeschoß 1 : 500
1 Biologie
2 Vorbereitungsraum Biologie
3 WC Mädchen
4 WC Knaben
5 Hausmeister
6 Personalraum
7 Reinigungsgeräte
8 WC Männer
9 WC Frauen
10 Kinderzimmer
11 Schlafzimmer
12 Diele
13 Bad
14 Küche
15 Wohnzimmer
16 Normalklasse
17 Hortspielraum
18 Garderobe

7
Kellergeschoß 1 : 500
1 Heizungszentrale
2 technischer Raum
3 Hausmeister
4 Nebenraum Werken
5 Werkraum
6 Teeküche
7 Nebenraum
8 Anlieferung
9 Personal
10 Nebenraum Werken
11 Werkraum Metall
12 Frühstücksraum
13 Boilerraum
14 Werkstatt Heizer
15 technischer Raum
16 Lager

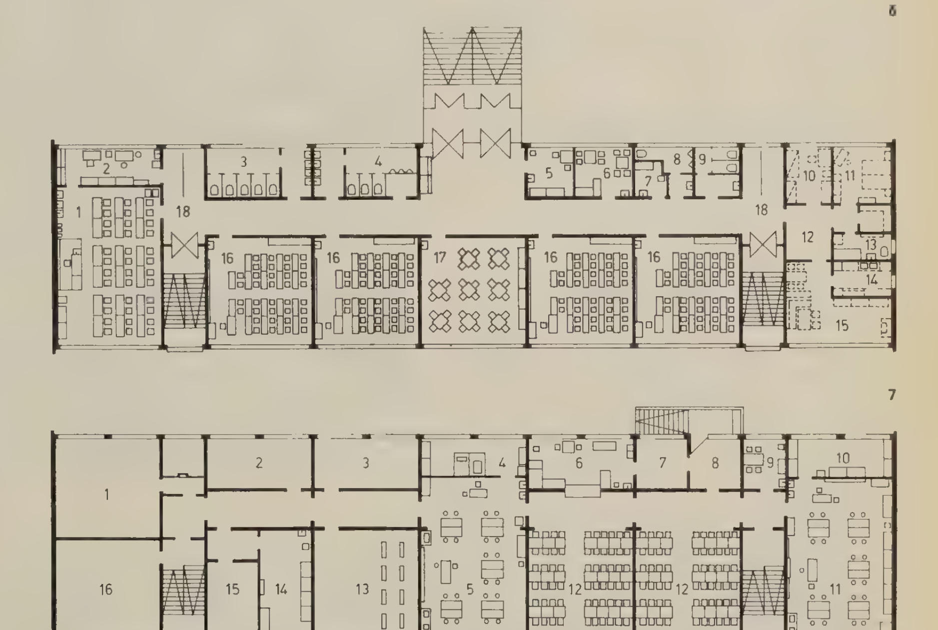
8
Schnitt 1 : 500



4

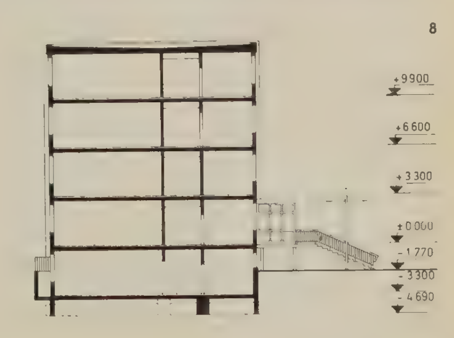


5



6

7



8

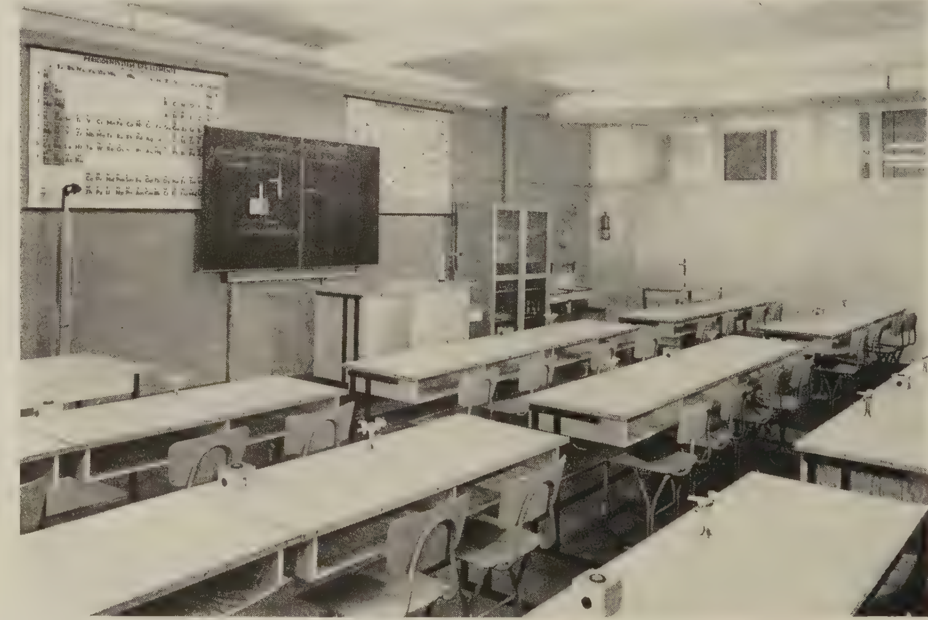
HAN:	VEB WBK Karl-Marx-Stadt KB Projektierung, Produktionsbereich Aue Brigade 531
Leiter des Autorenkollektivs:	Architekt BdA/DDR Heinz Voigtmann
Mitarbeit:	Bauingenieur Frank Michael Milster
Statik:	Bauingenieur Gerhard Pomper
Bauwirtschaft:	Bauingenieur Wolfgang Lein
Heizung:	Ingenieur Harald Schmiedgen
Sanitär:	Ingenieur Siegfried Pester
Elektro-Anlagen:	Ingenieur Jobst Teschner

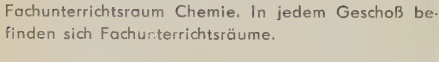
der Kompaktheit des Baukörpers eine optimale Wirtschaftlichkeit auf allen Gebieten. Dabei kommt die vergrößerte Verkehrsfläche dem Pausenaufenthalt der Schüler bei schlechtem Wetter zugute. Durch die Anordnung eines vollen Kellergeschosses konnte auf ein Installationsgeschoß verzichtet werden. Im Kellergeschoß sind die technischen Räume und die Werkräume untergebracht. Durch die Anordnung einer Teeküche mit Frühstücksraum

9

9
Unterrichtsraum Werken im Kellergeschoß

10



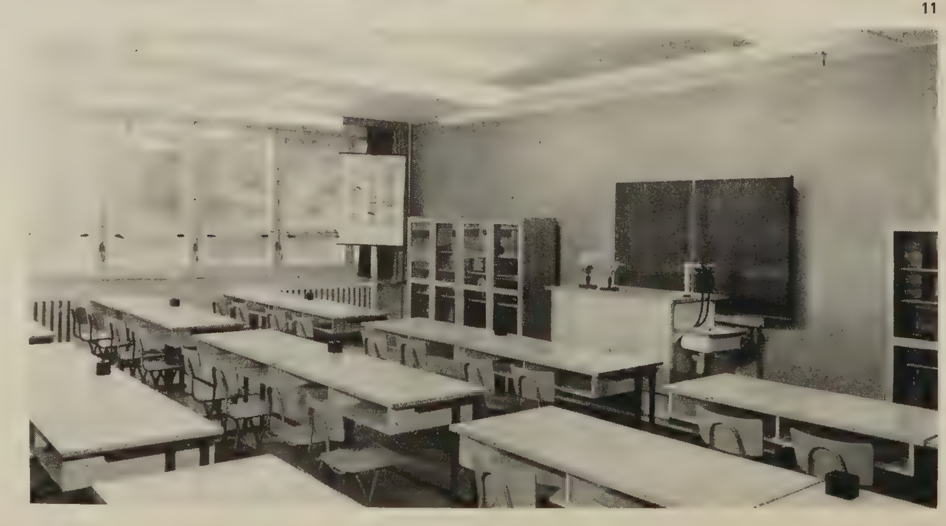


10
Fachunterrichtsraum Chemie. In jedem Geschoß befinden sich Fachunterrichtsräume.



11|12
Normalklassen

11



wurden bessere Bedingungen für die Pausenversorgung der Schüler geschaffen.
Im Bedarfsfall kann im Rahmen der örtlichen Anpassung des Projektes eine Speiseausgabe für die Schülerspeisung mit 120 Plätzen eingerichtet werden, wenn dazu eine Ausnahmegenehmigung vorliegt. Da in diesem Falle die Speisen in vorgefertigtem Zustand in Kübeln angeliefert werden müssen, sollte dies nur in Sonderfällen erfolgen.
Für die Belieferung der Teeküche bzw. der Speisenausgabe wurde eine bequem begehbare Außentreppe vorgesehen. Zur Funktion der oberen Geschosse ist zu bemerken, daß die Garderoben im Flur vor den Normalklassen untergebracht sind. Nur im Erdgeschoß werden dazu die Flurerweiterungen benutzt, da hier der Flur durch die



12

Lage des Haupteinganges funktionell stärker belastet ist.

Technologische Lösung

■ Heizungsanlage:
Das Projekt wurde für einen Sekundäranschluß mit einer Temperaturspreizung von 105/70 °C erarbeitet.
Die Schule erhält eine Zweirohrheizung mit unterer Verteilung und automatischen Entlüftern in den Obergeschossen. Als Heizflächen kommen Plattenheizkörper, Modell „Gera", die überwiegend unter den Fenstern angeordnet werden, zum Einsatz. Die Heizanlage besteht aus mehreren Heizkreisen, die einzeln abschaltbar sind.

■ Sanitärinstallation:
Die Ausstattung mit sanitären Einrichtungen wurde entsprechend den Erfordernissen für den Schulbetrieb und den bestehenden Regelungen vorgenommen.

■ Wasserversorgung:
Die Warmwasserversorgung wurde nur für die Waschräume (WC-Vorräume), die Personal- und Verwaltungsräume, die Reinigungsgeräteräume, die Hausmeisterwohnung und für die Teeküche vorgesehen. Die Unterrichtsräume erhielten Kaltwasseranschluß. Der Chemie- und Biologieraum verfügt zusätzlich über einen Gasanschluß. Für die Warmwasserversorgung wurden drei 1000-l-Boiler (für allgemeines Wasser) und ein 300-l-Boiler (für die Teeküche) geplant. Das Warmwasser für den Küchenbedarf kann zusätzlich auch elektrisch von 50 ° auf 85 ° aufgeheizt werden.
Für die Wasserleitungen wurde verzinktes Gewinderohr vorgesehen. Die Einspeisung erfolgt aus dem zentralen Netz. Der Wasserbedarf beträgt für die Schule etwa 7,5 l/s und für die Turnhalle 2,7 l/s. Der Tagesbedarf beläuft sich auf rund 15 m^3/d. Die Druckhöhe muß, bedingt durch die Feuerlöschanlagen, mindestens 46 m WS betragen.

■ Entwässerung:
Die Abwässer werden im Trennsystem (Schmutz- und Tageswasser) abgeführt. Die Anlage entspricht der TGL. Der Abwasserabfall beträgt etwa 14 m^3/d (etwa 95 % des Tagesbedarfes für Trinkwasser).

■ Gasversorgung:
Die Anlage wurde für den Schulbetrieb und für die Hausmeisterwohnung getrennt projektiert. Der Gasbedarf beträgt bei Berücksichtigung eines Gleichzeitigkeitsfaktors von 0,8 = 39,0 m^3/h. Die Herstellung der Anlage erfolgte nach der TGL.

■ Elektroinstallation:
Die Elektroinstallation wurde für den Anschluß an ein Drehstrom-Kabelnetz ausgelegt.
Für den Anschluß der Turnhalle und der Außenbeleuchtung sind an der Hauptverteilung Reserveabgänge vorgesehen.

■ Beleuchtungsanlage:
Unter Beachtung der bestehenden TGL wurde die Beleuchtungsstärke in den Klassenräumen und Kabinetten für eine mittlere Beleuchtungsstärke auf 500 Lux ausgelegt.
Als Beleuchtungskörper sind Leuchtstofflampen (einzelkompensiert) vorgesehen.
In sämtlichen Räumen sind je nach Raumgröße und Verwendungszweck eine oder mehrere Schutzkontaktsteckdosen zu installieren.

■ Kraftanlage:
Zum Leistungsumfang der Kraftanlage gehören der Anschluß von Experimentiertafeln im Physikkabinett und der Anschluß der Pumpen, Lüfter, desgleichen der Heizungsanlage sowie der Anschluß der Maschinen in den Werkräumen.

■ Fernmeldeanlagen:
Die Fernmeldeanlage umfaßt die allgemein übliche Ausrüstung der Schulen mit einer Fernsprechvermittlungseinrichtung, einer Uhren- und Zeitsignalanlage sowie einer Türsprechanlage.

Erstausstattung

Als Grundlage für die Einrichtung der Unterrichtsräume wird der Schulmöbelkatalog 1972 des Staatlichen Kontors für Unterrichtsmittel und Schulmöbel Leipzig verwendet.
Die Spezialklassen und ein Teil der Normalklassen sind mit Verdunklungsvorhängen ausgerüstet, die seitlich durch Gardinenschals verdeckt werden. Volle Gardinen erhalten nur die Räume des Lehrkörpers und des Personals sowie der Hortspielraum und der Ruheraum.
Die Unterrichtsmittel werden von der Abteilung Volksbildung oder von der Schule selbst zusammengestellt und beschafft. Eine entsprechende Pauschalsumme ist in der Kostenzusammenstellung für die Erstausstattung enthalten.

Gestalterische Lösung

Wie bereits erwähnt, handelt es sich hier um einen viergeschossigen Rechteckgebäudekörper.
Eine besondere Betonung erhielt der Haupteingang durch eine Treppenanlage mit vorgelagertem Windfang (Stahlleichtprofilkonstruktion mit Vollverglasung in Aluminiumverleistung).
Die Außenflächen des Gebäudes werden durch den Einsatz verschiedener Materialien und entsprechender Farbabstimmung belebt.
Die oberflächenfertigen Betonelemente (Riegel und Stützen) erhielten einen weißen Farbanstrich. Die Brüstungen sind mit rotem Glaskrösel beschichtet. Die Giebelseiten werden mit ockergelbem Kratzputz versehen, wobei die Fugen der montierten Giebelplatten putzfrei bleiben und mit einem dauerelastischen Kitt ausgedrückt werden und einen weißen Farbanstrich erhalten. Die 300 mm hohe Sockelfläche wird mit einem bituminösen schwarzen Anstrich versehen.

Eigenheime der „EW"-Reihe

Dipl.-Ing. Klaus Burtzik,
Architekt BdA DDR



1

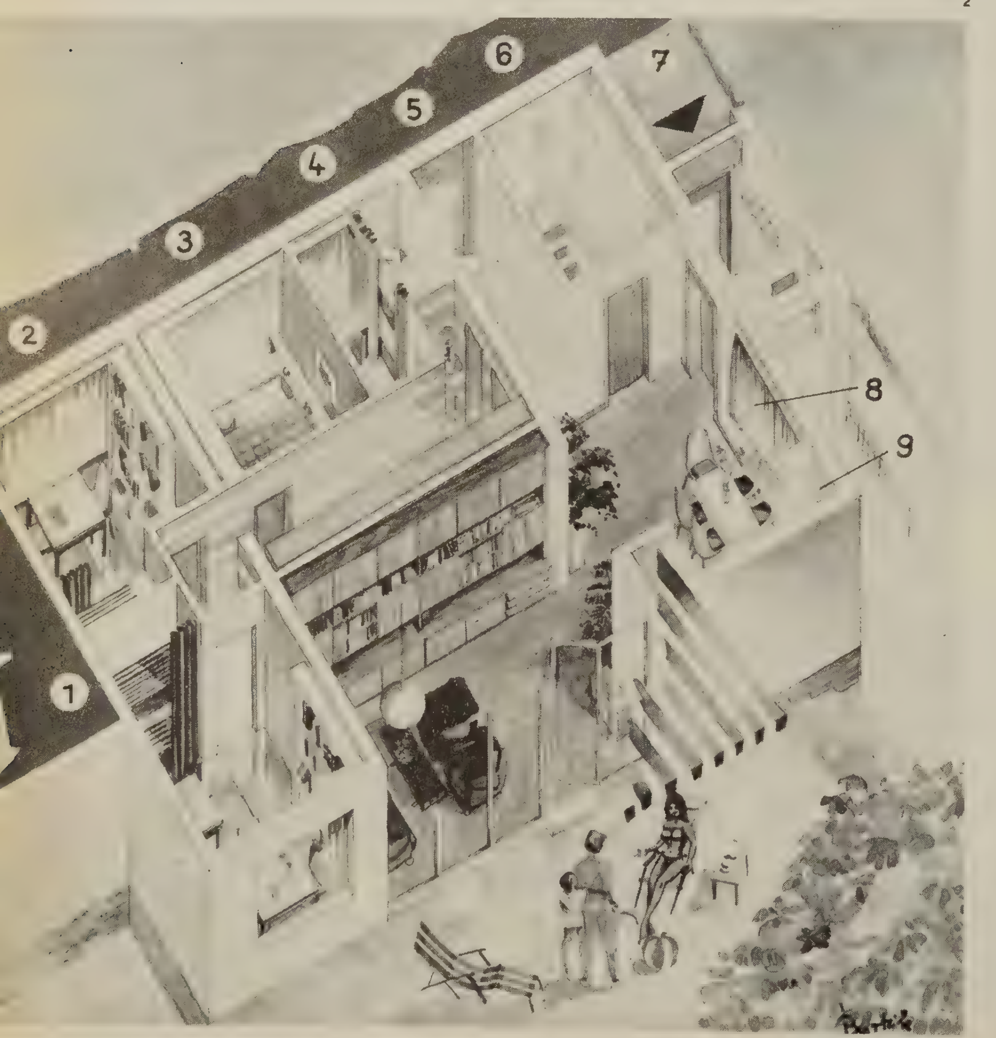
Die Beschlüsse zur Förderung des Eigenheimbaus beleben eine Wohnform, die neben bestimmten Nachteilen eine Reihe nicht unwesentlicher gesellschaftlicher und individueller Vorteile bieten kann. Der geplante Anteil der Eigenheime mit 10 Prozent des Gesamtwohnungsbaus (das sind jährlich etwa 10 000 Gebäude) hat damit eine Bedeutung, die vor allem auch städtebauliche Konsequenzen auslöst. Forderungen nach einheitlicher Standortpolitik, geringem Erschließungsaufwand und hohen Eigenleistungen stehen im Vordergrund. Auch die manchmal in Vergessenheit geratenen Erkenntnisse über die Charakteristik dieser Wohnform sollten wieder mehr berücksichtigt werden.

Die Eigenheime der „EW"-Reihe wurden in den Jahren 1972 und 1973 im Auftrag des Rates des Bezirkes und der Stadt Leipzig projektiert, mit dem Ziel, eine möglichst flexible städtebauliche Handhabung, gute Wohneigenschaften und die Anwendung einer unkomplizierten Technologie zu gewährleisten. Die äußere Gestaltung, die sich an den Typ MLK 1.4 anlehnt, entspricht dem planerischen Bedürfnis nach harmonischem Einsatz dieser Gebäude innerhalb eines Bebauungsgebietes. Die Bezeichnungen „4 EW", „6 EW" oder „8 EW" bezie-

1
Eigenheim Typ „8 EW-I".
Hier als Endsegment-Reihenhaus

2
Isometrie des Typs „8 EW-I"

1 Kinderzimmer
2 Kinderzimmer
3 Schlafzimmer
4 Kinderzimmer
5 Bad, WC
6 Küche
7 Garderobe
8 Wohnzimmer
9 Treppe



2

3
Eigenheim „8 EW-I" 1:250
(Teilunterkellerung)
geeignet als:

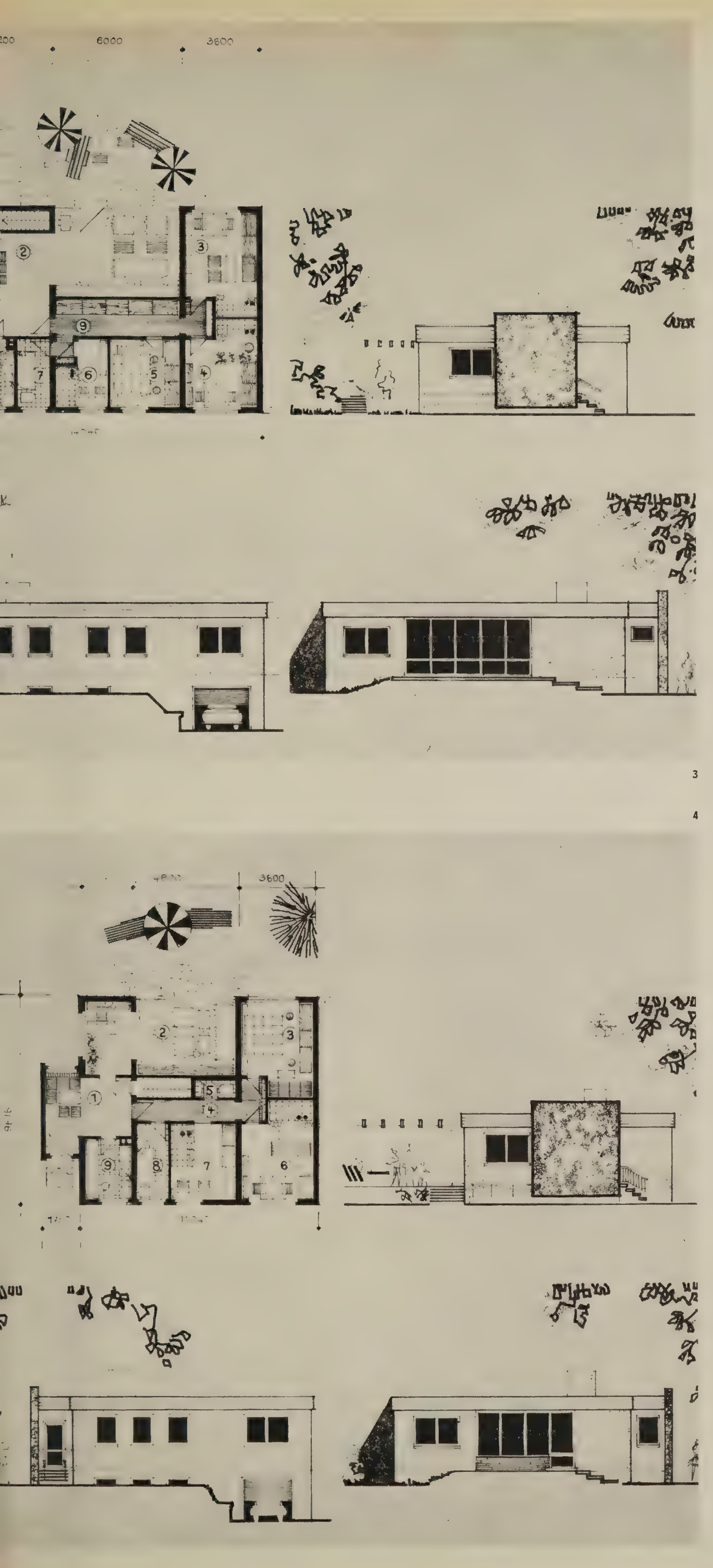
- Endsegment-Reihenhaus
- Einzelhaus

Wohnhauptfläche	86,00 m²
Wohnnebenfläche	33,30 m²
Funktionsfläche	119,30 m²
bebaute Fläche	142,00 m²
Baukosten für L I und L III bei Teilunterkellerung	69,00 TM
1 Windfang, WC	4,50 m²
2 Wohnzimmer	40,50 m²
3 Kinderzimmer	15,00 m²
4 Kinderzimmer	13,00 m²
5 Schlafzimmer	11,00 m²
6 Kinderzimmer	6,50 m²
7 Bad, WC	4,50 m²
8 Küche	7,00 m²
9 Schrankraum	11,00 m²

4
Eigenheim „6 EW" 1:250
geeignet als:

- Endsegment-Reihenhaus
- Doppelhaus
- Einzelhaus

Wohnhauptfläche	76,00 m²
Wohnnebenfläche	22,20 m²
Funktionsfläche	98,20 m²
bebaute Fläche	114,00 m²
Baukosten für L 1 und L III	67,50 TM
1 Garderobe, Diele	14,90 m²
2 Wohnzimmer	23,50 m²
3 Schlafzimmer	13,60 m²
4 Flur	7,00 m²
5 WC	1,75 m²
6 Kinderzimmer	13,80 m²
7 Kinderzimmer	10,10 m²
8 Bad, WC	5,00 m²
9 Küche	6,00 m²



hen sich auf die vorgesehene Einwohnerzahl je Haus. Ferner wird durch die Ziffern I und II die Variante mit giebel- oder längsseitiger Lage des Hauseingangs gekennzeichnet. Die eingeschossigen Flachbauten haben eine einheitliche Gebäudetiefe von 9615 mm. Dadurch ist wahlweise die Verwendung von getypten Flachdachbindern oder des Kehlbalkenbinders 135/51, Dachneigung 112 %, Stützweite 9375 mm gegeben. Letzterer ermöglicht den Dachausbau und damit die Erweiterung des Raumprogramms für beliebig große Familien.

Die Kombinationsmöglichkeit der Varianten untereinander zielt auf die vorzugsweise städtebauliche Einordnung als Reihenhaus hin.

Der charakteristische Vorteil eines Eigenheimes liegt in der Kommunikation von Wohn- und Freiraum. Diese Beziehung, die weder durch Balkon noch durch Loggia des Geschoßwohnungsbaus ersetzt werden kann, wird nicht durch die Größe des Gartens, sondern durch die Unmittelbarkeit dieser möglichst stufenlosen Verbindung erreicht. Am Beispiel von Atrium-Reihenhäusern oder ähnlichen Bebauungsformen läßt sich nachweisen, daß der kleine Wohnhof erholungsintensiver und weniger störanfällig sein kann, als es ein großer Garten ist. Ein solcher wind- und sichtgeschützter intimer Bereich läßt sich jedoch durch einfache Gebäudestaffelung einer Reihenbebauung sehr viel besser gestalten als bei Einzel- oder Doppelhäusern. Wirtschaftlichere Nutzung des Baulandes, Reduzierung des Energie- und Materialaufwandes und schließlich die Förderung des Gemeinschaftssinnes der Bewohner sind weitere bekannte Vorteile. Es wäre wünschenswert, wenn diese optimale Form des Eigenheimes häufiger angewandt würde. Voraussetzung ist eine qualifizierte Überzeugungs- und Aufklärungstätigkeit der zuständigen staatlichen Stellen, um den Eigenheimbauer von den Vorteilen einer verdichteten Bebauung zu überzeugen. Neben der Realisierung dieser Forderung wurden bei den Grundrißlösungen folgende Ziele angestrebt:

- deutliche Trennung der Funktionen, um Störfaktoren abzuschirmen;
- Differenzierung der Raumgrößen zugunsten hoher Wohnqualität bei Einhaltung der vorgegebenen Kostennormative;
- angemessene Lösung für den Eßbereich ohne Beeinträchtigung des Wohnraumes durch konkurrierende Möbel und Sitzgruppen;
- ausreichende und zusammenhängende Möbelstellflächen;
- wohnliche und ausreichend große Kinderzimmer als Haupterlebnisbereich des heranwachsenden Menschen;
- zusätzliche Schrankräume als Ablageflächen für Gebäude ohne Bodenraum.

Im Kellergeschoß befinden sich neben Garage, Trocken- und Waschraum der Kessel für die Warmwasser-Schwerkraftheizung und ein Warmwasserbereiter.

Alle Eigenheime der „EW"-Reihe sind als standortlose Bauwerke nach TGL 10 686 für den Einsatz in der milden Klima-Bauzone und bis Schneegebiet III (100 kp/m²) projektiert.

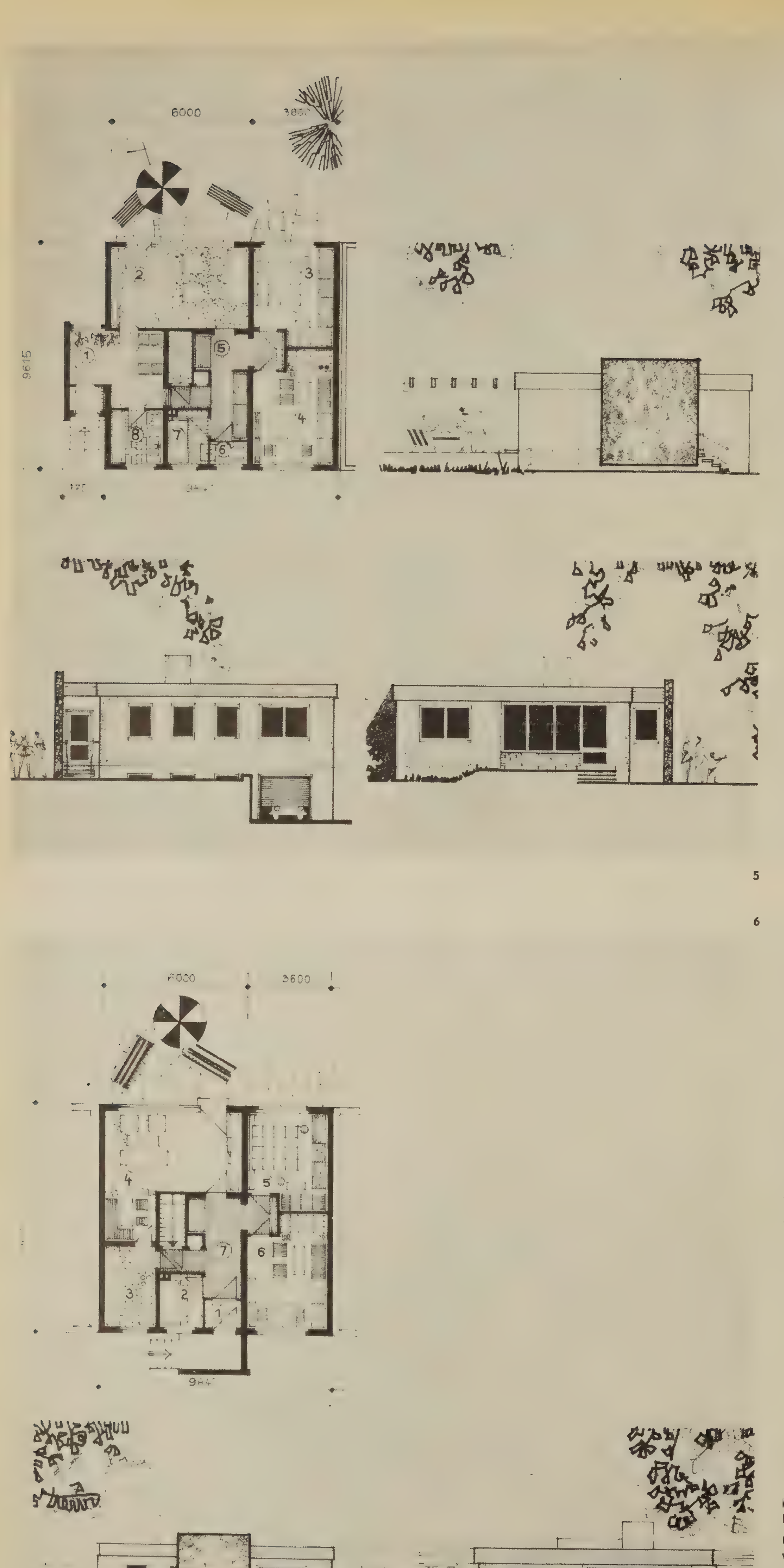
Das innen entwässerte Warmdach kann gegebenenfalls durch Typen-Satteldachbinder mit 25 % oder 112 % Dachneigung ausgetauscht werden. Bei spiegelbildlicher Anordnung von Hauseingang und Garageneinfahrt oder auch des gesamten Grundrisses ist eine beliebige Stellung des Bauwerkes auf dem Grundstück möglich, so daß jeder

Himmelsrichtung und Lage der Ver- und Entsorgungsleitungen Rechnung getragen werden kann.

Konstruktion und Hauptbaustoffe entsprechen dem Anliegen nach einem hohen Anteil eigener Leistungen der Bauwilligen und dem Baustoffaufkommen des Bezirkes Leipzig.

Als Deckenkonstruktionen wurden für die Typen „4 EW" und „6 EW" die Balkendecke FB 190 und die Rippendecke FR 190 für Handmontage gewählt. Der Typ „8 EW" gestattet die Wahl zwischen der Menzel-L-Decke und Stahlbetonhohldielen zwischen Stahlträgern.

Die Kellerwände bestehen aus Hohlblocksteinen HBL-S, während für das Erdgeschoß Gassilikatbeton-Wandbausteine GB 0,70/60 in geklebter Ausführung vorgesehen sind. Die öffnungsverschließenden und öffnungsüberdeckenden Bauelemente sind genormt und im Handelsprogramm der Baustoffversorgung enthalten. Als Erdgeschoßfenster wird nur das Holzverbundfenster 1050 mm mal 1350 mm einzeln oder gereiht verwendet. Die Glaswand zwischen Wohnraum und Terrasse wird im VEB MLK, Werk Leipzig, hergestellt. Sie wird aus einzelnen Stahlelementen mit Thermoverglasung zusammengesetzt und ermöglicht sowohl die Variation mit und ohne Brüstung als auch die Ausführung mit beweglichen Lüftungsflügeln und Terassentür. Die Gefahr einer zu großen Aufheizung des Wohnzimmers durch Sonneneinstrahlung in den Sommermonaten sollte im flachen Wohnungsbau nicht überschätzt werden, da sich hier eine natürliche oder auch künstliche Verschattung relativ einfach arrangieren läßt.



5

6

5
Eigenheim „4 EW-I" 1:250
geeignet als:

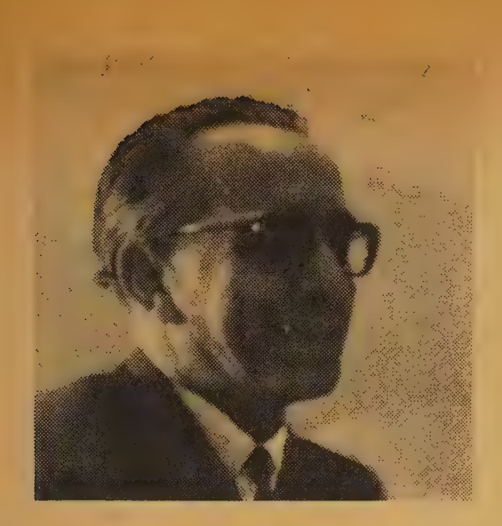
- Endsegment-Reihenhaus
- Doppelhaus
- Einzelhaus

Wohnfläche	58,00 m²
Wohnnebenfläche	24,00 m²
Funktionsfläche	82,00 m²
bebaute Fläche	100,00 m²
Baukosten für L I und L III	59,40 TM
1 Garderobe/Eßplatz	12,60 m²
2 Wohnzimmer	19,70 m²
3 Schlafzimmer	12,50 m²
4 Kinderzimmer	13,20 m²
5 Flur/Schrankraum	10,20 m²
6 WC	1,40 m²
7 Bad	3,80 m²
8 Küche	4,90 m²

6
Eigenheim „4 EW-II" 1:250

- Mittelsegment-Reihenhaus

Wohnhauptfläche	50,20 m²
Wohnnebenfläche	26,30 m²
Funktionsfläche	76,50 m²
bebaute Fläche	93,00 m²
Baukosten für L I und L III	59,00 TM
1 Windfang	1,40 m²
2 Bad, WC	3,80 m²
3 Küche	7,20 m²
4 Wohnzimmer	24,50 m²
5 Schlafzimmer	12,50 m²
6 Kinderzimmer	13,20 m²
7 Flur/Garderobe	10,20 m²



Kurt Liebknecht zum 70. Geburtstag

Heute, wo unser Bauwesen mit der Bauakademie der DDR über ein bedeutendes Forschungspotential verfügt, sollte man mitunter auch daran denken, wie schwer es unter den komplizierten Bedingungen der ersten Nachkriegsjahre war, eine solche Institution aus dem Nichts heraus auf die Beine zu stellen. Einer der Architekten, der sich dabei als Pionier einer sozialistischen Bauwissenschaft bedeutende Verdienste erworben hat, begeht in diesen Tagen, am 26. März, seinen 70. Geburtstag: Prof. Dr.-Ing. Kurt Liebknecht.

Anfang der 30er Jahre hatte sich Kurt Liebknecht als junger Architekt in die Sowjetunion begeben, um hier beim Aufbau des ersten sozialistischen Staates seine Kraft einzusetzen. Er arbeitete in verschiedenen Projektierungsbüros, nahm erfolgreich an Wettbewerben teil und wurde später Mitarbeiter der Architekturakademie in Moskau. Besondere Erfahrungen erwarb er sich bei der Projektierung von Bauten des Gesundheitswesens, einem Gebiet, auf dem er auch promovierte.

Nach der Befreiung unseres Volkes vom Faschismus kam Kurt Liebknecht in die DDR, um seine Fähigkeiten in den Dienst des Wiederaufbaus zu stellen. Bald wurde ihm die ehrenvolle und zugleich schwierige Aufgabe übertragen, die 1950 gebildete Bauakademie aufzubauen und zu leiten. In den Jahren seines Wirkens als Präsident entwickelte sich die Bauakademie aus einzelnen kleinen Instituten und Werkstätten zu einem Forschungszentrum, das einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung des Städtebaus leistete und wesentliche Grundlagen für die beginnende Industrialisierung des Bauens schuf.

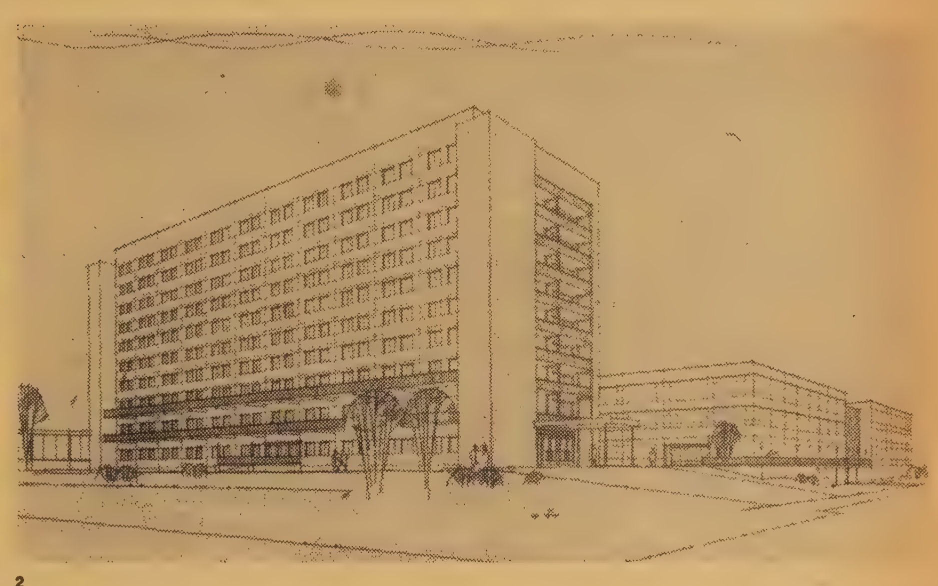
Hier und später als Direktor des Instituts für die Technologie der Gesundheitsbauten setzte er seine ganze Kraft, seine vielseitigen Kenntnisse und reichen Erfahrungen für den Aufbau der DDR und die Festigung der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ein. Gleichzeitig war er aktiv in vielen gesellschaftlichen Gremien, darunter lange Jahre als Mitglied des Zentralkomitees der SED, als Mitglied des Forschungsrates, als Ordentliches Mitglied der Bauakademie und in der Leitung unseres Architektenverbandes tätig. Seine Verdienste wurden durch hohe staatliche Auszeichnungen gewürdigt.

Wir aber möchten vor allem sein aufrichtiges Streben nach einer neuen Baukunst, seine verständnisvolle Zusammenarbeit mit vielen Architekten, seine Förderung junger Kollegen und seine menschliche Aufgeschlossenheit hervorheben, für die ihm seine vielen Freunde Dank und Achtung entgegenbringen. Wir möchten Genossen Professor Liebknecht zu seinem 70. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche übermitteln und verbinden damit die besten Wünsche für Gesundheit und Schaffenskraft.

Gerhard Krenz



1



2

3

1
Ansicht eines Wettbewerbsentwurfes für den Sowjetpalast in Moskau (Ankauf), 1932
Entwurf: Kurt Liebknecht und M. Gewin

2
Konzeption für das Krankenhaus Halle-Neustadt, 1966
Bearbeitungskollektiv unter Leitung von Kurt Liebknecht

3
Kreiskrankenhaus Hoyerswerda
Technologisches Projekt: Kurt Liebknecht, H. Erler und H. Sachs

Über das Urheberrecht an Werken der Baukunst in der DDR

Dr. jur. Winfried Müller,
Bauakademie der DDR

Fast zehn Jahre ist es her, als die Volkskammer der DDR das Gesetz über das Urheberrecht (1) am 13. September 1965 beschloß. Mit den Mitteln der Rechtsetzung trägt diese Norm dazu bei, die kulturelle Grundaufgabe des Sozialismus zu lösen. Diese Mission findet in der geistigen Formung des Menschen in der sozialistischen Gesellschaft und in der Entwicklung einer sozialistischen Nationalkultur ihren Ausdruck. Es ist unbestritten, daß das Bauwesen durch die Architektur mit diesen Entwicklungsprozessen in der Deutschen Demokratischen Republik auf das engste verbunden ist.

Das Grundanliegen des Urheberrechts

Auf der Grundlage von Art. 11 Abs. 2 unserer sozialistischen Verfassung vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung vom 7. Oktober 1974 (2) gewährleistet unser Staat durch das gesetzlich verankerte Urheberrecht den Schutz der Rechte von Urhebern an ihren Werken. Das Urheberrecht ist ein sozialistisches Persönlichkeitsrecht. Durch diese Form der Ausgestaltung dient es allen Bürgern in der DDR beim Schutz und bei der Entwicklung ihrer persönlichen Fähigkeiten und Talente. Dieses Recht erlaubt eine bisher nicht gekannte Ausformung.
Die Deutsche Demokratische Republik ermöglicht unseren Bürgern, die sich künstlerisch, literarisch oder wissenschaftlich betätigen wollen, eine ungestörte geistig-schöpferische Tätigkeit. Die vielfältige Teilnahme von Bürgern am kulturellen und geistigen Leben der Deutschen Demokratischen Republik findet in der Übereinstimmung der politischen, materiellen und kulturellen Interessen der Werktätigen mit ihren sozialistischen Kollektiven entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen ihren überzeugenden Ausdruck in unserer sozialistischen Gesellschaft. Darum gehört auch die Aneignung von Kunst und Wissen als Schätze des Volkes für die Entfaltung von Kunst und Wissenschaft zu den Anliegen, die durch das Urheberrecht der DDR geregelt werden.
Überdies trägt diese Rechtsnorm, wie sie in der Präambel ihren Ausdruck fand, dazu bei, den internationalen Kulturaustausch auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu entwickeln, zu fördern und zu schützen.

Urheberrechtsschutz an Voraussetzungen geknüpft

Das Urheberrecht der DDR gewährt den Rechtsschutz für Werke der Literatur, Kunst und Wissenschaft. So ist es in § 2 Abs. 1 URG verankert, und die beispielhafte Aufzählung von Werken in Abs. 2 Buchst. i) führt auch die Werke der Baukunst an. Dabei ist diese Reihenfolge ohne Bedeutung für eine Wertung durch die Gesellschaft. Diese Erwägung gibt lediglich eine geistige Anregung für die gesellschaftlichen Bereiche, in denen urheberrechtlich geschützte Werke vorhanden sein können.
Die grobe Einteilung der Werke in die Gebiete Literatur, Kunst und Wissenschaft ermöglicht uns bereits die Erkenntnis, daß die Werke der Baukunst durch den Gesetzgeber der Kunst zugeordnet werden. Natürlich haben solche Werke oft auch einen Anteil wissenschaftlicher Arbeit. Doch dieser Teil in den Werken der Baukunst ist unbedeutend und auch nicht relevante Schutzvoraussetzung.
Der Rechtsschutz wird nicht nur den Werken der Baukunst in ihrer Gesamtheit, sondern auch einzelnen Gebäudeteilen gewährt. Diese Regelung gewinnt in der Architektur insofern an Bedeutung, als bei umfangreichen Bauensembles einzelne Bauwerke als Werke der Baukunst ausgewiesen werden können. Darüber hinaus ist es auch denkbar, daß bei einem Einzelbau bestimmte Teile, z. B. eine Fassade, ein Gebäudeflügel oder ein -trakt für sich genommen als „Werk der Baukunst" herausgestellt werden können. Schließlich kann auch der Titel für eine gelungene architektonische Lösung urheberrechtlich geschützt werden, sofern der gewählte Name hierfür individuell schöpferischen Charakter hat.
Drei Forderungen müssen erfüllt werden, um als „Werk der Baukunst" urheberrechtlich geschützt zu werden.

■ Objektiv wahrnehmbare Form

Das Werk muß in einer objektiv wahrnehmbaren Form gestaltet sein. Die menschlichen Sinnesorgane müssen das Schutzobjekt wahrnehmen. Es muß wirklich existieren. Die Wahrnehmung eines Werkes muß objektiv möglich sein und darf nicht in dem subjektiven Vorstellungsvermögen eines Phantasten zu suchen sein.
Die Form, in der ein Werk gestaltet wurde, ist nicht vom Gesetzgeber vorgeschrieben worden. Das Urheberrecht gewährt einen Gestaltungsschutz.
Die Konstruktion, das Verfahren, mit dem ein Werk der Baukunst errichtet wurde, ist ohne Bedeutung für die Gewährung des Rechtsschutzes. Dadurch ermöglicht der Gesetzgeber den Urhebern die Anwendung neuester technischer Verfahren bei der Errichtung ihrer Werke, ohne zu riskieren, die Anerkennung als „Werk der Baukunst" zu verlieren. Es spielt keine Rolle, ob das Bauwerk als Fachwerk-, Mauer-, Stahl-, Stahlskelettbau oder in einer anderen uns heute noch wenig oder gar nicht bekannten Konstruktion errichtet wurde.
Das gleiche gilt für den Einsatz der Mittel beim Aufbau der Werke. Hierbei können traditionelle Baustoffe wie Lehm und Holz verwendet werden. Es ist aber durchaus möglich und für die Schutzgewährung unbedeutend, wenn neue oder neueste Baumaterialien wie Plaste zum Einsatz gelangen, die vor zehn Jahren noch nicht existierten, als das Gesetz in der Volkskammer beraten wurde.
Da das Urheberrechtsgesetz dem Einsatz und der Anwendung von Mitteln und Verfahren bei der Errichtung von Werken der Baukunst keine Bedeutung beimißt, bewahrt es sich eine für die Gesetzgebung beispiellose Elastizität. Sie ermöglicht die Einführung und Durchsetzung neuester Baustoffe und Technologien ohne Änderung des Gesetzes. Diese progressive Regelung fördert den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und unterstützt die Anwendung von Neuerervorschlägen und Rationalisierungseffekten. Das Gesetz ermöglicht den Schöpfern von Werken der Baukunst sowohl traditionelles handwerkliches Bauen und auch weitgehend industrialisiertes Bauen nach dem Prinzip der Montage vorgefertigter Bauelemente und -teile. Auf die Prüfung eines Baues als „Werk der Baukunst" hat die Wahl der eingesetzten Baustoffe und angewandten Konstruktion keinen Einfluß. Hier kommt es lediglich auf die vom Gesetzgeber geforderte objektiv wahrnehmbare Form an.

■ Individuelle schöpferische Leistung

Das in Betracht kommende Werk muß eine individuelle schöpferische Leistung darstellen. Nicht jedes Ergebnis geistiger Tätigkeit führt zu einem schutzwürdigen Werk. Bautechnische Leistungen führen zwar zu einem Bauwerk; aber noch nicht zu einem „Werk der Baukunst". Das Produkt geistiger Arbeit muß die schöpferische Individualität ausdrücken. Mechanische Betätigung, die die geistige Aneinanderreihung von Empfindungen und Gedanken sein kann, führt nicht zu solchen Ergebnissen, die geschützt werden müßten. Die Beachtung von Standards und anderen technischen Vorschriften allein ermöglicht noch nicht, die persönliche Schöpferkraft des Autors auszudrücken. Erst die individuelle Umsetzung – nicht die Außerachtlassung – der in den technischen Normen enthaltenen Forderungen auf das zu schaffende, bereits in der persönlichen Vorstellungswelt des Schöpfers konzipierte Werk drückt dem Produkt die subjektive Note auf. Sie muß unverwechselbar sein. Wenn sie sich an historische Vorbilder anlehnt, dann nur in einem Umfang, wie von diesen Vorgängern geistige Anregungen ausgehen.
Diese bestimmende Individualität eines Werkes darf nicht mit Noch-nicht-Dagewesenem verwechselt werden. Es geht nicht darum, Bauwerke für die verschiedensten Bedürfnisse des Menschen und der Gesellschaft zu entwerfen, die es noch nicht gab und vielleicht auch gar nicht benötigt werden. Das Urheberrecht verlangt eine neue Gestaltung mit vorhandenen, meistens bekannten Mitteln und Verfahren, die noch keinem Urheber eingefallen war. Dabei kann es sich auch um eine Mischung traditioneller Techniken mit neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen handeln.
Die individuelle schöpferische Leistung ist nicht an die Tätigkeit eines einzelnen gebunden. Sie kann ebenso von einem Kollektiv erbracht werden. Doch im Ergebnis kollektiven Schaffens muß auch hier eine unverwechselbare schöpferische Leistung vorliegen. Unbedeutend ist die Größe des Kollektivs, dessen Ergebnis dann unteilbar ist. Wenngleich die Leistung des einzelnen von den Beiträgen anderer unterschieden werden kann, so tritt hier der einzelne Beteiligte zugunsten des kollektiven Ganzen zurück. Das Produkt einer solchen sozialistischen Gemeinschaftsarbeit muß wie beim individuell Tätigen eindeutig die „Handschrift" des Schöpferkollektivs erkennen lassen.
Das Urheberrechtsgesetz schützt die Ergebnisse von Einzelschaffenden in dem gleichen Umfang wie die Produkte von Kollektiven. Hier macht die Norm keinen Unterschied.
Die Wiederverwendung von Typenprojekten, z. B. im komplexen Wohnungsbau, stellt keine individuelle schöpferische Leistung dar. Hier fehlt die geforderte Individualität, und die nicht selten notwendigen Anpassungsarbeiten für solche Projekte reichen in der Regel nicht aus, um den Nachweis schöpferischer Individualität zu erbringen. Dennoch verlieren diese Bauten nicht ihren Charakter als Bauwerke, sind aber nicht Werke der Baukunst im Sinne des Gesetzes.

■ Kunstgehalt als wesentlicher Bestandteil

Für ein Werk der Baukunst – und dabei liegt die Betonung auf Kunst – müssen künstlerische Kriterien herangezogen werden, die sich in unserer Gesellschaft herausbilden. Diese Kunstvorstellungen werden durch die Umsetzung eines sozialistischen Bewußtseins realisiert.

Der Kunstgehalt an den Werken der Baukunst findet dort seinen überzeugenden Ausdruck, wo es dem Schöpfer gelingt, die praktische Universalität des Menschen, wie sie im besonderen und individuellen objektiv existiert, mit den spezifischen Ausdrucksformen sozialistischer Architektur wiederzugeben. Dabei finden die Werke der Baukunst eine überzeugende Anerkennung, die in ihrer geistigen Rezeption das Denken, Fühlen und Handeln unserer Menschen bewegen und somit das gesellschaftliche Leben beeinflussen.

Das künstlerische Element kommt heute schon in verschiedenen Leistungen unserer sozialistischen Architektur zum Ausdruck. An die künstlerischen Qualitäten eines Bauwerkes müssen aber hohe Anforderungen gestellt werden, und nicht alle Objekte unseres Bauschaffens sind geeignet, als „Werke der Baukunst" ausgewiesen zu werden. „Das einzelne Werk der Architektur muß aus sich heraus als Gesamtwerk eine individuelle schöpferisch-künstlerische Gestaltung aufweisen, damit es als selbständiges Werk der Baukunst im Sinne des Urheberrechts anerkannt werden kann" (3). Erst diese Synthese zwischen individuellem Schöpfertum und künstlerischer Formgestaltung ist die entscheidende, schwierigste Voraussetzung, um einen Bau als „Werk der Baukunst" auszuweisen.

Es genügt auch nicht, wenn die bildkünstlerische Wandgestaltung in der Eingangshalle einer zweizügigen Oberschule dem gesamten Schulbau den Charakter eines Werkes der Baukunst verleiht, wurde doch der eigentliche Gesellschaftsbau als Typenbau entwickelt und errichtet. Hier bleibt die künstlerische Wandgestaltung ein Werk der bildenden Kunst, das für sich geschützt wird. Auch künstlerische Leistungen, wie sie Mosaikarbeiten darstellen, z. B. das Thema „Strandleben" im Foyer der Schwimmhalle des Sportforums Berlin-Weißensee, lassen allein noch nicht den Schluß zu, daß der gesamte Bau ein Werk der Baukunst ist, obwohl dies durchaus möglich sein könnte. Wenn der Bau mit einer Plastik verbunden ist, die für sich ein Werk der angewandten Kunst oder der Bildhauerei sein kann und urheberrechtlich geschützt ist, läßt dies ebenfalls noch nicht die Ausdehnung des Urheberrechtsschutzes auf das gesamte Bauwerk ohne tiefgehende Prüfung zu. Die schematische Übertragung der „Regeln der Baukunst" entspricht nicht mehr dem sozialistischen Vorstellungsvermögen unserer Bürger.

Unerheblich ist, ob das Werk zur Ausführung gelangt oder nicht errichtet wird. Ausschlaggebend ist allein der Nachweis der drei genannten, vom Gesetz verlangten Bedingungen.

In allen Bereichen des Bauwesens

Kein Kriterium für einen Bau als „Werk der Baukunst" ist seine Nutzung. Es ist durchaus denkbar, daß diese Werke in allen Bereichen des Bauwesens gefunden werden können. Damit wird durch das Urheberrecht kein Unterschied zwischen den einzelnen Bereichen, wie Wohnungsbau, Industriebau, Gesellschaftsbau, Landwirtschaftsbau, Verkehrsbau oder sonstigen nicht genannten Gebieten, im Bauwesen gemacht. Die Möglichkeit, Werke der Baukunst in der DDR zu schaffen, besteht für den Architekten, Projektanten und andere Berufe gleichermaßen in allen Bereichen unseres Schaffens.

An dieser Stelle sei angemerkt, daß die Schöpfungen der Innenarchitektur der angewandten Kunst zugerechnet werden. Es spielt keine Rolle, ob ein Werk der Baukunst durch die Innenarchitektur geschmackvoll und möglicherweise auch urheberrechtlich schutzwürdig – hierfür gelten ebenfalls die drei vorgenannten Voraussetzungen – gestaltet wurde.

Es ist möglich, daß die „Werke der Baukunst" zu einem späteren Zeitpunkt als Baudenkmäler unter den besonderen Schutz des Staates gestellt werden. Dieser gesellschaftliche Schutz wird immer dann den Werken der Baukunst zuteil, wenn sie den geistigen Gütern der Nation zugerechnet werden. Durch Beschluß des Ministerrates werden solche Werke zu einem Anliegen unseres Staates erklärt, das wiederum mit den Grundsätzen des Urheberrechts übereinstimmt. Denkmäler für sich genommen sind überwiegend Werke der bildenden Kunst. Ihre Schöpfer können aber auch „Werke der Baukunst" schaffen.

Keinen Einfluß auf die Prüfung eines Werkes hat eine eventuelle Auszeichnung oder gar schon die Beteiligung an einem Wettbewerb. Hierdurch würden Qualitätsmaßstäbe den drei vom Gesetzgeber aufgestellten Kriterien zugeordnet werden, die dieser nicht verlangt. Wenn ein Bauwerk in einem Architekturwettbewerb eine Auszeichnung erhält oder in einer städtebaulichen Ausschreibung eine gelungene Leistung einen Ankauf erlebt, ist noch nicht gesichert, ob es sich hierbei um Werke oder Ensembles der Baukunst handelt. Solche Juryergebnisse haben überhaupt keinen Einfluß auf die Prüfung der vom Gesetzgeber vorgegebenen Bedingungen. Sie können aber die Aufmerksamkeit auf schöpferische Leistungen lenken, die als „Werke der Baukunst" den besonderen Schutz unseres Staates genießen.

Angrenzende Rechte

Wer die vom Gesetzgeber aufgestellten Kriterien für Werke der Baukunst auf seine Anwendung prüft, kommt zu der übereinstimmenden Ansicht, daß durchaus nicht alle Bauwerke die geforderten Bedingungen erfüllen und dieser Rechtsschutz unseres Staates einer gesellschaftlichen Ehrung gleichzusetzen ist. Dennoch gewinnt die Anwendung des Urheberrechtsgesetzes im Bauwesen in seiner Gesamtheit und in der Architektur im speziellen für sehr viele Leistungen insofern an Bedeutung, als durch die an das Urheberrecht angrenzenden Rechte (droit voisins) den Gestaltern von Plänen und Skizzen für wissenschaftliche oder technische Zwecke ein Leistungsschutz gewährt wird. Überdies erstreckt sich dieser Rechtsschutz auch auf die Gestalter von Landkarten und anderen geographischen oder ähnlichen Darstellungen, wie sie bei der Ausarbeitung von Bebauungsplänen, Generalverkehrsplänen und anderen Leistungen des sozialistischen Städtebaues im allgemeinen und in der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung im besonderen sehr häufig vorkommen. Aber auch Abbildungen und plastische Darstellungen wissenschaftlicher und technischer Art werden vom Leistungsschutz erfaßt. Das Anwendungsgebiet für solche Arbeitsergebnisse der Kartographie sind z. B. Reliefkarten mit markanten Landschaftsmerkmalen.

Es besteht kein Zweifel, daß die angrenzenden Rechte – auch Nachbarrechte genannt – in der sozialistischen Architektur häufiger in Anspruch genommen werden können, als dies für die Werke der Baukunst möglich ist. Hier hat der Gesetzgeber zwar auch die Erfüllung einer objektiv wahrnehmbaren Form und das Vorhandensein einer künstlerischen, technisch-künstlerischen oder anderen geistigen Leistung verlangt, jedoch entfällt die Erreichung individuell-schöpferischer Kriterien, wie sie das Urheberrecht für Werke fordert. Im Unterschied zum Persönlichkeitsrecht, zu dem das Urheberrecht führt, geht es in den an das Urheberrecht angrenzenden Rechten um einen „Produktionsschutz", um den „Einrichtungen und Betrieben eine selbständige rechtliche Sicherung für die Gesamtleistungen ihres Kollektivs zu schaffen, die mit spezifischen betriebstechnischen Mitteln auf kulturellem Gebiet erbracht werden" (4).

Im einzelnen wird es nicht immer leicht sein, an Plänen und Skizzen nachzuweisen, ob sie ein Schutzobjekt des Urheberrechts sind oder von den angrenzenden Rechten erfaßt werden. Bei der Prüfung dieser vom Gesetz für schutzwürdig bezeichneten Objekte muß man sich auch davon leiten lassen, inwieweit diese Dinge ein Werk der Wissenschaft sein können. Unbestritten ist, daß Entwürfe, Pläne und Skizzen zu Werken der Baukunst ebenso geschützt werden wie hiernach fertiggestellte Bauwerke, wenn sie, für sich genommen, den geforderten Voraussetzungen entsprechen.

Wie kompliziert diese Materie ist, wird an einem anderen Beispiel deutlich. Während Werke der Fotografie und der Fotomontage als Objekte der Kunst und Wissenschaft durch das Urheberrecht geschützt werden, erleben Fotografien, die diesen Anforderungen nicht standhalten, einen Leistungsschutz durch die angrenzenden Rechte. Analog kann man Pläne und Skizzen beurteilen, die, immer von Fall zu Fall auf ihre Anforderungen mit größter Sorgfalt geprüft, teils durch das Urheberrecht und zum Teil durch den Leistungsschutz vom Gesetzgeber geschützt werden.

Wenn es auch nicht einfach ist, diese Schutzobjekte auf ihre, dem Gesetz zu entnehmenden Anforderungen zuzuordnen und jede schematische kategorische Behandlung abzulehnen ist, so kann doch festgestellt werden, daß solche wissenschaftlichen Leistungen, wie sie Landkarten, Pläne, Bauskizzen, Entwürfe und ähnliche Arbeitsergebnisse aus der Arbeit unserer Architekten, Konstrukteure, Projektanten darstellen, in jedem Fall durch das Urheberrechtsgesetz geschützt werden. Das gilt auch für solche technischen Ausarbeitungen, wie sie Standard-Entwürfe in der Erarbeitungsphase darstellen, die erst nach ihrer völligen Ausreifung, wenn sie Verbindlichkeit erlangt haben und als Vorschriften anzuwenden sind, vom Urheberrecht nicht mehr erfaßt werden.

Welche Rechte den Urhebern und Leistungsschutzberechtigten zustehen und welche Rechte und Pflichten die Betriebe und Einrichtungen haben, die diese Werke der Baukunst und Leistungen für die Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben wahrnehmen, muß einer späteren Abhandlung vorbehalten bleiben.

Literatur

(1) GBl. I Nr. 14 S. 209
(2) GBl. I Nr. 47 S. 432
(3) Georg Münzer in: Autorenkollektiv unter Leitung von Püschel, Heinz: Urheberrecht der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1969, S. 106
(4) Ebenda, S. 470

Aufruf des Präsidiums des BdA der DDR an die Mitglieder des Bundes der Architekten der DDR zur Mitarbeit im Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!"

Die weitere Verwirklichung der vom VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe ist darauf gerichtet, die Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Bevölkerung zu verbessern und das materielle und kulturelle Lebensniveau unseres Volkes zu erhöhen. Jeder Bürger unserer Republik fühlt sich für die Realisierung dieser ehrenvollen Aufgabe persönlich verantwortlich und arbeitet daran mit, das gestellte Ziel im Interesse des einzelnen und zum Wohl unserer sozialistischen Gesellschaft verantwortungsbewußt zu erfüllen.

Ideen und Tatkraft eines jeden Bürgers werden gebraucht. Der Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!" fördert die Initiative und das Zusammenwirken aller Bürger im Wohngebiet. Es wird erwartet, daß die Mitglieder des Bundes der Architekten der DDR auf Grund ihrer staatsbürgerlichen Verantwortung sowie ihrer speziellen Kenntnisse und Fähigkeiten im Rahmen dieses Wettbewerbs aktiv mitwirken.

Der „Mach-mit!"-Wettbewerb hat in den vergangenen Jahren, besonders auch in Arbeitersiedlungen, Kleinstädten und Dörfern, zu sichtbaren Erfolgen geführt. Es wurden zahlreiche Wohnungen um- und ausgebaut sowie modernisiert, Trinkwasser- und Abwasserleitungen verlegt, Wege befestigt, gesellschaftliche Einrichtungen ausgebaut u. ä. Baumaßnahmen durchgeführt. Dadurch erhielten viele Wohnsiedlungen auch ein neues Gesicht. Neue Aufgaben und Initiativen für das kommende Jahr – entsprechend dem örtlichen Volkswirtschaftsplan – zeichnen sich ab. Es sollte uns mit darum gehen, daß künftig die Wettbewerbsprogramme unter Mitwirkung von Fachleuten ausgearbeitet werden. Am besten wird es dort vorangehen, wo eine auf die Perspektive orientierte Konzeption in gemeinsamer Arbeit mit den Bürgern unter Mitwirkung von Baufachleuten, insbesondere auch von Architekten, entsteht. Dabei geht es von Anfang an darum, daß Ideen, Gedanken und Initiativen der Bürger in die Konzeptionen einfließen und ihr Interesse an der Verwirklichung geweckt wird. Die Gedanken und Vorstellungen müssen auf ein gemeinsames Ziel ausgerichtet werden, und das bedarf einer guten Planung und Organisation. Die Bürger sind für jeden fachlichen Rat dankbar, wenn er zu einer wirklichen Verbesserung der gemeinsam durchzuführenden Vorhaben führt. Die vom Architekten erwarteten Vorschläge werden sich in erster Linie auf bautechnische und vor allem auf die gestalterischen Lösungen erstrecken. Diese Skala ist sehr breit; sie umfaßt sowohl die Gestaltung des einzelnen Hauses als auch die Verschönerung des gesamten Straßenraumes bzw. Wohngebietes. Die konkreten Ergebnisse müßten sich in den Ortssatzungen niederschlagen und sollten Festlegungen enthalten, wie zum Beispiel Fassadengestaltung, abgestimmte Farbgestaltung aller Häuser und Bauten, die Gestaltung der Vorgärten und die Begrünung im gesamten Dorfbild. Die Ortssatzungen bilden die Grundlage, um schrittweise zur Verschönerung unserer Dörfer beizutragen. Auf diese Weise wird es auch möglich sein ,die vielen Aktivitäten, die von den Bürgern bei der Verschönerung und Modernisierung ihrer Häuser und der Gestaltung ihrer Vorgärten entwickelt werden, nach einheitlichen Gestaltungsprinzipien zu ordnen.

Um eine hohe Effektivität bei der Nutzung der Bevölkerungsinitiative zu erreichen und auf diesem Wege zu konkret abrechenbaren Wettbewerbsergebnissen zu kommen, ist es notwendig, ein klares, über mehrere Jahre reichendes Programm auszuarbeiten. Dadurch wird auch gewährleistet, daß sich die gemeinsam durchzuführenden Bau- und Verschönerungsmaßnahmen in die Perspektive der Siedlung sowie des Gemeindeverbandes einordnen und zu ihrer Entwicklung beitragen. Es ist also notwendig, eine solche Entwicklungskonzeption für die Wohnsiedlung zu schaffen, die unter Beachtung der Erfordernisse der Produktion, die baulich-räumliche und gestalterische Entwicklung der Siedlung in großen Zügen angibt.

Bei großen Umgestaltungs- und Neubaumaßnahmen werden solche Entwicklungskonzeptionen durch die städtebaulichen Projektierungseinrichtungen ausgearbeitet. Dagegen sind Konzeptionen in jenen Fällen, wo große Vorhaben nicht vorgesehen sind, durch die örtlichen Bauaktive selbst zu erarbeiten. Die städtebaulichen Projektierungseinrichtungen werden aber auch die von ihnen zu bearbeitenden Bebauungskonzeptionen nicht so weit durcharbeiten, wie es zur Führung der Wettbewerbe notwendig ist. Deshalb ist die Erarbeitung klarer, auf die Zukunft gerichteter Wettbewerbskonzeptionen, die von realen Möglichkeiten ausgehen und eine schrittweise Verwirklichung des gestellten Zieles ausweisen, eine der wichtigsten Grundlagen für die Führung des „Mach-mit"-Wettbewerbes.

In Zusammenarbeit mit den Ortsausschüssen der Nationalen Front und den Räten der örtlichen Volksvertretungen sollen die Wettbewerbskonzeptionen durch Architekten der Bevölkerung sachkundig erklärt und ihre Bereitschaft zum Mitmachen erweckt werden.

Um das Niveau der Wettbewerbsführung weiter anzuheben, ist es erforderlich, in einzelnen Gemeinden, wo die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind, Schrittmacherarbeit zu leisten und Beispiele zu schaffen. In solchen Gemeinden muß die Mitwirkung der Mitglieder des Bundes der Architekten der DDR gesichert werden.

Zur Mitwirkung der Mitglieder des Bundes der Architekten

1. Zwischen dem Bezirksgruppenvorstand des BdA der DDR und dem Rat des Bezirkes sowie dem Rat des Kreises sind Mitwirkungsvereinbarungen abzuschließen und die Kontrolle der Durchsetzung zu sichern.

2. An jedem Beispiel im Territorium soll ein kleines Architektenkollektiv, etwa zwei bis drei Personen, langfristig mitwirken und in Zusammenarbeit mit den Ausschüssen der Nationalen Front die Bevölkerung in die ideenreiche Mitarbeit einbeziehen.

3. Die Aufgaben des Architektenkollektivs sollen darin bestehen:

Erarbeitung einer baulich-räumlichen und gestalterischen Konzeption für die ländliche Siedlung. Dabei ist methodisch nach den Materialien der Bauakademie vorzugehen. Davon ausgehend, sind die Ortssatzungen entweder zu erarbeiten oder zu überarbeiten.

Die Zwischenergebnisse müssen Gegenstand einer gründlichen Beratung mit dem örtlichen Rat und seinen Organen sein, insbesondere dem örtlichen Bauaktiv sowie auch den Vertretern der örtlich ansässigen Betriebe, insbesondere der LPG.

4. Die Konzeption der Bau- und Verschönerungsmaßnahmen soll dem Ortsausschuß der Nationalen Front als Grundlage dienen, die einzelnen Wettbewerbsetappen, bezogen auf die Jahrespläne, abzustecken. Hierbei sollen die Architekten im Territorium mit Rat und Tat Hilfe und Unterstützung geben.

5. Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die Architekten als Fachberater und politische Agitatoren wirksam werden. Diese Aufgabe wird vor allem in solchen Gemeinden sehr wichtig sein, in denen Baufachleute nicht ansässig sind und auch das Bauaktiv nicht mit den entsprechenden Fachleuten besetzt ist. In dieser Phase der Arbeit kommt es vor allem darauf an, daß praxisbezogene Ratschläge erteilt werden, wozu die Architekten über einen umfangreichen Erfahrungsschatz verfügen müssen. Aus diesem Grunde sollte sich das Architektenkollektiv aus Spezialisten und politischen Funktionären zusammensetzen. Es werden sowohl Kollegen mit Erfahrungen aus der städtebaulichen Planungspraxis, aus der Projektierungspraxis, aber auch aus der Bauausführung benötigt.

6. Die Verallgemeinerung der bei der beispielhaften Durchführung des Wettbewerbes gewonnenen Erfahrungen muß mit dem Ziel erfolgen, anderen Gemeinden Ratschläge und Hilfe zu geben. Das sollte Anliegen der jeweiligen Volksvertretungen und Ortsausschüsse der Nationalen Front in Zusammenarbeit mit den Architekten und Landschaftsgestaltern sein. Die Architekten haben dabei die Aufgabe, sowohl die baulich-gestalterischen Lösungen überzeugend und anschaulich darzustellen als auch Methoden der Planung und Projektierung zu erläutern und Variantenvorschläge zu unterbreiten. Das Anleitungsmaterial muß so anschaulich sein, daß andere Gemeinden, die nicht über eine ständige Unterstützung durch Architekten und Fachexperten verfügen, ebenfalls eine Richtschnur zu ihrem Handeln haben und dem Beispiel folgen.

7. Die Öffentlichkeitsarbeit der Ausschüsse der Nationalen Front und des Bundes der Architekten der DDR in den Territorien kann durch Problemdiskussionen über Variantenvorschläge bei der Gestaltung ganzer Straßenzüge, Ensembles, Häuser oder ganzer Landschaftsgebiete sowie durch Dia-Vorträge, Vorstellung von Projekten usw. anschaulich und überzeugend vertieft werden.



INFORMATIONEN

Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Ingenieur Gerhard Laake, Karl-Marx-Stadt,
3. April 1910, zum 65. Geburtstag

Architekt Dipl.-Gartenbauinspektor Oskar Köster, Berlin,
4. April 1905, zum 70. Geburtstag

Architekt Dr. agr. Helmut Lichey, Berlin,
7. April 1910, zum 65. Geburtstag

Architekt Ludwig Azone, Liebenwalde,
8. April 1915, zum 60. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Jochen Krenkel, Dresden,
9. April 1925, zum 50. Geburtstag

Architekt Hans-August Füllgrabe, Erfurt,
11. April 1895, zum 80. Geburtstag

Architekt Arthur Beck, Schkeuditz,
14. April 1905, zum 70. Geburtstag

Architekt Baumeister Heinrich Göller, Leipzig,
15. April 1910, zum 65. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Helmut Wächter, Dresden,
15. April 1910, zum 65. Geburtstag

Innenarchitekt Hans Lepak, Berlin,
16. April 1925, zum 50. Geburtstag

Architekt Fritz Lipinski, Wurzen,
16. April 1915, zum 60. Geburtstag

Dipl.-Arch. Herbert Jünger, Berlin,
18. April 1925, zum 50. Geburtstag

Architekt Kurt Röthig, Dresden,
21. April 1910, zum 65. Geburtstag

Dipl.-Arch. Rudolf Loßner, Leipzig,
23. April 1915, zum 60. Geburtstag

Architekt Hugo Fuchs, Halle,
26. April 1925, zum 50. Geburtstag

Bauakademie der DDR

Bedeutende Aufgaben für junge Neuerer

Im Rahmen der XVII. Zentralen Messe der Meister von morgen und der V. Zentralen Leistungsschau der Studenten und jungen Wissenschaftler tauschten Prof. Gerhard Herholdt, Ordentliches Mitglied der Bauakademie der DDR und Direktor des Instituts für Wohnungs- und Gesellschaftsbau, sowie weitere leitende Mitarbeiter der Bauakademie der DDR im Ausstellungsbereich des Bauwesens Erfahrungen mit jungen Bauarbeitern und Bauwissenschaftlern aus. Prof. Herholdt interessierte sich dabei besonders für Exponate, die der Rationalisierung des Wohnungsbaus, insbesondere der weiteren Vervollkommnung der Wohnungsbauserie 70, dienen.
Dem Jugendneuererkollektiv des VEB WBK Gera, das eine Lösung für die Veränderung des Deckenrasters von 1,80 m × 6,00 m auf 2 m × 6 m ausgearbeitet hat, schrieb Prof. Herholdt ins Gästebuch: „Die entwickelte Deckenlinie zur Rationalisierung in vorhandenen Plattenwerken ist ein ausgezeichneter Beitrag für die weitere Intensivierung des Wohnungsbaus in unserer Republik. Die Nutzung dieser Lösung in weiteren Wohnungsbaukombinaten kann auf der Grundlage der in Gera gesammelten Erfahrungen zur Einführung der Wohnungsbauserie 70 nur empfohlen werden. Dem Jugendkollektiv Dank und weitere Erfolge."

Nach dem ausführlichen Informationsbesuch an den Ausstellungsständen der jungen Bauleute vereinte ein Rundtischgespräch junge Mitarbeiter der Bauakademie und ihre Partner aus Kombinaten des Bauwesens.
Im Namen des Präsidenten der Bauakademie der DDR begrüßte Prof. Herholdt die Jugendlichen. Am Anfang seiner Ausführungen hob er die aktive Mitarbeit jugendlicher Bauleute an Brennpunkten des Aufbaues unserer Republik in den letzten 25 Jahren hervor.
Der Wohnungsbau als Kernstück des sozialistischen Programms von Partei und Regierung bietet gerade Jugendlichen ein Betätigungsfeld, auf dem sie mit dem ihnen eigenen Elan hohe Leistungen vollbringen können.
Die Rationalisierungskonzeption WBS 70 ist als Bestandteil des Staatsplanes Wissenschaft und Technik darauf ausgerichtet, über Forschung, Projektierung und Bauausführung unter Nutzung der vorhandenen Grundfonds der Kombinate die einheitliche wissenschaftlich-technische Baupolitik auf dem Gebiet des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus schrittweise durchzusetzen.
Das Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau hat zur Zeit drei Jugendaufgaben im Plan, und weitere Jugendaufgaben werden gemeinsam mit anderen Instituten gelöst. Am gemeinsam mit dem WBK Berlin geführten Wettbewerb zur Anwendung der WBS 70 in der Hauptstadt sind Jugendliche des Kombinates und der Akademie an bisher erreichten Ergebnissen beteiligt. Gerade zwischen jungen Produktionsarbeitern und wissenschaftlich tätigen Jugendlichen wächst das Vertrauensverhältnis ständig.
Bedeutende Aufgaben für Jugendliche bieten sich insbesondere bei der Realisierung des vom Ministerium für Bauwesen beschlossenen Plattenwerkprogramms. Das gilt ebenso für die Entwicklung einer Sanitärzelle aus Gipsbaustoffen in Auswertung der Erfahrungen des Moskauer Häuserkombinats 1.
Für ein Komplexsystem der Hoch- und Tiefbauproduktion für die stadt- und gebäudetechnische Erschließung eines Wohngebiets nach den Prinzipien der industriellen Fließfertigung werden gemeinsam mit den Betrieben der TGA, dem Institut für Ingenieur- und Tiefbau der Bauakademie sowie einem Wohnungsbau und einem Tiefbaukombinat Beispiellösungen erarbeitet. Prof. Herholdt stellte in Aussicht, daß ein vorgesehenes Repräsentationsprojekt für eine ausgewählte Komplexstation aus Bauelementen der WBS 70 und Blockeinheiten der TGA geeignet ist, zu einem Jugendobjekt erklärt zu werden.
Im Bauwesen der DDR hat sich seit 1972 die Anzahl der Jugendbrigaden von 1885 auf 3077 und die der Jugendobjekte von 2548 auf 4509 erhöht. Für die stärkere Teilnahme von Jugendkollektiven der Bauakademie an der MMM und der Leistungsschau können noch erhebliche Reserven erschlossen werden. Den Jugendlichen höhere Verantwortung zu übertragen, das ist ein Beitrag zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, Senkung des Arbeitszeitaufwandes und zur Verbesserung der Materialökonomie.
Von den 30 an dem Rundtischgespräch teilnehmenden Jugendlichen beteiligten sich an der Diskussion auch Leiter und Mitglieder von Jugendkollektiven aus Kombinaten und Baubetrieben des Bauwesens. Dieter Tarras vom VEB Zementkombinat Rüdersdorf berichtete über die Zusammenarbeit mit einem Jugendkollektiv des Zentralinstituts Einheitssystem Bau der Bauakademie der DDR. Sie entwickelten eine Palettiermaschine, die im Werk IV bereits eingesetzt ist und bei gesackten Bindemitteln eine Senkung des Arbeitskräfteaufwandes in der Baustoffversorgung garantiert. Harri Hahn, Jugendbrigadier im Betonwerk Grünau des WBK Berlin, hob die Zusammenarbeit zwischen Bauwissenschaftlern und Bauarbeitern sowie mit Stahlarbeitern des VEB Stahlbau Dresden bei der Entwicklung des Aufzugschachtraumelements als beispielgebend hervor. Die auf der Versuchsanlage anfangs noch vorhandene Lärm- und Hitzebelästigung konnte für die Serienproduktion in ständiger Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern unmittelbar in der Produktionshalle wesentlich gesenkt werden. Die in Berlin im ZESB der Bauakademie der DDR entwickelte Form kann auch in anderen WBK angewendet werden. Christian May vom VEB Berliner Aufzugs- und Fahrstuhlbau wies darauf hin, daß in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit auch die Komplettierung des Elements im Betonwerk ausgearbeitet und in die Praxis überführt wurde. Die Baugruppen werden im Plattenwerk eingebaut; diese Technologie trägt zur Senkung des Arbeitszeitaufwandes bei der Fahrstuhlmontage auf der Baustelle wesentlich bei. Weitere Aufgaben bestehen darin, einen wirksamen Regenschutz während der Montage zu erzielen und die Stemmarbeiten im Schachtdeckenelement zu vermindern. Prof. Herholdt schätzte diese Empfehlungen als wertvolle konstruktive Hinweise ein.
Gabriele Stolze, Mitglied der FDJ-Grundorganisationsleitung der Bauakademie der DDR, berichtete davon, wie im Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie eine Beispiellösung für die Konzentration gesellschaftlicher Einrichtungen in Zentren von Wohngebieten als Jugendobjekt bearbeitet wurde. Sie wies darauf hin, daß es nunmehr darauf ankommt, Aufgaben für Jugendliche nicht nur sporadisch zu vergeben, sondern vor allem solche Planaufgaben an Jugendliche zu übertragen, die deren Fähigkeiten und der Zusammensetzung des Kollektivs entsprechen.

Kolloquium „Stadt- und Umlandbeziehungen"

Im Mai 1974 fand das 2. gemeinsame Kolloquium der Sektion Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR mit der Klasse Umweltschutz und Umweltgestaltung der DDR statt.
Unter Leitung des Vorsitzenden der Klasse, Prof. Dr. E. Lehmann, und im Beisein der Vizepräsidenten Prof. Dr. U. Lammert (Bauakademie) und Prof. Dr. Dr. Schwabe (Akademie der Wissenschaften) sowie des Vorsitzenden der Sektion, Prof. Dr. Urbanski, berieten je etwa 25 Mitglieder beider Gremien Fragen der Stadt-Umlandbeziehungen.

Dr. Roos, Akademie der Wissenschaften der DDR, sprach zum Thema **„Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus der Territorien"**.

Wie in anderen industriell entwickelten Ländern bestehen auch in der DDR noch territoriale Niveauunterschiede — besonders zwischen Nord- und Südbezirken — hinsichtlich der Produktions-, Beschäftigten- und Ausstattungsanteile im Verhältnis zum Flächenanteil. Diese aus dem Kapitalismus herrührende Erscheinung kann nicht kurzfristig beseitigt werden, da die einmal vorhandenen Kapazitäten voll auszulasten sind und der Verbrauch in Abhängigkeit von der Leistung territorial ebenfalls ungleich erfolgt. Erstes Ziel ist, eine weitere Vertiefung der Disproportionen zu vermeiden.
Auf Grund der territorial ungleichen Entwicklung ist es vielfach notwendig, Bedingungen zu schaffen, die die wachsenden Fähigkeiten und Bedürfnisse unserer Werktätigen einerseits und die optimale Herausbildung territorialer Produktionskomplexe andererseits günstig beeinflussen.
Ein wesentlicher Hebel zur Niveauangleichung ist die Differenzierung des wirtschaft-

lichen Wachstumstempos unter Berücksichtigung der territorial unterschiedlichen Kostenschwellen für die Erschließung territorialer Ressourcen.
Die Konzentration von Produktion und Bevölkerung in den besonders zu fördernden Gebieten ist auf wenige, gleichmäßig verteilte Zentren zu konzentrieren, die ein möglichst großes Einzugsgebiet wirtschaftlich, sozial und kulturell erfassen.

Dr. Gottfried Wagner, Bauakademie der DDR, sprach über **„Probleme der Entwicklung von Siedlungssystemen"**.

Die Angleichung des Lebensniveaus von Stadt und Land vollzieht sich unter sehr differenzierten Siedlungsbedingungen. Die Mehrzahl der Siedlungen ist zu klein, um den Ansprüchen ihrer Bewohner auf Arbeit, Versorgung und Erholung selbst genügen zu können.
Die Verbesserung von Stadt-Umlandbeziehungen und die Konzentration des Neubaus auf Siedlungszentren als untere Kategorie der Hierarchie zentraler Orte reichen allein nicht aus, den Bedürfnissen der kleinen Gemeinden gerecht zu werden und dabei die in den Orten unterschiedlich vorhandenen Potenzen voll zu nutzen.
Zur gegenseitigen Ergänzung der unterschiedlich profilierten Siedlungen ist deren funktionsteiliges Zusammenwirken in Siedlungssystemen zu organisieren und mit jeder Baumaßnahme auf eine zunehmende Konzentration der Siedlungssubstanz, Bündelung der Pendlerbeziehungen und schließlich Aufhebung ungünstiger überörtlicher Funktionsbeziehungen hinzuwirken.

Dipl.-Ing. Ewald Henn (Büro für Städtebau des Bezirkes Erfurt) sprach **„Zur Umgestaltung der Mittelstädte als Beitrag zur Entwicklung des Siedlungsnetzes"**.

Die Mittelstädte der DDR sind entwicklungsfähige Zentren der Industrieproduktion mit wichtigen gesellschaftlichen Funktionen im Siedlungsnetz. Die Überschaubarkeit der Lebensbereiche, die Verflechtung der Bereiche Wohnen und Erholen sowie die Sicherung einer komplexen Versorgung und Betreuung der Bevölkerung bilden eine gute Grundlage für die Entwicklung unserer Städte.
Der industriellen Entwicklung der Mittelstädte muß die gesamtstädtische Entwicklung entsprechen, um Störwirkungen auf die soziale und technische Infrastruktur und die Umwelt zu verhindern. Insbesondere bedarf die überalterte Wohnbausubstanz der Modernisierung bzw. des Ersatzes in Einheit mit der Erhaltung und Erweiterung baulicher Grundfonds. In den historisch gewachsenen Stadtzentren sind die Funktionsbereiche des Arbeitens und Wohnens in enger Verflechtung mit den gesellschaftlichen Einrichtungen zu erneuern und von störenden Einflüssen der Industrie und des Verkehrs zu befreien. Im Umland sind wichtige Erholungs- und Versorgungsfunktionen zu entwickeln.
Die Umgestaltung der Mittelstädte einschließlich ihres Umlandes erfordert eine langfristige Planung und eine komplexe wissenschaftliche Durchdringung der dabei auftretenden sozialen, gestalterischen, technischen, ökonomischen und siedlungsstrukturellen Fragen.

Prof. Dr. Lüdemann (Akademie der Wissenschaften der DDR) sprach über **„Stadt-Umlandbeziehungen und ihre Bedeutung für die Gestaltung der Siedlungsstruktur"**.

Die Gestaltung der Stadt-Umlandbeziehungen trägt zur schnelleren Anpassung der Siedlungsstruktur an die gesellschaftlichen Erfordernisse des Sozialismus bei, als das allein auf dem Wege der nur langfristig möglichen Veränderung des Siedlungsnetzes selbst denkbar wäre.
Die territorial flexiblen Stadt-Umlandbeziehungen, die sich im Prozeß der Anpassung an neue Bedürfnisse und neue Möglichkeiten herausbilden, gilt es planerisch besser zu bewältigen. Das geschieht, wenn auch nur indirekt, durch die veränderte Ausstattung von Zentren im Siedlungsnetz, durch landeskulturelle Maßnahmen für die Naherholung und durch die Veränderung der Verkehrsverhältnisse bei Beachtung sich herausbildender neuer Bedürfnisse und Verhaltensweisen der Bevölkerung.

Dr. Heinzmann (Akademie der Wissenschaften der DDR) sprach über **„Stadttypen und Intensitätszonen der Umlandbeziehungen in ihrer regionalen Differenzierung"**.

In Abhängigkeit von Typ und Lage der Städte sowie von Struktur- und Entwicklungsdynamik des Umlandes werden als Grundtypen städtischer Zentren unterschieden: Hauptstadt, Bezirks-, Gebiets-, Kreis- und Lokalzentren.
Im Umland verringern sich mit wachsender Entfernung die Intensität und das Spektrum der Stadt-Umlandbeziehungen. So lassen sich z. B. im Umland von Gebietszentren drei Intensitätszonen nach dem Grad der Orientierung der Umlandbevölkerung auf Zentren feststellen:

1. volle Orientierung auf Gebietszentrum (bis etwa 15 km)
2. Arbeitspendelwanderung zum Gebietszentrum (bis etwa 20 km)
3. Wahrnehmung von Leistungen der Spezialversorgung im Gebietszentrum bei dominanter Orientierung auf Lokal- und Kreiszentren im Umland selbst (bis etwa 50 km).

Außer der unterschiedlichen Zonierung um Zentren verschiedenen Typs sind für die Planung von Stadt und Umland als Einheit gebietstypische Unterschiede in wirtschafts- und siedlungsstruktureller Hinsicht zu berücksichtigen. Die Vielfalt im Arbeitsplatz- und Leistungsangebot hängt stark von der Dichte des Städtegesetzes und der Erreichbarkeit der Zentren der oberen Stufen der Städtehierarchie ab.

Prof. Dr. sc. Mohs (Martin-Luther-Universität, Halle) sprach **„Zur Entwicklung der Siedlungsstruktur in Ballungsgebieten"**.

Die Entwicklung überdurchschnittlicher lokaler und regionaler Agglomerationen von Produktion und Bevölkerung ist unter sozialistischen Verhältnissen volkswirtschaftlich positiv einzuschätzen. Die Ballungsgebiete der DDR haben einen hohen Urbanisierungsgrad erreicht und bieten günstige Voraussetzungen für sozialistische Arbeits- und Lebensverhältnisse. Ihre Dynamik wird durch die weitere Konzentration von Produktion und Wissenschaft bestimmt.
Probleme ergeben sich aus der Diskrepanz von Arbeitsplätzen und verfügbaren Arbeitskräften für die proportionale Entwicklung der Bereiche innerhalb und außerhalb der materiellen Produktion sowie aus der hohen Umweltbelastung in den Ballungsgebieten.
Die großstädtischen Ballungskerne bedürfen einer intensiven Entwicklung als politische, ökonomische, soziale und kulturelle Zentren, einer weiteren Steigerung ihrer Effektivität und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. In den Ballungsfeldern sind auf Grund der weiterzuentwickelnden Infrastruktur die Beziehungen zum Kern und zu den Subzentren zu intensivieren und zu erweitern. Insgesamt ist die Mobilität der Bevölkerung in den Ballungsgebieten zu erhöhen.
Den generellen Zielvorstellungen zur siedlungsstrukturellen Entwicklung der Ballungsgebiete in der DDR entspricht die polyzentrische Knoten-Bandstruktur.
Im Anschluß an diese 6 Kurzreferate sprachen zahlreiche Kollegen zur Diskussion.
Es ist geplant, die Zusammenarbeit beider Akademien fortzusetzen und 1975 ein 3. gemeinsames Kolloquium unter Leitung von Prof. Dr. Urbanski vorzubereiten. Dabei sollen sowohl die Zielfunktionen theoretisch weiter vertieft als auch die Entwicklungsprobleme konkreter, unter Einbeziehung technologischer Faktoren, herausgearbeitet werden.

Dipl.-Ing. Sylten

Bücher

Máté Major

Geschichte der Architektur, Band 1

720 Seiten, 470 Abb., Leinen, 52,– Mark
Henschelverlag Berlin 1974

Hier wird in zweiter, völlig überarbeiteter Auflage der erste Band der dreibändigen „Geschichte der Architektur" des angesehenen ungarischen Fachmannes Máté Major dem Publikum in der DDR wieder zugänglich gemacht. Dieser erste Band umfaßt die Zeit von der verfallenen Urgesellschaft bis zum Ende des römischen Imperiums, und allein diese große Zeitspanne bedingt die gewählte komprimierte Darstellung einzelner Etappen der Entwicklung von Bautätigkeit und Architektur.
Verdienstvoll ist diese Edition sicher und vor allem aus folgendem Grund: Hier wird unseren Studenten für ihr Architekturstudium ein leicht überschaubar gegliedertes Standardwerk in die Hand gegeben, das versucht, über die bauhistorischen Bezüge hinaus auch über allgemein historische Hintergründe zu informieren. Daß das für einen Autoren allein sehr schwierig zu lösen ist, zeigt sich denn auch in einer Reihe von Kapiteln, in denen die Geschichte vornehmlich als Genealogie jeweiliger Herrscherfamilien dargestellt erscheint. Ohne den starken Einfluß von Repräsentanten der herrschenden Sklavenhalterklasse auf die Errichtung großer Bauwerke zu unterschätzen, ist die hier gewählte Form der Darstellung mindestens diskussionswürdig.
Diese Einschränkung schmälert den Wert dieser Publikation nicht, zumal die Ausstattung und Gestaltung vorzüglich und repräsentativ sind. Die strikt eingehaltene Untergliederung der behandelten Epochen in die Abschnitte Geschichte, Kultur und Architekturentwicklung erleichtert dem Nutzer das Auffinden ihm wichtiger Passagen. Ebenso bestechend ist die Sorgfalt bei der Erarbeitung des wissenschaftlichen Apparates (Personenregister, Orts- und Sachregister).
Ein Einwand sei dem Rezensenten jedoch gestattet. Trotz der im Vorwort vom Autor erklärten Absicht, aus Gründen der Materialfülle nur solche Kulturkreise Asiens, Afrikas und Amerikas zu skizzieren, die Vorläufer der europäischen Architektur gewesen seien, ist die „Amputation" einer Reihe bedeutender Kulturkreise in einer „Geschichte der Architektur" doch sehr schmerzlich.
Insgesamt kann man jedoch die Herausgabe dieses Werke in der DDR nur begrüßen, da hiermit den vielen an der Architektur Interessierten — und nicht nur den Fachleuten — ein zudem gut anschaubarer Leitfaden durch die Frühgeschichte der Architektur in die Hand gegeben wird.

gen.

Im April 1975 erscheinen im VEB Verlag für Bauwesen:

Pitloun
Schwingende Rahmen und Türme
Berechnungstafeln
1. Auflage

Richter
Grundlagen der Statik und Festigkeitslehre
Lehrbuch (Berufsschulbuch)
3. Auflage

Woitera
Praktische Anwendung des Vertragsrechts im Bauwesen
1. Auflage

Zakrzewski; Zick
Fachzeichnen mit Arbeitsblättern
Lehrbuch (Berufsschulbuch)
3. Auflage

Kurzfassung	Содержание

DK 333.32 711.581 711.4-111

Lammert, U.

Aufgaben des Städtebaus zur Erfüllung des langfristigen Wohnungsbauprogramms bis 1990 als Beitrag zur Lösung der Hauptaufgabe des VIII. Parteitages

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 3, S. 135 bis 142

Das Referat auf der 31. Plenartagung der Bauakademie der DDR behandelt die neuen Anforderungen an die Entwicklung des Städtebaus, die sich aus dem Wohnungsbauprogramm der DDR ergeben. In den Mittelpunkt stellt der Referent die Weiterentwicklung der Generalbebauungsplanung, die Erhöhung der funktionellen und gestalterischen Qualität neuer Wohngebiete sowie die Schaffung des wissenschaftlichen Vorlaufes für die Umgestaltung von Altbaugebieten.

135

УДК 333.32 711.581 711.41-111

Lammert, U.

Задачи градостроительства в связи с долгосрочной программой жилищного строительства до 1990 г. как вклад в решение главной задачи VIII-го съезда СЕПГ

Architektur der DDR, Берлин 24 (1975) 3, стр. 135 до 142

Реферат перед 31-м пленарным заседанием Академии строительства ГДР выдвинул, новые требования к развитию градостроительства, возникающие из программы жилищного строительства ГДР. В центре внимания стоят дальнейшее развитие генерального планирования застройки, повышение функционального и оформительного качества новых жилых районов как и создание научного запаса для реконструкции старой застройки.

DK 711.4.001.891

Heynisch, W.

Für eine höhere Qualität und Praxiswirksamkeit der Forschungsergebnisse im Städtebau

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 3, S. 143 bis 144

In den Schlußbemerkungen auf der 31. Plenartagung der Bauakademie der DDR wurde eine Reihe von Schwerpunkten der künftigen Forschungsarbeit im Städtebau dargelegt. Große Bedeutung wird dabei städtebaulichen Experimenten und Beispielplanungen beigemessen.

143

УДК 711.4.001.891

Heynisch, W.

За высшее качество и эффективность в практике итогов исследования в градостроительстве

Architektur der DDR, Берлин 24 (1975) 3, стр. 143 до 144

В заключительных замечаниях на 31-м пленарном заседании Академии строительства ГДР намечен ряд важных пунктов будущей исследовательской работы в области градостроительства. Большое внимание уделяется градостроительным экспериментам и образцовому планированию.

DK 727.111 + 725.573

Baum, G.

Kombinierte Vorschuleinrichtung mit Elementen der WBS 70

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 3, S. 145 bis 148,
2 Grundrisse, 1 Schnitt, 5 Abbildungen

Das Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau der Bauakademie der DDR erarbeitete im Rahmen seiner Forschungsvorhaben Vorschläge für die Errichtung einer neuen Generation von Vorschuleinrichtungen unter Verwendung von Elementen der Wohnungsbaureihe 70.
Arbeitsgrundlage für die Entwicklung solcher kombinierter Vorschuleinrichtungen war eine Studie der Bauakademie der DDR aus dem Jahre 1970. Unter Mitwirkung der Fachplanträger und deren Instituten wurden Funktionslösungen erarbeitet und bestätigt und dem WBK Potsdam zur weiteren Realisierung übergeben.
Die hier vorgestellte Vorzugslösung einer kombinierten Einrichtung (Kindergarten mit 90 Plätzen, Kinderkrippe mit 180 Plätzen) wird im Experimentalbau getestet und nach den erforderlichen Veränderungen als standortloses Angebotsprojekt vom WBK Potsdam, Betriebsteil Projektierung, entwickelt. Die Einheit weist eine Hauptfunktionsfläche von rund 1380 m² aus.

145

УДК 727.111 + 725.573

Baum, G.

Комбинированное с элементами ВБС 70 дошкольное устройство

Architektur der DDR, Берлин 24 (1975) 3, стр. 145 до 148,
2 гор. проекц., 1 черт. в разр., 5 илл.

Институт жилищного и общественного строительства Академии строительства ГДР выработал в рамках исследований предложения на создание новой генерации дошкольных устройств с применением элементов серии жилищного строительства (ВБС) 70. Основой развития таких комбинированных устройств было исследование Академии строительства ГДР из 1970-го года. В сотрудничестве с носителями отраслевых планов и их институтами выработаны функциональные решения, которые после апробации были переданы комбинату жилищного строительства в г. Потсдаме для дальнейшей реализации. Представленное в настоящей статье предпочтительное решение комбинированного устройства (детский сал на 90 мест, ясли на 180 мест) испытывается как экспериментальное строение а потом, после необходимых изменений, развивается дальше как проект предложения без местонахождения комбинатом жилищного строительства в г. Потсдаме, группой проектирования. Единица имеет главную площадь функции в ок. 1380 кв.м.

DK 725.573 + 727.111

Wegener, K.-H.

Kombination Kinderkrippe/Kindergarten in 5-Mp-Bauweise

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 3, S. 149 bis 151,
4 Abbildungen, 3 Grundrisse

Durch den Bau dieser neuen Vorschuleinrichtung im Bezirk Erfurt wurden gegenüber der bisher in 2-Mp-Bauweise errichteten Kombination einige wichtige Vorteile erreicht:
Bauzeit- und Materialeinsparung ergaben sich durch die Laststufenerhöhung; die verwendeten Elemente aus der Wohnungsbaureihe Erfurt sind oberflächenfertig, und somit entfallen nachträgliche Putzarbeiten; eine geringere Verkehrsfläche im Gebäude spart Kosten, und mit dem kompakten Baukörper gewinnt man mehr Freifläche.

149

УДК 725.573 + 727.111

Wegener, K.-H.

Комбинация ясли/детский сал по 5-Мп способу строительства

Architektur der DDR, Берлин 24 (1975) 3, стр. 149 до 151,
4 илл., 3 гор. проекц.

Строительство этого нового дошкольного устройства в эрфуртском районе позволило реализовать некоторые важные преимущества по сравнению с комбинацией, возведенной по 2-Мп способу. Повышение ступени нагрузки сдало экономию времени и материалов; примененные элементы из серии жилищного строительства Эрфурт имеют готовые поверхности и так не требуют дополнительных штукатурных работ; меньшая площадь движения в здании помогает снизить стоимость и компактное тело здания увеличивает свободную площадь.

DK 711.58(-201); 004.69

Lange, H.

Komplexe Modernisierung in Gotha

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 3, S. 173 bis 177,
10 Abbildungen

Für die weitere Entwicklung der 1200 Jahre alten Stadt Gotha sind sowohl für den Wohnungsneubau als auch für die Modernisierung einige Besonderheiten zu beachten. Drei sich wechselseitig beeinflussende städtebauliche Räume bestimmen die weitere Planung. Dabei handelt es sich um das Stadtzentrum, das Altbaugebiet Thälmannstraße/Brunnenstraße und das Wohnungsneubaugebiet am westlichen Stadtrand.
Im Generalbebauungsplan wurde für das Altbaugebiet eine Restnutzungsdauer von 30 Jahren und mehr ausgewiesen. Auf Grund dessen wurde ein zulässiger Reparatur- und Modernisierungsaufwand von rund 13 000 Mark je Wohnung festgelegt, um damit eine Restnutzungsdauer von rund 50 Jahren zu erreichen. In die vorwiegend drei- bis viergeschossigen Gebäude wurden moderne sanitäre Einrichtungen eingebaut, die Wohnungsgrundrisse wurden zum Teil verändert, ebenso wurden die Fassaden rekonstruiert und Wohnhöfe entkernt. 1975 werden nach Plänen der Stadt weitere 41 Wohngrundstücke mit 154 Wohnungen modernisiert.

173

УДК 711.58(-201) 004.69

Lange, H.

Комплексная модернизация в г. Гота

Architektur der DDR, Берлин 24 (1975) 3, стр. 173 до 177,
10 илл.

Дальнейшее развитие города Гота, которому уже 1200 лет, требует обратить внимание на некоторые особенности как при новостройке, так и при модернизации. Три градостроительные пространства, влияющие друг на друга, определяют дальнейшее планирование. При этом речь идет о центре города, о районе старой застройки Тельманнштрассе/Брунненштрассе и о районе новой застройки на западной окраине города. Генеральный план застройки учитывает остаточный срок использования в 30 лет и больше. На основе этого установилась допустимая стоимость ремонта и модернизации в ок. 13 000 марок за квартиру с целью достигнуть остаточный срок использования в ок. 50 лет. Преимущественно трех- и четырехэтажные здания получат современные санитарные устройства, планы квартир будут отчасти изменены и фасады реконструированы. По планам города предусмотрено модернизовать 41 жилой участок с 154 квартирами.

Summary

DK 333.32 711.581 711.4-111

Lammert, U.

Demands on Town Planning for Long-Range Housing Construction Programme for Period by 1990 – A Contribution Towards Solution of Principal Problem and Accomplishment of Major Objective Proclaimed by VIIIth Party Congress

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) No. 3, pp. 135–142

New demands made on town planning in the context of housing construction in the GDR have been suggested in the main paper delivered at the 31st Plenary Meeting of Bauakademie der DDR. Emphasis has been laid on the need for further progress in general planning, improvement of standards in terms of functionality and architecture of new housing areas, and more future-oriented research reserves for the renewal of old-age building areas.

DK 711.4.001.891

Heynisch, W.

More Efficiency of Research with Need for Stronger Impact upon Town Planning

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) No. 3, pp. 143–144

Several priorities in future research in the context of town planning have been proposed in the conclusions presented at the 31st Plenary Meeting of Bauakademie der DDR. In this context, greater importance is going to be attributed to experimentation and model schemes in city design.

DK 727.111 + 725.573

Baum, G.

Use of WBS-70 Components for Pre-School Complexes

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) No. 3, pp. 145–148,
2 floor plans, 1 section, 5 illustrations

Designers of the Institute of Housing Construction and Public Buildings in Bauakademie der DDR have prepared, within their own research programme, certain proposals for another generation of pre-school complexes for which housing construction components of WBS-70 system can be used.
The attempt to develop such composite pre-school facilities was based on a study which had been undertaken by Bauakademie der DDR back in 1970. Certain functional solutions then had been prepared, accepted, and passed on for implementation to the Housing Construction Combine of Potsdam (WBK), all with close cooperation of investors and the latters' research institutes.
A preferential solution is described in this article for the design of a composite pre-school complex which will include a kindergarten wing for 90 children and an infant school for 180. An experimental building has been completed and is now being tested. Some necessary amendments and corrections will have to be made, before WBK Potsdam, Design Office, will undertake to develop the project in greater detail as a site-independent complex. The effective functionality area of the unit is 1,380 sq.m.

DK 725.573 + 727.111

Wegener, K.-H.

Infant-School/Kindergarten Combination in 5-Mp System Design

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) No. 3, pp. 149–151,
4 illustrations, 3 floor plans

The above combination was completed in the county of Erfurt and can be considered a genuine progress, when compared to the 2-Mp system used in the past. Construction time and consumption of material were reduced by increase of load increments. The components used were taken from the Erfurt Housing Construction Series. They are with all surfaces finished; touch-up plastering is not necessary. Interior traffic area is smaller, and so are associated costs. The building is a monoblock structure, and more site area is kept available for surrounding open space.

DK 711.58(-201), 004.69

Lange, H.

Complex Modernisation in Gotha

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) No. 3, pp. 173–177,
10 illustrations

There are certain very peculiar aspects which should be borne in mind, when it comes to future-oriented and long-range planned streamlining of Gotha, a town 1,200 years of age. Long-range planning is likely to be affected by three urban spaces which are in interaction and interdependence, the centre, the old area around Thälmannstrasse and Brunnenstrasse, and the new housing area in one of the western outskirts.
The residual usage estimated in the general plan for the old area is 30 years and above. Therefore, approximately 13,000.– Mark were allowed for repair and modernisation of each dwelling, with the view to extending residual usage to roughly 50 years.
Most of the buildings concerned are three-storey or four-storey. Up-to-date sanitary installations were inserted, and some of the floor plans inside dwellings were modified. Front faces were remade, and backyards were opened to larger environments. The City Council has plans for 1975 under which another 41 sites with 154 dwelling units will be modernised.

Résumé

DK 333.32 711.581 711.4-111

Lammert, U.

135 **Tâches de l'urbanisme relatives à l'accomplissement du programme à long terme de la construction des immeubles d'habitation jusqu'à 1990 comme une contribution à la solution des objectifs principaux formulés par la VIII. Conférence du Parti**

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 3, p. 135–142

Le rapport sur la 31ère session plénière de l'Académie du Bâtiment dans la RDA définit les demandes nouvelles posées au développement de l'urbanisme résultant du programme de la construction des immeubles d'habitation. Le rapporteur souligne tout particulièrement de développement ultérieur du plan général de construction, l'amélioration de la qualité fonctionnelle et du parti architectural des zones nouvelles d'habitation ainsi que l'avance scientifique nécessaire à la réstructuration des zones aux bâtiments vieux.

DK 711.4.001.891

Heynisch, W.

143 **Pour une qualité plus élevée et efficacité pratique des résultats d'essai dans l'urbanisme**

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 3, p. 143–144

Dans les conclusions de la 31ère session plénière de l'Académie du Bâtiment dans la RDA un nombre de problèmes prioritaires des activités de recherche futures dans le domaine de l'urbanisme fut exposé. On attache une importance toute particulière aux expériments et planifications prototype.

DK 727.111 + 725.573

Baum, G.

145 **Etablissement pré-scolaire en éléments du type WBS 70**

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 3, p. 145–148,
2 plans horizontaux, 1 coupe, 5 illustrations

L'Institut de construction des immeubles d'habitation et bâtiments publics affilié à l'Académie du Bâtiment dans la RDA a élaboré, dans le cadre de ses projets de recherche, des propositions relatives à la construction d'une génération nouvelle des établissements pré-scolaires par l'emploi des éléments préfabriqués du type WBS de la construction résidentielle. La base du travail du développement des établissements pareils combinés était une étude de l'Académie du Bâtiment dans la RDA qui fut réalisée en 1970. Des solutions fonctionnelles furent élaborées de la part des responsables de la planification et leurs instituts, confirmées et soumises à l'usine combinée de la construction résidentielle à Potsdam afin d'être introduites en pratique. La solution préférentielle présentée dans cet article et relative à un établissement combiné (jardin des enfants avec une capacité de 90 places, crèche avec 180 places) est essayée par une construction prototype et développée – après des modifications nécessaires – en projet d'offre standardisé par l'usine WBK Potsdam, département de l'étude du projet. L'unité possède une superficie fonctionnelle principale de 1 380 m² environ.

DK 725.573 + 727.111

Wegener, K.-H.

149 **Etablissement combiné crèche/jardin des enfants construit par la méthode de construction 5 Mp**

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 3, p. 149–151,
4 illustrations, 3 plans horizontaux

La construction de cet établissement pré-scolaire dans la région d'Erfurt permettait plusieurs avantages importants comparés à l'unité combinée construite jusqu'à présent par la méthode 2 Mp: la réduction de la période de construction et l'économie des matériaux résultant de l'augmentation des niveaux de charge; les éléments employés de la série de construction résidentielle Erfurt sont fabriqués avec la surface extérieure complètement finie de sorte que les ravaux de finition subséquente ne sont plus nécessaires; une superficie de la circulation minime dans le bâtiment contribue à l'économie des coûts, et grâce au corps du bâtiment compact il y a plus d'espace libre.

DK 711.58(-201), 004.69

Lange, H.

173 **Modernisation complexe à Gotha**

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 3, p. 173–177,
10 illustrations

En ce qui concerne le développement futur de la ville vieille de Gotha qui a déjà 1 200 ans, quelques particularités doivent être prises en considération et cela relatives à la construction nouvelle et à la modernisation des habitations. Trois espaces urbains qui s'influencent l'un et l'autre déterminent la continuation de la planification subséquente. Il s'agit du centre-ville, de la zone des bâtiments vieux Thälmannstrasse/Brunnenstrasse et de la zone de construction nouvelle à la limite ouest de la ville. Dans le plan général une durée d'usage restante de 30 ans et plus fut indiquée. Sur cette base une somme acceptable pour les travaux de préparation et de modernisation de 13 000 Mark environ fut confirmée pour chaque habitation, afin d'obtenir une durée d'usage restante de 50 ans environ. Des installations sanitaires modernes sont intégrées dans les bâtiments à trois ou quatre étages et les plans horizontaux en partie modifiés, les façades reconstruites et les patios aménagés plus généreusement. Sur la base des plans de la ville, 41 immeubles d'habitation avec 154 logements seront modernisés en 1975.

Index 31 409